

daher eine Förderung unbedingt erforderlich ist. Ich hoffe und wünsche sehr, daß von seiten der Gesetzgebung, wenn wir das nächste Budget beraten, bereits gesetzliche Voraussetzungen geschaffen sind, um den berechtigten Wünschen unserer steirischen Bauern entgegenzukommen. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident:** Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Landesrat Peltzmann das Wort.

**Landesrat Peltzmann:** Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wenn wir über Förderungsmaßnahmen sprechen, so verhält sich das wie in vielen anderen Dingen, daß die öffentliche Hand erst dann Mittel ausgeben kann, wenn sie welche einnimmt. In diesem Zusammenhang wurde von vielen Rednern die Frage der Steuern — wer zahlt mehr und wer weniger, wer ist der Benachteiligte und wer ist der Bevorzugte — hier diskutiert. Ich erlaube mir, hier einen ganz kurzen Artikel aus einer Wirtschaftszeitschrift vorzulesen. Wenn wir über das Steuergeschehen der Unternehmer sprechen, dann glaube ich, daß wir in erster Linie die vorzeitige Abschreibung und in zweiter Linie die Investitionsrücklage damit meinen. Was steht in diesem Artikel „Wem dient die vorzeitige Abschreibung?“? Viele Journalisten aller Parteizeitungen aber auch der Privatblätter machen es sich in dieser Frage oft allzu leicht oder schreiben darüber, ohne davon etwas zu verstehen. Es sind billige Worte und oft nur oberflächliche Schlagworte, wenn man glaubt, die Einschätzung der vorzeitigen Abschreibung einfach so abtun zu können: Die vorzeitige Abschreibung dient dem Unternehmer oder es sind Steuergeschenke an die Unternehmer. Würde es sich aber ein Journalist weniger leicht machen, also verantwortungsbewußt handeln, so müßte er sich die Mühe machen, vor solchen Behauptungen und Artikeln etwa einen Wirtschaftstreuhandler oder ein Steuerkontrollorgan des Finanzministeriums, also einfach einen Finanzbeamten zu fragen, wie es mit der vorzeitigen Abschreibung in Wahrheit steht. Der Journalist würde über die aufklärende Antwort des Praktikers staunen. Er würde erfahren, daß 10.000 selbständige Wirtschaftstreibende die vorzeitige Abschreibung überhaupt nicht in Anspruch nehmen können. Selbst wenn aber ein selbständiger Wirtschaftstreibender etwas mehr verdient und die vorzeitige Abschreibung in Anspruch nehmen kann, ist es bestenfalls möglich, die Produktion eines Werkstättenbetriebes langsam zu modernisieren, um konkurrenzfähig zu bleiben oder die Geschäftsausstattung zwar langsam, aber doch moderner zu gestalten, also der Zeit entsprechend anzupassen.

Ich lese nur den Schluß des Artikels — der ganze Artikel wäre zu lang, aber die Zeitung ist überall greifbar. Was steht zum Schluß: „Wäre es aber dann nicht die Pflicht jedes verantwortungsbewußten Journalisten, gleich, ob er dem Arbeiter- oder Angestelltenbund und damit der ÖVP oder der SPÖ angehört, sich der Mühe zu unterziehen, darüber nachzudenken, wie man durch ein Schlagwort ein Unrecht verhindern kann, und Formulierungen zu finden, welche die große Differenzierung aufzeigen?“

Das ist die Zeitung „Der Selbständige“, herausgegeben vom SPÖ-Wirtschaftsbund oder der „Freien Wirtschaftsvereinigung“, wie sie sich nennen. Die eine Hand weiß in Ihrer Partei natürlich nicht, was die andere will. Das ist ganz klar. (Landesrat Bammer: „Wir haben nur zwei Hände, ihr habt's drei!“) Es steht noch eine wunderbare Abhandlung zum Kapitel Preise drinnen, aber das werden wir bei der Gruppe 7 noch anschneiden. Ich weiß, daß Euer Steirischer Landbund auch eine Organisation ist, die man 5 Minuten vor Wahlen herausholt, um damit Wählerstimmen zu fangen, und wenn er seinen Dienst getan hat, läßt man ihn wieder in der Schublade verschwinden. Das ist uns bekannt, Kollege Bammer, wir brauchen darüber keine Aufklärung. (Landesrat Bammer: „Aber die größeren Schubladen habt Ihr für unsere Anträge!“) Nun habe ich hier ein Handbuch 1968, herausgegeben von der Kammer der Arbeiter und Angestellten für Wien. Auch hier glaube ich, Herr Abg. Loidl, wenn Sie nachgeschaut hätten, hätten Sie in ein paar Zahlen die Aufklärung gehabt, warum die Lohnsteuer steigt und die Einkommensteuer fällt. Einkommen aus Besitz und Unternehmungen, und zwar Gewerbetreibende plus freie Berufe für das Jahr 1959 23,118 Milliarden Schilling, für das Jahr 1967 33,565 Milliarden Schilling, das heißt eine Steigerung von 45 %. Einkommen aus Lohn- und Gehaltssumme im Jahre 1959 59,56 Milliarden und 1967 123,15 Milliarden, das heißt eine Steigerung von 119 %. (Abg. Loidl: „1967 hat die ÖVP das Steueränderungsgesetz zugunsten der Unternehmer beschossen!“) Ich kann Ihnen von 1968 keine Ziffern bringen, denn die sind noch nicht da. Sind Sie mir nicht böse, das ist noch keinem gelungen. Sie haben auch noch keine Ziffern von 1968, weil den Abschluß von 1968 können Sie erst Anfang 1970 bekommen, das ist ja das Handbuch von 1968, das für 1969 ist noch gar nicht herausgekommen. (Abg. Brandl: „Der Abg. Loidl hat die neuesten Ziffern!“ — Abg. Loidl: „Da haben Sie die neuesten Ziffern!“ — Landeshauptmann Krainer: „Reg Dich nicht auf, Du kannst reden, was Du willst, er wird es Dir nie glauben!“) Weil er es nicht kapiert. Und das Schlechteste ist ja, wenn man es nicht kapiert. Aber ich sage Ihnen trotzdem noch eine Ziffer aus dem Budget des Bundes, die Sie ja in der Landesbudgetdebatte immer wieder bringen, weil Sie über das Land wenig zu sprechen wissen, muß der Bund erhalten. Nun, 1970 veranschlagt der Bund die Einkommensteuer mit 7,4 Milliarden, die Lohnsteuer mit 10,1 Milliarden, aber es dürfte Ihnen bekannt sein, daß die Körperschaftssteuer zu zahlen ist, die nichts anderes ist als eine Einkommensteuer für die Aktiengesellschaften etc., die macht 2,55 Milliarden aus, die Gewerbesteuer, die auch der Gewerbetreibende zahlt, macht für den Bund 280 und für die Gemeinden wieder 2,8 Milliarden aus. Ich möchte jetzt von den anderen Dingen gar nicht sprechen, das heißt sind wir doch glücklich, wenn die Einkommen wachsen, weil wir nur dadurch in der Lage sein werden, bei zukünftigen Budgetverhandlungen all die Wünsche, die an das Land herangetragen werden, zu befriedigen. Hier lassen wir keine Neidkomplexe aufkommen; ich kenne sie schon, man nehme doch den Reichen und gebe den Armen, aber Herr Loidl, Ihre Partei hat noch nie gesagt, wo die Rei-

chen anfangen. Bei Ihnen ist ein Generaldirektor, wenn er der SPO angehört und 180.000 Schilling Monatsgehalt hat, ein armer Prolet, aber ein kleiner Schneidermeister ist ein Kapitalist, das ist doch auch keine Art. (Beifall bei der ÖVP.) (Landesrat Bammer: „Aber ist ja nicht wahr! Das war eine Spiegel- fechterei! Wenn es laut ist, ist es deshalb noch lange nicht wahr!“) Sie gehören ja auch zu den Armen, Herr Kollege Bammer.

**Präsident:** Als nächster Redner hat der Herr Landesrat Dr. Niederl das Wort (Glockenzeichen). Bitte zur Kenntnis zu nehmen, daß der Herr Landesrat Dr. Niederl am Wort ist.

**Landesrat Dr. Niederl:** Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Interessensbereiche der Abgeordneten in diesem Hause müssen sehr groß sein, um mehrere Tage im Landtag zu den verschiedenen Sparten nicht nur Stellung zu nehmen, sondern das auch aufzunehmen, anzuerkennen und zu vertreten. Durch Stunden hindurch verhandeln wir Probleme der Fürsorge, der Krankenhäuser, des Gesundheitsdienstes, des Sportes, der Löhne und Preise und auch der Wohnbauförderung. Wenn uns eine solche Diskussion ab und zu auch schwierig vorkommt, so hat sie neben der Notwendigkeit der Beratung und Beschlußfassung einerseits auch den Vorteil, daß historisch für die Zukunft etwas ausgesagt wird, daß ein getreues Spiegelbild der Verhältnisse gegeben wird und andererseits wenigstens einmal im Jahr darauf hingewiesen wird, welche Arbeit aus diesem Budget heraus für alle Vollzugsorgane gegeben ist.

Gestatten Sie mir auch als zuständigem Referenten für die Wohnbauförderung, daß ich zu diesem Abschnitt Stellung nehme, aber vorher möchte ich doch auf die einzelnen Diskussionsbeiträge, die hier gegeben worden sind, eingehen. Es war für mich eine gewisse Befriedigung, im Laufe der Budgetdebatten der letzten Jahre feststellen zu können, daß grundsätzlich bei der Wohnbauförderung im heurigen Jahr zwischen den politischen Parteien eine Übereinstimmung besteht. Es ist nur sehr schade, Herr Abg. Pichler, daß Sie diese Übereinstimmung nicht ganz mit Herrn Landesrat Bammer geteilt haben, der nach Ihnen gesprochen hat. Schade ist es deshalb, weil die Meinungsverschiedenheiten und Mängel, die hier aufgezeigt werden, immer wieder bei Verhandlungen, die ich mit allen Parteien auf sehr breiter Basis führe, behandelt werden und gerade bei diesen Verhandlungen wird immer bestätigt und anerkannt, daß gerade solche Mängel beseitigt werden. Ich stimme mit Ihnen vollkommen überein, daß die Wohnbauförderung neben dem Einkommen, neben dem Essen und neben der Gesundheit eine große Rolle spielt und das Wichtigste ist, was wir haben. Aber ich kann nicht übereinstimmen in der Sorge, daß die Mittelaufbringung nicht ganz so ist wie in der Vergangenheit, denn das Budget 1970 zeigt uns ja sehr deutlich, daß wir die höchsten Wohnbauförderungsmittel seit Bestehen der Wohnbauförderung in diesem Budget überhaupt ausgewiesen haben. (Landeshauptmann Krainer: „Seit 20 Jahren!“) Jawohl, seit Bestehen der Wohnbauförderung. Wenn an der Wohnbeihilfe und an

den Eigenmitteldarlehen Kritik geübt wird, so müssen wir doch anerkennen, daß es ein Fortschritt ist, und die ersten Häuser, bei denen Wohnbeihilfe vergeben wird und wo Eigenmitteldarlehen gewährt werden, fertiggestellt sind. Ich möchte noch einmal in einem Beispiel aus einem Haus, das bereits fertig ist, hier aufzeigen, daß es Vorteile sind. Es ist ein Haus in Liezen mit einer Wohnung mit 70 m<sup>2</sup> und mit Gesamtbaukosten von 247.700 Schilling, wobei ein Preis von 3563 Schilling pro m<sup>2</sup> gegeben ist. Diese Wohnung hat eine Familie mit drei Personen und einem Einkommen von 3760 Schilling. Ohne Wohnbeihilfe müßte diese Familie 10,38 S pro m<sup>2</sup> zahlen, mit Wohnbeihilfe 8,41 S pro m<sup>2</sup>. Das gleiche ist beim Eigenmitteldarlehen. Jede Woche beschließt die Regierung immer wieder Eigenmitteldarlehen zinsfrei mit einer Laufzeit von 10 Jahren. Wenn Sie hier gesagt haben, es sei erwähnt worden, diese Eigenmitteldarlehen sind ein Geschenk, so stimmt das nicht. Aus dem Gesetz geht ganz klar hervor — dieses Gesetz wurde im Jahre 1967 beschlossen — daß es zinsfreie Darlehen sind, die zurückgezahlt werden müssen. Die Wohnbeihilfe hat auch ihre praktischen Auswirkungen gehabt, wir haben uns angepaßt, wo es Schwierigkeiten und Probleme gegeben hat, und gerade die Tabelle über die Wohnbeihilfe in der Steiermark wird als Vorbild in vielen anderen Bundesländern angesehen. Wir haben sie ja letzten Endes innerhalb der Parteien in Verhandlungen abgesprochen. Wenn Sie sagen, die Eigenmitteldarlehen sollen von 10 auf 20 Jahre erhöht werden, dann ist das sicher eine Geldfrage, darüber wird sich reden lassen, wenn man das Geld hat. Aber die Eigenmittelleistungen sind heute bereits ablösbar mit dem zinsfreien Darlehen. Wenn Sie außerdem gesagt haben, daß der Bedarf nicht ganz nach regionalen Bedürfnissen gefördert wird, stimmt das auch nicht. Ich habe hier eine Liste aller Industrieorte und Industriestädte der Steiermark einschließlich Graz, und ich kann Ihnen sagen, daß dort eindeutig der Vorzug liegt, und zwar deshalb, das muß ich ganz objektiv und sachlich zugeben, weil natürlich dort auch der größte Druck und der Wohnungsbedarf vorhanden ist. Es ist nicht so, daß andere Gedanken oder andere Intentionen für die Vergebung der Wohnbauförderungsmittel vorhanden sind als das Bedürfnis, das gegeben ist. Naturgemäß ist das Bedürfnis in den Ballungszentren, wo die Arbeitsstätten sind, immer wieder vorhanden.

Sie haben auch das sozialistische Wohnbauprogramm genauso wie der Herr Landesrat Bammer als Konzept und als Beispiel herangezogen. Aber ich kann Ihnen eines sagen: Auch bei Durchführung und Vollziehung dieses Programmes werden Sie genau vor den gleichen Problemen oder noch vor größeren Problemen stehen als wir bei der Wohnbauförderung 1968 auch gehabt haben. Wenn ich nach Ihrem sozialistischen Wohnbaukonzept annehme, daß im Jahre 1971 60.000 Wohneinheiten gefördert werden und später 100.000, und wenn ich eine Wohnungsgröße mit durchschnittlich 70 m<sup>2</sup> annehme, und eine Wohnung kostet derzeit mit 70 m<sup>2</sup> ohne Grund- und Aufschließungskosten ca. 260.000 Schilling, dann kostet das 15,6 Milliarden Schilling. Wie aufbringen, ist eine Frage. Das wird ein großes Problem sein,

ein bedeutend größeres als heute, ganz gleich, ob Sie öffentliche Mittel dazu verwenden oder ob Sie auf den Kapitalmarkt gehen. Unklar ist ja, wie der Wohnungswerber die höheren Eigenmittel aufbringen und verkraften wird. Selbstverständlich ist auch im heutigen Wohnbauförderungsgesetz die Möglichkeit der Mietwohnungen gegeben, genauso wie in Ihrem Programm, wozu ich allerdings feststellen muß, daß der Trend zur Eigentumswohnung geht. Wir können das Reservoir, das für Mietwohnungen vorhanden wäre, gar nicht ausschöpfen, weil jeder nach Möglichkeit versucht, eine Eigentumswohnung zu kaufen. Wenn ich Ihr Programm jetzt den Problemen gegenüberstelle, und wenn ich richtig gerechnet habe, komme ich auch auf eine Miete von durchschnittlich 1400 Schilling samt kleinen Betriebskosten — die auch für die Masse nicht tragbar ist. Damit sage ich genau das, was Sie bezüglich unseres Programmes vor 1½ Stunden in der Diskussion festgestellt haben. (Abg. Pichler: „Daneben steht aber die Wohnungsbeihilfe!“) Da komme ich gerade hin, daher auch für Sie Wohnungsbeihilfe und Annuitätzuschüsse, genauso, wie für die Wohnbauförderung 1968. Wenn ich die Miete nur auf 10 Schilling pro m<sup>2</sup> senken will, dann brauche ich für 60.000 Wohneinheiten, wenn dafür ein Aufwand von ca. 5,5 Milliarden Schilling erforderlich ist, eine Wohnbeihilfe von ca. 300 Millionen Schilling pro Jahr. (Landesrat Bammer: „In Österreich!“) In Österreich, selbstverständlich, nur für das erste Jahr. Dann frage ich Sie, wo sind jetzt die Probleme leichter oder anders? Dazu kommt, was ist, wenn es 100.000 Wohneinheiten werden. Die weitere Frage an dieses Hohe Haus wäre, wenn dieses Geestz da wäre, wie werden die Mittel aufgebracht, über die Zuschläge zur Lohn- und Einkommensteuer? Oder wer trägt die Lasten, wo würden wir sie abschreiben? Man wird über künftige Reformen sicher reden. Auch ich werde mir erlauben, im Schlußwort auf die Probleme hinzuweisen und auch Vorschläge zu machen. Aber wir können Probleme, die vorhanden sind, nicht wegzaubern. Wir könnten, wenn wir ein Schachspiel führen würden, sagen: Wer ist jetzt am Zug, Sie mit Ihrem sozialistischen Wohnbauprogramm mit den gleichen Problemen oder schwierigeren, oder wir mit der Wohnbauförderung 1968, die sich in der Praxis bereits bewährt hat?

Wenn man in einem Zwischenruf sagt, man wird in 10 Jahren darüber reden, was dann sein wird, müssen wir uns beide die Frage stellen, bei Ihrer Wohnbauförderung genauso wie bei unserer, und ich sage nach wie vor, Herr Kollege Bammer, hoffentlich sind die Schwierigkeiten nach 10 Jahren so beseitigt, daß eine echte Wohnbauförderung nicht mehr so notwendig ist. Dazu kann ich auch die Arbeiter-Zeitung vom 5. September dieses Jahres zitieren, die aussagt, daß quantitative Mängel im großen und ganzen nicht mehr vorhanden sind. Wir werden uns daher in den kommenden Jahren nicht mit der Wohnungsquantität zu befassen haben, sondern mit der Wohnungsqualität. Gerade bei der Befassung mit der Wohnungsqualität wird irgendwo die Grenze der sozialen Wohnbauförderung sein. Hier wird man einmal sagen müssen, das ist nicht mehr soziale Wohnbauförderung.

Nun, zum Abg. Loidl möchte ich nur eines wegen der Feiern ganz kurz sagen. Ich weiß nicht, ob die Wohnbauförderung auch betroffen war. Aber hier läßt nie die Landesregierung ein. Vielleicht wäre es ganz gut, wenn neue Formen dieser Feiern gefunden würden, ich komme ja sehr selten hin, aber ich freue mich immer, wenn ich hinkomme. Denn eines muß man sagen: Wenn man baut und wenn man ein Haus errichtet, dann sollen sich die, die gebaut haben, auch freuen können. Aber mir ist das ganz gleich, wie man die Feier macht. Vielleicht könnte man etwas Neues finden.

Ein Weiteres muß man wohl auch hier zu den Diskussionsbeiträgen feststellen. Sorgen wird es immer geben. Wenn eine politische Partei glaubt, ein Land ohne Sorgen regieren und verwalten zu können, oder wenn ein Referent glaubt, ohne Sorgen und ohne Probleme auskommen zu können, dann wäre er nicht aufrichtig. Ich glaube, das müssen wir zugeben. Wir müssen nur ehrlicherweise versuchen, die Sorgen und Probleme, die vorhanden sind, zu meistern. Wegen der Winterbauführung darf ich Ihnen nur sagen, daß ich hier einen Bericht des Landesbauamtes habe, der mir vor einigen Tagen zugekommen ist. Er wurde vom Wohnbauförderungsbeirat begutachtet, der ihn zur Kenntnis genommen hat. Ich werde diesen Bericht in nächster Zeit der Landesregierung zur Kenntnis und Entscheidung bringen. Die im Wohnbauförderungsbeirat waren, kennen diesen Bericht. Er sagt nichts anderes aus, als daß beim Hochbau gewisse Bedenken wegen der Winterarbeit bestehen, weil man befürchtet, daß durch solche Arbeiten Mängel entstehen, die später der Wohnungswerber bezahlen müßte. Aber das ist eine Frage der Fachleute und der Sachverständigen. Ich werde mich gerne dem anschließen, was die Landesregierung hier sagt. Ich möchte Ihnen aber sagen, daß derzeit 5819 Wohneinheiten im Bau sind, daß 2200 Wohneinheiten zugesichert sind und daß bei diesen zugesicherten zum Baubeginn kein Hindernis besteht. Ich weiß schon, worauf es ankommt. Es kommt auf die zusätzliche Förderung an. Wie gesagt, ich werde diesen Akt in nächster Zeit der Landesregierung zur Genehmigung vorlegen.

Wenn der Herr Landesrat Bammer gesagt hat: „Wo ist der Bedarf?“ so möchte ich das auch bestätigen, selbstverständlich in den Städten und Industrieorten, wo Betriebsgründungen sind. Eine Wohnung ist leider nicht mitzunehmen, das ist das einzige Schwierige, das wir haben. Wie schön wäre es, wenn wir eine Wohnung wo anders hinstellen könnten, aber so müssen wir immer dort Wohnungen bauen, wo neue Betriebe gegründet werden. Wir dürfen aber nicht vergessen, das Land als ganzes zu sehen. Auch im ländlichen Bereich sind die Wohnverhältnisse, wie gerade der Herr Abgeordnete Maunz hier ausgesagt hat, alles eher als gut. Daher ist hier ein großer Nachholbedarf gegeben. Wir dürfen es nicht darauf angelegt sein lassen, daß wir gerade die ländlichen Bereiche ganz entsiedeln genauso wie unser Grenzland. Auch die Fülle der Wohnbaugenossenschaften macht uns jedes Jahr immer wieder Sorgen, und wenn wir bei der Budgetdebatte sind, wird es erwähnt. Wir haben nach wie vor 45 Wohnbauvereinigungen. Hier kann ich nur eines sagen. Nicht alle Wohnbauvereinigun-

gen können eine Förderung bekommen. Schon dadurch wird es möglich sein, hier eine Bremse einzubauen. Das glaube ich hier sagen zu können.

Wenn man zur Wohnbauförderung selbst noch etwas sagt, möchte ich nur feststellen, es geht immer wieder um die Ziffern, es wird immer wieder damit operiert, ob man mehr oder weniger baut. Bereits bei der letzten Budgetdebatte habe ich aufmerksam gemacht, daß es redlicher ist, eine Bilanz über die verbauten Wohneinheiten zu machen als eine Vorschau. Mit einiger Befriedigung kann ich auch heuer wieder eine gute Bilanz aufweisen.

Bei der letzten Budgetdebatte haben wir für die Förderung von ca. 5000 Wohneinheiten die Ankündigung gemacht, und tatsächlich konnten wir bis 20. November d. J. 5087 Wohneinheiten fördern. Das wird sich bis zum Ende des Jahres natürlich noch ändern, weil ja nach jeder Regierungssitzung wieder viele Wohnbauförderungsfälle bewilligt sind. Da diese Budgetdebatte auch die letzte dieser Gesetzgebungsperiode ist, so möchte ich doch einen ganz kurzen Rückblick geben. Ich möchte Sie nicht allzuviel mit Ziffern belästigen, aber gerade in den letzten Jahren konnte auch auf dem Wohnbauförderungssektor immer wieder eine Steigerung der Budgetansätze festgestellt werden, was natürlich trotz der gestiegenen Baukosten auch zu einer Steigerung der Zahl der geförderten Wohnungen führte. Waren es im Jahre 1965 z. B. 3818 Wohneinheiten, so sind es im heurigen Jahr wie gesagt mit Stichtag 20. November 5087 Wohnungen, die gefördert wurden. Insgesamt wurden in den Jahren 1965 bis 1968 in diesem Lande 23.455 Wohnungen, 3 Heime und 678 Schlafstellen mit zusammen 1 Milliarde 912 Millionen Schilling Direktdarlehen sowie Zinsenzuschüsse für 433,6 Millionen Schilling und Annuitätenzuschüsse für 37,8 Millionen Schilling Hypothekendarlehen gefördert. Nun, wir sehen daraus, daß hier eine Steigerung vermerkt werden konnte.

Ich möchte auch sagen, daß die Übergangsbestimmungen des Wohnbauförderungsgesetzes natürlich für die Länder und vor allem auch für die Steiermark hinsichtlich der noch in Wien eingereichten Anträge des Bundeswohn- und Siedlungsfonds und des Wohnhauswiederaufbau- und Siedlungsfonds Schwierigkeiten gebracht haben. Die Landesregierung hat nach langen Überlegungen und Beratungen das Problem gelöst, wobei sämtliche Anträge des Bundeswohn- und Siedlungsfonds nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1968 behandelt werden, das ist insofern einfach, weil der gleiche Prozentsatz der Förderung vorliegt. Beim Wohnhauswiederaufbau, wo Anträge für ca. 15 Jahre vorlagen, wurde ein Programm für ca. 3 bis 4 Jahre grundsätzlich bewilligt. Ein Zeitraum, der überschaubar ist und den man in redlicher Weise auch vertreten kann. Die anderen Anträge mit Ausnahme eines Großprojektes, das endgültig abgelehnt wurde, wurden ebenfalls auf die Förderung nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1968 verwiesen.

Wir sind der Überzeugung — und ich glaube, hier sind wir alle einer Meinung —, daß dadurch die Rechtssicherheit auf diesem Gebiet wieder hergestellt werden konnte. Es kann sich heute jedermann

beim Landeswohnungs- und Siedlungsamt bezüglich der Aussichten auf die Förderung eines Wohnobjektes erkundigen und er weiß, wenn er von uns die Zusage bekommt, daß dieses Vorhaben gefördert wird, dann wird eine Förderung auch wirklich stattfinden. Sicherlich ist es sehr schmerzlich, daß die anderen Anträge abgelehnt wurden, aber redlicherweise kann man auf viele Jahre, auf 10 oder gar 15 Jahre, keine Zusage machen.

Auch hinsichtlich der Schwierigkeiten, die sich beim Wohnhauswiederaufbau mit den Generalunternehmerverträgen ergaben, konnte vor kurzem eine Lösung gefunden werden, wobei an der Ausschreibung grundsätzlich festgehalten wird, jedoch der Generalunternehmer unter bestimmten Bedingungen den Zuschlag erhalten kann.

Eine entscheidende Änderung hinsichtlich der Förderung des Eigenheimbaues trat im heurigen Jahr mit der Zinsenzuschußaktion ein. Waren es früher Direktdarlehen, die in der Hauptsache gewährt wurden und Zinsenzuschüsse von 4% nur im untergeordneten Umfang, so ist es jetzt so, daß durch die Zinsenzuschußaktion praktisch der gesamte Einfamilienhausbau gefördert wird. Direktdarlehen nur mehr für Kinderreiche und für soziale Härtefälle, 6%ige Zinsenzuschüsse normal und 4%ige Zinsenzuschüsse für alle, die ein höheres Einkommen haben oder die nur eine kürzere Wartezeit auf sich nehmen können. Diese Aktion hat sich ebenfalls bewährt, es wurden heuer auch bis 20. November 2400 Anträge dieser Art gefördert und es ist sehr erfreulich, diese Sonderaktion auch im Jahre 1970 fortzusetzen und daß die notwendigen finanzgesetzlichen Ansätze auch im Budget enthalten sind. Ich darf gerade hier auf die entscheidenden Impulse verweisen, die auch durch das zweite Sonderprogramm vom 30. Juni 1965 auf diesem Gebiet für die letzten 3 Jahre gegeben worden sind. Gerade der Eigenheimbau zeigt — und da sind wir uns ja auch alle einig, das haben wir ja aus der Diskussion festgestellt —, daß ein riesiger Opferwille unserer Bevölkerung Eigentum zu erwerben vorhanden ist und wir sollen das anerkennen und ganz schlicht den vielen Häuselbauern danken, daß sie den Mut haben, damit so viel zu machen und damit auch zum Aufstieg und Wohlstand unseres Landes beizutragen.

Damit komme ich zum Budget 1970, das für die Wohnbauförderung ebenfalls günstige Aspekte zeigt. Denn neben der bereits erwähnten Förderung durch die Zinsenzuschußaktion der Eigenheimsiedler, wofür 15 Millionen Schilling — wie Sie wissen — vorgesehen sind, werden weitere 100 Millionen Schilling als Sonderprogramm für Geschoßwohnungen vorgesehen. Neben diesen sowohl für die Bauwirtschaft als auch für die Wohnungssuchenden erfreulichen zusätzlichen Leistungen des Landes werden auch die Anteile, die das Land vom Bund für die Abwicklung des Wohnhauswiederaufbau- und Bundeswohn- und Siedlungsfonds sowie für die Wohnbauförderung 1968 erhält, im Jahre 1970 sehr kräftig ansteigen. So werden nach Genehmigung dieser Budgetansätze 631 Millionen Schilling für die echte Förderung von neuen Wohnungen allein vom Landesbudget eingesetzt werden können, ohne

die Verrechnungsposten, die auf der Ausgabenseite dieses Kapitels noch enthalten sind. Damit können wir nach den Schätzungen, die wir gemacht haben, ungefähr 6200 Wohnungen errichten. Dazu kommen 1½ Millionen für die Althausanierung und 4 Millionen für Anmütätanzuschüsse nach dem Wohnungsverbesserungsgesetz. Dieses Gesetz, das vor kurzem vom Nationalrat verabschiedet wurde, ist deshalb wichtig, weil es für die Verbesserung der Wohnungen, die vor dem 1. Jänner 1948 errichtet wurden, vorgesehen ist. Da weit über 60% der Wohnungen Altwohnungen sind, werden sich hier manche Besserungen ergeben.

Auch für die Zukunft sind Pläne da, und zwar sei-nerzeit gewährte Wohnbaudarlehen mit sehr langer Laufzeit für den Neubau von Wohnungen wieder zur Verfügung zu bekommen. Es soll dadurch ein Anreiz geschehen, denn die Förderungswerber sollen durch Erlassung eines Großteiles der gewährten Förderung zur vorzeitigen Rückzahlung dieser Beträge animiert werden. Wir haben das bereits verhandelt und ich glaube, man soll solche Dinge versuchen. Es ist ja ein Antrag des Abg. Ritzinger da, den er vor einem Jahr eingebracht hat, und es wäre schön, wenn wir Beträge mehr als bisher zurückbekommen würden.

Immer wieder wird auch versucht, mit allen Mitteln zu kritisieren, und ich möchte noch einmal sagen, obwohl es bis jetzt nichts zu kritisieren gibt: Die Wohnbeihilfe und das Eigenmitteldarlehen haben bereits ihre segensreiche Wirkung und wir haben mehr Wohnungen bewilligt als vorausgesagt. Die Wohnungen werden erschwinglicher. Sicher wäre es noch bedeutend schöner, wenn die Belastung noch um die Hälfte sinken würde, aber sie werden erschwinglicher und aus den praktischen Beispielen kann man doch einwandfrei sehen, daß hier vieles geschehen ist. Wenn man die Diskussionen in den gesetzgebenden Körperschaften hört, so besteht ein guter Teil unserer Demokratie aus der Kritik. Aber ich möchte ein besinnliches Wort sagen. Hier in diesem Hause wurde viel kritisiert und mir ist einmal direkt das Gruseln gekommen. Es wurde ein düsteres Bild dieses Österreich gezeichnet, ein Bild dieses Österreich, als ob wir arm wären, von Krisen geschüttelt, vor dem Untergang stehen würden. Ich frage Sie ehrlich, schauen Sie hinaus. (Abg. Zinkanell: „Wer hat denn das gesagt?“) Vom Generalredner begonnen und immer wieder in den Debatten. (Abg. Brandl: „Nein!“ — Zwischenrufe von der SPÖ: „Nein, nein!“) Schauen Sie doch hinaus. Wo Autos und Fernsehapparate sind, wo der Kühlschrank eine Selbstverständlichkeit ist, kann man doch mit gutem Gewissen ein solches Bild nicht zeichnen. Ich erkenne auch an, daß es in diesem Land Arme gibt, nicht nur materiell Arme, auch der Wohnungssuchende ist arm, der keine Wohnung hat. Aber man soll nicht den Staat so zeichnen, als würden wir vor dem Zusammenbruch stehen. (Abg. Pichler: „Wer es nicht zahlen kann, ist noch ärmer!“) Kritik ist sicher ein wirksames Mittel zum Fortschritt in der Demokratie, sie ist auch ein wirksames Mittel, um das Beste herauszurholen, aber Kritik allein nützt nichts. Es müssen immer wieder Alternativen angeboten wer-

den, die zeigen, daß man es besser kann als die regierende Mehrheit. Aber gerade vom konkreten Anbieten von Alternativen wird ja tagtäglich so wenig Gebrauch gemacht. Konzepte allein genügen auch nicht, das wissen wir alle. Denn der Alltag ist ja viel realer als Konzepte. Wenn man Konzepte vorschlägt, muß man klipp und klar sagen, wie man ein solches Konzept auch durchführen will. (Abg. Dr. Klauser: „Sie schreiben ja vom Withalm ab, Herr Landesrat!“) Nein, nein. (Abg. Brandl: „Von seiner letzten Rede!“ — Landesrat Bammer: „Der gibt ja auch die Linie bekannt.“ — **Präsident:** „Das Wort hat der Herr Landesrat Niederl!“ — Landesrat Peltzmann: „Wir wissen, Ihr seid die Partei für die schlechteren Zeiten, das ist ja nichts Neues, Ihr betet ja die schlechten Zeiten herbei.“ — **Präsident:** „Ich bitte, keine Zwischengespräche, sondern Wortmeldungen. Zur Zeit hat der Herr Landesrat Doktor Niederl das Wort!“)

Wir werden auch im siebziger Jahr die vorhandenen Probleme in der Wohnbauförderung lösen, das darf ich Ihnen sagen, und nicht nur durch Konzepte allein, sondern wir haben bereits am 28. November Vorschläge zur weiteren Verbesserung des Wohnbauförderungsgesetzes gemacht. Wenn ich nur einige Dinge herausgreife, dann sind es zum Beispiel die Wohnungen für die noch immer vorhandenen bäuerlichen und gewerblichen Großfamilien oder auch für kinderreiche Familien; eine Vergrößerung der Nutzfläche mit einer nachträglichen Teilung wird unser Vorschlag sein. Es wäre auch zu erwägen, ob ähnlich wie im Gewerbe und in der Landwirtschaft auch für spezifisch wissenschaftliche Zwecke ausgestattete Räume einer Wohnung bei der Anrechnung der Gesamtnutzfläche auszunehmen wären. Herr Abgeordneter Pichler, ich stimme mit Ihnen überein, daß die Frage der Einkommensbegriffsbestimmung derart ist, daß vielfach nur ein geschulter Finanzbeamter, der uns ja nicht immer zur Verfügung steht, in letzter Konsequenz eine richtige Anwendung garantieren könnte. (Abg. Pichler: „Sehr richtig!“) Eine wesentlich einfachere Fassung erscheint daher erforderlich und ist unsere Forderung. Außerdem sollte der Einkommensnachweis für das letzte Jahr und nicht ein solcher für die letzten drei Jahre verlangt werden. Auch der Kreis der begünstigten Personen ist vom Einkommen her sehr weit gespannt. Auch hier sind wir dafür, daß eine Reform durchgeführt wird, genauso daß die Mittel des Wiederaufbaues nach dem Schlüssel der Rückstände zu überweisen sind und nicht nach dem Schlüssel 13,34%. Bei den Endabrechnungen wird man Verbesserungen vornehmen, und auch die chronologische Erledigung hemmt naturgemäß die strukturelle Verwendung unserer Mittel.

Der Herr Landesrat Bammer hat es bereits vormittag gesagt, auch über eine verbesserte Zinsenzuschußaktion für Reihenhäuser wird derzeit verhandelt, um durch eine solche Wohnform eine bessere Raumplanung bezüglich des Einfamilienwohnhauses zu erreichen. Es muß festgestellt werden, daß gerade durch die Reform der Wohnungswirtschaft doch eine Auflockerung auf dem Wohnungsmarkt entstanden ist und daß der Erwerb von Woh-

nungen leichter geworden ist als in der Vergangenheit. Aber unsere Forderung: Auch für die Zukunft mehr Rücksicht auf die sozialen Verhältnisse und Hervorheben des Eigentumsgedankens. Das ist bereits sehr weit gegangen, wir anerkennen es. Aber auch hier noch eine Vertiefung und Verschärfung. Gerade durch die Form der Wohnbeihilfe — es sei noch einmal gesagt — und auch des Eigenmitteldarlehens ist eine erhöhte Förderung der einkommensschwächeren und kinderreichen Familien gegeben. Ich glaube, das kann man nicht bestreiten. Außerdem ist auch der Mißbrauch mit geförderten Wohnungen weitgehend ausgeschaltet. Ich glaube, das muß man als weiteres Positivum dieses Wohnbauförderungsgesetzes anerkennen. Damit wurde eine Entwicklung eingeleitet, die es uns möglich macht, weiter Reformen vorzunehmen. Wir wollen eine Auflockerung des Wohnungsmarktes und haben dies gemeinsam durch eine steuerrechtliche und zivilrechtliche Erweiterung beim Tausch, beim Erwerb und bei der Veräußerung der Wohnungen erarbeitet. Auch eine Begünstigung der Jungfamilien über die Wohnbauförderung hinaus durch eine neue Form des Jugendbausparens wird ein Programm für unser nächstes Jahr sein; die Erleichterung bei der Begründung des Eigentums ehemaliger Genossenschafts- bzw. Mietwohnungen und die leichtere Möglichkeit, eine Eigentumswohnung auf beide Ehegatten anzuschreiben, wird verhandelt werden. Auch die Hilfe bei Altwohnungen nach dem Wohnungserneuerungsgesetz ist bereits gültig. Schließlich auch die Maßnahmen gegen Bodenspekulationen. Wir wissen sehr genau, daß der Grund und Boden notwendig ist, um ein Haus zu bauen, daß man zum Grund und Boden noch vier Dinge braucht, Wasser, Abwasser, Energie und eine Verkehrsverbindung. Daher Maßnahmen gegen Bodenspekulationen und Maßnahmen zu einer sinnvollen Raumordnung. Bessere Koordinierung und Zusammenarbeit zwischen Wohnbauförderung und Raumplanung. (Abg. Doktor Klauser: „Wir werden Sie beim Wort nehmen, Herr Landesrat!“) Das können Sie ruhig. Sie wissen genau, daß ich im heurigen Jahr den Vorsitz in einem Beamtenkomitee geführt habe. (Abg. Doktor Klauser: „Wir werden sehen, was dabei herauskommt!“) Wenn Sie mithelfen und in dem Ausschuß positiv mitarbeiten, wird sicher etwas herauskommen. (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Klauser: „An uns wird es nicht liegen!“ — Landesrat Bammer: „Wir nehmen zur Kenntnis, daß Sie am linken Flügel sind bei der Raumordnung!“) Die Wohnbauforschung soll meiner Meinung nach besser ausgebaut werden. Wir haben einige Projekte vorgelegt. Das Ziel dieser Wohnbauforschung müßte die Senkung der Baukosten bei gleicher Bauqualität, vor allem auch bei besserer Planung sein. Auch eine Verbesserung der Architekturstruktur unserer Städte, Märkte und Gemeinden soll erreicht werden, und zwar über das, was man derzeit in Demonstrativbauvorhaben bereits als wichtige Voraussetzung hat. Das sind nur einige Probleme neben anderen, die wir auch im kommenden Jahr in der Verbesserung der Wohnbauförderung vertreten werden.

Nun darf ich zum Schluß kommen. Ich möchte hier eines sagen. Sie können mir sicher glauben, daß ich

das, was ich sage, auch ernst meine, Herr Dr. Klauser. (Abg. Dr. Klauser: „Das bezweifle ich nicht, aber ob Sie durchkommen bei Ihren Leuten, das bezweifle ich!“) Weil Sie sagen, mich beim Wort zu nehmen, und daß ich nur etwas sage, wo ich hoffe, daß ich mich auch als Referent durchsetzen kann.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf Ihnen aber allen verbunden sein, die Sie mich während der Gesetzgebungsperiode bei der Vollziehung dieses Wohnbauförderungsgesetzes immer unterstützt haben. (Beifall bei der ÖVP.)

Anerkennen möchte ich auch, daß die Vollzugsorgane ihre Tätigkeit im Rahmen des Landeswohn- und Siedlungswesens gut ausgeführt haben und ich möchte mich am Schluß auch von dem derzeitigen Vorstand des Amtes, Hofrat Dr. Ferdinand Banholzer, verabschieden, der mit Ende des Jahres in den dauernden Ruhestand tritt. Ich danke ihm für seine gute Zusammenarbeit, sie war wirklich während der Jahre ganz ausgezeichnet. Wir haben uns gut verstanden. Er war ein ernster und sachlicher Beamter, und ich wünsche ihm noch viele Jahre in Gesundheit während seines Ruhestandes. (Allgemeiner Beifall.)

Die Wohnungswirtschaft im Interesse der vielen Wohnungssuchenden nach bestem Wissen und Gewissen weiterzuführen, wird auch in den siebziger Jahren unser Ziel sein. (Allgemeiner lebhafter Beifall.)

**Präsident:** Die Rednerliste zum 1. Teil der Gruppe 6, Wohnungs- und Siedlungswesen, ist erschöpft. Wir kommen nun zum 2. Teil der Spezialdebatte über die Gruppe 6, und zwar zum Teil Bauwesen einschließlich Straßen- und Wasserbau. Als erster Redner hat der Herr Abg. Stöffler das Wort.

**Abg. Stöffler:** Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte mich vor allem mit dem Verkehrswesen befassen. Ich glaube dazu sagen zu können, daß wir mit der Bedeutung, welche die Straße im Leben des Menschen hat, bis auf den heutigen Tag stark konfrontiert werden. In der Geschichte der Menschheit hat der Massenverkehr vor allem in der jungen Vergangenheit eine enorme und beispiellose Entwicklung genommen. Es sind auch die Versuche sehr zahlreich, der Verkehrsnot Herr zu werden, die sich aber ständig verstärkt und man meint fast, sie führt ins Endlose. Eine andere Verkehrssparte, nämlich der Luftverkehr, hat sich noch explosiver entwickelt und seine Wachstumsrate wird auch in der nächsten Zeit progressiv zunehmen. Für Österreich im allgemeinen ist auf diesem Gebiet die Situation nicht gerade hervorragend. Das kann man nicht sagen. Und für die Steiermark ist sie trotz aller Anstrengungen unbefriedigend und es wird noch einiger Initiativen bedürfen wie sie in der letzten Zeit begonnen haben, damit dieses Bundesland in den Binnenluftverkehr besser eingeordnet wird.

Und der dritte große Verkehrsträger, die Schiene, hat, soweit es sich um die Schaffung neuer Schienenstränge handelt, eine gewisse Stagnation erreicht. Hier wird es vor allem gelten, das vorhandene

Schiennetz besser auszunutzen, den Schienenverkehr flexibler und mobiler zu machen und den neuen Aufgaben besser anzupassen. Bei der Bewältigung des Massenverkehrs stellen sich aber vor allem die Leistungen im Straßenbau sehr stark hervor, insbesondere die Schaffung von neuen Verkehrsadern in und zu den Ballungsräumen. Es zeigen sich allenthalben schon die großen die Länder und Kontinente verbindenden Weltstraßen. Sicherlich wird sich dieses Netz noch sehr stark verdichten. Auch die übernationalen Organisationen, die es fast schon für alle Verkehrszweige gibt, werden mithelfen, die Verkehrsbedürfnisse aufeinander abzustimmen, und sie leisten sicherlich einen wesentlichen Beitrag für die Entwicklung des weltumspannenden Verkehrsnetzes.

Meine Damen und Herren, in dem Zeitpunkt, als das erste Automobil als große Sensation präsentiert wurde, hat es damals die allgemeine Verkehrssituation kaum beeinflusst. Heute, nach Ablauf von etwas mehr als einem halben Jahrhundert, können wir sagen, daß das Auto das Geschehen auf den Straßen dieser Welt diktiert. Und in seinem Gefolge kommt eine große Zahl von technischen und sozialen Problemen auf uns zu. So stehen wir z. B. geradezu vor einer Psychose, in der Bestrebung der Menschen, sich ein Auto anzuschaffen. Das Auto bietet ja dem Menschen viele Vorteile, es vergrößert seinen Lebensstandard, es erhöht seinen Komfort und in einer Gesellschaft, die sich ja leider weitgehend nicht nach geistigen Werten orientiert, sondern durch das Streben nach höherem Lebensstandard geradezu stigmatisiert ist, ist das Auto natürlich ein beachtenswertes Merkmal für das soziale Prestige. Die Wohlstandsgesellschaft gestattet es außerdem, daß im zunehmenden Maße sich die Leute ein Auto kaufen. Und unser aller Streben, den Wohlstand noch zu vergrößern, führt zwangsläufig dahin, daß wir noch mit einem weiteren Wachstum des Kraftfahrzeugverkehrs zu rechnen haben werden. Außerdem bedingt der steigende Verbrauch, die steigende Investition und Produktion und der steigende Transport von Gütern auch außerdem noch eine Verdichtung auf der Straße. Im Laufe der Zeit hat sich ja der Gütertransport mehr und mehr auf die Straße verlegt. Diese Verkehrsentwicklung ist leider vielfach nicht rechtzeitig vorausgesehen worden und so zeigt sich nun eine Diskrepanz zwischen dem Verkehrsbedarf und der Möglichkeit, diesen Bedarf zu decken. Noch im Jahre 1965 hat mir zum Beispiel in einer Grazer Gemeinderatssitzung ein Gemeinderat entgegengerufen: Sie bauen ja Straßen für das Jahr 1975! Die Ursache dafür war mein Bestreben, die Hauptverkehrsstraßen dieser Stadt vierbahnig auszulegen. Also bis in die jüngste Vergangenheit herauf hat sich selbst in Gebietskörperschaften, die in hohem Maß die Aufgabe haben, Straßen zu bauen, dieser Mangel an Voraussicht gehalten. Aber bitte, meine Damen und Herren, selbst dort, wo das Auto eigentlich zu Hause ist, nämlich in den USA, ist das Verkehrsproblem noch nicht gelöst. Umso weniger bei uns, wo es nach dem zweiten Weltkrieg fast überfallsartig in den Vordergrund trat. Und dadurch, daß das Straßenbauinvestitionsprogramm mit der Ent-

wicklungsrate des Verkehrs auch heute noch nicht Schritt halten kann, wird der Nachholbedarf immer größer. Für die Wirtschaft eines Landes und für seine Leistungsfähigkeit ist aber das Verkehrsnetz ausschlaggebend.

Ich glaube, es ist im Grunde genommen mit dem Kreislaufsystem im menschlichen Körper vergleichbar. Gebiete, die nicht genügend erschlossen, oder, mit anderen Worten, nicht genügend wirtschaftlich durchblutet sind, können sich nicht entwickeln und ihre Leistung bleibt in vielen Belangen zurück. Und ein Land wie Österreich, das sich von großen Wirtschaftskapazitäten umgeben sieht, kann die herankommende Konkurrenz nur dann auffangen, wenn es diese quantitative Überlegenheit seiner Nachbarn durch qualitativ höhere Leistungen auffängt. Eine unerläßliche Voraussetzung dafür ist aber ein ausreichendes leistungsfähiges Verkehrsnetz. Manche strukturelle Schwäche, die sich heute bei uns zeigt, ist zweifellos auf den Mangel im Verkehrswesen zurückzuführen. Auf der anderen Seite haben aber im gesamten technischen und wirtschaftlichen Geschehen die Strukturwandlungen die Tendenz zum Straßenbau hin stark unterstützt. Aus dieser Wechselwirkung ist, glaube ich, abzuleiten, daß die Behebung eines Strukturgefälles in ihrem Tempo weitgehend von der Geschwindigkeit abhängt, mit der die Erschließung des betroffenen Gebietes erfolgen kann. Im übrigen ist es auch vom verkehrstechnischen Standpunkt her überlegenswert, weniger der Schaffung von Ballungszentren den Vorzug zu geben, als vielmehr eine Streuung der Wirtschaftskraft und damit der Produktionsstätten und damit auch der Verkehrserreger soweit als möglich anzustreben. Wenn uns dies gelingt, würden manche gesellschaftspolitischen, sozialpolitischen und verkehrstechnischen Probleme, die aus der Entstehung von Ballungszentren herankommen, von vornherein vermieden werden. Mit anderen Worten, unser Straßenbauprogramm kann sich nicht einfach den sich ergebenden Bedürfnissen anpassen oder sich davon allein leiten lassen, sondern es soll soweit als möglich selbst die Entwicklung lenken und bestimmend beeinflussen. Die Voraussetzung für ein gutes Straßennetz erschöpft sich also nicht nur in der Bereitstellung von Geld, zu den finanziellen Mitteln muß die Beachtung anderer Bereiche dazukommen. Ein Straßenbaukonzept muß auch in dieser Hinsicht in die Zukunft weisen und die Bewältigung des Nachholbedarfes allein genügt keineswegs. Im Straßenbau hat sich im übrigen immer stärker die Erkenntnis durchgesetzt, eine Aufgabentrennung herbeizuführen, wie überhaupt das Trennungselement ja beim Straßenbau immer mehr in den Vordergrund kommt, z. B. Trennung der Verkehrsteilnehmer, Trennung der Verkehrsarten, Trennung der Fahrtrichtungen sind ja längst stehende Begriffe geworden. So zeigt auch die künftige Bewertung des Bundesstraßennetzes eine deutliche Qualifikation nach ihren Aufgaben. Wir sehen im Entwurf der österreichischen Straßenverkehrsplanung eine deutliche Abstimmung auf übernationale Entwicklungen und Verbindungen.

Gut sichtbar tritt auch die Berücksichtigung aller Landesteile in den Vordergrund. Für die Steiermark,

die in dieses Konzept stark miteinbezogen ist, ergibt sich durch die künftige Pyhrnautobahn die Errichtung einer außerordentlichen Nord-Süd-Verbindung, die Österreich an seiner breitesten Stelle in dieser Richtung durchquert. Der im Grazer Raum entstehende Schnittpunkt mit der Autobahn Süd ist in seinen wirtschaftlichen Auswirkungen für unser Bundesland noch gar nicht abzuschätzen.

Daß die Sozialistische Partei — weil mir das gerade so einfällt — bei der Übergabe des ersten Teilstückes nicht dabei war, ist sicherlich bedauerlich, aber in erster Linie für die SPO. Wir haben uns darüber gefreut, daß dieses Stück fertig wurde, genauso gefreut wie die Arbeiter, die vom Herrn Bundespräsidenten ausgezeichnet worden sind. (Abg. Loidl: „Angestellten!“) Aber Sie sind halt mehr eine Partei der Traurigkeit, na, Sie werden schon lernen. Sie sind immer ein bisserl hinten gewesen. (Landesrat Bammer: „Darum ist unsere Parteifarbe schwarz!“)

Jedenfalls nehmen die Autobahnen im Rahmen des gesamtösterreichischen Straßenverkehrsnetzes eine sehr starke Vorzugsstellung ein. Ist auch kein Wunder. Denn die Erfahrung lehrt, daß auch ein relativ kleiner Staat wie Österreich ohne Autobahn nicht mehr auskommt. Die Autobahn hat bei weitem nicht nur übernationale Verkehrsbedürfnisse zu decken und damit den Transitverkehr zu ermöglichen, sondern sie ist auch, wie dies in Österreich deutlich sichtbar wird, ein unerläßlicher Faktor für die innerstaatliche Aufschließung. In diesem Zusammenhang gilt auch für Österreich die Erkenntnis, daß mit der steigenden Leistung des Autobahnnetzes eine zunehmende Entlastung des übrigen Straßennetzes eintritt. Der Bewertungsvorschlag für das österreichische Straßenverkehrsnetz beinhaltet auch eine auf die künftigen Verkehrsströme Rücksicht nehmende Kategorisierung der Bundesstraßen. So sind je nach Aufgabe Bundesstraßen der Kategorien 1, 2 und 3 vorgesehen. Im Gleichklang mit dieser Kategorisierung steht auch die Ausstattung und das Ausmaß der Straße. Es ist weiters der Umstand begrüßenswert, daß, wenn man sich die Planungen ansieht, viele Kreuzungen niveaufrei hergestellt werden sollen und damit Verkehrssicherheit und Verkehrsflüssigkeit erhöht werden.

Ich hoffe, daß es auch gelingen wird, die Zuständigkeit der Gebietskörperschaften für die Straßen besser zu regeln. Die Übernahme von Landesstraßen durch den Bund oder von Gemeindestraßen durch das Land darf nicht in erster Linie von der Durchschlagskraft der einen oder anderen Gebietskörperschaft oder ihrer Mandatare abhängen. Ein solcher Interventionsfleckerlteppich bietet keine Ausgangsbasis für eine sinnvolle und ausreichende Verkehrsplanung. Leider besteht auch noch ein gewisses Mißverhältnis zwischen den Leistungen des Bundes, der Länder und vor allem der Gemeinden im Verhältnis zu den Aufgaben, die diese Körperschaften bezüglich des Baues und der Erhaltung von Straßen zugeordnet haben. Es kann sich bei der Ordnung der Zuständigkeit für die Verkehrswege nicht nur um finanzielle Entlastungsversuche der Gemeinden zu Lasten der Länder oder der Länder

zu Lasten des Bundes handeln, sondern es ist ausschließlich der Vorteil der Leistungsfähigkeit des gesamten Straßennetzes anzustreben. Auf diesem Gebiet darf es nach meiner Meinung keine Konkurrenz unter den Gebietskörperschaften geben, sondern nur das Streben, im Wege einer sinnvollen Straßenbewertung und Aufgabenteilung die Zuständigkeiten zu ordnen und dort zu bauen, wo es das Gesamterfordernis gebietet. Es besteht aber andererseits auch kein Zweifel darüber, daß gerade der Ausbau des Autobahnnetzes und der Bundesstraßen der Steiermark von diesem Gesichtspunkt aus stärker forciert werden muß. Ein Zurückbleiben unseres Bundeslandes beim künftigen Ausbau des österreichischen Straßennetzes würde schließlich auf die gesamten wirtschaftlichen Verhältnisse Österreichs schädlich zurückschlagen.

Zusammenfassend läßt sich zu diesem Abschnitt sagen, daß das Straßenbaukonzept inklusive der Bundesstraßenbewertung auf die zukünftigen Erfordernisse ausgerichtet ist. Mit seiner Verwirklichung wird eine bessere wirtschaftliche Entwicklung der Steiermark eintreten, weil die wirtschaftsgeographische Lage des gesamten südöstlichen Staatsgebietes dadurch grundlegend verbessert wird. Unser Landesstraßennetz wurde nach der vorerst notwendigen Behebung der Kriegsschäden schon sehr bald auf künftige Perspektiven ausgerichtet. Vor allem die südlich von Graz gelegenen Landesteile, für die die Straßen mangels ausreichender Schienenwege ja in erster Linie Verkehrsträger sind, wurden mit einem relativ guten Landesstraßennetz ausgestattet. Inzwischen hat sich auch der Bau der Landesstraßen durch die Verkehrsentwicklung vor neue Aufgaben gestellt gesehen. Die Straßenflächen müssen vergrößert werden, zurückgreifend auf einen Antrag der Österreichischen Volkspartei in diesem Haus vor kurzer Zeit wird auch die Ausstattung der Straßen für die Zukunft wesentlich verbessert werden müssen.

Natürlich gibt es noch viele offene Wünsche hinsichtlich des Ausbaues der Gemeindestraßen. Man müßte meiner Ansicht nach ernstlich überlegen, den Gemeinden mehr Mittel für den Straßenbau zuzuteilen — und ich könnte mir vorstellen, daß man den Gemeinden aus der künftigen Steigerungsquote der Mineralölsteuer einen größeren Prozentsatz zukommen läßt, und zwar jedenfalls bis der neue Finanzausgleich die ganze Materie neu regelt. Dadurch würde den Gemeinden einerseits mehr Geld zukommen für den Straßenbau, und auf der anderen Seite würde der Bundesstraßen- und Autobahnbau dadurch nicht finanziell eingengt werden.

Abschließend stelle ich mit Genugtuung fest, daß dem Straßenbau allseits eine stärkere Vorrangstellung eingeräumt wird, als dies früher der Fall war. Diese Vorrangstellung ist nicht nur berechtigt, weil die Straßen arbeitsbeschaffend wirken, sondern weil die Straße ein hervorragendes Mittel zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur darstellt. Als Steirer bin ich darüber erfreut, daß das Straßenbauprogramm des Bundes die Steiermark gut berücksichtigt und seine Verwirklichung uns entscheidende wirtschaftliche Verbesserungschancen bieten wird, besonders, wie schon erwähnt, das Autobahnkreuz

südlich von Graz. (Landesrat Bammer: „Langsam geht es nur, langsam!“)

Ich freue mich auch festzustellen, daß der Ausbau der Autobahn Süd nach Meinung des Herrn Bundesministers für Bauten und Technik in nächster Zeit forciert durchgeführt werden wird. Eine Voraussetzung, meine Damen und Herren, ist freilich unabdingbar, nämlich, daß sich die allgemeine wirtschaftliche Situation nicht verschlechtert und daß wir alle Chancen, die sich durch den Straßenbau für die weitere Entwicklung des Landes ergeben, auch wirklich wahrnehmen. (Beifall bei der ÖVP.)

**2. Präsident Afritsch:** Ich erteile Herrn Präsidenten Koller das Wort.

**Präsident Koller:** Hoher Landtag, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn ich mich nun als im oststeirischen Wahlkreis gewählter Abgeordneter auch in die Rednerliste eintragen ließ und unter Berücksichtigung der oststeirischen Gegebenheiten das Straßenbauproblem kurz beleuchten möchte, so möge sich das einfügen in das steirische Gesamtbild, das sich ergibt, wenn die Kollegen des Landtages aus der Obersteiermark, aus der Süd- und Weststeiermark ebenfalls aus ihren Bereichen ihre Wünsche, aber auch die Erfolge zur Kenntnis bringen.

War die Oststeiermark auch viele Jahre verkehrsmäßig nicht allzu großzügig bedacht, hat sich das Gott sei Dank in den letzten Jahrzehnten durch die durchgeführten Ausbauten der Bundes- und Landesstraßen und auch durch den begonnenen Autobahnbau wesentlich geändert und lassen die kommenden Planungen eine sehr rasche weitere Entwicklung in dieser Richtung erwarten.

Auf dem Bundesstraßensektor ist die für die Oststeiermark so bedeutende Wechsel-Bundesstraße im steirischen Grenzgebiet im zügigen Ausbau, bringt sie uns doch jenen großen Strom von Wienern und Niederösterreichern als Gäste in die Oststeiermark, wie sie auch andererseits dem Wirtschaftsverkehr der Oststeiermark und der angrenzenden Gebiete nach dem großen Ballungszentrum Wien dient.

Der Abschnitt Schaueregg und der Abschnitt Lindbach—Lafnitz sind in Arbeit bzw. sind in der Ausschreibung, so daß im Zuge dieser Wechsel-Bundesstraße nur mehr die große Umfahrung Gleisdorf einer Verwirklichung bedarf. Dieser Abschnitt — die Umfahrung Gleisdorf — gewinnt allerdings auf Grund des Autobahnbaues noch mehr an Bedeutung, da ja mit einem weiteren Ausbau der Südautobahn in nächster Zeit in Richtung Hartberg nicht zu rechnen ist, da bekanntlich nach der anderen Richtung weitergebaut wird und daher diese Wechsel-Bundesstraße als vorläufiges Autobahnzwischenglied dienen muß.

Die Bundesstraßenverwaltung — und das sei hier anerkennend festgestellt — hat zur Realisierung dieser Teilstrecke mit den Detailplanungen begonnen und es ist zu rechnen, daß das vom Bundesministerium vorgenehmigte Projekt, das heißt es ist im Oktober genehmigt worden, auch verwirklicht wird. Es sieht diese Umfahrung eine sehr großzügige Lö-

sung vor, es soll die Landesbahn Gleisdorf—Weiz mittels eines Überführungsprojektes überbrückt werden und nach Auskunft der zuständigen Fachabteilung II ist die Detailplanung im Frühjahr 1970 abgeschlossen, so daß nächstes Jahr mit der Ausschreibung und mit der weiteren Verwirklichung in den kommenden Jahren zu rechnen ist.

Meine Damen und Herren, ein weiteres großes Bauvorhaben, das für die Oststeiermark von besonderer Bedeutung ist, ist der weitere Ausbau der Gleichenberger Bundesstraße, welche die gesamte südliche Oststeiermark durchzieht und nicht nur als Sammelstraße für diese oststeirischen Bezirke, sondern auch für das südliche Burgenland dient. Gerade durch die dankbar zu erwähnende Steigerung und Ausdehnung der Fremdenverkehrsorte Bad Gleichenberg und Radkersburg sowie auch der übrigen Fremdenverkehrsorte nimmt diese Gleichenberger Bundesstraße auch für den Fremdenverkehr an besonderer Bedeutung zu. Durch die weitere gewerblich-industrielle Entwicklung dieses Gebietes ist das Verkehrsaufkommen noch gesteigert worden, nur muß man leider sagen, daß gerade im Bereich der Stadt Feldbach die derzeitigen Verhältnisse dieser Gleichenberger Bundesstraße geradezu katastrophal sind, denn im engsten Stadtgebiet in Feldbach muß der Benützer dieser Bundesstraße innerhalb von 900 m Straßenlänge die Fahrtrichtung fünfmal rechtwinkelig ändern und jeder Kraftfahrer weiß, was das bedeutet. Dazu kommt noch, daß das Grazer-Tor als ein unter Denkmalschutz stehendes Hindernis vorhanden ist und auch weitere Schwierigkeiten bringt. Diese Verkehrsprobleme können nur durch eine großzügige Straßenverlegung gelöst werden. Es wurde da bereits im Jahre 1966 — und das möchte ich dankbar feststellen — von der zuständigen Abteilung ein generelles Projekt ausgearbeitet. Nach diesem Entwurf, der vom Bundesministerium genehmigt ist, wird das Stadtgebiet Feldbach östlich umfahren, wobei die angrenzende oder in Verbindung stehende Riegersburger Straße und die westliche Zufahrt zur Stadt in einem Knoten kreuzungsfrei angeschlossen wird. Von dort, also von der Umfahrung soll dann die Bundesstraße in einem weiten Bogen die Hauptsiedlungsgebiete umfahren und sämtliche Gemeindestraßen wie auch die Landesstraße Raabau mittels Projekten überbrücken und mit einer Brücke von einer respektablen Länge von 370 m werden dann die im Raabtal gelegene Bahnlinie Fehring—Graz und die Raab überquert. Es ist sehr erfreulich, daß auch dieses Bauvorhaben in der Planung sehr weit vorangegangen ist. Es reiht sich würdig an zu jenen 12 weiteren Bauvorhaben, die wir aus dem Voranschlag entnehmen konnten, die im Bereich der oststeirischen Bezirke auf dem Bundesstraßensektor 1969/70 begonnen bzw. fertiggestellt werden. Es kann gesagt werden, daß das alles dazu beiträgt, die verkehrsmäßige Erschließung unserer oststeirischen Gebiete zu vervollkommen. Und sie reißen sich auch würdig ein in die große Liste der steirischen Bauvorhaben auf den Bundesstraßen.

Erwähnen möchte ich ebenfalls die auf dem Landesstraßensektor durchgeführten Maßnahmen, es sind auch in unserem oststeirischen Bereich etwa

35 größere und kleinere Projekte in Arbeit bzw. vor der Fertigstellung. Es ist dies auch ein Teil des großen Baugeschehens auf den Landesstraßen, die, wie ich aus dem informativen Bericht der zuständigen Abteilung erfahren konnte, mit 105 Bauvorhaben eine Gesamtlänge von 329 km erfassen. Es sind dies rd. 10 % unseres Landesstraßennetzes, die zur Herstellung neuzeitlicher Fahrbahnbelegung wie auch anderer Arbeit geradezu in Bewegung sind.

Zu erwähnen wäre dann noch in einem Satz das Staubfreimachungsprogramm.

Zusammenfassend kann also, meine sehr geehrten Damen und Herren, gesagt werden, daß als Vorstufe der sich durch den Autobahnbau in Zukunft ergebenden oststeinischen Verkehrsentwicklungen auf Bundes- und Landesstraßen wirklich Hervorragendes geleistet wurde. Nur durch die dankenswerte Vorausschau auf die kommende Entwicklung durch die zuständige Abteilung, aber auch durch den Herrn Landeshauptmann als Baureferenten, wird für die Oststeiermark eine neuzeitliche Verkehrsentwicklung zu erwarten sein. Es ist kein Zweifel, daß es für die wirtschaftliche Entwicklung dieses Gebietes mit seinen Obst-, Geflügel-, Vieh- und übrigen agrarischen Transporten nach dem Wiener Großmarkt sowohl aus agrarischer Sicht, als auch vom Gesichtspunkt der vielen gewerblichen und industriellen Betriebe und auch der zu erwartenden Betriebsgründungen, wie auch aus der Sicht des Fremdenverkehrs oder der Fremdenverkehrsentwicklung ein großer Vorteil ist, so gut an das moderne Verkehrsnetz angeschlossen zu sein. Wenn ich das gerade als Oststeierer sage, dann kann ich damit auch jene Verhältnisse vergleichen, die einmal waren und wo man praktisch nur in Wunschträumen denken konnte, an jene Entwicklung, die wir Gott sei Dank jetzt oft auch als selbstverständlich hinnehmen.

Lassen Sie mich, meine Damen und Herren, vielleicht auch noch erwähnen oder daran erinnern, daß am Beginn dieser Budgetsitzung oststeirische Abgeordnete auch einen Antrag eingebracht haben, der auf eine Novellierung des Beförderungssteuergesetzes hinzielt. Es soll dies eine Ergänzung der erfreulichen verkehrsmäßigen Entwicklung der Oststeiermark sein, die keineswegs für die weitere Zukunft gerade durch dieses Beförderungssteuergesetz benachteiligt werden soll.

Alles in allem, meine Damen und Herren, darf ich also dankbar feststellen, daß hier entscheidende Taten für die wirtschaftliche Erschließung eines großen Teiles unserer steirischen Heimat gesetzt wurden und daß wir alle nur hoffen und wünschen können, daß die ganze Entwicklung in unserem Lande auch in Zukunft so sei, daß kein Abbruch bei diesen Planungen und Vorhaben eintritt. Weg machen, Weg bereiten, also die Wegmacher, die Wegbereiter haben immer Bedeutung im Leben des einzelnen und auch im Leben einer Gemeinschaft gehabt. Gerade im doppelten Sinne des Wortes trifft Weg machen aber für alle jene zu, die moderne Straßen und Autobahnen planen, bauen bzw. durch ihre Initiative forcieren. Sie betätigen sich damit nicht nur als moderne Wegmacher im Sinne des Bauens von Wegen, sondern sie bereiten damit auch neue Wege

und Möglichkeiten für unsere Heimat und ihre Menschen vor. Und das sei auch der Anlaß, was ich hier von der Sicht der Oststeiermark aus dankbar anerkennen möchte. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident:** Ich erteile Herrn Abgeordneten Schön das Wort. Nach ihm spricht Abgeordneter Burger.

**Abg. Schön:** Hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren! Wenn die ganze Sache nicht so ernst wäre, dann könnte man jetzt beginnen mit dem Spruch „Alle Jahre wieder . . .“ Da die Sache so ernst ist, soll man sie auch von dieser ersten Seite betrachten, und aus vielen Gesichtern sehe ich auch schon, daß Sie bereits wissen, worüber der Abgeordnete Schön im Straßenbau redet. Es ist zugegebenermaßen vom Herrn Landeshauptmann das Straßenbauproblem Nr. 1, die Präbichl-Straße nach Eisenerz. Ich darf, da wir fast am Ende der Landtagsperiode stehen, etwas zusammenfassen und rückschauend das Ganze betrachten, wie die Straße ihren Anfang genommen hat, wie der Gedanke entstanden ist, diese Straße neu zu bauen. Der Gedanke geht zurück auf die Kriegszeit. Durch die großen Abbau-bewegungen am steirischen Erzberg wurde die alte Präbichlstraße schon damals in Frage gestellt. Durch ein Naturereignis, nämlich einen Wolkenbruch, wurde die alte Präbichlstraße derart vermurt, daß man sich entschließen mußte, das schlechteste Projekt, das während des Krieges erstellt wurde, als Notstraße auszubauen. Es ist auch heute noch die Präbichl-Notstraße, und ich glaube, sie wird es auch noch eine geraume Zeit bleiben. Die Forderungen der Eisenerzer Bevölkerung waren immer darauf gerichtet, eine anständige Straße zu bekommen, um Anschluß zu finden an ein größeres Straßennetz, an die ganze Wirtschaft, aber auch, damit endlich Versprechen eingelöst werden, die sogenannte Strukturförderung für dieses Gebiet durchzuführen. Leider — und das sei hier vermerkt — wurde von Anfang an dieses Straßenproblem sofort auf politischen Weg gestellt. Als zuerst noch ganz realistische Vorsprachen in dieser Hinsicht getätigt wurden, hat man sofort erklärt, unser Landesvater Josef Krainer wird sich dafür verwenden, und wir werden die Straße bekommen. Und der Landesvater — entschuldigen Sie, Herr Landeshauptmann — hat es auch dann sofort hingestellt als Straßenbauproblem Nr. 1. Wir haben uns damals wirklich gefreut. Wir haben uns gesagt, ist es jetzt politisch, wie es will, wenn wir eine anständige Straße bekommen, ist es egal, woher sie kommt. Aber eine Straße wollen wir haben. (Abg. Maunz: „Eine rote oder eine schwarze?“) Du hast ja selber schon so oft darüber geredet und es ist nichts daraus geworden. Auf jeden Fall haben wir immer wieder gewartet bis zur nächsten Wahl, und wenn die Wahl in Aussicht war, sind sie wieder von überall hergeflattert und haben erklärt, die Straße wird gebaut und jetzt muß sofort gebaut werden, denn das ist notwendig, das ist für das wirtschaftliche Gebiet notwendig, und jetzt fangen wir sofort an. Und dann haben wir wieder 5 Jahre umsonst gewartet, weil wieder nichts daraus geworden ist. Ich erinnere mich noch gut, als ich hier als Abgeordneter in das Hohe Haus

gekommen bin, wie die erste Budgetdebatte sich sehr eingehend mit dem Ausbau der Präbichlstraße befaßt hat. Damals sind die Ansichten hin- und hergegangen, selbst von den Baufachleuten, wo sollen wir sie denn endlich bauen, dort, wo die Trassierung vorgeschlagen wurde, ist das Projekt geologisch unmöglich, da kann man gar nichts machen. Da hast sogar Du, Kollege Maunz, sehr darüber geredet, daß es dort geologisch unmöglich ist. (Abg. Maunz: „Ich war nur gegen das Hotel!“) Gleich darauf hat der Herr Landeshauptmann gesagt, nein, es geht, wir werden die Straße in den Gsollgraben hineinbauen. Das muß ich hier offen feststellen, das war das Versprechen. Es ist auch gleich darauf mit dem Bau begonnen worden. (Abg. Maunz: „Geduld muß man haben!“) Ja freilich, es handelt sich darum, wie lange wir Geduld haben sollen, von der Wiege bis zum Grabe kann man auch sagen, nicht wahr, ist ein Geduldsweg. (Landesrat Bammer: „Bei euch ist ja Geduld Pflicht!“ — Abg. Maunz: „Nicht immer!“)

Wie schon erwähnt, hat die Alpine schon eine Notstraße gebaut, und man hat zuerst die Absicht gehabt, an diese Notstraße eine zweite anzuschließen. Man hat die Fachleute überreden können, daß sie davon Abstand nehmen und keine Notstraße bauen, sondern daß wirklich die Straße begonnen wurde. Und nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, wurde sie dort begonnen, wo ein Stück bereits fertig war durch den Ausbau des Bauloses Eisenerz und auf der anderen Seite bereits erhebliche Vorarbeiten während des Krieges durch Kz-Häftlinge durchgeführt wurden. Da hat man ein Stück hinaufgebaut und hat dann ganz langsam auch eine Brücke über den Graben gebaut. Es war dann in der „Grazer Zeitung“ eine Ausschreibung über vier Brücken, wir arbeiten heute noch an der zweiten von oben herunter. Aber wir sind es bereits gewohnt geworden, das Bautempo. Verschiedene Anfragen hier in diesem Hohen Haus haben ja eines ausgesagt, daß man bereits auch hier als Landeshauptmann nicht weiß, wie die Geldmittel überhaupt fließen werden und nie sagen kann, wann die Straße überhaupt fertig wird. Wir haben uns darüber oft bitter beschwert, und zwar deshalb, wie ich schon angeführt habe, weil in Eisenerz ein Industriegebiet ist, das durch die Modernisierung immer weniger Menschen benötigt und weil diese Menschen entweder einen Ersatzarbeitsplatz bekommen müssen oder eine Möglichkeit, daß sie auf dem schnellsten Weg in ein anderes Gebiet kommen, um dort ihr Brot zu verdienen, um dort Arbeit zu bekommen. Deshalb haben wir immer darauf gedrungen, so schnell wie möglich diese Straße fertigzubauen.

Mit wieviel Ausflüchten man gekommen ist, brauche ich hier nicht erwähnen. Eines steht fest: Daß das Geld vom Bund nicht bereitgestellt wird, so wie es bereitgestellt werden sollte, denn eine Straße, das habe ich auch schon einmal betont, wird immer teurer, je länger die Bauzeit ist. Je kürzer man die Bauzeit zusammenfaßt, umso realistischer kann man wirklich bauen. Eine Straße hat erst dann einen Wert, wenn sie fertig ist, vorher überhaupt nicht. Wir haben dann, und das muß ich auch hier offen

sagen, resignierend festgestellt, als der Herr Landeshauptmann gesagt hat, jetzt weiß ich erst durch Absprache mit Bundeskanzler Klaus, wie die Straßenbauten vor sich gehen. Herr Landeshauptmann, da muß ich Ihnen wirklich sagen, dann haben Sie uns 10 Jahre falsch informiert, weil sie 10 Jahre immer wieder gesagt haben, wir wollen die steirischen Straßen so schnell wie möglich ausbauen. (Landeshauptmann Krainer: „Was behauptest Du da, was habe ich mit dem Klaus ausgedredet?“) Daß Sie erst jetzt ein richtiges Straßenkonzept haben für die Steiermark, das haben Sie hier festgestellt im Haus. (Landeshauptmann Krainer: „Das hat ja nichts mit dem Präbichl zu tun.“) Auf jeden Fall warten wir lange genug darauf. (Heiterkeit.) Wenn Sie das so lächerlich finden allerseits. (Landeshauptmann Krainer: „Es ist nicht lächerlich. Ich sage Dir, das hat mit dem Präbichl nichts zu tun. Der Präbichl bleibt bestehen trotz Konzept!“) Aber wie lange er braucht. Herr Landeshauptmann, es ist ein Unterschied, wenn man heute darauf wartet, daß er fertig wird, um die Wirtschaft von Eisenerz zu beleben, und wir können uns bereits ausrechnen, daß wir längst alle unter der Erde sind, bis die Straße fertig ist. (Landeshauptmann Krainer: „Na, na, so alt bist Du noch nicht!“ — Landesrat Bammer: „Das ist aber ein harter Trost!“) Es freut mich, daß Sie mir so viele Lebensjahre geben, Herr Landeshauptmann.

Aber als die Wahlen jetzt wieder in Sicht kamen, hat man gesagt, wenn die neue Straße nicht fertig ist, müssen wir etwas anderes machen. Und nun ist man darangegangen und hat die alte Straße asphaltiert — man höre. Die alte Straße hat man in ihrem obersten Stück asphaltiert, und zwar mit einer baulichen Richtlinie, die vollkommen entgegen der war, die man früher der Alpine als Notstraße vorgeschrieben hat. Denn der Alpine hat man als Notstraße einen Rauhasphalt vorgeschrieben, daß er gröber nimmer gehen kann, wegen der Rutschgefahr, und auch eine durchlaufende Sicherung durch Straßenleitschienen. Und im oberen Stück, im weit steileren, das man jetzt für die Wahlen asphaltiert hat, da hat man einen glatten Asphalt genommen, und erst durch Einsprüche — das möchte ich auch hier feststellen, ich habe hier die Schreiben vom Bürgermeister von Eisenerz und auch von verschiedenen Herren, die da oben zuständig sind — hat man sich entschlossen, an den gefährlichsten Stellen Leitschienen anzubringen, und zwar weil man gesagt hat, hier handelt es sich nicht mehr um den einzelnen Pkw-Fahrer, sondern hier ist es sehr gefährlich für die Autobusse, die ja heute den Personenverkehr zum Großteil über den Präbichl durchführen. Man ist jetzt dabei, die gefährlichsten Stellen abzusichern, und zwar jetzt, wo durch die ersten Schneefälle so viel passiert ist, ich kann die einzelnen Fälle gar nicht aufzählen, was sich da alles ereignet, und diese Herren, die über den Präbichl fahren beim Sturm, die können ja davon ein Lied singen. (Landeshauptmann Krainer: „Ich bin auch schon drübergefahren bei einem solchen Schneesturm, wie es so kalt war!“) Ja, dann wissen Sie es ja, Herr Landeshauptmann, und Sie tun nichts dagegen. Aber es ist da eines bei dieser gan-

zen Misere, die sich hier am Präbichl ereignet, und wo immer wieder die Beschwerden geführt werden von diesen Leuten, die bei Nacht drüber müssen, und nun, Herr Landeshauptmann, passen Sie jetzt gut auf, von Leuten, die leider Gottes, weil keine Strukturförderung in Eisenerz zustande gekommen ist, heute bereits über den Berg müssen, um andere Arbeit zu suchen, die bei Nacht und Nebel wieder zurückfahren nach Eisenerz, um der Gemeinde Eisenerz die Gemeindeeinnahmen zu erhalten, damit sie die Auszahlung bei der Alpine in Eisenerz bekommen, fahren sie jeden Tag vom Arbeitsplatz von Donawitz nach Eisenerz zurück, und diese Leute haben sich auch beschwert und eine weitere Beschwerde ist herangetragen worden an einen der höchsten Beamten. Hohes Haus! Ich achte alle Beamten. Wir haben als Abgeordnete viel mit ihnen zu tun, wir brauchen ihren Rat, aber ich verachte es und verlange hier von Ihnen, Herr Landeshauptmann, daß Sie einschreiten, wenn ein Beamter, der die Erfolgsleiter hinaufgestiegen ist bis zur letzten Sprosse, einen Brief schreibt, und den werde ich Ihnen jetzt wörtlich zitieren: „Es ist mir unverständlich, daß ausgerechnet immer über die Präbichlstraße Beschwerden vorgebracht und bei Zeitungsreportern Anklang finden. Es muß doch jedem Kraftfahrer klar sein, daß er bei den bis 22 % geneigten Straßenstücken bei Schnee und Glätte nicht wie im Sommer über den Berg kommt. In der Regel dürfte es sich um Nachtwandler handeln und wäre es nicht angezeigt, Leute, welche während der Nacht am Präbichl hängen bleiben oder von der Fahrbahn abkamen, auf ihren Alkoholspiegel überprüfen zu lassen.“ Herr Landeshauptmann, das ist die größte Infamie und die größte Gemeinheit. (Landeshauptmann Krainer: „Wer hat das geschrieben?“) Das ist der Hofrat Höllerl, der zeichnet hier, von der Baubezirksleitung Bruck. (Landeshauptmann Krainer: „Ich werde das überprüfen!“) An den Bezirkshauptmann von Leoben, der das Weisungsrecht hat auch an die Gendarmerie in dieser Hinsicht.

Hohes Haus, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe das aufgezeigt, wenn man schon die Mittel nicht herbringt, um die Präbichlstraße fertigzustellen und das wirtschaftlich und geographisch so schlecht gelegene Gebiet von Eisenerz damit zu fördern, wenn man schon nichts besseres zu tun hat, als jetzt das alte Stück zu asphaltieren, dann soll man diese Leute, die bei Nacht und Nebel von der Arbeit heimfahren, nicht als besoffen hinstellen, wenn sie auf dem Präbichl hängen bleiben oder von der Straße abkommen. Und das, Herr Landeshauptmann, möchte ich Ihnen im Sinne der ganzen Bevölkerung dieses Gebietes vortragen und von Ihnen auch verlangen, daß es nicht nur beim Reden bleibt, sondern, so wie man den Kleinen auch zur Verantwortung zieht, auch diesen Herrn Hofrat zur Verantwortung zieht. (Beifall bei der SPO.)

**Präsident:** Ich erteile Herrn Abg. Burger das Wort. Nach ihm spricht Abg. Aichholzer.

**Abg. Burger:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wie zu erwarten, werde auch ich mich mit

der Präbichlstraße befassen. Ich werde aber bei meinen Ausführungen gewisse Dinge berücksichtigen, die wohl auch, oder nur, oder ausschließlich die Ursache sind, daß es zu solchen Verzögerungen mit der Fertigstellung kommt. Wir sind natürlich als Abgeordnete dazu da, zu drängen und immer wieder anzufragen, was mit der Erfüllung von gestellten Anträgen los ist. Wir sind natürlich dazu da, um anzufragen, wann begonnene oder geplante Bauwerke fertig werden. Aber ich glaube, daß es auch unsere Pflicht ist, irgendwie nach den Ursachen zu sehen, wenn Verzögerungen zustande kommen und man muß auch diese zur Kenntnis nehmen. Wer heute über den Präbichl fährt, sieht den Bau zweier großer Bogenbrücken an der Nordrampe. Diese Brücken haben zweierlei Bedeutung, die erste, daß man Brücken baut, damit die Straße über eine Schlucht geführt wird. Aber in diesem Fall haben die Brücken am Präbichl eben zweierlei Bedeutung, nämlich, sie mußten gebaut werden, damit man die Baumaschinen überhaupt an die Baustelle bringt. Ich möchte das der Objektivität halber feststellen. Damit will ich aber auch eigentlich Auskunft darüber geben, daß der Ausbau der Präbichl-Nordrampe sich unerhört kostspielig und vor allem auch schwierig gestaltet. Von Eisenerz kommend ist die Straße durch den Gsollgraben fertig. Um von der Eisenerzer Seite her den Bau der Straße fortführen zu können, ist vorher der gigantische Bau einer 1480 m langen Hangbrücke nötig. Diese bereits ausgeschriebene Brücke, welche dreispurig 10,5 m breit sein wird mit ihrem Kostenpunkt — und ich sage das hier — von etwa 50 bis 60 Millionen Schilling das derzeit größte Bauwerk in Europa sein. Mit dem Bau dieser Hangbrücke wird bereits im Jahre 1970, wir hoffen bereits im Frühjahr, begonnen werden können. Mittlerweise wird das ebenso eindrucksvolle Bauwerk der Hochumfahrung Bruck a. d. Mur fertig werden, nachdem im Jahre 1969 aber auch für das Jahr 1970 je 30 Millionen Schilling verbaut bzw. vorgesehen worden sind. Ich darf feststellen, daß diese Brucker Umfahrung termingemäß noch im Herbst 1970 der Bestimmung übergeben werden kann.

Nun stünde nach dieser Fertigstellung der Brucker Umfahrung einer Forcierung des Ausbaues der Nord- aber auch der Südrampe am Präbichl nichts im Wege. Die 1480 m lange Brücke wird eine längere Bauzeit beanspruchen. Tatsächlich sind dann noch von der Paßhöhe her 2 weitere Brücken mit je 650 m Länge notwendig, bis das so notwendige aber sicher teuerste Straßenstück fertig sein wird. Ich glaube nicht fehlzugehen, wenn ich hier behaupte, daß allein das 4 km lange Straßenstück der Präbichl-Nordrampe 180 bis 200 Millionen Schilling in der Endabrechnung kosten wird. Es ist dies ein so gewaltiger Betrag, daß man sich auch als Abgeordneter fragen muß, woher und wie schnell das Geld für ein 4 km langes Straßenstück zu haben ist. Trotzdem ist der Ausbau und die möglichst baldige Fertigstellung dieser Anschlußstraße für Eisenerz mit allem Nachdruck zu betreiben und fortzusetzen. Welche Bedeutung diese Straße für die Zukunft des Gebietes von Eisenerz hat, habe ich bereits im Vorjahr genügend zum Ausdruck gebracht. Diese Straße ist für die dortige Bevölkerung eine glatte Existenz-

frage. Daß dieser Tatsache von seiten des Landes und im besonderen — und hier bin ich etwas im Gegensatz zum Kollegen Schön — vom Herrn Landeshauptmann Rechnung getragen worden ist, möchte ich hier lobend erwähnen. Mit dem Ausbau der Präbichl-Nordrampe muß oder soll synchron ebenfalls der Ausbau der Seebergstraße erfolgen. Auch hier sind die Arbeiten angelaufen. Und es darf gesagt werden, daß das Teilstück Mariazell — Rasing sich bereits im Bau befindet. Das Baulos Palbersdorf, das ist die Umfahrung von Aflenz, ist bereits ausgeschrieben und befindet sich im Zustand der Vergabe. Demnächst kann auf diesem ausgeschriebenen Teilstück auch die Grundablässe vorgenommen werden und wird wahrscheinlich auch dieses bedeutende Baulos vergeben und mit den Arbeiten im Juni kommenden Jahres begonnen werden können. Somit wird der Wallfahrtsort Mariazell und das bekannte Fremdenverkehrsgebiet durch moderne Straßen endgültig erschlossen werden. Was wirtschaftlich der Präbichl für Eisenerz ist, ist der Seeberg für Mariazell. Der Ausbau bzw. die Fertigstellung beider Paßstraßen wäre somit ein gemeinsames Ganzes. Im Laufe der Budgetdebatte wurde von einigen Herren Kritik über den Zustand unserer Straßen geübt, vor allem durch den Generalredner der SPO. Ich persönlich habe den Mut zu sagen, daß ich die Bautätigkeit dieses kleinen Landes nicht nur hier im Hohen Haus, sondern immer wieder in ehrlicher Weise überall bewundere. Die Sorgen, die wir haben, liegen freilich in der Tatsache, daß die Steiermark sehr viele stark verkehrsbelastete Bundesstraßen hat. Wenn man an die von mir bereits erwähnten ungeheuren Kosten denkt, müßte man freilich sagen, daß noch mehr Bundesmittel notwendig wären. Es wäre daher sicherlich vertretbar, wenn auch die Steiermark für diese stark belasteten Bundesstraßen einen Sonderkredit bekäme. 100 Millionen Schilling würden den so wichtigen Ausbau der Präbichl-Bundesstraße um ein ganzes Jahr verkürzen. Wenn ich zusammenfassen darf, so gehört der Ausbau der Bundesstraße Nr. 67 Graz — Bruck sowie der Bundesstraße 17 einschließlich des beschleunigten Ausbaues der Präbichl- und der Seebergstraße zu den dringendsten Anliegen unseres Landes. (Beifall bei der OVP.)

**Präsident:** Ich erteile Herrn Abgeordneten Aichholzer das Wort. Nach ihm spricht Herr Präsident Dr. Heidinger.

**Abg. Aichholzer:** Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Straßen zu planen und zu bauen, ist eine schöne und lohnende Aufgabe. Gut durchdachte Trassenführungen können der Landschaft ein besonderes Gepräge geben, und daß ein weit ausgebautes Straßennetz gute Voraussetzung für eine funktionierende Wirtschaft ist, ist wohl bestens bekannt. Straßenbau ist aber auch etwas, was nie ein Ende zu nehmen scheint. Es wird viel gebaut; diesen Straßenbauten stehen aber nach wie vor noch immer zahlreiche offene Wünsche und Forderungen gegenüber.

Eine besondere Verkehrsmisere ergibt sich für den Bezirk Leibnitz auf der Bundesstraße 67 im Be-

reiche der Ortsdurchfahrt von Wildon. Verschiedene Verkehrszählungen haben eindeutig ergeben, daß diese Bundesstraße überlastet ist, so daß es notwendig erscheint, zumindest für die neuralgischen und gefährlichen Punkte eine Entlastungsmöglichkeit zu schaffen. Wenn auch im Budget 10 Millionen Schilling als Beitrag für eine Finanzierungsgesellschaft für den Autobahnbau Sattledt — Spielfeld enthalten sind, so ergibt sich für mich doch die zwingende Frage nach der restlichen Finanzierung. Besteht diese Gesellschaft schon — Herr Landeshauptmann — und wie sind die Ausbau- und Finanzierungspläne? Ich glaube, man müßte der Phyrn-Autobahn den Vorrang einräumen. Vorläufig scheint nicht viel mehr zu bleiben als der Wunsch, daß auch dieses Projekt in den nächsten Jahren einer Realisierung zugeführt werden möge, wobei ich nochmals auf die gefährvolle Situation der Ortsdurchfahrt Wildon mit dem Ersuchen hinweisen möchte, zu überprüfen, ob für diese Teilstrecke nicht in irgend einer Form eine Zwischenlösung sich vertreten und durchführen ließe.

Weitere neuralgische Punkte sind die schienengleichen Bahnübergänge. Seitens der Österreichischen Bundesbahnen werden Vorbereitungen getroffen, die es ermöglichen werden, auch auf der Strecke Graz — Spielfeld die Stundengeschwindigkeit für Reisezüge auf 140 km zu erhöhen. Das bedingt andererseits, daß die schienengleichen Bahnübergänge nach Möglichkeit entfernt werden müssen. Ein solcher Übergang ist am Südkopf des Bahnhofes Leibnitz bei der Landesstraße 149 — die die Hauptverbindung zwischen Leibnitz und Wagna — zur Bundesstraße und zur Staatsgrenze darstellt.

Im Programm des Baubezirksamtes Leibnitz steht für 1970 die Sanierung der Landesstraße 149 von Landscha bis Kaindorf. Ein Teilstück, nämlich vom Stadtgebiet Leibnitz ausgehend bis in das Gemeindegebiet von Kaindorf reichend, ist bereits fertiggestellt, so daß im Jahre 1970 das Teilstück Marburger Straße bis Landscha ausgebaut werden wird. Um hier eine endgültige und auch der Zukunft Rechnung tragende Lösung herbeizuführen, scheint es mir unerlässlich, hinsichtlich des schienengleichen Bahnüberganges im Bereiche dieses Straßenstückes zu einer Lösung zu kommen.

Ich darf dazu, Herr Landeshauptmann, auf unsere Anträge vom 21. Juni 1966 und vom 7. Oktober 1969 verweisen und ersuche nochmals im Einvernehmen zwischen dem Land und dem Bundesministerium für Verkehr eine für Straße und Schiene — somit für alle Verkehrsteilnehmer — entsprechende Lösung ehestens anzustreben. Eine weitere wichtige Verbindungsstraße für den Bezirk Leibnitz und darüber hinaus in den Bereich des Bezirkes Deutschlandsberg — nach Kärnten — und zum Radlpaß — ist die Sulmtalstraße, bei der seit der Auflassung der Sulmtalbahn eine sehr starke Frequenzsteigerung zu beobachten ist. Teilstücke dieser Straße wurden in den letzten Jahren auch ausgebaut, so im Bereiche von Heimschüh nach Großklein. Die Straße weist aber noch einige sehr gefährliche und enge Stellen auf. Im Bereiche der Ortschaft Muggenau gibt es einige sehr enge Stellen und unübersichtliche Kurven und auch auf der Strecke von

Heimschuh nach Gleinstätten gibt es noch zahlreiche Engpässe und Straßenabschnitte, die als besonders gefährlich bezeichnet werden müssen.

Ich möchte daher anregen, die bisher noch nicht ausgebauten Straßenstücke im Bereiche von Großklein nach Arnfels, von Heimschuh nach Gleinstätten und vor allem aber von Arnfels nach Oberhaag einer Überprüfung zu unterziehen und in das Ausbauprogramm der nächsten Jahre aufzunehmen. Besonders die Verbindung Arnfels — Oberhaag muß als die schlechteste des ganzen Sulm- und Sausalgebietes angesehen werden, so daß ich auf die Vordringlichkeit dieses Ausbaues ganz besonders hinweisen möchte.

Vom Sulmtal einen Sprung an die Staatsgrenze nach Radkersburg. Wie den Damen und Herren sicherlich noch in Erinnerung, wurden im Oktober die Umfahrungsstraße und die neue Murbrücke in Radkersburg für den Verkehr freigegeben, wodurch dem kommenden Grenz- und Reiseverkehr sicherlich neuer Auftrieb gegeben werden wird.

Leider liegen aber zwischen Gosdorf und Halbenrain einige Straßenkilometer der Bundesstraße, die einer dringenden Sanierung bedürfen, um dem zu erwartenden Verkehr gerecht zu werden.

Zum Schluß möchte ich zum Kapitel Straßensektor nochmals darauf hinweisen, daß seitens der Gemeinden noch viele Wünsche hinsichtlich von Straßenübernahmen durch das Land offen sind. Ich darf dazu für den Bezirk Leibnitz an die beantragten Straßenübernahmen erinnern:

Die Straße Ehrenhausen — Retznei — Aflenz (ein Antrag, der seit mehr als 10 Jahren aufliegt) — Übernahme einer Verbindungsstraße aus dem Gemeindegebiet von Tillmitsch zur Bundesstraße — Übernahme der Frauengasse in Kaindorf und schließlich noch die Übernahme einer Gemeindestraße aus dem Gemeindegebiet von Glanz.

Zu der sicherlich sehr bedeutungsvollen Gruppe 6, umfassend das Wohnungs- und Siedlungswesen, den Hochbau, den Straßen- und Autobahnbau, gehören noch zwei wichtige Abschnitte, nämlich die der Flußregulierungen und die Agenden der Versorgungswasserwirtschaft mit den Hauptanliegen des Wasserleitungs- und Kanalbaues.

Diese Gruppe umfaßt auch den höchsten Ausgabenrahmen gegenüber allen anderen Gruppen mit rund 1 Milliarde und 296 Millionen Schilling im ordentlichen und 42 Millionen Schilling im außerordentlichen Haushalt. Zur Flußregulierung möchte ich darauf verweisen, daß die Regulierung der Kainach noch offen ist, wozu ich an unseren Antrag vom Oktober 1968 erinnern möchte.

Sulm und Laßnitz wurden bisher in ihren Ober- und Mittelläufen weitgehend reguliert, was eine erhöhte Hochwassergefahr für die im Mündungsbereich liegenden Gebiete mit sich bringt. Die Regulierung der Laßnitz im Gemeindegebiet von Tillmitsch und der Laßnitz und Sulm im Bereiche der Gemeinden Leibnitz — Seggauberg — Kaindorf und Wagner muß daher ebenfalls ehestens durchgeführt werden.

Im Budget sind „Beiträge für Flußbauten“ von 18 Millionen Schilling vorgesehen, — im Hinblick

auf den großen Nachholbedarf auf diesem Gebiet in der ganzen Steiermark kein allzugroßer Betrag. Es liegt uns in Leibnitz besonders daran, daß die beantragte Flußregulierung ehestens durchgeführt wird, da damit die Verwirklichung weiterer Projekte im engen Zusammenhang steht. Haben sich für die Durchführung von Flußregulierungen meistens Wassergenossenschaften gebildet, deren Teilfinanzierung auf Interessentenbeiträgen beruht, so sieht die Sache beim Wasserleitungs- und Kanalbau wesentlich anders aus.

Beides, Wasser- und Kanalbauten, gehören ebenso wie der Straßen- oder Schulbau zu den größten Sorgen der Gemeinden. Sie beanspruchen Finanzmittel, die bei weitem die Möglichkeiten der kleinen aber auch der größeren Gemeinden übersteigen, selbst dann, wenn man berücksichtigt, daß der Bund ein Darlehen und das Land eine Subvention zu diesen Bauvorhaben gibt. — 40 Millionen Schilling sind diesmal für diese Zwecke als Beiträge an Gemeinden seitens des Landes vorgesehen. 20 bis 25 % des Gesamtbetrages müssen aber nach wie vor die Gemeinden selbst aufbringen, wodurch sich ergibt, daß die Gemeinden oft jahrzehntelang mit der Abzahlung für diese Bauvorhaben belastet sind, was natürlich dann letzten Endes in erster Linie auf Kosten anderer wichtiger Bauvorhaben geht.

Ich glaube, sagen zu dürfen, daß es wohl der Wunsch aller Gemeindevertreter ist, hier für die Gemeinden zu einer günstigeren Finanzierungsmöglichkeit zu kommen. Daß diese Bauten im Interesse der Volksgesundheit liegen, insbesondere dort, wo sich Ballungszentren von Industrie und Wohnbevölkerung ergeben, ist eine bekannte Tatsache. Meiner Meinung nach wäre es z. B. schon eine große Hilfe für die Gemeinden, wenn der Bund bzw. der Wasserwirtschaftsfonds einen Teil des Prozentbetrages zu den Baukosten nicht als Darlehen, sondern als echte Subvention gewähren würde.

Zum Schluß noch kurz einige Worte zur Luftreinhaltung, da auch diese Frage engstens mit der Gesunderhaltung der Bevölkerung verbunden ist. Einwandfreie und ausreichende Wasserversorgung auf der einen Seite und eine möglichst gereinigte Luft auf der anderen Seite sind die Grundvoraussetzungen für jedes Leben.

Es müßte doch möglich sein, von Seiten des Bundes diesbezüglich strenge Vorschriften zu erlassen, als Voraussetzung dafür, daß vor allem die Abgase aus Industrie und Verkehr auf ein erträgliches Maß zurückgedämmt werden. (Beifall.)

**Präsident:** Es spricht Herr Präsident Dr. Heidinger, nach ihm kommt Abg. Klobasa zu Wort.

**3. Präsident Dr. Heidinger:** Herr Präsident, Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich bin sehr froh, daß Herr Kollege Aichholzer vor mir gesprochen hat, weil er mir bereits alles, was bezüglich des Bezirkes Leibnitz zu sagen gewesen wäre, weggeredet hat und ich dadurch etwas Zeit gewinne, mich mit Kollegen Loidl auseinanderzusetzen. Ich darf nur zur Ergänzung und zur Erinnerung dem Kollegen Aichholzer sagen, daß die reklamierte Unterführung im ÖBB-Brückenkopf Leibnitz-Süd an der Landesstraße 149 Wagner ja be-

reits im nächsten Budget vorgesehen ist, wie Sie sich aus der Erläuterung zur Budgetpost 691,55 auf Seite 94 der Erläuterungen überzeugen können.

Und nun, da wir uns einig sind, daß die Gelder, die wir hier an Förderungsmaßnahmen für Straßen, Brücken usw. mit Steuern aufbringen müssen, und ich glaube, im zweiten Punkt auch Einigkeit besteht, daß die wirtschaftliche Leistungskraft der Steuersubjekte bei den direkten Steuern zu berücksichtigen ist, darf ich ein bißchen zu den Steuern kommen. Die Globalzahlen, die sowohl Generalredner Kollege Heidinger, wie Sie, Kollege Loidl, angeführt haben, geben ein falsches Bild, und zwar ein falsches Bild, weil die Selbständigen nicht nur die Einkommensteuer, sondern auch die Gewerbesteuer zu zahlen haben. Wenn Sie das Aufkommen, das in dem letzten Amtsblatt der Finanzverwaltung für 1969 bis Oktober veröffentlicht wurde, ansehen, dann werden Sie sehen, daß ein Einkommensteueraufkommen von rund 4,8 Milliarden Schilling und ein Gewerbesteueraufkommen von 3,8 Milliarden Schilling, zusammen also 8,6 Milliarden Schilling, einem Lohnsteueraufkommen von 6,8 Milliarden Schilling gegenüberstehen. Das ist einmal die erste globale Feststellung. Die zweite Feststellung, die hier zu treffen ist und die nicht oft genug getroffen werden kann, ist, daß das Steueränderungsgesetz 1967 keine neuen Vorteile oder bevorzugten Abschreibungen für die Unternehmungen — ich sage bewußt Unternehmungen und nicht Unternehmer gebracht hat, sondern ganz im Gegenteil; die bevorzugten Abschreibungssätze der vorzeitigen Abschreibung im Gebiet von Wien, Niederösterreich und Burgenland wurden beseitigt, und es wurden einheitliche Abschreibungssätze vorgesehen, die global dem Staat weniger an Steuerausfällen gebracht haben als vorher. Also in keinem Fall ein neues Steuergeschenk, wie Sie, Herr Kollege Loidl, es darzustellen liebten. Und nun darf ich weiter die Einkommensteuerstatistik und die Lohnsteuerstatistik, die im Detail veröffentlicht wurde — leider liegt sie immer sehr lang zurück, 1965 für die Einkommensteuer und 1964 für die Lohnsteuer — Ihnen vorgetragen. Wir haben insgesamt 291.000 Veranlagungsfälle in der Einkommensteuer gehabt, die rund 30 Milliarden Einkünfte erfaßt haben. Rund 2,5 Milliarden vorzeitige Abschreibung wurden in Anspruch genommen und 7,3 Milliarden Einkommensteuer wurden bezahlt. Die durchschnittliche Belastung der Einkommensteuerpflichtigen ist 28 %. Von den gewerblichen Einkünften, 162.000 Fälle mit 17,5 Milliarden Schilling Einkünften, sind nur 40.000 Fälle über 100.000 S steuerpflichtiges Einkommen. Wie schaut es bei der Lohnsteuer aus? Bei der Lohnsteuer hatten wir 1964 rund 2,2 Millionen Steuerpflichtige (Abg. Loidl: „Etwas Neues!“) Neuere Statistiken gibt es leider nicht im Detail — die 81 Milliarden Schilling Einkünfte hatten. Von diesen waren 13 Milliarden steuerfrei bzw. sonstige Bezüge, die mit dem bevorzugten Steuersatz versteuert werden. 48.500 Fälle hatten ein Einkommen über 100.000 S.

Und jetzt hören Sie gut zu, Herr Kollege Loidl. Diese 48.000 Unselbständigen mit einem Einkommen über 100.000 S haben mehr als 27 % des Lohnsteueraufkommens gebracht. Es ist also die Fragestellung

Unselbständiger und Selbständiger bezüglich der Steuerbelastung falsch. Ich darf da einen unverdächtigen Zeugen zitieren aus dem Buch „Untersuchung über Zentralprobleme der österreichischen Bundesfinanzen“ von Kausel, das ist ein Ökonom des Instituts für Wirtschaftsforschung, der sagt: „Daraus kann empirisch abgeleitet werden, daß die vielfältigen Steuervorteile im Verhältnis der sozialen Schichten zueinander generell gleich verteilt sind und soziale Diskriminierungen steuerlicher Art nur innerhalb der gleichen sozialen Gruppe wirksam werden.“

Nun darf ich Ihnen noch über die Bauarbeiter etwas erzählen, auch aus der Lohnsteuerstatistik. Die Bauarbeiter hatten 165.000 Fälle mit 6,3 Milliarden Einkünften, wovon 824 Millionen steuerfrei waren und 338 Millionen Schilling Steuer erbracht wurden. Ich möchte gar nicht reden von den nicht erfaßten Arbeitnehmereinkünften. Ich glaube, darüber sind wir uns einig. Aber ich darf jetzt damit zum Schluß kommen. Wenn man nämlich glaubt, daß die Unternehmer bei der Besteuerung bevorzugt sind, muß man etwas betrachten: Die Unternehmer und die Einkommensteuerpflichtigen unterliegen der sogenannten Familienbesteuerung, das heißt, wenn der Mann Selbständiger ist und die Frau ist etwa eine Unselbständige, dann wird das Einkommen zusammen veranlagt. Wie schaut das aus? 124.000 S steuerpflichtige Einkünfte in einem solchen Fall ergeben bereits eine Steuerbelastung von 36 % in der Steuergruppe B und mit 2 Kindern immerhin 29 %. Sind die beiden Ehegatten Arbeitnehmer und lohnsteuerpflichtig und haben das gleiche Einkommen, werden sie nicht gemeinsam veranlagt, sondern sind jeder für sich steuerpflichtig, und dann ist die Steuerbelastung in der Steuergruppe B 16 % und mit zwei Kindern gar nur 9 %, weil jeder der Ehegatten die Kinderermäßigung in Anspruch nehmen kann. Man kann glaube ich aus diesen Zahlen — und diese Berechnungen sind jederzeit für Sie zu haben, Sie können das von Ihren Steuerfachleuten überprüfen lassen — ohne weiteres eine Aussage entnehmen, daß es ganz das Gegenteil von dem ist, was Sie unterstellt haben.

Ich glaube, damit darf ich das Steuerkapitel abschließen und mich noch ganz kurz den Autobahnen zuwenden. In der Generalrede und in verschiedenen Beiträgen ist ja über die Autobahn schon viel gesagt worden. Ich habe eigentlich zu Beginn meiner Rede sagen wollen: Ich glaube, es ist Einhelligkeit in diesem Haus und bei allen Steirern, daß wir uns über die Eröffnung der ersten Teilstrecke am 13. Dezember 1969 freuen dürfen. Nach verschiedenen Stimmen, vor allem von der SPO-Fraktion, bin ich nicht so sicher, das sagen zu dürfen. Wir freuen uns jedenfalls und ich glaube, es besteht immerhin Einhelligkeit darüber, daß die Autobahnen Rückgrat der Straßeninfrastruktur sind. Die großen Linien hat Kollege Stöffler bereits gesagt. Ich darf aber auf etwas noch hinweisen, was die Notwendigkeit des weiteren Ausbaues nachdrücklich unterstreicht. Nach einer jüngst veröffentlichten Studie des Instituts für Wirtschaftsforschung haben wir in Steiermark 1968 150.000 PKW gehabt und wir werden im Jahre 1980 286.000 PKW haben.

Das heißt, die Zahl der PKW wird sich nahezu verdoppelt haben. Die realen Ziele, die wir uns setzen können, sind, nachdem die Südautobahn Vorrang hat, die Packstrecke zu bauen und dann den Weiterbau in der Oststeiermark anzugehen. Das Problem ist zweifellos, wie Kollege Aichholzer angeschnitten hat, die Phyrnautobahn, die sicherlich dringend ist, zumindest im innersteirischen Autobahnkreuz sozusagen eine Minimalforderung von St. Michael bis Bachsdorf, um damit auch die Umfahrung Wildon einzuschließen. Nun einige Finanzierungsüberlegungen dazu. Wir haben ein gesetzliches Autobahnnetz von 1700 km, von denen rund 430 km fertiggestellt sind. Aufwendungen pro Jahr können wir jetzt mit etwa 2 Milliarden Schilling veranschlagen, so daß etwa bei einer Durchschnittskosten tangente von 30 Millionen Schilling theoretisch 60 km in einem Jahr fertiggestellt werden. Das hieße 20 Jahre Autobahnbau. Daß dies natürlich zu lang ist, ist uns allen klar. Wir haben nach dieser generellen Überlegung sozusagen eine individuelle Kosten-Nutzen-Überlegung anzustellen, nämlich welche Strecken vordringlich sind und welche Strecken sozusagen sofort wieder in Umwegrentabilität der öffentlichen Hand Nutzen bringen. Es ist zu rechnen, daß etwa nach der Literatur eine 30 %ige Betriebskostensparnis bei Autobahnbenützung kalkuliert werden kann, die Zeitkostensparnis, die geringeren Unfallkosten und schließlich die Umwegrentabilität, die gerade im Bauwesen sehr hoch ist. Nach einer Untersuchung, die allerdings ziemlich alt ist, bedeutet 1 Milliarde S an zusätzlichen Ausgaben in der Bauwirtschaft nach einigen Jahren rund 600 Millionen Schilling Steuereinnahmen in der vielfältigsten Form für den Staat. Die Faustregel ist derzeit, daß 5000 PKW-Einheiten täglich eine Autobahnstrecke rentabel machen. Das ist für das Autobahnkreuz, das ich angeführt habe, und für die Südautobahn inklusive des Packüberganges gegeben. Um nun in einer vertretbaren Zeit fertig zu werden, ist es sicher notwendig, zu einer Sonderfinanzierung zu kommen, und es hat der Herr Bautenminister nunmehr auch erklärt, daß durch die Einführung einer Autobahnmaut etwa auf der Strecke Deutschfeistritz—St. Michael, die wegen der Durchtunnelung sehr teuer ist, etwa 1,2 Milliarden bis 1,5 Milliarden für die 20 km lange Strecke, hier eine Sonderfinanzierung gefunden werden muß. Wir freuen uns, daß unsere Initiative aus dem Jahre 1967, Sie können dies in den Protokollen nachlesen, nun auch in Wien ein Echo gefunden hat und ich glaube, daß wir uns vornehmen können und sollen, daß im Jahre 1970 die juridische Regelung erfolgt — wir freuen uns, daß im Unterabschnitt 667 der Planungskostenansatz für die Autobahn verdoppelt wurde — ich weiß und ich glaube, auch Sie wissen, daß intensiv an der Planung für die Autobahnstrecke nach St. Michael gearbeitet wird — und wir freuen uns, daß immerhin im Ao. unter 96,12 der unbedeckte Betrag von 10 Millionen für die Gründung dieser Finanzierungsgesellschaft eingesetzt ist.

Ich darf abschließend die Landesregierung ersuchen, dieses Projekt voranzutreiben und gegebenenfalls durch Bedeckung und vielleicht auch Aufstokung dieses unbedeckten ao. Betrages dafür zu sorgen, daß auch die Phyrnautobahn zumindest zwi-

schen Graz und St. Michael einerseits und zwischen Graz—Bachsdorf andererseits in vertretbarer Zeit fertiggestellt wird. (Beifall.)

**Präsident:** Nur zur Information des Hohen Hauses teile ich mit, daß noch 14 Redner zur Gruppe 6 vorgemerkt sind. Es spricht der Herr Abg. Klobasa.

**Abg. Klobasa:** Sehr geehrte Damen und Herren, Hohes Haus! Der Herr Präsident Koller hat in dankenswerter Weise oststeirische Straßenprobleme bereits vorgetragen. Er hat einzelne Teilstücke einer näheren Betrachtung unterzogen, den einen oder anderen Wunsch vorgetragen. Gestatten Sie mir nun auch, daß ich dazu noch einiges ergänze.

Es gibt immer noch eine Reihe von Straßenstücken, die eine gewisse Unfallsquote aufweisen. Im Bezirk Feldbach sind auf der Bundesstraße 66, obwohl sie in letzter Zeit ausgebaut wurde, auch einzelne Teile, die eine Verkehrsbehinderung aufweisen, ausgebessert wurden, immer noch die meisten Verkehrsunfälle zu verzeichnen. (Landeshauptmann Krainer: „Der Loidl ist dagegen, daß wir auch solche kleineren Straßenstücke ausbauen!“) Solche Unfallsinseln sind, Herr Landeshauptmann:

1. Die Eisenbrücke in Studenzen, die im Jahre 1893 erbaut wurde. Sie ist sehr schmal und entsprach der damaligen Zeit vollkommen, ist aber nach der heutigen Zeit für den Verkehr nicht mehr geeignet. Außerdem ist sie im Winter großteils vereist;
2. der Bahnübergang in Studenzen. Obwohl die Osterreichischen Bundesbahnen Verbesserungen vorgenommen haben, sind fast jährlich tödliche Verkehrsunfälle auch auf diesem Bahnübergang zu verzeichnen. Dann
3. die Ortsdurchfahrt Paurach. Hier ist wohl eine Geschwindigkeitsbegrenzung vorgeschrieben, trotzdem sind jährlich tödliche Verkehrsunfälle zu verzeichnen, und ebenfalls noch
4. das Stück auf der Bundesstraße 66 zwischen Paurach und Gniebing, obwohl das eine Freilandstraße ist. Gerade auf Freilandstraßen sind die tödlichen Verkehrsunfälle zu verzeichnen.

Im Bezirk haben wir folgende Stellen: In Oberdorf auf der Straße zwischen Kirchberg und Kirchbach, in Mühlendorf bei Feldbach, dort ist die Ortsdurchfahrt unübersichtlich, auf der Riegersburger Straße bei Kornberg und das Straßenstück zwischen Brosdorf und Edelstauden. Die Unfälle bei Bahnübergängen sind meistens auf menschliches Versagen zurückzuführen. Die Fahrzeiten der Züge sind den Einheimischen bekannt und sie glauben sich in Sicherheit und wehe, wenn eine Verschublok außertourlich die Strecke befährt! Meistens ist es dann, auf Grund menschlichen Versagens, weil sie die Verkehrszeichen nicht beachten, geschehen. Ortsfremde beachten in der Regel Bahnübergänge genauer als Einheimische: Als seinerzeit im Bezirk die Johnsdorfer Straße ausgebaut wurde, nahm man an, daß die Straße 50 von Fehring nach Feldbach etwas entlastet würde. Das ist aber leider nicht der Fall, denn die Johnsdorfer Straße ist etwas zu schmal und schwere und größere Fahrzeuge vermeiden das Befahren dieser

Straße. (Landeshauptmann Krainer: „Dann darf man sie nicht hereinlassen, die schweren Fahrzeuge!“) Auch nach der Häufigkeit können wir folgende Unfallursachen ausführen:

1. Das Nichtbeachten des Vorranges,
2. vorschriftwidriges Überholen,
3. zu schnelles Fahren — hier zeichnet sich leider die Jugend besonders aus und
4. das Nichteinhalten der Fahrbahnseite. Dies vielleicht deshalb, weil viele Straßenstücke doch etwas zu schmal sind.

Die Verkehrsreferenten der Bezirke — zumindest im Bezirk Feldbach ist es so — versuchen mit Hilfe selbst gefertigter Karten diese Straßenstücke mit einer großen Unfallhäufigkeit festzuhalten. Es müßte aber noch Hand in Hand mit diesen Aufzeichnungen eine Überprüfung des Zustandes des Straßenteiles durch die Techniker erfolgen. (Landeshauptmann Krainer: „Sehr richtig!“) Denn Sie alle, meine Damen und Herren, kennen bestimmt in ihrem Ortsbereich Straßenstücke, die in irgendeiner Form bösartig gelagert sind und immer wieder die Sicherheit der Verkehrsteilnehmer gefährden.

Ich bin nun am Ende, Herr Landeshauptmann, und haben Ihnen als zuständigem Referenten in aller Kürze Straßenteile unseres Bezirkes genannt, die eine gewisse Unfallsdichte zeigen und haben. Ich hoffe und ersuche im Namen der Verkehrsteilnehmer, daß Sie alles in Ihrer Macht Stehende unternehmen, um eben diese Stellen einem Ausbau zuzuführen. (Beifall.)

**Präsident:** Ich erteile Herrn Abgeordneten Buchberger das Wort. Nach ihm spricht Abgeordneter Scheer.

**Abg. Buchberger:** Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Es kommt ja sicherlich nicht von ungefähr, daß man den Straßenverhältnissen und dem Ausbau der Straßen ein besonderes Augenmerk zuwendet, wo ja die Straße eine der Verkehrsadern und eines der Verkehrsmittel unserer Wirtschaft und unserer Bevölkerung überhaupt ist. Wir haben den durchzuführen, wir haben den Schienenweg und die Lichkeit, Lufttransporte für Personen und Lasten durchzuführen, wir haben den Schienweg und die Straße. Wir können vom Wasserweg in der Steiermark und besonders im Bezirk Weiz nicht Gebrauch machen, wir haben auch für die nächste Zeit kaum Aussicht, daß wir etwa mit Lufttransporten von Graz in Richtung Birkfeld rechnen können. (Landeshauptmann Krainer: „Von Mitterdorf weg, die Raab wird schiffbar gemacht!“) Wir haben die Schienenbelastung ausgenutzt — die Raab wäre vielleicht ein Zukunftsbild — und so bleibt also nur die eine Möglichkeit, über den Straßenweg den gesamten Verkehr für die ganze Wirtschaft im oststeirischen Raum abzuführen. Wir können mit Stolz die Feststellung machen, gerade wenn wir die Entwicklung von der Warte der Oststeiermark aus betrachten, daß für den Ausbau des Straßennetzes in den letzten Jahrzehnten Gewaltiges getan wurde; wir konnten gerade in jüngster Zeit miterleben,

daß die für uns so bedeutungsvolle Autobahn nun in ihrer ersten Etappe ihrer Vollendung zugeführt werden konnte. Ich persönlich hatte die Möglichkeit, bei dieser Veranstaltung mit dabei zu sein, ich wurde von niemandem gehindert, teilzunehmen, und ich konnte dort als „Hinterbankler“ miterleben und feststellen, daß alle Anwesenden mit Begeisterung den Worten der Herren, vom Landeshauptmann bis zum Minister, gelauscht haben, und ich konnte von allen anwesenden Herren miterleben und erfahren, daß sie mit Begeisterung die Eröffnung dieses Straßenstückes aufgenommen haben. Wir haben natürlich auch unsere Wünsche. Herr Präsident Koller hat bereits auf die Wichtigkeit des Ausbaues der Wechsel-Bundesstraße hingewiesen, und wir freuen uns, daß gerade diese so wichtige Verbindungsstrecke in Richtung Wien in der nächsten Zeit schon ihrer Vollendung zugeführt werden kann. Ich bin auch nicht so kleinlich, um vielleicht den Kollegen Loidl nicht auch einen Teil seiner Wünsche zu erfüllen, da er meinte, man müßte sich strassenbaumäßig in der nächsten Zeit konzentrieren. Ich persönlich hätte nichts dagegen, wenn wir für das Jahr 1970 oder 1971 uns nur auf den oststeirischen Raum konzentrieren, um so einen entsprechenden Baufortschritt zu ermöglichen. (Abg. Aichholzer: „Das glauben wir!“) Herr Landeshauptmann, es wurden die verschiedenen Probleme schon aufgezeigt, überhaupt, was den oststeirischen Raum betrifft. Ich darf mich daher direkt auf den Bezirk Weiz konzentrieren und ich muß einmal darauf verweisen, daß wir gerade in den letzten Jahren verschiedene Ausbautappen positiv zur Kenntnis genommen haben. Wenn ich an den Ausbau der Reibergstraße denke, ein Projekt, das ungefähr 30 Millionen Schilling gekostet hat, so ist dies für uns, für den Bezirk Weiz, von besonderer Bedeutung. Wir erleben freudig mit, daß die Alplstraße in der nächsten Zeit ihrer Fertigstellung entgegengehen wird, und wir bitten hier vor allem eindringlich, daß der Übergang über den Feistritzsattel zügig weitergebaut wird. (Landeshauptmann Krainer: „5,8 Millionen Schilling für 1970!“) Wir nehmen freudig zur Kenntnis, daß für das abgelaufene Jahr 7 Millionen Schilling zur Verfügung gestanden sind und für das kommende Jahr abermals 5 Millionen vorgesehen sind. Wir freuen uns, daß wir schon in der nächsten Zeit eine direkte Verbindung Feistritztal—Richtung Wien haben. (Landeshauptmann Krainer: „Wir werden sehen, was die Niederösterreicher machen.“)

Eine weitere echte Sorge ist der Übergang über Fischbach. Herr Landeshauptmann, es ist Dir ja nicht unbekannt, daß gerade der Ort Fischbach in der letzten Zeit im Fremdenverkehr einen enormen Aufschwung zu verzeichnen hatte. Leider Gottes ist die Fischbacher Straße über die Schanz nicht staubfrei. Ich möchte bitten, Herr Landeshauptmann, daß diesem Projekt besonderes Augenmerk geschenkt wird. Des weiteren nicht zu übersehen ist die Verbindung Graz—Weiz direkt, und wir müssen gerade auf dieser Strecke immer wieder miterleben, daß vor allem Schwertransporte auf dieser Strecke Weiz—Graz sehr schwierig zu tätigen sind.

Ich möchte zum Schluß bitten, daß der Bezirk Weiz genauso wie in den letzten Jahren positiv berücksichtigt wird. (Beifall bei der ÖVP.)

**Präsident:** Herr Abgeordneter Scheer hat das Wort. Nach ihm spricht Abgeordneter Feldgrill.

**Abg. Scheer:** Hohes Haus, Herr Präsident!

Eigentlich müßte ja das Kapitel Straßen unmittelbar mit dem Fremdenverkehr gemeinsam behandelt werden, weil doch in besonderem Maße die ganzen Verkehrswege, ob Straße, Schiene oder Flugzeug, innig mit dem Fremdenverkehr zusammenhängen. Ich komme heute zu einer der größten Fremdenverkehrsballungen oder Zentren in der Steiermark überhaupt, nämlich zum an der ersten Stelle stehenden Fremdenverkehrsort der Steiermark, in das Gebiet unseres Kollegen Laurich, und zwar in die Ramsau. Die Ramsau ist insbesondere im Winter der am stärksten besuchte Fremdenverkehrsort überhaupt. Wir dürfen auch sagen, daß sich das sogar im Wintersport bereits ausgewirkt hat — ich denke da an Tritscher —, und ich möchte das Augenmerk unseres Landeshauptmannes besonders auf die Erschließung der Ramsau hinwenden, die wirklich eine außergewöhnliche Notwendigkeit darstellt. Es führt zur Zeit eine recht enge und mit sehr starken Spitzkehren versehene Straße in die Ramsau, die besonders im Winter außerordentlich schwierig nach beiden Richtungen hin zu befahren ist. Es gäbe aber eine sehr leichte, angenehme und recht kurze Ausweichstrecke, die sogenannte Leitenstraße, die nur 2,5 km lang wäre und zu übernehmen wäre. Der ehemalige Bürgermeister von Ramsau, Laurich, wird mir vermutlich bestätigen (Landeshauptmann Krainer: „In der Ramsau war er nie Bürgermeister!“) Von Schladming — das ist ein Lapsus linque, Herr Landeshauptmann, nachdem ich dort oben zu Hause bin, weiß ich schon, daß er nicht in der Ramsau war. (Landeshauptmann Krainer: „Jetzt ist ja die Weststeiermark Deine Heimat!“) Ich möchte sagen, daß er mir beipflichten wird, und ich habe sogar für den Herrn Landeshauptmann einen ganz großen Plan mitgebracht. (Landeshauptmann Krainer: „Danke, ich kenne die Gegend besser als Du, der Du dort gelebt hast!“) Sicher ist sicher, ich gebe ihn Ihnen nachher, Herr Landeshauptmann. Und zwar ist diese Umfahrungsstraße sehr leicht zu bearbeiten. Es hat sich der Fremdenverkehrsverein von Ramsau schon seit 1951 wegen der Übernahme dieser Straße als Landesstraße und des Ausbaues gemeldet. Ich fürchte allerdings ein bißerl, daß ich da zur Zeit zu spät kommen könnte; es ist leider Gottes der Kollege Lackner nicht hier, der ein Verfechter der Erschließung durch die Röschingstraße ist. (Landeshauptmann Krainer: „Er ist nämlich wirklich dort zu Hause, dort geboren!“) — ich auch, Herr Landeshauptmann. — (Landeshauptmann Krainer: „Er ist in der Ramsau geboren!“) die entlang dem Weissenbach geht, die aber ungefähr 12 km lang ist. Die ist auch so schön auf dem Plan zu sehen, den ich dem Herrn Landeshauptmann nachher überreichen möchte. Ich bin aber Mitte November diese Straße entlang gefahren, wo noch keine Schneelage war, und selbst da waren bereits 7 km von dieser 12 km langen Straße vereist. Ich glaube nicht, daß das eine günstigere Lösung wäre als die höchstens 2,5 km lange Ausweichstraße, die Leitenstraße. Noch dazu wäre das eine Möglichkeit, daß man bei besonderen Ver-

kehrsspitzen diese beiden Straßen zu Einbahnen erklären könnte, so daß der Verkehr insbesondere im Winter flüssig gestaltet werden könnte. (Landeshauptmann Krainer: „Es ist nicht unbekannt, daß es dort nie einen Unfall gibt, obwohl das eine solche Kurvenstrecke ist!“) Herr Landeshauptmann, wir wissen, daß bei Umfahrungen meistens mehr und schwerere Unglücksfälle geschehen als bei den engen Ortsdurchfahrten, aber wegen der Verkehrsschnelligkeit muß man trotzdem diese Umfahrungsstraßen machen. Das ist leider Gottes eine feststellbare Tatsache. Aber dort kommt es ja zu besonderen Verkehrsstockungen in dieser Enge der Ramsauer Straße. Ich möchte nur meinen, vielleicht bin ich besonders gut jetzt daran, weil wir ja gehört haben, daß der Herr Landeshauptmann jetzt dabei ist, ein besonderes Verkehrskonzept auszuarbeiten, was etwa noch zwei Jahre währen wird, und wenn ich da jetzt in dieses Verkehrskonzept hineinrutschen könnte, wäre das eine enorme Sache. Ich darf in diesem Sinne, sehr geehrter Herr Landeshauptmann, Ihnen widmungsgemäß diesen Straßenplan mit Einzeichnung überreichen. Die blaue Einzeichnung ist die richtige, die ich meine. (Landeshauptmann Krainer: „Ich bin ein höflicher Mensch, ich nehme das gerne entgegen. Aber Karten haben wir genug. Geld haben wir zuwenig!“)

**Präsident:** Es spricht Herr Abgeordneter Feldgrill. Nach ihm kommt Herr Abgeordneter Ritzinger zu Wort.

**Abg. Feldgrill:** Hoher Landtag!

Angesichts der noch zahlreich vorgemerkten Redner werde ich über die west- und mittelsteirischen Straßenprobleme sehr kurz sprechen. Für die Weststeiermark ist von besonderer Bedeutung der Ausbau der Strecke Wies — Eibiswald mit Gesamtkosten von 14,2 Millionen Schilling, der heuer durchgeführt wurde. Die Radlpaßstraße wurde mit einem Gesamtaufwand von 4 Millionen Schilling staubfrei gemacht. Die Packer Straße im Bereich von Edelschrott erhielt einen frostsicheren Fahrbahnbelag. Das wären die wesentlichsten Maßnahmen des heurigen Jahres gewesen.

Für das Jahr 1970 wäre der Ausbau der Sobothstraße in Richtung Landesgrenze Kärnten erforderlich, das würde einen Gesamtkostenaufwand von rund 59 Millionen Schilling erfordern, weiter der Ausbau der Radlpaßstraße, die Umfahrung Stainz. Einen besonderen weststeirischen Straßenwunsch möchte ich aussprechen in der Hinsicht, daß die Gaberlstraße, die wichtigste Verbindung zwischen der Weststeiermark und der Obersteiermark, so rasch als möglich ausgebaut wird, und zwar im gesamtsteirischen Verkehrs- und Wirtschaftsinteresse. Es sind im heurigen Budget 1970 hierfür 12 Millionen Schilling vorgesehen, der Gesamtausbau dieses Straßenprojekts würde etwa 140 bis 150 Millionen Schilling kosten. Es ist darüber hinaus die wesentlichste Straßenverbindung für die Weststeiermark selbstverständlich der Weiterbau der Südautobahn von Graz nach Mooskirchen in Richtung Pack, weil das in der Zukunft die Lebensader der weststeirischen Wirtschaft werden wird.

Ich möchte jetzt noch in aller Kürze ein paar Wünsche anmelden, die den Ausbau des mittelsteirischen Straßensystems, und zwar der wesentlichen Strecke Graz—Bruck, betreffen. Die Graz—Brucker Straße soll im Straßenstück Graz—Raach bis Deutschfeistritz, das ist ein Teil der Pyhrnautobahn, autobahnmäßig ausgebaut werden und hier sind ja schon Vorarbeiten geleistet worden bzw. wird man hier schon in nächster Zeit mit einem Teilstück rechnen können. Der Anschluß von Deutschfeistritz — von Peggau bis Bruck — soll in einer vierbahnigen Schnellstraße ausgebaut werden und hier hätte ich die besondere Bitte an den zuständigen Referenten, an Herrn Landeshauptmann, daß man besorgt sein sollte, daß dieses sozusagen neuralgische Straßenstück in der Steiermark zwischen Graz und Bruck wirklich so rasch als möglich ausgebaut wird, weil hier die höchste Verkehrsfrequenz, von der die Ries erfreulicherweise durch die Südautobahn ausgeschaltet ist, besteht und hier Abhilfe geschaffen werden muß. Ich möchte dem Herrn Landeshauptmann nun zum Ende der Legislaturperiode für die viele Mühe danken, die auch darin liegt, daß die Rechbergstraße, die wesentlichste Verbindung zwischen dem Murtal und der Oststeiermark, so schön ausgebaut wurde und daß mit der Fertigstellung des letzten 6 km langen Stückes wahrscheinlich im Jahre 1970/71 gerechnet werden kann. So viel zu den Straßenwünschen. Der Ausbau der Seitentäler des mittleren Murtales und in der Weststeiermark wäre noch im Interesse des Fremdenverkehrs erforderlich und es wäre sehr schön und sehr gut, wenn auch dies noch möglich wäre. (Beifall.)

**Präsident:** Ich erteile Herrn Abgeordneten Ritzinger das Wort. Nach ihm spricht Abgeordneter Pichler.

**Abg. Ritzinger:** Hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren!

Ich möchte ganz kurz zu einem Problem Stellung nehmen, das sicher nicht das Hohe Haus heute besonders bewegen wird, vor allem nicht meine werten Kolleginnen und Kollegen und auch nicht, glaube ich, die Journalistenbank; aber es ist immerhin ein Problem, das, bezogen auf das obere Murtal, für mich und für den Bezirk Murau doch von größter Bedeutung ist. Es betrifft die Regulierung der Mur und deren Zubringerbäche. Das obere Murtal, vor allem das Haupttal der Mur mit den Seitentälern, wurde anlässlich der Unwetter und des Hochwassers 1965/1966 sehr arg in Mitleidenschaft gezogen. Es wäre jetzt unfair, hier zu behaupten, daß in der Zwischenzeit, nämlich von 1965 bis 1969, nichts geschehen wäre. Ich kann mit Freude feststellen, daß in der Zwischenzeit im Bezirk Murau allein für Flußregulierungen und Sanierungen von Bächen und Flüssen von Bund, Land und den Interessenten ein Betrag von fast 29 Millionen Schilling verbaut wurde. So konnte z. B. bisher der Zusammenfluß der Ranten und der Mur im Bereiche der Stadt Murau von 1965 bis heute saniert werden, es sind dort immer durch Aufstauungen Hochwässer aufgetreten, die das umliegende Gebiet der Stadt ziemlich in Mitleidenschaft gezogen haben. Ich möchte auch

nicht verschweigen und dankbar betonen, daß die Mur im Bereiche der Gemeinden Predlitz, Einach und herunter nach Stadl ausgebaut wurde. Von der Bevölkerung in Stadl aber, in Falkendorf und Sankt Ruprecht, meine Damen und Herren, wird heftig kritisiert, daß seit dem Jahre 1966 die Mur in diesem Bereiche nicht ausgebaggert wurde. Es sind anlässlich der Hochwässer und der Unwetter von den Seitentälern große Geschiebemassen und Geröll in die Mur hereingetragen worden und haben die Mur über 1 m aufgeschüttet. In der Zwischenzeit ist der Pallgraben angeblich ausgebaggert worden. Es besteht in diesem Raum echt die Gefahr, daß bei einem größeren Unwetter sofort wieder große Hochwasserschäden auftreten. Außerdem versauern durch die Rückstauung die Wiesen und die Landwirtschaft leidet darunter sehr. Ich möchte daher die Verantwortlichen in unserem Lande auffordern, dafür zu sorgen, daß erstens im Raume Stadl a. d. Mur, Falkendorf und St. Ruprecht die Mur raschest ausgebaggert wird und daß außerdem im Bereich der Gemeinde Falkendorf beim sogenannten Reicherboden die Regulierung und der Ausbau der Mur, genauso im Bereich St. Georgen ob Murau, darüber hinaus im Raume Knittelfeld die Wutzauen, vorgenommen wird. Meine Damen und Herren, objektivweise muß ich aber trotzdem sagen, daß bereits bei den Seitenbächen — vor allem beim Bachverbau — sehr Wesentliches geschehen ist und hohe Mittel investiert wurden. Ich darf hier nur einige Beispiele zitieren: Es wurde z. B. der Lambach in St. Lambrecht ausgebaut, der Wölzerbach in Raiming, der Katschbach in der Gemeinde Sankt Peter, der Rantenbach in Ranten, der Katschbachgraben und der Schöderbach in der Gemeinde Schöder, der Feistritzgrabenbach in der Gemeinde Feistritz, der Pallbach in Stadl und der Granitzenbach im Raume von Weißkirchen. Trotz dieser stolzen finanziellen Bilanz und auch der stolzen Bilanz hinsichtlich des Ausbaues muß ich doch feststellen, daß es sich hier nur um Teilausbauten handelt, die in der Zukunft jeweils nach unten oder oben fortgesetzt werden müssen. Die im heurigen Jahr im Bezirk Murau im Herbst aufgetretenen Unwetter haben gezeigt, daß gerade hinsichtlich der Regulierung der Flüsse und des Bachausbaues raschest noch mehr geschehen muß. Ich möchte also daher die Landesregierung auffordern, alle Mittel einzusetzen, um diese Wünsche des Bezirkes Murau zu erfüllen. (Beifall.)

**Präsident:** Ich erteile Herrn Abgeordneten Pichler das Wort. Nach ihm spricht Abgeordneter Prenner.

**Abg. Pichler:** Hoher Landtag, meine Damen und Herren!

Der Straßenbau und die hierfür geleisteten Planungsarbeiten in der Steiermark waren schon oft Gegenstand der Debatte in diesem Hause. Geändert hat sich an den Verhältnissen bislang sehr wenig und daher die Situation auch kaum gebessert. Wir werden vom Bund schlecht behandelt und auch der zuständige Referent konnte sich scheinbar oftmals nicht durchsetzen. Wenn wir bedenken, das für das Jahr 1969 im Bundesbudget von der Mineralölsteuer

und Bundesmineralölsteuer 5550 Millionen und von der Kraftfahrzeugsteuer 690 Millionen Schilling laut Bundesvoranschlag hereinkamen und auch die Sonderabgabe für Kraftfahrzeuge rund 500 Millionen erbrachte, so sind dem gegenüber die Leistungen bei den Straßen in der Steiermark verhältnismäßig gering. Allein diese drei Steuern haben dem Bund 6 Milliarden 780 Millionen Schilling gebracht. Der Bund hat aber laut Voranschlag 1969 davon für die Straßen aller Art nur eine Ausgabe von 4 Milliarden 614 Millionen Schilling veranschlagt. Es werden hier 2 Milliarden 160 Millionen Schilling, die die Kraftfahrer zahlen, einfach nicht für den notwendigen Ausbau der Straßen und Autobahnen verwendet.

Die Folgen daraus sehen wir sehr deutlich. Ich verweise dabei auf die Todesstraße, Bundesstraße Nr. 67 und die äußerst unzulängliche Bundesstraße 17. Neben diesen unbestreitbaren Tatsachen muß die bisherige Planung und die teilweise Vergebung der Aufträge arg kritisiert werden. Ein typisches Beispiel ist das Straßenstück Bundesstraße 17, Teilstück St. Michael — Kaisersberg. Ein schwerer Unfall mit vielen Todesopfern mußte passieren, damit überhaupt etwas gemacht wurde. Dann wurde rasch geplant und vorerst eine Brücke gebaut, eine Brücke keineswegs für die Zukunft, sondern nur, um eben rasch einmal etwas zu tun. Diese Brücke ist für die heutigen Verhältnisse schon viel zu schmal und reicht schon gar nicht für die Zukunft und steht seit Jahren fertig. Erst seit ein paar Tagen kann sie benützt werden. Sie wird keineswegs für die Zukunft ausreichend sein und kann nach Aussagen der Fachleute auf Grund der dortigen Verhältnisse auch kaum erweitert oder eine zweite Brücke über die doppelgleisige Bahnstrecke gebaut werden. Solche unzulänglichen Bauwerke kommen zustande, wenn ein entsprechendes Straßenkonzept völlig fehlt. Es liegt keine Generalplanung vor, und jene Pläne, die bereits vor Jahrzehnten erstellt wurden, hat man einfach verworfen, obwohl man damals auf dieser Strecke bereits eine vierbahnige Schnellstraße vorgesehen hat.

Erst jetzt arbeitet wieder ein Institut daran und wurde mit einem Vorprojekt beauftragt. Es ist sehr interessant, daß man selbst in Wien auf dieser Strecke eine vierbahnige Straße vorsah, aber das Land Steiermark die Auffassung vertrat, daß eine zweibahnige Straße und Brücke ausreicht.

Dieses Straßenstück — und das müßte man dem Herrn Landeshauptmann sagen, er ist leider nicht hier — (Landesrat Dr. Niederl: „Aber er hört es!“) ich freue mich sehr darüber — war zweimal Gegenstand einer Anfrage an ihn. Die Anfragen der Abgeordneten Fellingner, Vinzenz Lackner und Maunz sowie die Antworten sind in den stenographischen Berichten nachzulesen. Dem Abgeordneten Lackner antwortete der Herr Landeshauptmann auf seine Anfrage wegen des Beginnes der Bauarbeiten auf dieser Bundesstraße, daß die Vorkommnisse einer bestimmten Firma noch geprüft werden müssen und daß das Geld von Wien noch nicht bewilligt sei. (Landeshauptmann Krainer: „Solange die Ordnung mit der Baufirma noch nicht hergestellt ist!“). Es handelte sich um eine Firma, welche über-

prüft werden müßte, weil sie im Burgenland bei einem Projekt nicht ausschreibungsgemäß gearbeitet haben soll. Trotzdem erhält diese Firma einige Zeit darauf den Auftrag für dieses Straßenteilstück. Am 26. Februar 1969 wurden Sie, Herr Landeshauptmann, von den Abgeordneten Fellingner und Maunz gefragt, ob die Bauarbeiten eingestellt wurden und ob dies aus finanziellen Gründen geschah. Damals antworteten Sie wörtlich: „Laut Baubucheintragung hat die im Baulos Kaisersberg eingesetzte Baufirma Spiller & Co. aus witterungsbedingten Gründen die Bauarbeiten derzeit eingestellt und beabsichtigt, diese nach Eintritt von besserem Bauwetter mit vollem Einsatz fortzuführen. Die gerüchteweise Behauptung — so sagten Sie wörtlich — von finanziellen Schwierigkeiten wurde bisher nicht bestätigt, da weder ein Ausgleich angemeldet noch ein Konkursverfahren eröffnet wurde.“

Herr Landeshauptmann, es erwies sich sehr wenige Tage darauf die Tatsache, daß die Witterungsverhältnisse kaum eine Rolle spielten, da schon um diese Zeit ein vorzeitiges gutes Bauwetter herrschte. Auch zur selben Zeit war mit diesem Problem befaßten Leuten schon bekannt, daß die Firma Spiller ihren Auftrag zurücklegen muß und ihn eine andere Firma erhalten wird. Herr Landeshauptmann, Sie wurden damals entweder falsch unterrichtet, oder Sie haben als zuständiger Referent den Fragestellern und dem Hohen Haus die Tatsachen verschwiegen. Ich muß noch einmal feststellen, es wurde hier einer Firma ein Auftrag gegeben, mit welcher man schon vorher keine guten Erfahrungen gemacht hat und es kamen hier damit Steuergelder nicht so zum Tragen, wie es der Steuerzahler mit Recht erwartet. Dieses Straßenstück ist das Produkt einer mangelnden Planung der Bürokratie und des unendlich langen Kompetenzweges. Es wird in Österreich kaum einen gleichen Fall geben. Dies behaupte ich deshalb, weil ich ähnliche Projekte kenne, die viel zügiger und fortschrittlicher in viel kürzerer Zeit fertiggestellt wurden. Der Baufortschritt in Kaisersberg ist derart minimal, daß Fachleute nur mehr den Kopf schütteln und auch von ihnen die ständige Planänderung in bezug auf Brücken und Durchlässe bereits kritisiert wird. Es wurden nachträglich Brücken projektiert und eingebaut. Wir sind erst vor einigen Tagen in die Lage versetzt worden, die wir ständig diese Brücke passieren müssen, über die Brücke, über die Eisenbahnschiene fahren zu können. Diese Brücke ist derart schmal, daß sie keineswegs ausreicht, und es sind dort noch Verhältnisse vorzufinden nach einer so langen Bauzeit, die keineswegs verstanden werden können. Herr Landeshauptmann, ich darf Sie im Interesse der Bevölkerung des Oberlandes, aber auch der vielen Urlauber, die bereits im vergangenen Jahr und im kommenden Jahr hoffentlich diese Straße passieren werden, vielmals ersuchen und um Ihren energischen Einsatz bitten, daß diese Straße etwas rascher und vollkommener beendet wird. (Beifall bei der SPO.)

**Präsident:** Ich erteile Herrn Abgeordneten Prenner das Wort. Nach ihm spricht Herr Abgeordneter Wuganigg.

**Abg. Prenner:** Hohes Haus, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Der Abschnitt 68 sieht die Wasserleitungs- und Kanalbauten vor. Als Bürgermeister möchte ich aus der Sicht der Gemeinde den Wasserleitungs- und Kanalbau wie folgt beurteilen. Ich habe selbst eine Gemeinschaftswasserleitung errichtet und bin jetzt dabei, die Planung der Gemeindekanalisierung durchzuführen.

Hohes Haus! In den letzten Jahren wurde in unseren steirischen Gemeinden mit Hilfe von Land und Bund sehr viel auf diesem Gebiet geleistet. Um existieren zu können, sind naturgemäß Luft und Wasser die wichtigsten Voraussetzungen. Um aber gesund weiterbestehen zu können, ist die nächste wichtigste Einrichtung bereits die Kanalisierung, die Abwässer aller Art aufnimmt, damit Krankheiten und in der Folge Epidemien vermieden werden. Hunderte Anlagen wurden in den letzten Jahren errichtet, so zum Beispiel im Jahre 1969 9 Einzelwasserversorgungsanlagen, 49 Wasserversorgungsanlagen und 50 Abwasseranlagen mit einer Gesamtbau­summe von rund 180 Millionen Schilling. 33 kleinere Bauvorhaben, die Mehrzahl davon sind Wasserversorgungsanlagen von Wassergenossenschaften, wurden nur aus Landesmitteln gefördert.

Für die genannten Bauten wurden folgende Förderungsmittel zur Verfügung gestellt:

|                             |               |
|-----------------------------|---------------|
| Beiträge vom Bund . . . . . | 383.000 S     |
| Darlehen . . . . .          | 75,634.000 S  |
| insgesamt . . . . .         | 76,017.000 S. |

Das Land Steiermark hat

|                             |              |
|-----------------------------|--------------|
| einen Beitrag von . . . . . | 26,397.000 S |
| und an Darlehen . . . . .   | 11,285.000 S |
| insgesamt . . . . .         | 37,682.000 S |

geleistet.

An Interessentenleistungen können ca. 66 Millionen Schilling gerechnet werden. Das sind insgesamt 180 Millionen Schilling. Außerdem hat das Land im Jahre 1969 zusätzlich 6,1 Millionen Schilling Landesdarlehen gewährt zur Überbrückung von Finanzschwierigkeiten bei Großanlagen. Wenn öfters Stimmen laut werden, die behaupten, man baue wild und habe kein Konzept, so möchte ich als Bürgermeister dem wohl entgegenhalten, daß man eben nur nach den derzeitigen Gegebenheiten bauen kann, wie würden z. B. die Interessenten das Verständnis bzw. die Gelder aufbringen, wenn wahllos geplant oder gebaut würde. Da hätte man vor 15 Jahren die damals angelegten Güterwege bereits als Schnellstraßen bauen müssen. Nichts gegen die Planung! Gegen eine Planung, die jederzeit erweiterungs- und aufnahmefähig ist, aber sie soll doch so vorgenommen werden, daß auch unsere Generation noch etwas davon hat. Das gilt besonders für den Kanalbau, wo Planungen und Finanzierungen außerordentlich gut vorbereitet werden sollen und der Bau dort begonnen wird, wo es am zweckmäßigsten ist, damit eine Gemeinde, wie man es oft sieht, nicht nur Baustelle ist und bei halber Arbeit aufgehört oder unterbrochen werden muß, weil die Finanzen nicht ausreichen, oder die Firma sich verkalkuliert hat, was auch schon der Fall war. Derlei Vorkommnisse erregen nicht nur den Unwillen der Be-

völkerung, sondern sie werden auch noch Jahre später bei allen möglichen und unmöglichen Gelegenheiten als nicht gerade positives Beispiel hingestellt. Für das im Wasserleitungs- und Kanalbau bereits Geleistete möchte ich hier im Namen der steirischen Gemeinden unserem verehrten Herrn Landes­hauptmann für seine Verdienste und sein Verständnis, das er diesbezüglich besonders den ländlichen Gemeinden entgegenbringt, recht herzlich danken und gleichzeitig die Bitte anknüpfen, so wie bisher unsere Gemeinden zu unterstützen. (Beifall).

**Präsident Koller:** Herr Abgeordneter Wuganigg hat als nächster Redner das Wort. Nach ihm spricht Frau Abgeordnete Egger.

**Abg. Wuganigg:** Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Ich darf ohne weitere Erklärungen auf den Kern eingehen. Der Herr Abgeordnete Buchberger hatte bereits zu diesem Problem gesprochen und ich kann hier darauf verweisen und sagen, daß ich mit seinen Ausführungen bis auf die Eröffnung der Autobahn übereinstimme; die Straßen, die wir befahren, sind ja dieselben.

Zuerst ein Wunsch der Gemeinde St. Kathrein am Offenegg. Die Gemeinde St. Kathrein am Offenegg hat während der Wintermonate immer große Schwierigkeiten mit dem Abschnitt Brandlucke — Sommeralm — Teichalm, der als oststeirische Panoramastraße bekannt und 14 km lang ist, bezüglich der Schneefreihaltung. Dazu fehlen der Gemeinde, was ja verständlich ist, die Geräte und die Bitte der Gemeinde geht nun dahin, mit Geräten der Landesstraßenverwaltung diese Schneeräumung und Schneefreihaltung durchzuführen, selbstverständlich gegen Ersatz der Kosten. Nicht nur die Gemeinde St. Kathrein, sondern zahlreiche Sportler und Erholungssuchende würden sehr dankbar sein. Vom Standpunkt des Fremdenverkehrs sind vor allen Dingen noch zwei weitere Straßen vordringlich: Dies ist vor allem die Landesstraße 20, davon ist Gasen betroffen und Gasen ist ein aufstrebender Fremdenverkehrsort. Hier möchte ich sagen, daß vor allen Dingen der Ausbau der Brücken sehr, sehr langsam vor sich geht. Über die Landesstraße 24 hat ja bereits der Herr Abgeordnete Buchberger gesprochen, ich möchte ihn nur dahingehend ergänzen und die Bedeutung unterstreichen, daß ich sage, die Zahl der Übernachtungen in Fischbach hat bereits in diesem Jahr mehr als 80.000 überschritten.

Bereits abschließend will ich noch darauf verweisen, daß zweifellos die Landesstraße 1, die für den Bezirk Weiz bedeutendste und wichtigste Straße ist, weil sie ja den ganzen Bezirk verbindet. Einzelne Teilstrecken wurden in den letzten Jahren in Ordnung gebracht, vor allem nördlich von Birkfeld, einzelne Abschnitte befinden sich noch in einem relativ schlechten Zustand, ich verweise hier vor allen Dingen auf den Abschnitt zwischen Anger und Birkfeld. Erwähnen möchte ich noch als unabdingbare Notwendigkeit den Ausbau der Umfahrung der Stadt Weiz, deren Planung derzeit noch in Arbeit ist.

Ich ersuche nunmehr die Steiermärkische Landesregierung, sich diesem zweifachen Begehren nicht zu verschließen. (Beifall).

**Präsident:** Frau Abgeordnete Egger hat als nächster Redner das Wort, nach ihr Herr Abgeordneter Karl Lackner.

**Abg. Egger:** Meine Damen und Herren!

Wenn ich als Frau zu dem Kapitel Straßen- und Wasserbau das Wort nehme, dann deshalb, weil es sich hier auch um die Frage des Wasserbaues handelt, die eine wirklich große Sorge in der Bevölkerung ist. Wir sehen, daß sich sehr wenige der Redner um dieses Problem angenommen haben. Es ist auch in dieser Gruppe die Versorgungswasserwirtschaft der letzte Posten, alles das paßt gut zu dem Bild, daß eben die Sorge um das Wasser noch nicht den Raum einnimmt im öffentlichen Leben und in der Meinung der Bevölkerung, den es brauchen würde. Der Herr Bürgermeister und Abgeordnete Prenner hat aus der Sicht des Bürgermeisters diese Sorgen aufgezeigt und ich möchte dazu noch einige weitere Seiten aufzählen. Wir sehen, daß die Wasserversorgung, und zwar sowohl die Versorgung mit Frischwasser, als auch alle Maßnahmen, die zur Ableitung des gebrauchten Wassers notwendig sind, ja schon in einer Landgemeinde Schwierigkeiten bereiten, wie Abgeordneter Prenner gerade ausgeführt hat; noch viel größer ist natürlich die Sorge dort, wo viele Menschen zusammenkommen, also in den Industrieorten, in den größeren Städten, dort, wo Menschen und Betriebe eben mehr Wasser brauchen und verbrauchen. Bei dem Wasserproblem wird zwar im allgemeinen die Zuführung des Wassers genügend oder zumindest stärker beachtet, weniger aber die Ableitung des gebrauchten Wassers. Dort liegt aber heute das größte Problem. Ich glaube, es hängt ein bißchen damit zusammen, daß die Ableitung des Wassers in der Regel unterirdisch vor sich geht. Man sieht es nicht und daher bemerkt man es auch nicht. Man macht sich zuwenig Gedanken, welche Kosten die Ableitung des Wassers erfordert und daß dieses Wasser der Erde wieder zurückgegeben werden muß, und zwar in einem solchen Zustand, daß der Kreislauf des Wassers in der Natur nicht geschädigt wird, sondern das das Wasser wieder voll in den Kreislauf aufgenommen werden kann. Die tiefen chemischen, technischen und physikalischen Eingriffe in diesen Kreislauf, die den Menschen heute möglich sind, machen sich aber meist nur sehr langsam bemerkbar. Das trägt auch dazu bei, daß die Menschen das Problem zu wenig sehen, und zwar deshalb, weil die Natur belastbar ist wie alles lebendige und auch bei Fehlern lange stillhält. Aber eines Tages ist die Last doch zu groß, und die Sünden werden sichtbar. Es ist dann noch ein Glück, wenn es sich gutmachen läßt, aber das ist nicht immer sicher. Seit Jahren warnen Fachleute vor Fehlern und Raubbau auf dem Gebiet der Wasserversorgung. Das betrifft sowohl die Vorräte an verwendbarem Wasser wie die Abwässerfrage.

Betreffend die Wasservorräte möchte ich nur einen Punkt hervorheben. Größere Teile der Ost- und der

südlichen Steiermark werden nicht mit normalem Quell- oder Grundwasser, sondern mit arthesischem Wasser versorgt, das aus großen Tiefen an die Oberfläche kommen kann, wenn man Brunnen bohrt. Heute ist es so, daß diese Wasservorräte, von deren Vorkommen wir noch wenig wissen, zum Großteil — bis zu 95% — ungenützt verlorengehen. Man weiß nicht genau, wie sie sich ersetzen. Wir wissen nicht, wie lange diese Vorräte reichen. Es wäre daher günstig, wenn für die Ausstattung solcher Brunnen auch Mittel zur Verfügung gestellt werden würden, damit diese Brunnen so gebaut und ausgestattet werden, daß nicht so viel Wasser verlorengeht. Denn selbstverständlich weiß ich als Frau genau genug, wie wichtig es ist, daß jedes Haus ausreichend sein Wasser haben kann. Das nur zu den Problemen der Wasservorräte, die ja im übrigen viel besser gesehen werden.

Zum Abwasserproblem möchte ich aber auch noch einiges sagen, weil dieses Problem heute das größere ist. Es ist ja, so sagen die Fachleute, bis zu viermal teurer, ein Liter gebrauchtes Wasser zu reinigen, als ein Liter frisches Wasser dem Verbraucher zur Verfügung zu stellen. Weil wir — wie mein Vorredner schon erwähnt hat — sehr viele Mittel brauchen, um das gebrauchte Wasser sowohl zu reinigen als auch abzuleiten, geben Land und Bund Hilfe, denn die Gemeinden allein könnten mit diesem Problem nicht fertig werden. Allerdings werden die Bundesmittel nur dann zur Verfügung gestellt, wenn die Gemeinden eine ebenso große Eigenleistung erbringen. Diese Bindung an die Eigenleistung der Gemeinden bringt die Gefahr, daß Bundesmittel dann verfallen, wenn die Gemeinden selber nicht diese Leistungen aufbringen, wenn sie zum Beispiel eine Arbeit doch zurückstellen müssen, von der sie gedacht hatten, daß sie gemacht werden könne. Es wäre in einem solchen Fall sehr wichtig, daß das Land den Gemeinden stärker als bisher beispringen kann und auf diese Weise die Bundesmittel voll ausgeschöpft werden können. Diese Erhöhung der Landesmittel und die bessere Ausschöpfung von Bundesmitteln allein wird nicht genügen. Für diese ganz großen und notwendigen Vorhaben werden alle Teile der Bevölkerung ihren Teil beitragen müssen. Es ist daher notwendig, das Kanalabgabegesetz zu beschließen, welches vorsieht, wie die Bevölkerung und die Betriebe ihren Anteil bringen sollen. Sicher wird das eine Last sein, die die Bevölkerung und auch die Wirtschaft trifft. Aber wir müssen uns daran gewöhnen, daß das auch eine Sache ist, die Geld kostet. Die Zivilisation — und genügend Wasser zu haben, ist ja auch nicht nur eine unmittelbare Lebensfrage, sondern auch eine Frage der Zivilisation, des besseren Lebens — hat eben ihren Preis. Solche Kostenfaktoren, wie der Preis für reines Wasser und für die Pflege des Abwassers — denn es ist eine pflegende Handlung, daß man das gebrauchte Wasser reinigt und wieder der Natur in der rechten Weise zurückgibt — müssen auch in anderen Ländern von der Wirtschaft getragen werden und ich glaube nicht, daß andere Länder geringere Kosten dabei haben. So werden wir auch in Österreich mit diesem Problem fertig werden, insbesondere jetzt, wo es durch

eine Novelle zum Wasserbautenförderungsgesetz auch möglich ist, Bundesmittel zur Förderung von Abwasserreinigungsanlagen für Industrie und Gewerbe bereitzustellen. Daß das Land Steiermark hier neben den Mitteln, von denen gesprochen wurde, auch noch sonst eine Reihe von Maßnahmen durchführt, haben wir vor kurzem in einem Bericht gesehen, der dem Landtag über die Wasserverschmutzung vorgelegt wurde und wo über die verschiedensten Maßnahmen berichtet wurde. Wir können also sagen: Im Rahmen dessen, was bis jetzt üblicherweise geschieht, geschieht in der Steiermark ohnedies manches. Wir können sogar sagen, daß die Steiermark unter den Bundesländern führend ist, aber es ist noch zu wenig. Sehr wertvoll ist auch zum Beispiel unter den berichteten Maßnahmen das Laboratorium der Gewässeraufsicht, das im Landesbauamt seine Arbeit durchführt. Die Anstrengungen des Landes müssen aber unbedingt unterstützt werden durch das Verständnis, die Einsicht und ein entsprechendes Verhalten der ganzen Bevölkerung. Diese könnte dazu beitragen, daß das Wasser weniger verschmutzt wird und auf diese Weise auch nicht soviel für die Wasserreinigung getan werden muß. Manchmal ist es der Unverständnis, die Gleichgültigkeit oder Verständnislosigkeit einzelner, die große Schäden verursacht, zum Beispiel, daß Spritzmittelbehälter oder Pflanzenschutzmittel in Bächen einfach abgeschwemmt werden und damit große Schäden verursachen, daß Silowasser in ungünstiger Weise abgeleitet wird oder daß Mineralölrückstände in irgendeiner Weise ausgeleert und in die Gewässer gebracht werden. Ich spreche gar nicht von den Tankwagenunfällen, die ein ganz besonderes Kapitel sind. Ich glaube, es wäre sehr gut und wichtig, wenn zum Beispiel auch verschiedene Stellen, die die Möglichkeit dazu haben, wie die Kammer für Land- und Forstwirtschaft, durch Aufklärung mitwirken würden, daß das Verständnis der Bevölkerung für diese Fragen vergrößert wird. Es ist auch wichtig, daß man die Arbeit der Gewässeraufsicht erleichtert, nicht ihre Arbeit für unnötig hält, sondern einsieht, daß eine unnötige oder gefährliche Verschmutzung des Wassers wirklich etwas ist, was das Gemeinwohl schädigt und was daher — es ist nicht angenehm, das auszusprechen, aber es ist eben so — auch bestraft werden muß, wenn die Einsicht nicht da ist. Wir sehen also insgesamt bei diesen Fragen der Wasserableitung, daß die Menschen eine neue Einsicht erhalten müssen. Ich möchte so sagen: Daß wir reines Wasser brauchen, das haben schon die alten Römer gewußt. Auch die alten Römer haben schon Wasserleitungen gebaut und viel Geld dafür ausgegeben, denn diese großen Bauten, die sie seinerzeit aufgeführt haben, stehen noch heute und sind sicher nicht billig gewesen. Insofern sind unsere Anstrengungen heute, Wasserleitungen zu bauen, kein neues Werk, sondern etwas, was schon seit Jahrtausenden durchgeführt wird. Weniger hat man bisher für die Wasserableitung gemacht, weil die Schwierigkeiten und die Gefahren nicht so groß waren. Da muß uns wirklich die neue Aufgabe voll bewußt werden, und es muß die ganze Bevölkerung in ihrer Haltung und auch mit finanziellen Mitteln mitwirken.

Nahe verwandt mit diesem Wasserproblem ist das Problem der verschmutzten Luft. Auch da haben wir wirklich noch sehr wenig getan, noch weniger als für das Wasser, viel weniger. Es ist ja auch im Budget kein einziger Ansatz für diesen Bereich. Wir haben nur jetzt einen Beschluß der Steiermärkischen Landesregierung, daß ab 1. Jänner 1970 ein neues Referat gemacht wird, ein Fachreferat beim Landesbauamt, das sich mit diesen Agenden befassen soll. Ich glaube aber, daß es ohne Mittel auch da nicht geht (Landeshauptmann Krainer: „Die Gehälter sind im Budget!“) — die Gehälter sind sicher im Budget, Herr Landeshauptmann, das stimmt ohne Zweifel — und so wäre es sehr wünschenswert, daß im nächsten Budget ausdrücklich für diesen Bereich, der sicher ebenso wichtig ist, Vorsorge getroffen wird, denn die Verschmutzung der Luft ist ja auch in einer neuen Weise gegeben. Noch nie hat es wie jetzt in unserem Jahrhundert die arme Verschmutzungsquelle durch die Verbrennungsmotoren der Verkehrsmittel gegeben. Dieser neuen Quelle der Verschmutzung muß man auch in der rechten Weise begegnen. Wir haben in der Steiermark mit unseren engen Tälern, mit dem Grazer Becken, das nicht vom Wind in einer günstigen Weise durchflutet werden kann, sehr schwierige atmosphärische Verhältnisse, wo man mehr Vorsorge treffen muß als in anderen Ländern. Wien ist in dieser Weise viel günstiger daran, in Wien ist trotz der viel größeren Stadt die Luftverschmutzung zum großen Teil geringer als bei uns. Wir haben für die Reinhaltung der Luft noch sehr wenig gesetzliche Regelung. Aber man könnte sicher im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten manches Notwendige tun und es ist manchmal günstiger, erst später Gesetze zu erlassen, wenn man schon einige Erfahrung hat. Das Land hat hier auf diesem Gebiet immerhin schon Vorarbeiten geleistet, auch die Stadt Graz, es wurden Untersuchungen durchgeführt und ebenso haben auch die Institute unserer Hochschulen manche Grundlagen erarbeitet. Das wichtigste wäre wie gesagt eine bessere Entgiftung der Autoabgase. Wenn das weite Amerika dem Autobau nun strengere Forderungen auferlegt bezüglich der Entgiftung der Autoabgase, dann müßte das so menschenreiche und eng gewordene Europa hier viel mehr vorsorgen. Das müßte uns ein Alarm-signal sein, auch mehr zu tun. Es ist selbstverständlich, daß Auto- und Olindustrien nicht freiwillig irgendwelche höheren Lasten auf sich nehmen werden. Darum müssen Ärzte und Politiker das Notwendige veranlassen. Die Ärzte, indem sie eben klar herausstellen, wie groß die Gefährdung ist, und zwar die wichtigen Ursachen, nicht sich festlegen auf irgendeine einzelne Kleinigkeit, sondern die großen Gefährdungen, so daß die Politiker dann auch eine Handhabe haben. Was nützt uns das länger gewordene Leben, meine Damen und Herren, wenn es in vielen Fällen dann nur mehr ein Dasein in Krankheit ist. Wenn wir auf diese Weise mehr an Gesundheitsvorsorge leisten, dann könnten wir vielleicht auch unsere Spitälersorgen vermindern. Daß dies ebenso wie für die Autoabgase auch für die Abgase der Industrie gilt, ist selbstverständlich. Hier wurde ja schon einiges gemacht. Es kostet si-

cher sehr viel Geld, aber man kann heute die Industrieabgabe beseitigen. Wir haben dies schon an einigen Beispielen in der Steiermark gesehen und ich würde wünschen, daß die Bestrebungen hier weitergehen und daß man das, was der einzelne Betrieb nicht leisten kann, durch die Gelder der Allgemeinheit finanziert.

Ich glaube, wenn man diese Gedanken der Bevölkerung immer wieder nahebringt, dann wird sie verstehen, daß solche Ausgaben Vorrang haben, Vorrang unter Umständen auch vor anderen technischen Bauten, die vielleicht attraktiver, aber nicht so notwendig für unser Leben wie diese Dinge sind. Ich möchte nicht weiter über Einzelheiten sprechen, man könnte hier ja noch sehr sehr viel sagen. Ich möchte nur noch einmal betonen, daß man für die von mir aufgezeigten Notwendigkeiten die Mittel wird aufbringen müssen, denn Wasser und Luft sind so wie die Erde und die Nahrung wahrhaft unsere Lebensgrundlagen. Die dürfen wir nicht selbst zerstören, denn sie tragen unser Leben. Sie sind nicht nur Annehmlichkeiten, sondern sie sind Notwendigkeiten. Sorgen wir daher rechtzeitig dafür, daß wir diese Güter in ihrer ursprünglich guten Qualität so weit als möglich erhalten. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident:** Als nächster Redner hat Abg. Karl Lackner das Wort. Nach ihm spricht Herr Abg. Brandl.

**Abg. Karl Lackner:** Hoher Landtag, meine Damen und Herren! Ich möchte mich ebenfalls in den Reigen der Straßenwünsche stellen. Aber bevor ich einen konkreten Wunsch zur Anmerkung bringen möchte, erachte ich es wohl als meine Pflicht, auch einmal vorher zu danken und meine Anerkennung auszusprechen. Im Bezirk Liezen wurden in den letzten fünf Jahren nicht weniger als 95,3 Millionen Schilling allein für die Staubfreimachung aufgewendet, davon für den Bezirk St. Gallen 19,4 Millionen Schilling; für den Straßenbau 272,9 Millionen Schilling, davon für St. Gallen 53,500.000 Schilling. Es ist dies eine beachtliche Leistung. Wir sind durch diese Leistung auf dem Gebiete des Straßenbaues wesentlich vorwärtsgekommen. Wenn St. Gallen angeführt wird, so deshalb, weil St. Gallen viele Jahre durch das Kastenreithproblem irgendwie Stiefkind war und durch diese maßgebliche Förderung jetzt der Anschluß wieder gefunden und der Totpunkt überwunden wurde. Wenn es in diesem Tempo weitergeht, sind wir in unserem Bezirk zufrieden.

Es wurde außerdem auch noch über das Sölketal ins Murtal die sogenannte Sölketalstraße gebaut. Wenn sie auch noch lange nicht fertig ist und den Anforderungen noch nicht entspricht, so macht sich doch eine recht deutliche Aufwärtsentwicklung bemerkbar und man ersieht daraus, daß dieser Weg der richtige war. Zugleich mit dem Gedanken „Sölketalstraße“ wurde auch noch ein anderes Kind geboren, nämlich die Glattjochstraße. Der Herr Landeshauptmann hat damals gesagt: Alles auf einmal kann man nicht machen, wir müssen erst einmal die bestehenden Straßen ausbauen. Das ist jetzt ge-

schehen und ich glaube, die Stunde ist gekommen, daß man das Problem Glattjoch wieder in Erinnerung bringt und daß der Wunsch zum Ausdruck gebracht wird, daß mit dem Bau dieser Straße begonnen werden möge. Es wäre müßig, in diesem Hause die fremdenverkehrsmäßige Bedeutung besonders herauszustellen, das ist allgemein bekannt. Der Fremdenverkehr braucht die Straße, aber neben dem Fremdenverkehr ist noch wesentlich die Erhaltung des Siedlungsraumes im Donnersbacher und Oberwölzer Tal. An diesen Menschen ist die Konjunktur durch die Ballungszentren irgendwie vorbeigegangen. Wir wollen aber keine sterbenden Täler und keine sterbenden Dörfer, und durch deren Erschließung könnte man zwei Fliegen auf einen Streich erschlagen. Erstens hätten die Menschen wieder eine echte Lebensberechtigung und Lebenschance und zweitens hätten die Menschen in den Ballungszentren, wo sie in Ruß und Staub beinahe ersticken, ein schönes Gebiet zum Erringen von Kraft und Erholung zur Verfügung. Ich bitte daher bzw. ich fordere die Landesregierung auf — von den Abgeordneten bin ich überzeugt, daß sie dies ohnehin unterstützen —, maßgeblich mit den Arbeiten an der Glattjochstraße zu beginnen. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident:** Als nächster Redner hat Herr Abgeordneter Brandl das Wort, nach ihm Herr Abgeordneter Loidl.

**Abg. Brandl:** Hoher Landtag, sehr geehrte Damen und Herren! Im Finanz-Ausschuß ist ein Antrag eingebracht worden, der die Landesregierung auffordert, zu überprüfen, daß alle verkehrs- und sichtbehindernden Hindernisse auf unseren Landes- und Bundesstraßen in der Steiermark beseitigt werden sollen. Ich darf Sie ersuchen, diesen Antrag hier nicht nur zu beschließen, sondern die Landesregierung zu bitten, auch tatsächlich hier Vorsorge zu treffen. Im übrigen darf ich die Damen und Herren Abgeordneten insgesamt ersuchen, sich doch für die nächste Budgetdebatte die Frage zu überlegen, ob wir nicht auf den allgemeinen Straßengang verzichten könnten und uns darauf beschränken, mit grundsätzlichen Feststellungen zu den Straßenproblemen mehr für die Verwirklichung unserer gesamten Wünsche beizutragen. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Loidl. Nach ihm spricht der Herr Abgeordnete Leitner.

**Abg. Loidl:** Meine Damen und Herren! Gewissermaßen als Wiedergutmachung, weil ich schon so viel geredet habe, möchte ich jetzt die kürzeste Rede der gesamten Budgetdebatte halten. Es ist nur eine Frage an den Herrn Landeshauptmann bezüglich der Nordeinfahrt von Graz. Sie hat unsere Gemüter schon so oft bewegt. Es gibt vier Varianten und Umplanungen. Es wurde mit der Arbeit begonnen, und wie ich jetzt von Kollegen, die dort arbeiten, höre, wurde plötzlich mit den Schüttungen wieder aufgehört. Ich frage, was nun wirklich los ist. (Beifall bei der SPO.)

**Präsident:** Der Herr Abgeordnete Leitner hat das Wort, nach ihm der Herr Abgeordnete Trummer.

**Abg. Leitner:** Meine Damen und Herren! Unbestritten ist, daß sich die Lage auch beim Wasser zuzuspitzen beginnt. Das haben schon einige Redner und Rednerinnen gesagt. Unbestritten ist auch, daß die Verschmutzung unserer Gewässer bereits ein Ausmaß erreicht hat, das das Aufbringen von gutem Trinkwasser schon jetzt zu einem Problem macht, und unbestritten ist auch, daß es notwendig ist, der weiteren Verschmutzung der steirischen Gewässer Einhalt zu gebieten, allerdings mit tauglichen Mitteln, nach sozialen Gesichtspunkten, um den Wasserhaushalt zu sichern. Die Verunreinigung der Gewässer ist auf die direkte Ableitung der Kommunalabwässer und der Industrieabwässer zurückzuführen, und es wäre notwendig, in beiden Richtungen große Anstrengungen zu unternehmen, um der drohenden Gefahr der Verschmutzung Einhalt zu gebieten. Untersuchungen haben, wie ich schon einmal bemerkt habe, ergeben, daß die Verunreinigung der Gewässer ihren Ursprung zu 30 % in den Kommunalabwässern hat. Diese Kommunalabwässer sind übrigens auch weitestgehend biologischen Ursprungs und sind dadurch viel leichter zu reinigen, während die Abwässer der Industrie, die zu zwei Dritteln an der Verunreinigung unserer Gewässer beteiligt sind, ein besonderes Verfahren zur Reinigung benötigen. Daraus ist schon ersichtlich, daß das Schwergewicht bei der Reinigung der Abwässer bei der Industrie liegt und daß es nicht so sehr, wie es bei uns in der Steiermark geschieht, auf die Reinigung der Kommunalabwässer anzulegen ist. Natürlich soll auch in dieser Richtung vorgegangen werden. Die Steiermärkische Landesregierung ist zwar bereit, eine rasche Regelung der Fragen der Kanalgebühren zu sichern, um die Möglichkeit, wie es in der Gesetzesvorlage heißt, zu haben, neue Kanalisations- und Kläranlagen zu errichten, damit die Kommunalabwässer gereinigt werden und rein in die Gewässer hineinkommen. Aber das führt dazu, daß in erster Linie die breiten Massen unserer werktätigen Bevölkerung herangezogen werden zu neuen und auch zu höheren Abgaben. Die Steiermärkische Landesregierung wehrt sich aber weiterhin, die Unternehmer und die Industriellen in der Steiermark endlich durch geeignete Maßnahmen anzuhalten, damit sie rasch ihre zu einem ganz schönen Teil giftigen Abwässer durch den Bau besonderer Kläranlagen reinigen, bevor diese in die normalen Gewässer abgeleitet werden. Die Landesregierung beschränkt sich in diesen Fällen vor allem nur auf Appelle an die Industriellen und stellt dazu fest, daß die steirische Industrie ihre Bemühungen beträchtlich intensivieren muß, um nicht hinten zu bleiben, damit die Auswirkungen ihrer Reinhaltmaßnahmen mit jenen im kommunalen Bereich Schritt halten können. Da die Mittel der Gemeinden den Ausbau vorhandener und den Bau neuer Kanalanlagen und auch den Bau moderner Kläranlagen ermöglichen und da das bei weitem deswegen nicht mehr möglich ist, weil die Gemeinden nicht über das notwendige Geld verfügen, ist es nach Meinung der Landesregierung — also nach Meinung

der SPO und der ÖVP — unbedingt notwendig, die sogenannten Interessentenbeiträge zu erhöhen. Weil die Gemeinden durch den Bund und durch das Land auch in der Zeit der Hochkonjunktur bei der Verteilung der Steuermittel benachteiligt werden, sollen die Interessenten, das heißt die große Masse der arbeitenden Menschen, höhere und neue Abgaben aufgehalst bekommen. Deswegen hat die Steiermärkische Landesregierung ein neues Kanalabgabengesetz dem Landtag vorgelegt. Die Beschlußfassung soll allerdings nach den Nationalratswahlen und nach den Landtagswahlen erfolgen, besonders auf Wunsch der SPO, da man mit weiteren Steuerbelastungen offensichtlich nicht gut Wahlpropaganda machen kann und weil ich nicht bereit bin, bei den Belastungen der Bevölkerung mitzustimmen. Wie stellen sich die beiden Regierungsparteien — die ÖVP und die SPO — die neuen und natürlich höheren Kanalabgaben vor? Zur teilweisen Deckung, heißt es, der Kosten für die Herstellung und Erweiterung öffentlicher Kanalisationsanlagen soll ein einmalig zu entrichtender Kanalisationsbeitrag eingehoben werden. Je nach der Höhe des sogenannten Einheitswertes, den der jeweilige Gemeinderat zu beschließen hätte, sind zwischen 1500 bis 7500 S für 100 m<sup>2</sup> Geschoßfläche zu bezahlen, weiters zur teilweisen Deckung der Kosten für die Herstellung und Erweiterung von Kläranlagen, Hauptsammlern und Nebenanlagen, soweit solche nicht schon bestehen, eine sogenannte Kläranlagengebühr, die ganz neu ist und die für einen begrenzten Zeitraum einzuheben sei. Diese Frage ist besonders wichtig für die Stadt Graz; bekanntlich wird eine Kläranlage gebaut, und offensichtlich will man diese vielen Millionen wieder auf die Gemeindebewohner abwälzen. Und schließlich für die laufende Nutzung der öffentlichen Kanalisationsanlagen so wie schon bisher eine Benützungsg Gebühr, natürlich höher, und zum Teil soll diese wesentlich höher sein, als sie jetzt schon ist. Statt die Zuschüsse durch Bund und Land für den Bau von Kanalisationsanlagen usw. zu erhöhen, statt den Gemeinden die Möglichkeit zu geben, aus eigenen Mitteln ihre wichtigen zugeteilten Aufgaben zu finanzieren, geht die ÖVP seit Jahren den Weg, und das Schritt für Schritt und immer stärker und eindeutiger, kommunale Abgaben bzw. Ausgaben den arbeitenden Menschen direkt aufzuhalsen, als ob diese nicht schon genug Steuern bezahlen würden. Aber die, die wirklich zahlen könnten, die Unternehmer, die, wie ich auch schon bewiesen habe, besonders verantwortlich sind für die Verschmutzung unserer Gewässer, werden nicht entsprechend herangezogen, an sie richtet die Landesregierung nur Appelle, die offensichtlich aber nichts fruchten, obwohl die Unternehmer die Gewinne der erhöhten Produktion gerade in der Zeit der Hochkonjunktur und der Preiserhöhungen einstecken. Diese Politik kann die ÖVP nur deswegen durchsetzen, da die SPO die Politik der Schonung der Unternehmer unter Belastung der arbeitenden Menschen unterstützt oder sogar mitmacht.

**Präsident:** Ich unterbreche jetzt die Sitzung 15 Minuten zur Durchlüftung des Saales.

Unterbrechung der Sitzung: 18 Uhr 15.

Fortsetzung der Sitzung: 18 Uhr 30.

**Präsident:** Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf. Als nächster Redner hat Herr Abg. Trummer das Wort. Nach ihm spricht Abg. Schrammel.

**Abg. Trummer:** Hoher Landtag, meine Damen und Herren! Wie wichtig der Flußbau in unserem Grenzbezirk ist, werde ich ganz kurz aufzeigen. Ich komme aus einem Gebiet, wo der kleinbäuerliche und mittelbäuerliche Betrieb vorherrschend ist. Die Bevölkerung unseres Grenzbezirkes begrüßt den Flußbau und die Regulierung. Dadurch werden unserer Landwirtschaft neue Flächen zugeführt, die wir in unserem Bezirk dringend brauchen. In den Bezirken Leibnitz, Feldbach und Radkersburg werden derzeit an 16 Flüssen Regulierungen durchgeführt. Im Bezirk Feldbach ist der Weiterbau der Schwarzaeregulierung für 1970 vorgesehen, auch der Weiterbau der Sulm-Laßnitz-Regulierungen in drei verschiedenen Abschnitten ist für 1970 geplant. Die Arbeiten der Regulierungen in Lieschenbach, Gamlitz, Steinbach sind bis auf Restarbeiten im Jahre 1969 fertiggestellt worden. Im Bezirk Feldbach wird die Raabregulierung in allen Abschnitten zügig fortgesetzt. Die Fertigstellung der Grenzstrecke von Jennersdorf bis Fehming ist für 1970 und 1971 vorgesehen. Für die Regulierung des Eberbaches, des Auerbaches ist die Planung fertiggestellt. Im Bezirk Radkersburg ist die Trautenbachregulierung von Altneudörfel 1 km aufwärts fertig. Für 1970 ist der Weiterbau von Halbenrain aus vorgesehen. Von Halbenrain bis Pichla bei Tieschen ist das Projekt baureif ausgearbeitet. Das Projekt der Sulzbachregulierung von Unterpurkla bis Gleichenberg ist baureif ausgearbeitet. Die Fertigstellung des ersten Bauabschnittes der Gnasbachregulierung von Fluttendorf bis Salsach ist für 1970 vorgesehen. Der Weiterbau des zweiten Bauabschnittes wird bis Hofstätten 1971 begonnen werden. Die Saßbachregulierung ist in Eichfeld in einer Länge von 500 m fertiggestellt, ebenso mußte der Ottersbach in einer Länge von 300 m eingefangen werden. Der Weiterbau der Saßbachregulierung ist für 1970 vorgesehen. Die Schwarzaeregulierung ist für unseren Bezirk Sorgenkind und zwar deswegen, weil durch die Zwischenregulierung von Lipsch bis Wolfsberg in unserem Bezirk drei Gemeinden schwer getroffen sind. Das sind die Gemeinden Seibersdorf, Perbersdorf und Pichla. In diesen drei Gemeinden werden dauernd Überschwemmungen herbeigeführt, die 800 ha betreffen. Es wäre sehr notwendig, wenn auf diesem Projekt auch einmal die Regulierung begonnen werden könnte, damit auch diese Gemeinden hochwasserfrei würden.

Diese Gewässer überschwemmen jährlich riesige Flächen, und der Schaden beträgt oft Hunderttausende von Schillingen. Für die Regulierung wurden im Jahre 1969 über 16 Millionen Schilling ausgegeben, wofür ich Herrn Landeshauptmann herzlich danke. Ich bitte aber zugleich, daß in den kommenden Jahren diese Regulierungen finanziell mehr unterstützt werden, damit die kommenden Projekte

etwas billiger durchgeführt werden können. Tausende Hektar Ackerland gehen durch den Straßenbau und sonstige Bauvorhaben verloren. Durch die Regulierungen kann aber aus versumpftem Grund fruchtbares Ackerland gewonnen werden. Wir brauchen jedes Hektar Ackerland notwendig, um im Notfalle, und das betone ich noch einmal, um im Notfalle die Ernährung der Bevölkerung dieses Teiles unserer Heimat sicherzustellen. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident:** Der Herr Abgeordnete Schrammel hat als nächster Redner das Wort. Nach ihm Herr Abg. Baier.

**Abg. Schrammel:** Hohes Haus, meine Damen und Herren! Es sei mir gestattet, im Rahmen der vielen Bauwünsche, die zu dieser Gruppe aufgezählt wurden, auch noch einige lokale Wünsche anzuknüpfen. Wenn auch der Bezirk Fürstenfeld derzeit nahezu keine Straßen hat, die nicht staubfrei sind, so hätten wir trotzdem, Herr Landeshauptmann, noch zwei Straßen, wo wir es sehr begrüßen würden, wenn im kommenden Bauprogramm auch Mittel bereitgestellt werden, damit sie ausgebaut werden könnten, und zwar ist es die Söchauer Landesstraße im Bereich der Gemeinde Ottendorf, die ohnedies im Programm festgehalten ist; ich möchte nur wünschen, daß dieser Straßenzug sehr zügig ausgebaut wird und daß eben für diesen Teil nicht allzu lange Zeit in Anspruch genommen wird, weil für dieses Gebiet diese Straße für den Fremdenverkehr von größter Bedeutung ist.

Ein weiterer Wunsch wäre dann noch die Verbindungsstraße Großhartmannsdorf—Sebersdorf mit einer Länge von nur 8 km. Landeshauptmann Kraimer: „Nur!“). Das ist eigentlich die einzige Straße im Bezirk Fürstenfeld, die noch nicht staubfrei ist. Dann wären an Umfahrungen anzumelden die Umfahrung Söchau, Altenmarkt bei Fürstenfeld, Groß Wilfersdorf und Groß Steinbach. Bei den Flußbauvorhaben würden wir, Herr Landeshauptmann, dringend bitten, daß die Lafnitzregulierung doch bald einmal in Angriff genommen wird, vor allem im Bereich der Gemeinde Burgau — das wird auch der Kollege Heidinger bestätigen — sind die Schäden sehr bedeutend, wenn man bedenkt, daß etwa 400 ha jährlich wiederholt überschwemmt werden, und zwar, um ein Beispiel zu nennen, im Jahre 1966 ist dieses Gebiet nicht weniger als 15mal überschwemmt worden. (Abg. Heidinger: „1965 war es!“) Die Feistritzregulierung ist im Bereich der Gemeinde Altenmarkt bei Fürstenfeld bereits im Bau. Die Gemeinde Fürstenfeld, die als Unterlieger durch diese Teilregulierung wesentlich mehr Wassermassen bekommt, ist natürlich sehr interessiert, daß auch flußabwärts die Regulierung der Feistritz vorangetrieben wird. An Flußbauwünschen wären dann noch zu nennen: der Ausbau des Ilzbaches und die Vorantreibung der Rittscheinbachregulierung.

Ich möchte dann noch ersuchen, daß Verbindungsstraßen, Gemeindestraßen, Interessentenstraßen, die überörtlichen Charakter haben, in das Landesstraßennetz eingebaut werden. Ich möchte hier nur drei Beispiele herausgreifen, und zwar die Straßenver-

bindung, abzweigend von der Gemeinde Loipersdorf bis zur Landesgrenze Burgenland (Landeshauptmann Krainer: „Wird kaum befahren!“) zur Gemeinde Grieselstein, die von Burgenland her bereits Landesstraße ist, die Verbindung von Söchau über Stadbergen nach Fürstenfeld, die eine echte, bedeutungsvolle Urlauberstraße ist, wenn man bedenkt, daß in der Gemeinde Söchau im vergangenen Jahr etwa 30.000 Nächtigungen waren, schließlich und endlich noch die Gemeindestraße, abzweigend von der Katastralgemeinde Klein-Steinbach in der Gemeinde Blumau nach Sebersdorf in der Gemeinde Waltersdorf im Bezirk Hartberg.

Das wären meine Bauwünsche zur Gruppe 6, und ich möchte den Herrn Landeshauptmann bitten, soweit es möglich ist, hier die Verwirklichung voranzutreiben. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident:** Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Baier. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Baier:** Hoher Landtag, geehrte Damen und Herren! Seit Jahren besteht ein Kanalbauprojekt Graz-Süd. Durch die Errichtung von Großbrunnen südlich von Graz wurde für die Wasserversorgung der Landeshauptstadt ein großes Gebiet in Wassereinzugsgebiet, Wasserschon- und Wasserschutzgebiet eingeteilt. Betroffen sind davon die Gemeinden Feldkirchen, Seiersberg, Pirka und Windorf und ein kleiner Teil von Graz. Die Bauvorhaben oder Betriebsneugründungen sind durch die strengen wasserrechtlichen Vorschriften auf das schwerste gehandikapt. Ich ersuche daher die zuständigen Stellen, das Kanalbauprojekt Graz-Süd nicht zu vergessen, sondern im kommenden Jahrzehnt zu verwirklichen.

Und noch eine kleine zweite Frage. Es wurde heute viel über Straßenbau gesprochen, weniger aber über die Straßenbenützer. Vor allem ist es das Lastenfuhrwerksgewerbe, das immer wieder in der Öffentlichkeit Kritik findet, daß es durch Überladungen die Straßen ruiniert. Wieso kommt es zu diesen Überladungen? Meiner Meinung nach dadurch, daß die vergebenden Firmen, Baufirmen und Straßenbauunternehmen durch zu niedrige Angebote darin ihr Auslangen finden können, wenn sie den Frächtern ihren Preis drücken.

Ich ersuche daher, ob es möglich wäre, ein Ausschreibungsschema zu finden, wo auch dem Lastenfuhrwerksgewerbe gerechte Preise zugesagt werden können. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident:** Der Herr Landeshauptmann hat als letzter Redner das Wort.

**Landeshauptmann Krainer:** Hohes Haus, verehrte Damen und Herren! Es wurde im Laufe der Debatte sehr viel über Planlosigkeit, Konzeptlosigkeit gesprochen, mit einem Wort, es fehle eine Sicht in die Zukunft, so hat man den Eindruck, wenn man den verschiedenen Debattenrednern zuhört. Ein Plan ist heute eindeutig zum Durchbruch gekommen, nämlich der Plan der linken Seite, alles, was nicht funktioniert, einfach dem Landeshauptmann anzuhängen. Das war sehr deutlich sichtbar. Ich bin da gar nicht

empfindlich, irgendwo muß man ja einen Blitzableiter finden. Bei sich selbst will man ihn nicht suchen. Es ist gar keine Frage, daß viel, viel mehr Straßenbauten, Kanalbauten, Wasserleitungsbauten möglich wären, wenn wir mehr Geld hätten. Es fehlt hier auch nicht an Planungen und an Konzepten, sondern es fehlt nur an Geld. Glauben Sie mir das. Wir könnten sowohl in der Leistungsfähigkeit der Bauwirtschaft etwa um 30 % mehr verkraften, vor allem im einfachen Straßenbau, ebenso im Wasserleitungsbau, weniger schon im Kanalbau. Aber es fehlt überall, von woher immer gefordert wird, das notwendige Geld. Warum fehlen die erforderlichen Mittel? Nicht etwa deshalb, weil sie nicht gerecht zugeteilt werden oder weil wir — auch in der verbundenen Steuerwirtschaft — etwa nicht unseren gerechten Anteil an Mitteln für das Land hätten, sondern das Aufkommen fehlt. Es muß sich jedermann bewußt sein, wenn er mehr will, dann müßte er redlicher Weise auch sagen, woher das Mehr kommen soll. Also, was besteuern wir weiter oder was machen wir etwa in Form von Anleihen. Auch hier gibt es einige Hindernisse, weil nur ein bestimmtes Geldvolumen im Umlauf ist und nur bis zu einer bestimmten Grenze jährlich abgeschöpft werden kann.

Aber auch, wenn wir den Darlehensweg beschreiten würden — und wir werden ihn beschreiten —, dann muß auch gleichzeitig der Plan vorliegen, wie die Abstattung vor sich gehen soll. Bekanntlich muß ja alles, was wir in den vergangenen Jahren im Landesbudget an Darlehen aufgenommen haben, abgezahlt werden und fehlt dann in den Fördermitteln und verkürzt die möglichen Ausgaben des Landes überhaupt, weil eben dieser bestimmte Betrag, der vorweggenommen wurde, wieder zurückgezahlt werden muß.

Also bitte, nehmen Sie zur Kenntnis, es ist nirgends ein schlechter Wille vorhanden, sondern es fehlt einfach das notwendige Geld. Es mag dort und da ein Fehler passieren, das ist bei einem Baugeschehen, das bei uns in der Steiermark im Jahr 1968 etwa 2 Milliarden öffentliche Baumittel beträgt, möglich. Es ist dort und da einmal ein Versager mit einer Firma möglich, aber das ist nicht die Regel. Man kann natürlich einen solchen Versager hochspielen und sagen, da schaut es an, wie sie nicht verstehen, zu planen, wie sie nicht verstehen, auch mit Schwierigkeiten fertig zu werden. Es wird immer solche Einzelfälle auch an Fehlleistungen geben, das ist unausweichlich. Wir sollen uns zwar darüber ständig den Kopf zerbrechen, aber wir sollen nicht den Anschein erwecken, es gäbe in diesem großen Geschehen überhaupt nur Fehlleistungen. So hat es ja manchmal in der Debatte ausgesehen.

Und nun, bevor ich einzelne Anfragen bzw. Forderungen kurz beantworten möchte, zum Konzept schlechthin eine Frage, zum österreichischen Verkehrskonzept: Richtig ist, daß die Planungen der Vergangenheit ja nicht etwa aus dem Handgelenk herausgebeutelt wurden, sondern daß auch gewisse Statistiken den Ausbauplänen zugrundegelegt sind. Wir haben hier im Landtag schon vor 15 Jahren und auch bereits vor 10 Jahren immer wieder Pläne auf den Tisch gelegt, wie wir etwa die Entwicklung

des Ausbaues unseres Landesstraßennetzes und auch des Bundesstraßennetzes sehen. Aber was in den letzten Jahren geschehen ist, ist nämlich eine internationale Erscheinung — nicht nur die Abstimmung für den eigenen Bereich eines Bundeslandes und auch eines Staates, sondern eben darüber hinaus ein internationaler Vergleich und auch eine internationale Zusammenarbeit sind nötig, damit man die Verkehrsadern dieses Europa aufeinander abzustimmen vermag. Gerade die Auseinandersetzungen mit der Umwelt haben dazu geführt, daß man nicht nur mit den Beamten des Bundes und des Landes plant, sondern daß man die großen Planungsaufträge sowohl der Raumplanung als auch der Straßenplanung auch nicht vom Interessenten her gesehen plant, sondern von Wissenschaftern, von Fachleuten, die auf unseren Hochschulen tätig sind, Universitäts-Professoren und Hochschullehrern ausarbeiten läßt, und erst durch die Erkenntnis, daß man bezüglich einer großzügigen Planung nur bei Ausschöpfung aller Instrumente, die dazu notwendig sind, das heißt aller Unterlagen, zu einem wirklichen und echten Ergebnis kommen kann, ist es gelungen, daß man heute — es hat sehr lange Zeit gedauert — in Österreich zu einem Raumordnungskonzept und in diesem Zusammenhang zu einem Konzept, zu einem Verkehrskonzept für Österreich gekommen ist. Es ist ja so, daß nicht allein der Straßenverkehr das Um und Auf ist, natürlich spielt heute noch sowohl der Schienenverkehr eine entscheidende Rolle, als auch der Luftverkehr in zunehmendem Maße. Vor allem auch in der Abwicklung der Luftfrachten. Wenn wir die Lebensadern eines Volkes betrachten, die Gemeinschaft eines Staates, wenn wir ihr dienen wollen, dann ist natürlich — heute mehr denn je — die Möglichkeit gegeben, nach der Forschung und nach dem Studium dieser ausgezeichneten Fachleute etwa im Jahre 1985 die Höchstspitze oder die Sättigung des Verkehrs in Österreich zu erleben. Aus der Erkenntnis heraus, daß wir aufholen müssen — ich möchte ausdrücklich sagen, diese Erkenntnis ist keine österreichische, sondern eine internationale —, möchte ich darauf hinweisen, die reichsten Staaten der Welt sind bisher bei weitem nicht im Stande gewesen, den Verkehrserfordernissen zu entsprechen; sie waren nicht in der Lage, den Verkehr beispielsweise in der Sommerzeit, in der Zeit der Überlastung durch den Fremdenverkehr, zu lösen oder etwa in der Zeit der Spitzen, die immer wieder aufscheinen, am Morgen, zu Mittag, am Abend. Nirgends auf der Welt ist man im Stande gewesen, diese Verkehrsspitzen abzuschwächen, trotzdem man noch und noch Straßen und Übergänge gebaut hat. Es hat mich im heurigen Sommer sehr befriedigt, als ich eine private Reise nach Amerika machte, daß dort genau solche Schwierigkeiten, wie wir sie vielleicht gar nicht kennen, vorhanden sind, ebenso in Italien — trotzdem man vielleicht als oberflächlicher Betrachter sagen könnte, die Italiener bauen viel mehr als wir, in der Relation stimmt dies sicher nicht, aber es scheint so zu sein, sie sind z. B. das Autobahnnetz weitgehend angegangen, wenn sie auch unter ganz anderen Umständen bauen, vor allem in der Ebene, viel billiger und einfacher, sehr rasch; wir dürfen aber nicht über-

sehen, wir liegen als Teil des Alpenlandes in einer ganz anderen Verkehrslage und haben dadurch mit viel größeren Schwierigkeiten fertigzuwerden, wie das in den Ebenen der Fall ist. Aber Tatsache ist, daß es bisher nicht einmal der Deutschen Bundesrepublik, die einen viel größeren Verkehrsplan — den Leberplan — als wir hat, gelungen ist, den Verkehr zu bewältigen. Ich kann aus Überzeugung sagen, der Verkehr bzw. die jährlichen Zuwachsraten an Personenkraftwagen, an Lastkraftwagen, jagt uns durch alle Gassen. Wir sind geschoben vom Verkehr, wir waren nicht im Stande, mit unseren Mitteln etwa vorausschauend einen großen Wurf zu machen — wenn auch schon in Österreich das Autobahnnetz von beachtlicher Bedeutung ist und wir im internationalen Vergleich keine schlechte Beurteilung haben. Sicher werden wir mit den konventionellen Mitteln nicht zu Rande kommen können, wenn wir nicht zu neuen Finanzierungsmethoden kommen, zu Finanzierungsmethoden, die in der ganzen Welt angewendet werden. Ich rede jetzt nicht von den Mautstraßen. Es ist nicht so, daß man den Verkehr mit Maut absperren bzw. belasten kann, dies muß auch überlegt sein. Man kann einen Durchzugsverkehr sehr wohl mit Maut belasten, aber nicht einen Normalverkehr, einen Wirtschaftsverkehr schlechthin. Das sind ja die Lebenselemente, das sind jene Antriebskräfte im Lande, die man nicht noch zusätzlich belasten kann. Man wird sich in der Finanzierung sicher auch dort und da mit einer Mautstraße behelfen können, es gibt dies in Österreich bereits — die wunderschöne Großglockner-Straße und die neue Felber-Tauern-Straße, allerdings zum Teil auf Kosten der Bundesbahnen. Man wird zu einer Anleihefinanzierung kommen müssen. Hier ist eine der Voraussetzungen, daß wir einen Anleihemarkt haben. Wir werden nicht mit den Mitteln auskommen können, die wir in Österreich aufbringen, wir werden zu internationalen Anleihen schreiten müssen. Hier gibt es Zusammenhänge mit der Währungspolitik, mit den Auftriebskräften schlechthin, mit der Überhitzung. Alles das spielt hier mit eine Rolle. Es ist gar keine einfache und leichte Aufgabe. Aber es ist die Voraussetzung, wenn wir die Verkehrsteilnehmer einigermaßen befriedigen und zu neuen Verkehrsflächen kommen wollen, daß wir zu einer neuen Finanzierung kommen. Es ist heute einmal gesagt worden, 2,6 Milliarden Schilling etwa, die die Kraftfahrer aus Steuern aufbringen, werden nicht für den Straßenbau verwendet. Das stimmt. Zweckgebunden für den Straßenbau ist nur die Mineralölsteuer. Und die Mineralölsteuer wurde auf Schilling und Groschen für den Straßenbau aufgewendet. Das übrige kassiert der Finanzminister. Ob er es dort oder da kassiert, ist völlig gleichgültig. Irgendwo muß er kassieren, wenn er die Länder und Gemeinden beteiligen und auch die verschiedenen Förderungsaufgaben, die sozialen Aufgaben, die Bildungsaufgaben usw. erfüllen will. Irgendwo muß er sein Geld zusammenbringen. Ein kleinerer Teil davon wird auch von den Kraftfahrern bezahlt.

Aber damit ich zu dem Problem komme. Natürlich müssen wir in der Umwelt uns auch ein bißchen informieren und müssen auch versuchen, uns auf

Grund der Konzepte der Umwelt einzuordnen, wenn wir europäisch nicht bedeutungslos werden wollen, wenn wir in das Straßenverkehrskonzept Europas eingebaut werden wollen. Das gilt für den Westen genauso wie für den Osten. Hier gibt es ja keine Trennungslinie in der Planabsprache. Es ist mit dem Westen genauso wie mit dem Osten. Eine Absprache ist in den vergangenen Jahren erfolgt und erst im heurigen Jahr in einer ganz großen Konferenz auch weitgehende Übereinstimmung erzielt worden, so daß man heute sagen kann, daß sowohl international gesehen als auch österreichisch gesehen auf Grund einer Absprache über das große Raumprogramm, über die große Raumplanung für Österreich wir zu einem österreichischen Konzept kommen, das — wie ich glaube — jedermann, der es sachlich überprüft, sicher befriedigen kann. Ich habe nur eine Karte hier für die Steiermark. Da sehen Sie die großen schwarzen Linien, das werden die Hauptverkehrsadern sein, zum Teil Autobahnen, zum Teil Schnellstraßen und Bundesstraßen. Ich betone noch einmal, dieser Plan ist von Prof. Dorf-wirth, Prof. Marx und vielen anderen ausgezeichneten und erstklassigen Wissenschaftlern und Fachleuten aufgestellt worden oder sie haben mitgearbeitet, er wurde mit den Bundesländern abgestimmt, und er beinhaltet auch den dringenden Ausgleich des Verhältnisses steirische Bundesstraßen und Bundesstraßen in den übrigen Bundesländern. Wir sind hier außer Zweifel im Nachteil. Wir fordern das seit Jahren, wenn wir hier auf einem Parteitag darüber reden, so wird das wohl nichts Schlimmes sein und man wird uns daraus wohl keinen Vorwurf machen können. (Landesrat Sebastian: „Im Gegenteil, es ist aner kennens- und lobenswert!“)

Wenn es heißt, die Tauernautobahn wird gebaut, da muß ich ein bisserl politisch werden. (Landesrat Sebastian: „Tun Sie das!“) Da haben die Sozialisten von Kärnten und die Volksparteiler von Kärnten und die Volksparteiler und die Sozialisten und die FPÖ-Leute von Salzburg sich die Füße wundgerannt und haben mit allen möglichen Behauptungen und versuchten Beweisen durchgesetzt, daß eine Finanzierung dieser Durchzugsstraße von der Bundesrepublik nach Italien doch durchgeführt wird und daß gebaut werden wird, für vier Monate im Jahr. Aus dem Ergebnis von 1,5 Millionen Testen, die wir in der Steiermark vor Jahren angesetzt haben und auch im vergangenen Jahr und heuer durchführen ließen, geht klar und eindeutig hervor, daß der Wirtschaftsverkehr — und das ist das Lebens-element unseres Volkes und unserer Volkswirtschaft — sich im Dreieck Wien—Linz—Graz abspielt. Es ist keine österreichische Straße vom Lastverkehr in dem Maße belastet wie diese Dreiecksstraßen, der Durchzugsverkehr vom Norden nach dem Süden über den Neumarkter Sattel und jetzt seit einigen Jahren zunehmend auch der Durchzugsverkehr vom Südosten oder sogar vom Osten hinauf nach dem Westen bzw. nach dem Nordwesten. Die Tatsache, daß sich hier ein Wirtschaftsverkehr abspielt, war bisher nicht bekannt. Man hat zwar ständig Zählungen vorgenommen — und das waren auch die Grundlagen für die Planung —, aber man hat hier nicht die Selektion vorgenommen, was ist überhaupt

das Schwergewicht auf diesen Straßen. Jetzt sind wir Gott sei Dank soweit. (Landesrat Sebastian: „Aber, Herr Landeshauptmann, Sie hätten uns mitnehmen sollen nach Wien so wie die Salzburger. Dann hätten Sie sich vielleicht durchgesetzt!“) Tun Sie sich nichts an, Sie hätten ja jederzeit mitgehen können, Sie haben nicht einmal den Finger gerührt. (Landesrat Sebastian: „Sie haben uns nicht mitgenommen!“) Herzlich willkommen. Nicht nur zum Minister mitgenommen, sondern auch in den Parteivorstand! Nicht Salzburg und Kärnten vorziehen, sondern die Steiermark. (Landesrat Sebastian: „Sogar in die ÖVP-Bundesparteileitung wären wir mitgegangen!“) Es ist heute eine erwiesene Tatsache, daß, nicht nur im Gerede und nicht nur vor einer Wahl, die Südautobahn Vorrang hat vor allen Verkehrsflächen in Österreich (allgemeiner Beifall) mit Ausnahme derer, die schon ausgebaut sind zwischen Salzburg und Wien. (Abg. Vinzenz Lackner: „Auf nach Wien!“) Weil wir heute in der Lage sind, wissenschaftlich und fachmännisch zu beweisen, ist es heute klar, daß man die Südautobahn nicht mehr ausklammern kann. Noch vor zwei Jahren habe ich darum gerungen, daß wir nicht abgestrichen worden sind. Da hat es geheißt bei allen möglichen Stellen, sowohl in den Ministerien als auch bei den verschiedenen Verkehrsorganisationen, Automobilklub und wie sie alle heißen, das ist sicher sehr notwendig — das war auf Grund der Zählung nicht zu bestreiten —, daß man zwischen Gleisdorf und Graz eine Autobahn baut, aber dann ist es völlig uninteressant, dann hören wir auf. Wir haben uns da noch behauptet, bis die gewichtigen Unterlagen echt erarbeiteter Beweise vorlagen. Jetzt ist das unbestritten. Ja, wir haben im eigenen Land die größten Schwierigkeiten. Ich habe dafür größtes Verständnis. Man hat mir in der Obersteiermark gesagt, komm nicht zu uns, paß auf, wie es Dir gehen wird! Wir verbünden uns mit den sozialistischen Nationalräten und Abgeordneten. (Landesrat Sebastian: „Die eigenen Leute haben Ihnen das gesagt?“ — Weitere unverständliche Zwischenrufe.)

Ich habe manchmal wirklich den Eindruck, das sind so merkwürdige Komplexe. Ich freue mich z. B. immer, wenn bei Landesrat Sebastian ein Krankenhaus fertig wird. (Landesrat Sebastian: „Sie haben unsere volle Unterstützung! Ich habe ja gesagt, Sie hätten uns mitnehmen sollen!“) Entschuldigen Sie, Sie sind eingeladen gewesen, zu allem werden Sie bei uns eingeladen, zu allem! Ich freue mich immer, wenn irgendetwas fertig ist, und hier finde ich nur Kritik. Ich bin da echt enttäuscht. Nicht persönlich, ich kann Ihnen sagen, es gehen viele schlaflose Nächte vorbei, bis man sich einigermaßen in solchen Dingen zurechtfindet und es tut dann weh, wenn man auf weiter Flur allein ist. (Landesrat Sebastian: „Sie haben ja gesagt, Ihre eigenen Leute waren dagegen, wir hätten Sie ja unterstützt!“)

Sie haben also gesagt, die Autobahn muß durch das Mur- und Mürztal verlaufen und Sie haben sich noch dazu einen sehr beachtlichen Zivilingenieur bezahlt, der hat nachgewiesen, wie viel gescheiter es ist, nicht eine Südautobahn zu bauen, sondern eine Autobahn durch das Mur- und Mürztal. Natürlich ist auch durch das Mur- und Mürztal eine

Schnellstraße notwendig, das ist gar keine Frage. Aber ein echter Fachmann kann doch nicht sagen, daß man in ein dicht besiedeltes Industriegebiet eine Autobahn legen kann mit Zu- und Abfahrten alle paar Kilometer, das ist dann doch keine Autobahn. (Landesrat Sebastian: „Der Peltzmann war glaube ich auch dafür!“ — Landesrat Peltzmann: „Nein, nein!“ — Abg. Vinzenz Lackner: „Aber nur keine Umfahrungsstraße für die Obersteiermark bauen!“) Das ist keine Umfahrungsstraße, lieber Freund! Ich möchte nur wissen, was Du davon hast, daß 52 % der Personenkraftwagen, die am Semmering gezählt werden, wieder am Neumarkter Sattel gezählt werden. Was nützt denn das der Steiermark? Nicht einmal um ein  $\frac{1}{4}$  l Wein bleibt jemand stehen auf dieser kurzen Strecke. Sehen wir die Dinge nur sehr nüchtern. Wenn wir hier den Verkehr ablenken, wird das ganze Industriegebiet bis Zeltweg hinauf genug Verkehrsflächen haben. Ja, meine Damen und Herren, wir haben auch den Auftrag gegeben, nicht nur in Zusammenarbeit für den Bund, sondern auch für das Land ein Verkehrskonzept zu erstellen. Wir haben ein Schienenverkehrskonzept von einem Professor unserer Hochschule, Professor Krugar, und wir haben natürlich auch eine Zusammenschau für den Luftverkehr für die Steiermark verlangt. Das Straßenkonzept für die Steiermark wird sicher noch einige Zeit brauchen, bis es kommt, es wird dann erst im kommenden Jahr uns auf dem Tisch liegen, aber die Linien in der Steiermark, soweit wir alles übersehen, sind uns völlig klar. Es kann hier kaum große Abweichungen geben. Sehr interessant wird die Untersuchung auf der Schiene sein. Hier ist sicher vieles noch im argen, vor allem in der Verbindung zwischen den Ballungszentren in der Obersteiermark, zwischen Bruck und Graz, und auch zwischen Graz, Wies, Köflach, Gleisdorf usw. Hier ein Konzept zu finden, das eine raschere Zu- und Abfahrt der Verkehrsteilnehmer ermöglicht, wird sicher eine notwendige Ergänzung sein zu einem Straßenkonzept der Steiermark. Vom Luftverkehr brauche ich nicht mehr zu sagen, als ja schon viel in den vergangenen Wochen und Monaten gesagt wurde — wir können den Luftverkehr einfach auch nicht entbehren, wenn wir nicht sozusagen zu den Hintersassen zählen wollen. Es wird nicht uninteressant sein, daß wir vom Südosten her versuchen, Anschlüsse zu bekommen, die es uns sicher ermöglichen werden, daß wir dann hinunter, hinauf und hinaus rascher eine Verbindung herstellen können.

Wenn Sie uns etwa sagen wollen, wir waren untätig, muß ich bemerken, das ist für mich keine Beleidigung, ich bin das gewohnt, wenn man versucht, mir alles anzuhängen; es wäre aber eine arge Beleidigung für unsere Beamten. Untätig waren wir nie. Die Beamten haben wirklich fleißig gearbeitet, haben sich bemüht, dem gerecht zu werden, was an Forderungen eingebracht wurde.

Ich muß sagen, lieber Freund Loidl, das mit dem Fleckerlteppich — weil eine Wahl kommt — ist eine arge Verdrehung, das bin ich von Dir nicht gewohnt! Es wird uns zum Vorwurf gemacht, wenn wir irgendwo ein Straßenstück begrügeln oder in

Ordnung bringen, weil dort ständig Unfälle passieren; das ist ja der Zweck der Übung, daß wir durch den Bezirkshauptmann erheben lassen, wo ist der Unfall passiert und uns alles erheben und melden lassen und diese Angelegenheit dann durch Begrügung des Straßenstückes usw. erledigen. Das ist natürlich ein Fleckerlteppich, aber das läßt sich nicht ändern, solange wir nicht genug Verkehrsflächen haben. Ich weiß schon, Kollege Loidl, was Du Dir vorstellst, Du möchtest Deinen guten Freunden auf der anderen, auf der Sozialpartnerseite, große Straßenbaulose zuschanzen. (Landesrat Sebastian: „Er hat noch was anderes im Auge!“) Das wäre sicher eine richtige Planung. Ich wäre glücklich, wenn wir es könnten, uns nur mit den wichtigsten Baumaßnahmen zu beschäftigen, dann würde Kollege Schön nicht zu fragen brauchen, wann werden wir endlich einmal über den Präbichl fertig werden. Dann würden die Mariazeller nicht zu fragen brauchen, wann werden wir endlich einmal über den Seeberg fertig werden. Der Seeberg ist ja deshalb in Verzögerung geraten, weil der Naturschutz uns dort behindert hat. Es hat lange Zeit gebraucht, bis wir die Leute vom Naturschutz überreden konnten und das Verfahren abgeschlossen wurde, damit die Allee Richtung Mariazell auf der linken Seite weggeschnitten werden konnte und anschließend eine Fichtenallee gesetzt werden kann. Wenn ich dabei an Judenburg denke, wo immer wieder furchtbare Unfälle durch das Auffahren auf einen Baum passieren, muß ich sagen, daß man es kaum verantworten kann, in einer schmalen Straße auf beiden Seiten Bäume zu haben. Das ist bei der Entwicklung des Verkehrs nicht tragbar. Es hat ja auch die Straßenfläche, die wir brauchen, nicht mehr Platz zwischen den Alleebaumreihen. Der Fleckerlteppich ist keine Lust von uns. Es gibt Hunderte von Forderungen von seiten der Gemeinde, von seiten der Bevölkerung. Das ist einmal so. Hier müssen wir dort und da nach dem Rechten sehen und auch einmal eine kleinere Baumaßnahme zur Durchführung bringen.

Alles in allem, meine Damen und Herren! Das Baugeschehen, das vom Landesbauamt aus zur Durchführung gebracht wird, wälzt viele, viele Millionen um, es werden über 2 Milliarden sein, und bewegt viele, viele Millionen. Lieber Loidl, wir bilden uns darauf nichts ein, das ist ein völliger Irrtum. Wir wissen sehr genau, daß das nicht unser Geld ist, sondern daß wir die Steuermittel zu hüten und dafür zu sorgen haben, daß damit pfleglich umgegangen und richtig veranlagt wird. Es ist nicht so, daß wir das als unser Hobby ansehen und nichts anderes im Kopf haben, als Wahlpropaganda damit zu machen. Meine Damen und Herren! Wir brauchen keine Propaganda mit diesen Dingen zu machen, die sieht jedermann. Wer gerade zufällig Referent ist, das hängt davon ab, wie es die Bevölkerung bei einer Wahl will. Da brauchen wir uns gegenseitig nicht etwas neidig sein. Der Brotneid ist falsch, wenn er auch manchmal aneifert. Das muß man auch sagen. Wenn man immer wieder sagt, es geschieht nichts, wird versucht, ob man nicht noch irgendetwas machen könnte. Das habe ich heute gemerkt, soweit ich dem Kollegen Sebastian zuhören

konnte, daß er weiterhin sehr bemüht sein will, weil er kritisiert worden ist. (Landesrat Sebastian: „Weil ich gesagt habe, ich soll bauen, aber Sie nehmen mir das Geld weg!“) Aber es hat kein Mensch gesagt, Herr Kollege Sebastian, daß die Klinik nicht gebaut werden soll und daß dafür eine Straße gebaut werden soll. Alle sind zufrieden, daß die Klinik gebaut wird. (Landesrat Sebastian: „Ja, aber ich möchte mehr bauen, und Sie haben mir das Geld weggenommen, das war die Philosophie!“) Wir haben gar nichts weggenommen. Wir haben nur nicht die Reserven zugelassen, die zur Zeit nicht notwendig sind. Aber es wird jederzeit selbstverständlich bedeckt. Wir sind auch nicht befriedigt vom Bauamt aus gesehen. Meine Beamten haben mich alle sauer angeschaut, daß ich nicht mehr erreicht oder verlangt habe. (Landesrat Sebastian: „Da geht es Ihnen so wie mir!“ — Landesrat Gruber: „Beim Bund haben die Beamten gemeint, nicht beim Land!“)

Aber alles in allem, wenn es nur so weitergeht, und wenn ein Finanzierungskonzept gefunden wird, das etwa so aussieht: Dort, wo es verantwortet werden kann, wird eine Maut erhoben werden, aber die Maut reicht bei weitem nicht aus. Hier wird es Zuschüsse des Bundes geben müssen. Dort und da wird auch das Land vorfinanzieren. Aber, weil an mich direkt die Frage gestellt wurde, man kann darüber erst reden, wenn mit den Ministerien der Vertrag vorliegt. Ansonsten wecken wir ja wieder irgendwo Neid und Mißgunst und was sonst noch alles und dann wird Sand gestreut in das Getriebe, das wir vorantreiben möchten. Daher schweigen wir darüber, das ist viel besser. Ich bitte auch die Presse darum, reden wir nicht davon. Aber wir müssen diesen Weg gehen, ansonsten überrollen uns die vielen Milliarden, die sonstwo verbaut werden. Mehr will ich zu dem Thema nicht sagen.

Also: Neue Finanzierungsformen, damit es rascher geht. Die müssen einfach gefunden werden. Hier wird es natürlich aller Anstrengungen bedürfen. Das neue Straßenkonzept — ich meine jetzt nicht nur das Ausbaukonzept, sondern wir sollen mindestens 500 km Landesstraßen dem Bund überantworten, das wird aber nicht so geschehen, daß man die einfach dem Bund übergibt — bis auf 150 km —, sondern es soll eine neue Kategorisierung der Straßen erfolgen; aber bitte, auch nur unter uns gesagt. Wenn dieses Konzept durchgeht — auf Beamtenebene ist es klar, bei der Verbindungsstelle ist es auch klar, die Landeshauptleute, na ja, so halbwegs, aber ich weiß schon, woher dann die Schüsse kommen werden —, dann wird der Ausgleich hergestellt werden nicht nur mit den Bundesländern, sondern vor allem mit unserem Nachbarn, der die Zeit und die Vollmacht ausnützend, im Jahre 1959 die Zeit genützt hat. Der Herr Slavik und der Herr Müllner haben die Vollmacht bekommen, die letzten Schiffe des Finanzausgleiches noch zu finalisieren, und haben diese Vollmacht, die uns im guten Vertrauen abgenommen wurde, ausgenützt. Die zwei saßen in Wien und wir in Salzburg, Linz, Innsbruck und Graz, das wurde von ihnen benützt, um Niederösterreich als Abgeltung für die lange russische Besatzung 950 km Landesstraßen in das Bundesstraßennetz zu übernehmen.

(Landesrat Sebastian: „Wir in der Steiermark sind ja auch „Müllner-geschädigt“, nicht nur Niederösterreich!“) Genauso. Das hat eine völlige Verzerrung des österreichischen Straßennetzes mit sich gebracht. Das werden wir nur in der Kategorisierung der Straßen wieder in Ordnung bringen können. Ich habe nun wieder Hoffnung, daß wir doch auch zum Rechten finden werden. Wir müssen hier wirklich klagen, daß wir in der Übernahme der Straßen, von 1920 angefangen bis in die dreißiger Jahre — wir sind nur 1947 ein bisserl stärker zum Zug gekommen —, einfach überall hinten dran waren. Ich habe fast die Vermutung, daß es nicht ohne Grund war, daß die Bundesländer sich immer sehr darum gerissen haben, auch einen Minister in Wien sitzen zu haben. Bei uns war es auch ab und zu einmal der Fall, jetzt sitzt halt keiner draußen. Wir werden besorgt sein, daß nächstens wieder einer dort sitzt. (Landesrat Sebastian: „Wir haben ja sogar einen Kanzler gehabt, Herr Landeshauptmann!“) Zur Zeit der Kanzlerschaft Gorbachs waren leider keine Straßenübernahmen. (Landesrat Sebastian: „Einer hat sich bemüht, das war der Minister Illig, der hat überall Tafeln aufgestellt!“) Das hat er, aber es waren auch keine Straßenübernahmen.

Nun darf ich noch kurz abschließend sagen: Bei den Bundesstraßen gibt uns ja der Bund das Geld, wir haben die Planung und Aufsicht, damit keine Unklarheit entsteht, die Vergabe der Baumaßnahmen erfolgt nicht bei uns, sondern in Wien, anscheinend nach dem Prinzip, der zahlt, der schafft an; nicht wir vergeben die Bundesstraßen, sondern die werden in Wien vergeben. Wenn wir mit unseren Straßen weiterkommen wollen, werden wir uns sicher mehr anstrengen müssen. Das steht außer Frage. Wir werden alles tun müssen, um neue Finanzierungen zu finden, ich glaube, daß das weniger für das Land als einfach für die überregionalen Straßen und für weitere und größere Verkehrsflächen notwendig sein wird.

Ich möchte in diesem Zusammenhang nur noch folgendes sagen: Die Steiermark selbst hat allergrößtes Interesse, so rasch als möglich mit der Straße über das Gaberl fertig zu werden. Das ist eine Entlastung für das Murtal und eine vordringliche Aufgabe. Aber hier zeigt sich — und das sind die Ursachen von Verzögerungen —, wenn man mit den Gemeinden gut auskommen will und mit den Grundbesitzern, ist das schwierig. Jeder sagt, Straßenbau ist eine notwendige Sache, aber bitte, nicht meinen Grund, der andere hat mehr, oder, nicht meinen Grund, sondern den anderen sollt ihr nehmen.

Die Gemeinden wollen selbstverständlicherweise alle ihre Verkehrsbedürfnisse in einen Landes- oder Bundesstraßenbau miteinbinden. Das geht nicht! Wir müssen hier sehr deutlich machen, daß dies nicht möglich ist: Wir müssen nach dem Verkehrskonzept vorgehen, wir müssen die Linien halten. Gerade bei der Gaberl-Landesstraße war es kompliziert, wir sind mit den Gemeinden nicht einig geworden, es haben alle zu revoltieren begonnen und wir haben gesagt, versuchen wir einmal zu planen, vielleicht kann ein anderer Weg gefunden werden, was dann auch sehr lange gebräucht hat. Wir könnten dort längst schon um ein Baalos weiter sein, aber es

hat sich leider verzögert und es muß nun unsere große Aufgabe sein, diese Straße fertigzubringen. Wir haben die Verbindungsstraße von der Oststeiermark ins Mürztal bis Wenigzell, diese ist im Fertigwerden, wir haben eine weitere Verbindung, von der heute auch bereits geredet wurde, nach Niederösterreich, die im kommenden Jahr praktisch fertig sein wird; der Weiterbau wird davon abhängen, daß auch die Niederösterreicher etwas tun. Es hilft nichts, wenn wir eine schöne Straße bauen und auf der anderen Seite ist nichts. Bald abgeschlossen ist ferner die Straße über den Rechberg, im nächsten Jahr wird die Ablöse erfolgen und die Planung fertiggemacht, eine sehr kostspielige Sache. Wir haben im Lande selbst sicher noch eine Menge auszubauen, es sind ja erst, wenn ich richtig im Bilde bin, etwa 40 % der Straßen wirklich in Ordnung, 85 % mit Schwarzdecken versehen. Mit Schwarzdecken zu versehen ist beispielsweise die Straße nach Fischbach und über die Stanz, da wird man nicht ohne Ausbauen durchkommen. Es ist so, daß wir die wesentlichsten und wichtigsten Dinge sicher weitgehend vorangetrieben haben, aber wie gesagt, ein wirklicher, großzügiger Ausbau mit mehr Fläche braucht noch seine Zeit und daher auch der Wunsch nach einer besseren Finanzierung.

Bei den Bundesstraßen gibt es noch eine Reihe von Baumaßnahmen, eine der größten ist und bleibt der Präbichl. Schauen Sie, ich muß das hier auch einmal ganz offen sagen, ohne jemanden auszuspielen oder ohne damit ein Alibi zu suchen. Es wäre denkbar gewesen, über den Erzberg herunter eine provisorische Straße zu bauen. Dies wäre nach Ansicht von Fachleuten möglich gewesen und mit dem Erzabbau in Übereinstimmung zu bringen; eine 1,4 km lange Brücke, wo man teilweise angeseilt arbeiten muß, braucht natürlich seine Zeit.

Ein weiteres wichtiges Baulos ist natürlich auch der Seeberg. Der winterliche und sommerliche Wirtschaftsverkehr stellt einen Strom dar, hier muß man schauen, daß wir zu Rande kommen, das ist jedoch keine so große Sache.

Erwähnenswert ist noch die Sobother Straße, die noch drei Jahre brauchen wird, bis sie fertiggestellt ist, dann wird sie erst an der Kärntner Grenze Halt machen. Der eigentliche Ausbau in Kärnten wird noch längere Zeit auf sich warten lassen, und zwar deshalb, weil die Kärntner ja sehr große Bauaufgaben zu erfüllen haben. Die Straße wird aber in spätestens zwei bis drei Jahren befahrbar sein. Sie ist die Straße, die überhaupt einen Lastverkehr übernehmen kann, der ja im Winter über die Pack überhaupt nicht abgeführt werden kann; der Personenverkehr ebenso nicht. Diese Straße wird deshalb für die Packer Bundesstraße sicherlich eine weitgehende Entlastung sein.

Was wir noch brauchen, ist, daß wir mit nur leichten Steigungen von der Weststeiermark nach Graz kommen. Hier gibt es auch ständig Schwierigkeiten — obwohl dieses Stück neu ausgebaut ist und zwar vor zehn Jahren — wenn Schnee oder Eis liegt. Daher wäre ein Verkehr vom Westen in das Zentrum ohne wesentliche Steigungen notwendig und wichtig.

Ich habe bei weitem nicht alles Interessante aufgezählt und möchte zum Abschluß nur noch sagen,

daß die Autobahn weitergebaut wird. Die Autobahn stellt ein Riesen-Baulos mit einem Aufwand von 350 Millionen dar. Zum Autobahnbau möchte ich noch sagen, der Anfang ist gemacht, es war schwer genug, ihn überhaupt durchzusetzen. Jetzt, glaube ich, müssen wir alles tun, die Hindernisse sind ja zum größten Teil oder überhaupt beseitigt, daß wir wirklich zügig weiterkommen, nach Kärnten, über die Pack, die ja einmal eine Doppelfahrbahn werden wird, weil die Fahrbahnen höher und niedriger verlaufen. Wie es weitergeht, wird nicht allein von uns abhängen. Wir haben nie eine Philosophie vertreten, wo man sagt, verhindern, verhindern! Obwohl es scheint, daß auch in der Politik das Verhindern manchmal nützt. Ich meine das nicht gegenseitig, wenn Sie etwas verhindern wollen oder der Herr Finanzreferent. (Landesrat Sebastian: „Oder Sie bei mir!“) Ich meine nicht das. Das Verhindern scheint auch manchmal notwendig zu sein. Vergessen wir nicht, die große Tauernautobahn ist in Wirklichkeit nicht einmal fünf Monate im Jahr ausgelastet, voll ausgelastet drei Monate. Wenn wir die Verkehrszählung machen könnten, so wie wir sie auf der Triester Bundesstraße gemacht haben, dann würden wir feststellen, welcher ganz großer Prozentsatz nur Durchzugsverkehr ist. Hier gibt es sehr ernst zu nehmende Fachleute, die das bestätigen. Ich will nicht herumkritisieren, ich bin meinen Kollegen nicht neidig, daß sie einen Ansatz erwirkt haben, aber wir müssen darauf drängen für die Zukunft, daß wirklich nach fachlichen und wissenschaftlichen Erkenntnissen der Autobahnbau in Österreich vorangetrieben wird. Das ist unsere Waffe gegen all die, die im Westen immer wieder — sicher nicht ohne Begründung — damit operieren können, wir bringen die Devisen, bei uns ist der Fremdenverkehr und daher muß bei uns gebaut werden und noch einmal bei uns. Sicher, ich will das gar nicht abstreiten. Aber der Fremdenverkehr allein ist es nicht, der die österreichische Wirtschaft aufrecht hält, obwohl er ein unerhört dynamischer Teil der Wirtschaft ist. Er ist ja in der Steiermark geradezu in wunderbarer Entwicklung. Aber das Um und Auf — das muß immer wieder gesagt werden — ist und bleibt der Wirtschaftsverkehr. Das ist unser Leben, das ist unsere Entwicklung, und daher müssen wir hier auf den Ausbau der Autobahnen bedacht sein, ständig dahinter sein und wachsen sein, damit nicht einer glaubt, er muß etwas anderes erfinden. Ich bin überzeugt, daß er es nicht finden kann. Aber hier wird ja, wenn man zum Zuge kommen will, auch ausgiebig intrigiert.

Die Pyhrn-Autobahn ist schon im Bau. Was ist mit der Nordeinfahrt? Das sind die Dinge, die immer wieder Behinderungen mit sich bringen. Als der Tunnel durch Gratkorn gemacht wurde, war zwar davon die Rede, ob man nicht eine breitere Ausfahrt machen soll — man hat hier vor allem Graz gesehen —, aber das ist dazumal einfach nicht im Konzept des damaligen Handelsministeriums gelegen. Und so wurde die Straße gebaut. Wir waren froh, daß Gratkorn umfahren ist. Aber noch bevor sie eröffnet wurde ist klar geworden, daß die Einfahrt nach Graz unter allen Umständen vierbahnig sein muß. Diese Erkenntnis wurde auch sofort in

eine neue vierbahnige Planung umgesetzt. Wir haben sogar schon angefangen. Ihr könnt es ja noch sehen, aber jetzt sind sie mit Schnee verdeckt.

Dann sind wir glücklicherweise, das war auch nicht sehr leicht, in das Bundesstraßennetz mit der Pyhrnautobahn aufgenommen worden. Und nun die Misere von Graz nach Bruck, der ständige Druck von allen Seiten berechtigterweise — ich fahre ja selber auch ab und zu hinauf — hat dazu geführt, daß wir im Ministerium gesagt haben, fangen wir gleich die Bahn an zu bauen wenigstens bis Deutsch-Feistritz, dann haben wir von Graz und nach Graz eine wunderbare Entwicklung. Das ist natürlich eine Zeitlang überlegt worden, aber man hat letzten Endes gesagt, jetzt bauen wir den ersten Teil der Pyhrn-Autobahn bis Deutsch-Feistritz. Was dann weiter kommt, darüber reden wir später.

Es wurde der Planungsauftrag gegeben. Prof. Dorfwirth hat die Planung übernommen, und nun ist es nach Ansicht von Prof. Dorfwirth sowie unserer Planer und Ingenieure so, daß eine gewisse Veränderung unausweichlich sein wird. Man ist daher etwa auf der Linie gewesen, Nordeinfahrt über die Murbrücke herüber und dann fangen wir gleich mit der Vierbahn an. Auf einmal ein großes Geschrei, nicht nur des Gemeinderates von Gratkorn, auch Kammern haben sich eingemischt, Persönlichkeiten haben sich eingemischt bis nach Wien hinaus, und auf einmal kommt das Zittern, noch einmal überprüfen, ob nicht doch ein Fehler in der Planung des großartigen Planers Dorfwirth ist. Wir haben halt wieder gewartet. Aber ich darf versichern, es wird ja bis zur Brücke hinauf gebaut. In ein paar Wochen ist die Planung fertig, dann werden wir uns mit den Plänen wieder auseinandersetzen, und dann wird endgültig die Trasse festgelegt, das heißt sie muß dann schon fest geplant sein und auch gebaut werden. Was ist das für ein Geschrei, weil dort ein paar Häuser im Weg sind! Es ist ja nur ein Jammer, daß zwischen dem Bau des einen Tunnels und dem Bau eines zweiten Tunnels gebaut wurde. Aber das ist unausweichlich. Ich muß ehrlich sagen, wir waren in diesen Dingen aus lauter Rücksicht, weil wir die Finanzen nicht haben, weil wir nicht können, sehr kleinkariert. Wir haben uns ja den kleinen Möglichkeiten angepaßt, und das tut uns heute weh, wo wir sagen müssen, im internationalen Anschluß gibt es keine Kleinkariertheit, da müssen wir alle Anstrengungen unternehmen, um mit den Größenordnungen der Umgebung mitzukommen. Auch diese Kleinkariertheit war mit ein Grund, daß wir gesagt haben, seien wir vorsichtig, sparen wir, gehen wir mit dem Steuergeld gut um. Wie gesagt, es kann zu einer kleinen Veränderung und zu kleinen Abweichungen kommen, aber nicht so, wie die Gratkornier wollen, daß man Gratkorn in weitem Bogen verläßt. Das mag ja recht und schön sein. (Landesrat Sebastian: „Herr Landeshauptmann, sie wollen, daß wir sie auch davon verständigen!“) Das kann man ja erst dann, wenn man wirklich einen Plan hat. (Landesrat Sebastian: „Aber man kann ja etwas sagen!“) Ich weiß nicht, wieweit das geschehen ist. Unsere Herren haben ja verhandelt und mit ihnen gesprochen über die näheren Umstände. Die Sache ist so. Wir können nicht einen weiten Bogen machen und das Projekt um 20 Mil-

lionen teurer werden lassen. Dann lösen wir ein paar Häuser ab, geben ihnen einen guten Preis dafür. Sie bauen es sich woanders auf, und der Fall ist erledigt. Wir können nicht anders. (Abg. Loidl: „Die Brücke steht ja schon!“) Ja, die steht. Die bleibt, das ist gar keine Frage. Aber es hat sogar einer gemeint, sprengt sie, ein nicht unbeachtlicher Mann, wegsprengen, gehen wir woanders hin. So geht es nicht. Da müssen wir wieder kleinkariert werden und sagen, um Gottes Willen, das geht nicht. Am rechten Murufer wird an der Nordeinfahrt gebaut und am linken Murufer wird in dem Augenblick, wo der Plan vorliegt und das Einverständnis mit dem Ministerium hergestellt ist, begonnen mit dem Bau.

Nun zu den Einzelfragen. Ich möchte Herrn Landesbaudirektor und Herrn Hofrat Reimann sagen, wenn es eine Eröffnung gibt, selbstverständlich die Betriebsräte einladen. Ich glaube, in diesem Fall waren die Leute nicht mehr da. Ich war ja bei der Hinteregger-Gleichenfeier, wo alle beisammen waren. Bei unserer Eröffnung waren sie aber nicht mehr da, das ist aber keine böse Absicht gewesen. Wir wissen aber, daß Betriebsräte wunderbare Verbindungsorgane sein können zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Wegen der Terminpläne möchte ich sagen, diese wurden eingehalten. (Landesrat Wegart: „Der Loidl müßte mit gutem Beispiel vorangehen, damit alle dabei sind!“) Ich möchte bezüglich Terminplan und Winterarbeitslosigkeit noch einmal folgendes sagen: Wir sind zu allem bereit, was realisierbar ist. Hinsichtlich des Wohnungsbaues hat Ihnen ja schon Landesrat Dr. Niederl die Antwort gegeben. Wir sind zu allem bereit, aber machen wir uns nichts vor, so bedauerlich es ist, ich muß dies sagen, wir werden im Baugewerbe die Winterarbeitslosigkeit nie völlig beseitigen können. Wir leben oft in extremen Lagen, wo einfach nicht gebaut werden kann im Winter, z. B. am Präbichl. Wir würden froh sein, wenn wir durchbauen könnten. Wir können dort, wenn es gut geht, im Jahr sechs Monate bauen. Heuer haben wir einen schönen Herbst hinter uns und konnten länger bauen. Sonst muß man mit einer Bauzeit von Mai bis Oktober rechnen, länger nicht. Vielleicht fehlt es auch an der Organisation, das bestreite ich gar nicht, und zwar nicht nur an der Organisation des Auftraggebers schlechthin, sondern überhaupt im Zusammenspiel mit den Unternehmern, die ja auch ihre Pläne haben. Wir können den Unternehmer nicht daran hindern, wenn er seine Arbeit abbricht, weil er seine Geräte an einer anderen Stelle dringend braucht und dort termingemäß fertig werden möchte. Aber eine Bitte: nicht krankjammern, tun wir das nicht. Der steirische Landesarbeitsmarktbericht — von Herrn Birzele mit Stempel und Unterschrift (Abg. Loidl: „Von wann ist der?“) vom 15. Dezember dieses Jahres gezeichnet — sagt folgendes: „Mit insgesamt 10.056 Vorgemerkten, 3036 Männer, 7020 Frauen, ergab sich heuer der niedrigste Novemberendbestand seit Kriegsende. Maßgebend wurde diese Entwicklung . . .“ Ende November 1969, vergleichbar mit dem Jahre 1968, sind um 1181 Bauarbeiter mehr und um 650 Land- und Forstarbeiter mehr beschäftigt als im vergangenen Jahr. (Abg. Brandl: „Im Jänner, Februar, dann kommt es erst!“ — Wei-

tere unverständliche Zwischenrufe. — Glockenzeichen des Präsidenten.)

Es ist sehr bedauerlich, daß dieses Unglück in Köflach passiert ist, dies ist ohne Zweifel für die Betroffenen ein unangenehmes Ereignis, wenn es auch gar keine Frage ist, daß sie Arbeit bekommen, wir werden uns bemühen beim Wasserwirtschaftsfonds, daß draußen der Kanal gebaut werden kann, damit auch dort Leute beschäftigt werden — Negrelli ist in diesem Falle Bestbieter, leider waren sie es beim Tagbau II nicht. Ich zweifle nicht, daß man letzten Endes die Leute gut versorgen wird können.

Die Fragen, die hinsichtlich der Präbichl-Straße gestellt wurden, habe ich beantwortet, ich möchte nur Herrn LABg. Pichler sagen hinsichtlich Kaisersberg: Wir haben da Pech gehabt, die Firma hat leider versagt, es wurde aber zum selben Preis das Baulos von der Firma Radebeule, Filiale Graz, übernommen und ohne Terminänderung die Fertigstellung dieses Stückes mit einer Bitumenkiesschicht bis August 1970 in Aussicht genommen. Die ganze Umfahrung mit Brücke ist ein schönes und langes Baulos und es hat vor allem die Ablöse zu größten Schwierigkeiten geführt. Wenn man jetzt sagt, die Brücke ist zu schmal, so stimmt das, man muß halt eine zweite dazubauen oder eine andere Lösung suchen. Man kann nicht ohne großzügige Vorausplanung bauen, das ist auch der Grund, warum ich ständig um Geld für die Planung gerungen habe, was auch nicht immer leicht zu erreichen war. (Landesrat Sebastian: „Weil Sie keinen Termin gehabt haben, um zu einer Besprechung mit dem Landesfinanzreferenten zusammenzukommen!“) Sie kennen ja den Streit, den wir gehabt haben. Er ist jetzt ausgestritten, wir brauchen aber noch Geld fürs Planen. (Landesrat Sebastian: „Wer nicht?“) Wenn wir wirkliche Schnellstraßen bauen, müssen wir den Normalverkehr — Motorräder, Traktoren usw. — von der Schnellstraße fernhalten und sogenannte Verkehrsstraßen für diese Kraftfahrzeuge schaffen. Dies wird in der Regel vielleicht die alte Bundesstraße sein. Wo die Schnellstraße verlaufen wird, können wir heute noch nicht sagen und nicht eine doppelte Brücke aus diesem Grunde bauen. Man würde uns sonst für nicht ganz normal ansehen.

Wieviel der Präbichl kostet, wurde bereits ausgesprochen, darüber brauche ich nicht mehr zu reden.

Nun zum Brief des Hofrates: Der Hofrat hat dem Hofrat geschrieben, vielleicht ist das die Ursache, es ist vom „Röhrblasen“ die Rede. Der Herr Hofrat wird uns zu sagen haben, was ihn dazu veranlaßt hat, diesen Brief zu schreiben, das ist ganz klar. Ich bin nicht die Disziplinarkommission, aber wir werden mit ihm reden, daß dies kein Ton ist. Herr Abg. Fuchs hat bereits sehr deutlich zum Ausdruck gebracht, daß wir einen solchen Ton nicht wollen. Er ist ein guter Fachmann, das muß ich ausdrücklich sagen. Er ist zwar etwas hart, aber ein guter Fachmann. (Abg. Brandl: „Sehr schwierig!“) Ein bisserl schwieriger, na Gott sei Dank, gute Leute sind immer schwieriger. Mir sind die schwierigen Leute immer lieber als die leichtgläubigen. (Landesrat Peltzmann: „Wenn nur ein Hofrat dem andern so höflich schreibt, habe ich gar nichts dagegen!“) Wir wollen nicht, daß man irgend jemanden sozusagen

beschuldigt, er habe vielleicht zu viel getrunken. Das ist jedermanns Sache, wieviel er trinkt und wieviel er verträgt.

Die Umfahrung Wildon. Sie wird im Zuge der Pyhrn-Autobahn geplant, es wird bereits geplant, Herr Kollege Aichholzer, und man wird im Zusammenhang mit der fertigen Planung eine vorläufige Ausweiche über Bachsdorf vorziehen müssen. Es ist gar keine Frage, daß diese Engstelle unerträglich ist. Dasselbe gilt für die Sulmtalstraße, Arnfels—Oberhaag ist eine Bundesstraße von Arnfels weg. Wenn ich das jetzt mache, geht mich wieder der Loidl an, daß wir lauter Fleckerlteppiche machen. (Gelächter — Allgemeine Zwischenrufe.) Ich kann es nicht bestimmt versprechen, Aichholzer, ich würde raten, reden Sie einmal zuerst mit dem Loidl. (Allgemeines Gelächter — Abg. Zinkanell: „Der Bautenminister hat zugestimmt!“)

Ein frommer Wunsch ist die bessere Finanzierung der Wasserleitungs- und Kanalbauten. Wenn wir einigermaßen der heute auch immer wieder aufgeschienenen und von der Frau Abgeordneten Egger deutlich gemachten Tatsache der Verschmutzung von Wasser und Luft beikommen wollen, müssen wir schauen, daß wir überhaupt zu Rande kommen. Ich muß hier ganz offen und redlich sagen, wenn sich ein Volk das Wasser nicht mehr selber leisten kann, dann sperren wir zu. Das ist wohl das mindeste, daß der Mensch für das Wasser aufkommt und auch für das, was er dann wieder abgibt. Aber es ist sicher eine längerfristige Finanzierung bei etwa gleichen Prozentsätzen, nicht 15 Jahre, sondern 20 Jahre, denkbar. Man darf nicht übersehen, daß damit sofort das Volumen eingeschränkt wird. Wir sind sehr unter Druck, wobei wir — wie glücklich sind wir in der Weststeiermark — besorgt sein müssen, daß die großen Vorhaben über die Bühne gehen, das sind beispielsweise der Mürzverband, Teile des Murtales, und dann sind wir schon herunter, wo wir vieles zu machen haben. Wir müssen ja an das ganze Land denken. Wir bohren und versuchen ja überall, im Oberland genauso wie in der Mitte des Landes, in Peggau, in Hartberg, in Leibnitz, die Wasserströme genau zu erforschen, damit wir, wo so etwas angegangen wird, Ratschläge erteilen können, damit die richtigen Wasserströme gefunden werden. Hier sind wir unter einem Druck, daß wir eine weitere größere Förderung durchführen sollen — es ist auch gesagt worden, im Namen der Gemeinden möchten wir das alles haben. Recht und schön. Ich weiß schon, die Bürgermeister kommen immer zu uns, ob das der große Bürgermeister von Graz ist oder der kleinere von Lafnitz oder wer immer. Jeder kommt: „Zahlt!“, damit sie selbst nicht von jemandem etwas verlangen müssen. Das sollen wir ausgleichen. Das geht nicht. Wir müssen hier trachten und dafür besorgt sein, daß wir weiterkommen. Dazu ist ein Geldvolumen notwendig, und wenn wir immer wieder dazugeben sollen, werden wir mit dem, was vordringlich ist nicht weiterkommen.

Der Wasserbau Stadl/Mur, Ausbaggerung unserer Flüsse. Es ist das ein berechtigter Wunsch, und es ist auch kein kostbarer Wunsch, man wird den Dingen mehr Augenmerk schenken müssen. Es hat

sich ergeben, wie das in der Entwicklung ist, daß sich einer gefunden hat, der irgendwo im Ausland gesehen hat, daß es auch noch eine Raupe gibt, die das Vierfache von dem faßt, was die übrigen Raupen fassen. Der hat zum Ärger vieler Bauunternehmer ein Billigstangebot an der Enns gestellt. Da war ein förmlicher Aufstand, mich hat es gewundert, daß der Loidl nicht auch gekommen ist, sonst ist er bei solchen Dingen gleich dabei. (Gelächter.) Aber mit dieser modernen Raupe geht die Ennsausbaggerung wunderbar weiter und wenn man hier noch ein paar Unternehmer findet, die so etwas machen, wird man selbstverständlich alle diese Dinge in Ordnung bringen. Wir haben ja das Pech gehabt, daß das Hochwasser 1965 bei uns zwar sehr viel Schaden angerichtet hat, aber an der Mur in einer Länge von 220 km, und das Hochwasser, das in Kärnten und Osttirol auf kurzen Strecken zu sehen war, hat so schrecklich ausgeschaut, weil alles auf einmal an ein paar Stellen zu sehen war, und so ist der Hochwasserschadensfonds notwendigerweise in diese wirklich schwerst geschädigten Gebiete geflossen, fließt auch noch weiter, weil man dort sehr aufwendig ausgebaut hat. Wir sind dabei zu kurz gekommen. Wir waren erst vor kurzem wieder beim Minister. Wir haben dort die gute Mitteilung bekommen, daß wir für die Kainachregulierung, für das große Baulos, das im Zusammenhang mit der Autobahn gemacht werden muß und das 35 Millionen Schilling kostet, eine Sonderfinanzierung bekommen werden, damit wir nicht die Mittel verwenden müssen, die wir für die verschiedenen Flußregulierungen brauchen, die da weit und breit verlangt worden sind; der Trummer möchte überhaupt nur regulieren. (Abg. Loidl: „Das ist ein Regulator!“ — Abg. Trummer: „Herr Landeshauptmann, wir wollen ja viele Sterzbauern! Es ist bekannt, daß der Türkensterz gegen den Krebs wirkt!“) Wir haben schon bald genug.

Wenn ich zu den oststeirischen Wünschen noch etwas sage: Wir haben die Straße nach Sankt Kathrein und nach Heilbrunn bis hinunter ins Feistritztal übernommen. Sie wird natürlich ab 1. Jänner von uns betreut. Bisher wurde sie von der Gemeinde betreut und sie wurde, soviel ich weiß, immer wieder vom Schnee geräumt. Wenn wir hier anfangen würden, diesen Wunsch, der sicher weitgehend berechtigt ist und immer wieder von allen möglichen Leuten gestellt wird, zu erfüllen, müßten wir erstens viel mehr Geräte kaufen. Unsere Pflicht ist es natürlich zuerst einmal, die Bundes- und die Landstraßen zu säubern. Wenn wir fertig sind, können wir natürlich auch andere Straßen, Gemeindestraßen, freimachen. Aber so leicht und so einfach, wie sich das oft ansieht, ist es leider nicht.

Zur Verschmutzung von Luft und Wasser möchte ich folgendes sagen: Wir haben ein eigenes Referat eingerichtet, das sich mit diesen Problemen beschäftigt. Wir können nur raten und fördern. Glauben Sie nicht, daß wir einfach auch alles zahlen müssen. Es wird etwa so werden wie in Amerika, die Verpflichtung, daß jeder Autofahrer eine sogenannte Entrußungsanlage auf seinen Auspuff aufbaut, und es wird selbstverständlich in den Rauchfängen und Schornsteinen so etwas notwendig sein, vor allem auch in den Städten, in den Ballungszentren, in den

Siedlungen und in den Häusern, wo mit Öl geheizt wird. Daß hier eine Entgasungs- und Entrußanlage eingebaut werden muß, das wird in einigen Jahren zur Pflicht gemacht werden. Jedoch bitte nichts übertreiben. Man soll den Leuten nicht eine Angst beibringen, die ungerechtfertigt ist, aber man soll die Gefahr auch nicht überspielen. Wenn man daran denkt, daß in Graz die Luft viel schlechter ist, als in vielen anderen Städten, so ist das wohl klimatisch bedingt. Oder wenn man daran denkt, daß in Ingolstadt fünf Raffinerien bereits fertig sind und die sechste nächstes Jahr in Betrieb genommen wird, müßte man meinen, daß die Menschen dort nicht mehr lebensfähig sind auf Grund der Luftverschmutzung. Dem ist jedoch nicht so, an Hand von wissenschaftlichen Unterlagen läßt sich feststellen, daß keine Gefährdungen oder Schädigungen durch die Luftverschmutzung dort bestehen.

Bezüglich des Kainachtales wurden bedeutende Fachleute und Experten in Wien zusammengerufen und es haben Beratungen stattgefunden und es wird wirklich ernstlich geprüft und vorgeschrieben, daß nur bis zu einer bestimmten Grenze Kohlenoxydgase ausgestoßen werden dürfen. Wenn mehr herauskommt, als zulässig ist, wird abgesperrt bzw. zuge-sperrt.

Bezüglich Ingolstadt haben Fachleute erklärt, daß der Grenzwert der Luftverschmutzung noch nie annähernd erreicht wurde. Natürlich muß man Vorsorge treffen, aber man kann nicht so weit in seiner Vorsorge gehen, daß man sich von der weltweiten Entwicklung deshalb ausschließt. (Erster Landeshauptmannstellvertreter DDR. Schachner-Blazizek: „Ist eine Entschwefelungsanlage vorgeschrieben?“) Es gibt noch keine Entschwefelungsanlage. Es ist im Bescheid ausdrücklich enthalten, wenn ein Aggregat auf den Markt kommt, kann das Amt der Raffinerie jederzeit eine neue Vorschreibung anhängen. Ich denke an die Schlote in Donawitz und Kapfenberg. Ich finde, daß es dort sehr viele Neunzigjährige und auch Hundertjährige gibt. (Landesrat Sebastian: „Die ganzen gesunden Burschen kommen von dort her!“) Sicher gewöhnt sich der Mensch auch an das eine oder andere, das soll aber nicht heißen, daß man dort, wo man etwas verhindern kann, dies nicht verhindern soll.

Ich möchte nur noch etwas zur Glattjochstraße sagen. In diesem Plan ist tatsächlich eine Linie „Glattjochstraße“ enthalten. (Abg. Karl Lackner: „Bravo!“) Das heißt aber nicht, daß sie schon morgen gebaut wird (Abg. Karl Lackner: „Aber übermorgen!“), so dringend ist das nicht. Sie ist aber als notwendige Verkehrsstraße in diesem Plan enthalten.

Und nun zum Schluß: Fürstenfeld und Burgau sind gut bedient, das Wasser wird abgeleitet, es braucht aber alles seine Zeit. Es gibt vielleicht noch 20 Projekte, die notwendigerweise angegangen werden müssen. Wenn ich die Frage richte, wann wird dies geschehen, muß gesagt werden, beim einen dauert es vielleicht fünf, sechs, sieben Jahre, beim anderen vielleicht zehn Jahre. Zur Zukunftsfrage, wann werden wir mit der Autobahn fertig? Die Südautobahn wird vielleicht in zehn Jahren fertig werden, auch der Anschluß vor allem nach Niederösterreich. Vielleicht kann man in acht Jahren mit der Fertigstel-

lung rechnen. Es wäre möglich, die Pyhrn-Autobahn in 15 Jahren zu bauen, vielleicht auch schon in elf Jahren. Dies alles ist eine Frage der Finanzierung. (Abg. Scheer: „Wir haben 25 Jahre für 19 km gebraucht!“) Seit 1965, am 6. Februar 1965 wurde der Spatenstich gemacht!! So plauschen Sie herum in der Welt, Herr Kollege! Mehr als eine halbe Milliarde wurde verbaut, Sie plauschen schon wieder, was hat das für einen Sinn. Denken Sie daran, daß uns auch ein paar Leute zuhören. Machen wir diesen Leuten nicht etwas Unwahres vor. (Abg. Scheer: „Ich plausche nicht!“ — Abg. Lackner: „Dann können Sie auch sagen, in 1970 Jahren, seit Christi Geburt, wurden nur 19 km gebaut!“) Es ist also eine Frage des Geldes und sonst gar nichts. Ich habe noch von niemandem ein besseres Finanzierungskonzept gehört, als das, welches ich vorhin vorgetragen habe. Ich hoffe aber, daß es uns gemeinsam gelingt, allen zusammen gelingt und möchte wiederholen, was ich schon einmal gesagt habe, die Straße ist weder eine Landeshauptmannstraße noch eine Parteistraße, sondern eine schöne Straße für die Verkehrsteilnehmer. Es wäre wirtschaftlich und volkswirtschaftlich wünschenswert, wenn wir noch etliche Kilometer dazubekommen würden, vor allem wäre dies eine große Freude für die Autofahrer. (Allgemeiner lebhafter Beifall.)

**Präsident:** Die Rednerliste zur Gruppe 6 ist erschöpft, ich erteile dem Herrn Berichterstatter das Schlußwort.

**Abg. Pözl:** Hohes Haus, meine Damen und Herren! Die Gruppe 6 hat sieben Stunden und 36 Minuten beansprucht. 34 Wortmeldungen gab es in der Gruppe 6. Der Hohe Landtag hatte über 570 Millionen Schilling Einnahmen und 1 Milliarde 296 Millionen Ausgaben in der Gruppe 6 zu beschließen. Die längste Rede in der Gruppe 6 hielt der Landessekretär der Bauarbeitergewerkschaft Loidl, die kürzeste Herr Abg. Loidl. Ich stelle den Antrag von vorhin zur Genehmigung.

**Präsident:** Sie haben den Antrag gehört, wer von den Damen und Herren Abgeordneten den Posten und Ansätzen der Gruppe 6 zustimmt, möge ein Händezichen geben. (Geschieht.) Die Gruppe 6 ist angenommen.

**Präsident:** Wir kommen zur Gruppe 7: Öffentliche Einrichtungen und Wirtschaftsförderung. Berichterstatter ist Abgeordneter Josef Schrammel, dem ich das Wort erteile.

**Abg. Schrammel:** Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Zur Gruppe 7 „Öffentliche Einrichtungen und Wirtschaftsförderung“ ist ein Betrag an Ausgaben von 304,807.000 S ausgewiesen, ein Plus gegenüber dem Vorjahre von 33,138.000 S. Den Ausgaben stehen Einnahmen in der Höhe von 77,586.000 S, eine Erhöhung gegenüber dem Vorjahre von 9,832.000 S gegenüber. Für das Feuerwehrwesen ist ein Betrag an Ausgaben von 15,108.000 S ausgewiesen, Tierheilanstalten 2,116.000 S, für die Förderung der Land- und Forstwirtschaft ein Gesamtbetrag von

104,871.000 S, für die Einrichtungen zur Förderung der Land- und Forstwirtschaft ein Betrag von 51,691.000 S, für die Förderung der gewerblichen Wirtschaft ein Gesamtbetrag von 14,698.000 S. Die Verkehrsförderung ist mit einem Ausgabenbetrag von 4,950.000 S ausgewiesen, während für die Fremdenverkehrsförderung ein Gesamtbetrag von 64,179.000 S im Budget an Ausgaben festgehalten ist, schließlich für die Förderung der Industrie ein Betrag von 27,451.000 S und für den Katastrophendienst ein Betrag von 541.000 S, für die Behebung von Katastrophenschäden ein Betrag von 10,202.000 S. Die Verpflichtungen aus den übernommenen Haftungen erfordern einen Betrag von 6 Millionen Schilling; insgesamt somit Einnahmen in der Gruppe 7 von 77,586.000 S und Ausgaben von 304,807.000 S. Ich ersuche den Hohen Landtag um Annahme dieser Gruppe.

**Präsident:** Im Einvernehmen mit den Obmännern der im Hause vertretenen Parteien schlage ich vor, auch in der Gruppe 7 die Spezialdebatte zu unterteilen.

Als erster Teil soll Wirtschaftsförderung und Feuerwehr behandelt werden, als zweiter Teil Fremdenverkehr und als dritter Teil Land- und Forstwirtschaft.

Wird dagegen ein Einwand erhoben?

Ich stelle fest, daß dies nicht der Fall ist.

Wir beginnen daher mit der Debatte über Wirtschaftsförderung und Feuerwehr.

Als erster Redner hat Herr Abgeordneter Fuchs das Wort.

**Abg. Dipl.-Ing. Fuchs:** Hoher Landtag, meine sehr geehrten Damen und Herren! Anlässlich der Beratungen zur Gruppe 7 haben wir uns auch des öfteren immer wieder mit den einzelnen Bevölkerungsgruppen und ihren Sorgen und Nöten befaßt. Es war jedes Jahr eine der wesentlichsten Aufgaben des Herrn Abgeordneten Zagler zum Beispiel, über die Bergleute und ihre Probleme zu sprechen, es ist über die Sorgen der Landwirtschaft gesprochen worden, und ich möchte heute, wobei ich nicht die Betonung auf Sorge lege, über einen Berufsstand sprechen, der auch hier zu Worte kommen soll.

Es gibt in Österreich neben rund 420.000 landwirtschaftlichen Betrieben und neben rund 21.000 aktiven und 31.000 pensionierten Bergleuten immerhin, wie heute schon einmal ausgeführt wurde, fast 215.000 Unternehmungen, die in Gewerbe, Handel, Industrie, Fremdenverkehr, Geld- und Kreditwesen usw. einen wesentlichen Beitrag zur Volkswirtschaft darstellen und das sind, was man schlechthin im Sprachgebrauch als Wirtschaft bezeichnet. Diese rund 215.000 Betriebe sind zu einer überwiegenden Anzahl sehr kleine Betriebe. Es sind fast 80 % davon mit fünf Beschäftigten und weniger, und es sind 98,7 %, die 100 Beschäftigte oder weniger haben. Man kann in Österreich von einem Überwiegen des Kleingewerbes gegenüber größeren Einheiten sprechen. Selbst die großen Industriebetriebe — nach unseren Maßstäben große Industriebetriebe, wie z. B. die VOEST oder die Alpine Montan Gesellschaft oder auch die Stickstoffwerke

— nehmen sich aus wie Zwerge im Vergleich zu internationalen Giganten. Nur als ein Vergleich: Die VOEST hat mit 293 Millionen Dollar Umsatz wesentlich weniger als zum Beispiel General Motors mit über 22 Milliarden Dollar Umsatz. Sie brauchen nicht besorgt zu sein, daß ich mich hier auf ein Gemjammer einlassen und Ihnen das Lied der notleidenden Wirtschaft vorsingen werde. Ich möchte aber doch einige Überlegungen dazu anbringen. Denn es ist gerade hier und heute zum Teil eine Auffassung von den Dingen zutage getreten, die man nicht ganz unwidersprochen vorübergehen lassen sollte.

Meine Damen und Herren! Jeder, der von Ihnen einmal bei den Weihnachtsfeiern der gewerblichen Wirtschaft in der Industriehalle oder im Steirerhof zugegen war, wird wissen, daß es natürlich unter den kleinen selbständigen Handels- und Gewerbetreibenden, vor allem unter den alten, auch sehr viele soziale Fälle gibt, die genauso Anspruch haben auf Berücksichtigung und auf unsere Hilfe wie zum Beispiel die Rentner im allgemeinen und wie die verschiedenen Gruppen, die hier schon zur Sprache gekommen sind. Diese Leute sind sehr stolz. Sie sind im allgemeinen nicht die, die kommen und sagen, wir wollen etwas haben, und sie sind im allgemeinen nicht die, die der Öffentlichkeit zur Last fallen. Sie waren ihr Leben lang Selbständige, sie haben in einer Gesinnung, die wahrscheinlich beispielgebend ist, ihr Schicksal gemeistert und sind dann vielfach im Alter in Not gekommen, ein Zustand, der jetzt durch die Gewerbspension wesentlich verbessert wurde. Es soll aber auch nicht unerwähnt bleiben, daß natürlich, wenn das Einkommen des Selbständigen schlechthin im Verhältnis stünde zu dem Risiko, das er während seiner aktiven Zeit zu tragen hat und dieses Verhältnis richtig wäre, es nicht notwendig sein würde, daß man mit Pensionen für diese Leute Vorsorge treffen müßte. Aber so sind die Dinge nun einmal. Viele dieser Leute haben das Bewußtsein gehabt, ich bin ein Selbständiger, und das soll ihnen auch keiner nehmen. Wenn wir leichtfertig von der arbeitenden Bevölkerung reden und nur die Unselbständigen meinen — man soll sich nicht an Redewendungen, die in den Sprachgebrauch aufgenommen wurden, klammern, es ist ja auch heute anlässlich der Spitalbehandlung sehr um Worte gegangen — sollen wir diese Leute nicht ausschließen, denn die Wirtschaftstreibenden gehören sehr wohl zur arbeitenden Bevölkerung dieses Landes.

Meine Damen und Herren, es ist vielleicht nicht bekannt, daß neben dem Problem des Wachstums und einer ständigen Vergrößerung der Wirtschaftskraft die Frage der Struktur eine viel entscheidendere Rolle spielt, als man vielleicht annehmen müßte. Es gibt Untersuchungen in Amerika, und immer wieder müssen wir uns scheinbar an ausländische Ziffern halten, weil bei uns derartige Statistiken eben nicht bestehen, die nachweisen, daß das Durchschnittsalter eines wirtschaftlichen Betriebes, das ist vom kleinsten bis zum größten Betrieb, nur sieben Jahre beträgt. Von den 4,7 Millionen amerikanischen Unternehmungen, die im Jahre 1967 bestanden haben, sind in diesem Jahr veräußert, zugrunde gegangen, zusammengelegt

oder sonstwie von der Bildfläche verschwunden 817.000. Es findet also in der Wirtschaft ein Wechsel statt, der nicht zu übersehen ist und der natürlich die Einzelbetriebe vor gewaltige Anforderungen stellt, geht es doch schließlich darum, möglichst nicht unter diesen zu sein, die von der Bildfläche verschwinden. Ich habe hier ein Buch mitgebracht, woraus ich Ihnen etwas vorlesen möchte. Das ist ein Buch eines Amerikaners, der beschreibt eine Tagung von Betriebsinhabern und Managern, bei der der Vortragende, welcher den Herren interessante Dinge vortragen soll, als Einleitung sozusagen gesagt hat: „Sehr geehrte Herren! Wir sind hier zusammengekommen, um uns mit verschiedenen Fachproblemen zu befassen. Sehen Sie sich bitte Ihren Nachbarn zur Linken und Rechten genau an, mit allergrößter Wahrscheinlichkeit wird in drei Jahren einer von Ihnen nicht mehr im Geschäft sein. Einer von Ihnen dreien wird in drei Jahren von der Bildfläche verschwunden sein.“ Genau darum geht es mir. Es geht mir nicht darum, zu sagen, wir müssen diese Leute bzw. den Unternehmer als solchen in seiner Branche halten, obwohl meiner Meinung nach der Unternehmer in der Gesellschaft einen Platz einnimmt und eine Stellung hat, die schon auch erhaltenswert wäre, aber darüber kann man streiten und gibt es auch verschiedene Meinungen. Ganz sicher aber ist es eine einhellige Meinung dieses Hauses z. B. zu sagen, es wäre die Wirtschaftskraft all dieser Unternehmungen zu erhalten. Das ist es, was uns wirklich berührt. Um dieses zu tun, sind Maßnahmen zu setzen. Ich sage noch einmal, um die Wirtschaftskraft der Unternehmungen zu erhalten, sind Maßnahmen zu setzen. Diese Maßnahmen sind zum Teil eingeleitet, sie finden erfreulicherweise Ansätze im Budget, zum Teil sind es noch Pläne, die aber doch einer Verwirklichung nahe sind. Hier wäre in erster Linie folgendes zu sagen: ein Umschulungszentrum: Wir haben gesagt, der Strukturwandel stellt die Unternehmungen vor große Schwierigkeiten. Branchen verschwinden, neue Produkte erscheinen und der Manager, Unternehmer und auch Facharbeiter, der eine gewisse Ausbildung genossen hat, wird plötzlich mit der Tatsache konfrontiert, daß in seinem Beruf keine Möglichkeit mehr gegeben ist. In den Betrieben selbst und in der Wirtschaft findet eine starke Verlagerung zu immer höherer fachlicher Qualifikation statt. Mit einfachen Worten gesagt, immer weniger Hilfsarbeiter werden benötigt, nur mehr Facharbeiter werden benötigt, immer weniger Arbeiter, immer mehr Angestellte, Fachexperten, die Schreibkraft entwickelt sich zu einer Computeredienerin, alles Dinge, die auf uns zukommen und es wäre Aufgabe der Zuständigen; die entsprechenden Unterlagen liegen bereits vor und Gutachten von maßgeblichen Professoren, ein Umschulungszentrum zu gründen, das die Aufgabe hätte, sowohl Unternehmer als auch Facharbeiter, die in ihrer Branche keine entsprechende Beschäftigung finden, umzuschulen auf andere Berufe und auch auf eine zweckentsprechende, der Wirtschaft dienende unselbständige Tätigkeit vorzubereiten. Es geht zum zweiten darum, Wege zu suchen, Hilfsarbeiter zu Facharbeitern auszubilden. Ich kann Ihnen aus eigener Erfahrung sagen, wie schwierig es ist, aber wie

dankbar auf der anderen Seite, wenn Sie z. B. aus einem Bergmann einen Fabrikarbeiter machen. Das ist zuerst einmal eine unglaublich schwierige Angelegenheit, das Milieu ist ein völlig anderes und auch die Tätigkeit ist eine völlig andere. Es geht hier um geregelte Arbeitszeiten und um die Form einer Tätigkeit, die völlig fremd ist. Es ist aber wunderbar, zu sehen, wie ein solcher Mensch, der einen anderen Beruf — und sei es nur ein angelernter — ausübt, doch die Kraft, die er aus seinem vergangenen Beruf mitgebracht hat, sofort in das Neue hineinlegt und in dieser Tätigkeit wieder eine gewisse Befriedigung findet. Es wurden z. B. in Deutschland Bergleute zu Drahtziehern umgeschult. Das geht relativ schnell. Am Anfang waren die Schwierigkeiten größer, doch heute geht es bereits ganz ausgezeichnet.

Dasselbe Problem haben wir mit den weichenden Bauernsöhnen und all denen, die aus der Landwirtschaft kommen und die in die Industrie übersiedeln. Dort geht es wieder darum, geschult zu werden, um einen Arbeitsplatz zu haben, der ihrer Anlage entspricht und der sie wirklich befriedigen und erfüllen kann. Das wären die Aufgaben eines Umschulungszentrums und hier ist eine echte Aufgabe für uns, die zu lösen ein wesentlicher Beitrag wäre und etwas, was der gewerblichen Wirtschaft wesentlich helfen würde.

Das Zweite, was ich hier noch kurz erwähnen möchte, ist folgendes. Wir haben in Österreich eine große Zahl von kleinen und kleinsten Betrieben. Wir haben ganz wenige für unsere Begriffe sehr große Betriebe. Es müßte möglich sein, durch einen stärkeren Zulieferbetrieb, durch eine stärkere Verbindung zwischen den ganz Kleinen und den ganz Großen Verhältnisse zu schaffen, wie sie auch auf der Welt anderswo üblich sind, die dann diesen Kleinen das Leben ermöglichen würden, die sie wirklich sinnvoll von einem Handwerker im Sinne eines Dienstleistungsbetriebes fast zu einem Zulieferanten der Industrie machen. Dazu soll eine Verbindungsstelle geschaffen werden, die zwischen Industrie und Gewerbe wirkt, auf der einen Seite Verständnis für die Belange des Gewerbes weckt, auf der anderen Seite aber auch die Aufgabe übernimmt, die notwendig ist, um einen, der gewohnt war, z. B. als Hausinstallateur zu arbeiten, dazu zu bringen, daß er heute plötzlich Zulieferteile machen soll für einen größeren Betrieb. Es ist selbstverständlich, daß hier noch ein weiter Weg zu gehen sein wird. Es ist auch klar, daß nicht zuletzt steuerliche Probleme noch eine Rolle spielen werden. Denn das derzeitige Umsatzsteuersystem in Österreich begünstigt solche Zulieferbetriebe nicht. Mit der Einführung der Mehrwertsteuer wird es wahrscheinlich leichter sein, diese Fragen zu lösen, denn heute sind unsere Betriebe in erster Linie vertikal gegliedert, um den Umsatzsteuervorteil, der einem daraus erwächst, in einem möglichst großen Maße zu erhalten. Ein dritter Punkt wäre noch zu erwähnen, aber das wird, glaube ich, noch im speziellen besprochen werden, eine Auffanggesellschaft für auslaufende Betriebe, um auch hier verschiedene Fragen, die mit dem Alter der Betriebsinhaber zusammenhängen, zu lösen.

Meine Damen und Herren! Es ist leicht, zu fordern, und es ist schwer, Konzepte anzubieten und denen zu helfen, die begreiflicherweise vom Landtag, von der Gesetzgebung überhaupt und von einer Landesregierung Hilfe erwarten. Die gewerbliche Wirtschaft hat seit eh und je nicht zu denen gehört, die gekommen sind und gesagt haben, ihr müßt uns helfen. Man hat, ob das richtig ist oder nicht, aus einem Selbstbewußtsein und weil es gar nicht notwendig war, sich darauf verlassen zu sagen: „Wir helfen uns selbst“, wie es auch heute noch in der Weihnachtsfeier der gewerblichen Wirtschaft heißt: Wir helfen gern, wir helfen selbst. Die Dinge sind aber nicht mehr so einfach. Es kann sich heute keiner mehr dem entziehen, daß die Fragen viel komplexer geworden sind, daß immer weitere Bereiche ergriffen werden und daß heute keiner mehr von sich sagen kann: ich stehe allein da — oder: ich tu mich mit meinem Nachbarn zusammen, und dann werden wir die Dinge erledigen. Es fällt das heute immer mehr der Allgemeinheit zu. Deshalb ist es auch richtig und notwendig und, ich glaube, auch dem Sinn entsprechend, wenn sich die Allgemeinheit in ihrem eigenen Interesse dieser Fragen annimmt und die Maßnahmen setzt, daß wir die Strukturprobleme, die in sehr vielen Bereichen eine Rolle spielen, auch im Bereich des Gewerbes, des Handels und der Industrie so lösen, daß die dort Beschäftigten auch in Zukunft dort Beschäftigung finden werden und daß wir ein weiteres Wachstum in Österreich fördern, schließlich zu aller Nutzen und, wie wir gehört haben, auch notwendig, denn das Steueraufkommen muß ständig erhöht werden, sollen alle die Fragen und Probleme gelöst werden, die vor uns liegen. (Allgemeiner Beifall.)

**3. Präsident Dr. Heidinger:** Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Aichholzer. Ich erteile ihm das Wort. Nach ihm spricht Abgeordneter Prenner.

**Abg. Aichholzer:** Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Ich glaube, es wird niemanden hier im Hohen Hause geben, der es nicht für recht und billig erachtet, bei den Ausführungen zu dem Kapitel der Feuer- und Wasserwehren zunächst jener zu gedenken, die den Bestand und die stete Einsatzbereitschaft dieser Einrichtungen gewährleisten.

Namens unserer Fraktion möchte ich all jenen Dank sagen, die als Freiwillige oder als Berufstätige ihren Dienst im Rahmen der Feuer- und Wasserwehr im vergangenen Jahr wieder so mustergültig versehen haben. Wie notwendig diese Einrichtungen gerade in der heutigen Zeit sind, können Sie jeden Tag aus der Tagespresse entnehmen. Es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht berichtet wird: „Die Feuerwehr wurde zur Hilfeleistung gerufen.“ Diese Hilfeleistung ist, wie ja auch bekannt, weit über den seinerzeit gestellt gewesenen Aufgabenrahmen hinausgewachsen. Es gehört heute zur täglichen Routine der Feuerwehren, bei Verkehrsunfällen zu helfen, bei Rohrbrüchen zur Stelle zu sein, Tauben oder Katzen von den Dächern zu holen usw. In den letzten Tagen stand die Feuerwehr im Katastropheneinsatz durch die starken Schneefälle und Verwehungen, so daß man als Laie fast den Eindruck

gewinnen kann, daß diese Hilfeleistungen gegenüber der seinerzeitigen Aufgabe der Brandbekämpfung in der heutigen Zeit bei weitem überwiegen. Es vergeht aber auch kaum ein Jahr, in dem nicht in irgend einer Gemeinde hinsichtlich der Ausrüstung der Feuerwehr die Frage gestellt wird: „Ja, wer soll denn das bezahlen?“ Ein moderner Tanklöschwagen kostet immerhin runde 700.000 S, was oft mehr ist, als eine kleine Landgemeinde als Jahreseinnahme zu verzeichnen hat.

So ist es nur zu begrüßen, daß auch in diesem Budget wieder eine kleine Steigerung der Förderungsbeiträge für diese Zwecke vorgesehen ist und der Ausgabenrahmen für diesen Zweck die runde Summe von 10,800.000 Schilling erreicht.

Um den Gefahren, die bei jedem Einsatz für jeden einzelnen Feuerwehr- oder Wasserwehrmann gegeben sind, Einhalt zu gebieten oder zumindestens doch Vorsorge entgegenstellen zu können, ergibt sich immer mehr die Notwendigkeit einer umfangreichen und entsprechenden Schulung und Ausbildung. Man trägt dieser Erkenntnis auch Rechnung. Der Spatenstich für die Feuerwehr- und Wasserwehrschule in Lebring ist vollzogen. Insgesamt stehen 10 Millionen Schilling für diesen Schulungsbau im Budget 1970 zur Verfügung, so daß doch damit gerechnet werden kann, daß noch im nächsten Jahr ein beträchtlicher Baufortschritt erzielt werden kann. Die Gesamtkosten für den Bau wurden mit 25 Millionen Schilling veranschlagt, so daß auch in den kommenden Jahren mit einer Weiterfinanzierung für dieses Projekt gerechnet werden muß.

Ich persönlich, meine Damen und Herren, darf dazu der Hoffnung Ausdruck geben, daß die Schule dann in einer offenen, fortschrittlichen und der Zeit angepaßten Form geführt werden möge, damit diese auch die Erwartungen erfüllt, die insbesondere die Männer der Feuer- und Wasserwehren in diese setzen. Als Gegenpol könnte man bezeichnen, daß jede Gemeinde — ob groß oder klein — bereit ist, oft unter größten Opfern die Einrichtungen des Feuerwehrwesens zu erhalten und der Zeit entsprechend auszubauen. Dies ist sicherlich ein nicht zu unterschätzender Vorteil. Die örtliche Hilfe wird immer zuerst zu Stelle sein — oft reicht sie aus, bei größeren Katastrophen aber auch nicht, und dann ist's angenehm, wenn der größere Bruder zu Hilfe eilt.

So wird es in Zukunft in verstärktem Maße nötig sein, zumindestens für jeden Bezirk eine zentrale Leitstelle einzurichten bzw. dort, wo bereits vorhanden, weiter zu aktivieren und auszubauen, die dann durch das Hinzudirigieren von anderen Wehren helfend eingreifen soll. Dies wird besonders dort notwendig sein, wo es um den Einsatz der Wasserwehr geht, die durch hochspezialisierte Männer ausgeübt wird, und vor allem auch, wenn einmal die Fragen des Zivilschutzes aktuell werden sollten.

Meine Damen und Herren! Es hieße mit blinden Augen in die Zukunft gehen, wollte man nicht auch diese Dinge sehen. Es soll nochmals betont werden, daß jede örtliche Feuerwehr wichtig ist und ihren Aufgabenkreis hat, daß nicht daran gedacht ist, irgend etwas an diesem System zu ändern, daß aber

andererseits zum totalen Schutz der Bevölkerung in Krisenzeiten auch der total gelenkte Einsatz gehört.

Wenn ich mich recht erinnere, haben unsere Vertreter aus den verschiedenen Feuerwehrverbänden viele Auszeichnungen und Ehrungen aus den verschiedenen Landes- und Staatsmeisterschaften bei den sportlichen Wettkämpfen errungen. Höchster Einsatz jedes einzelnen Feuerwehrmannes und das ausgezeichnete Zusammenwirken in der Gemeinschaft waren dazu vonnöten und zeigten einmal mehr, wie groß der Mut, die Opferbereitschaft, die Einsatzfreudigkeit und vor allem der gute Wille zur guten Tat im Geiste und in der Gesinnung der Feuerwehr- und Wasserwehrmänner verankert ist. Es sei ihnen dazu nochmals abschließend bester Dank gesagt, verbunden mit dem Wunsche, daß in der Bevölkerung auch weiterhin der Eindruck des unbedingten Vertrauens zu diesen Einrichtungen und deren Vertretern erhalten bleibt. (Allgemeiner Beifall.)

Hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren! Gewerbe, Handwerk und Handel, über deren Existenz man oft gar nicht viel nachdenkt, gehören zu den Grundpfeilern unserer Wirtschaft.

Was die Industrie im Großen erzeugt und verkauft, bzw. wenn es der Industrie an Aufträgen und Absatzmöglichkeit mangelt, das spiegelt sich leider nur zu oft auch in der negativen Seite beim Gewerbe, Handel und Handwerk wider. — Nur mit einem Unterschied, man hört kaum etwas davon, man spricht kaum darüber! Die momentane Konjunkturlage ist auch für diese Sparte ein Tuch, das manches zudeckt. Trotzdem steht mancher Gewerbetreibende vor der Tatsache, wenn er Bilanz zieht, daß er oft weniger an Gewinn ausweisen kann, als ein Facharbeiter verdient. Es gilt also auch für diese Branche, dort wo möglich sich umzustellen und zu spezialisieren. Manche Betriebe sind schon auf Spezial- und Feinstarbeit als Zulieferanten für die Industrie umgestiegen. Was für viele andere Berufe gilt, gilt auch für diese Sparte: Aufklärung und Hilfe, Unterstützung und großzügige Kreditgewährung für all jene Branchen, die sich entweder umstellen wollen, oder deren Erzeugnisse krisenfest sind und damit stets gefragt sein werden. Wenn man die Volkszählung aus dem Jahre 1961 zur Hand nimmt, so ergibt sich, daß ein ganz beträchtlicher Teil unserer Bevölkerung in diesen Gewerbe-, Handels- und Handwerkssparten tätig ist, entweder als Selbständige oder als Beschäftigte.

Bei umgekehrter Betrachtung zeigt sich, daß jeder Staatsbürger mehrmals in seinem Leben auf die Dienstleistungen aus diesen Berufsgruppen angewiesen ist. (Ich verweise nur auf die starke Inanspruchnahme der Kfz-Werkstätten, die Tischlereibetriebe, das Schuhmacher- und Schneidergewerbe.)

Ein Rad greift somit ins andere, was konkret zeigt, daß es Aufgabe des Landes und des Staates ist, Industrieförderung in größtmöglichem und zweckmäßigem Rahmen zu betreiben, darüber hinaus dürfen diese Institutionen aber auch nicht auf die Förderung des Gewerbes und Handels vergessen!

Es wird dazu eingeräumt, daß auf diesem Gebiete Fortschritte zu verzeichnen sind. Die Budgetansätze

für die Gewerbeförderung sind zwar für das Jahr 1970 fast unverändert geblieben (Abschnitt 75), doch muß man dazu auch bedenken, daß für Handel und Gewerbe in erster Linie auch andere Impulse ausschlaggebend sein können und müssen. So möchte ich diesbezüglich z. B. nur auf den Fremdenverkehr hinweisen.

Somit stellen Handel und Gewerbe eine organisch gewachsene Einheit dar, deren Erhaltung und ausreichende Existenz Sorge aller Staatsbürger sein muß. Besonders kritisch für manche Betriebe dürfte sich eine eventuelle Vereinbarung mit der EWG auswirken. Ich bin daher der Meinung, daß eine rechtzeitige Hilfe und Information zur notwendigen Umstellung zur Erhaltung dieser Berufssparten beitragen wird. Es wäre auch zweckmäßig, entweder beim Land oder bei der Handelskammer eine Beratungsstelle für Exporteure einzurichten, damit die Gewerbetreibenden alle Vor- und Nachteile beim Export einkalkulieren können und für die Unternehmen nicht nachträglich Lasten und Nachteile auftreten. (Beifall.)

**Präsident:** Am Wort ist Abg. Prenner, nächster Redner ist Abg. Baier.

**Abg. Prenner:** Hohes Haus, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zur Gruppe 7, Unterabschnitt 716 „freiwilliges Feuerwesen“ und „Feuerwesen“ möchte ich sagen, daß dies ein sehr bedeutender Faktor ist, gerade in unserer materiellen Zeit. In 753 Feuerwehren sind ungefähr 30.000 Feuerwehrmänner zusammengefaßt. Sie stellen die schlagkräftigste und mächtigste Organisation in unserem Lande dar, die wohl im Stande ist, wenn die Stunde ruft, nicht nur einsatzbereit zu sein, sondern auch mit modernen Geräten ausgerüstet, helfen zu können, wo immer es nottut. Landesrat Anton Peltzmann hat sich in dankenswerter Weise um Modernisierung und technische Erfolge bemüht. So wurde das Funkwesen, für dessen Ausbau 4 Millionen Schilling ausgegeben wurden, immer mehr erweitert.

Eine zusätzliche Aufgabe unserer Feuerwehr, die sich in letzter Zeit immer wieder wiederholt, sind die Öltankunfälle, so daß Ölalarmstützpunkte errichtet werden mußten. Über 1 Million Schilling wurde für die Ausrüstung der Ölalarmstützpunkte in den letzten Jahren freigegeben.

Beachtliche Summen für Ausrüstung werden von unseren Feuerwehrmännern, auch von Seite der Gemeinden aufgebracht und nicht zuletzt auch von den Feuerwehren selbst durch ihre eigenen Veranstaltungen. Für die fachliche und technische Ausbildung sorgt die Landesfeuerweherschule, an deren Lehrgängen über 800 Absolventen jährlich teilnehmen, die ihr Wissen dann wieder weitergeben können. So sind im Jahre 1969 folgende Lehrgänge durchgeführt worden:

2 Kommandantenlehrgänge, 1 Bewertungsschulungslehrgang, 7 Maschinistenlehrgänge, 2 Atemschutzlehrgänge, 1 Gerätewartlehrgang, 1 Umschulungslehrgang, 1 Lehrgang für technischen Dienst, 10 Gruppenkommandantenlehrgänge, 1 Wasser-

dienstlehrgang, 1 Zugskommandantlehrgang, 1 Strahlungsschutzlehrgang, 1 Flugbeobachtungslehrgang.

Man sieht, daß in dieser Schule wohl sehr viel für unsere Feuerwehren getan wird.

Zum Abschluß möchte ich in Erinnerung bringen, daß die 30.000 Feuerwehrmänner in der Steiermark nicht nur eine schlagkräftige Armee darstellen, sondern auch das gesellschaftliche Leben beeinflussen und das nicht nur durch die Veranstaltungen der Feuerwehren im Sommer und Winter, welche von der gesamten Bevölkerung positiv aufgenommen werden, sondern vielmehr durch die Bereitschaft der Feuerwehren, das Hab und Gut eben dieser menschlichen Gesellschaft zu schützen. Für unsere Jugend ist es sowohl Erziehungssache als auch Charaktereinstellung, ob sie gewillt ist, dem Nächsten zu helfen unter schwierigen, gefährvollen Bedingungen. Zur Zeit stehen über 1100 Jugendfeuerwehrmänner in den Reihen der steirischen Feuerwehren. Wir Steirer sind froh, eine so gut ausgebildete und ausgerüstete Feuerwehreinheit zu haben und dafür möchte ich danken, angefangen von Feuerwehrkommandanten Prugger bis zum kleinen Ortsfeuerwehrkommandanten. Unser größter Dank aber gilt unserem Landesfeuerwehrreferenten Landesrat Peltzmann für seine Pionierarbeit im Feuerwehrwesen. (Beifall.)

**3. Präsident:** Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Baier, nach ihm Abg. Schön.

**Abg. Baier:** Hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren!

Das Pro-Kopf-Steueraufkommen und die mittelständische Struktur unserer steirischen Wirtschaft zeigt, daß man der Förderung der Klein- und Mittelbetriebe ein besonderes Augenmerk zuwenden muß. Die gewerbliche Wirtschaft, die vom gesamten Bruttosozialprodukt von 295 Milliarden Schilling immerhin 231 Milliarden Schilling aufbringt, hat eine bedeutende Aufgabe zur Sicherung der Arbeitsplätze und zur Erhaltung des allgemeinen Wohlstandes zu erfüllen. Es ist daher notwendig, die nötigen mittelstandspolitischen Maßnahmen zu ergreifen. Wir können mit Freude vermerken, daß im Landesbudget in den letzten Jahren die Mittel für Gewerbeförderung und für den Fonds für gewerbliche Darlehen erheblich zugenommen haben. Lagen die Mittel für die allgemeine Gewerbeförderung im Landesbudget 1967 noch bei 3,6 Millionen Schilling, so sind sie bis zum Jahre 1969 auf 4,4 Millionen Schilling und im vorliegenden Voranschlag sogar auf 5,7 Millionen Schilling angestiegen. Auch der Fonds für gewerbliche Darlehen hat eine erfreuliche Zunahme vor allem beim Beitrag des Landes erfahren. Hat der Beitrag des Landes zu diesem Fonds 1967 noch 1,2 Millionen Schilling und der Beitrag der Kammer noch 2 Millionen Schilling ausgemacht, so ist für 1970 ein Landesbeitrag von 2 Millionen Schilling und ein Handelskammerbeitrag von 1 Million Schilling vorgesehen. Vor allem in den letzten Jahren haben sich aber auch die Mittel für die Lehrlingsbeihilfe positiv entwickelt, und zwar von 2,5 Millionen Schilling im Jahre 1968 auf fast 3,7 Millionen Schilling im Jahre 1970. Diese Förderung der gewerblichen Wirtschaft und die anderen im Hause vorgetragenen mittelstandspoliti-

schen Maßnahmen zeigen auch, daß die Mittelstandspolitik für die ÖVP ein ernstes Anliegen darstellt. (Beifall bei der ÖVP.)

**3. Präsident:** Als nächstem Redner erteile ich das Wort Herrn Abgeordneten Schön.

**Abg. Schön:** Hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren!

Es ist erst einige Monate her, da waren die österreichischen Tageszeitungen und vor allem die steirischen Tageszeitungen mit Schlagzeilen voll über einen Erzliefervertrag Alpine—VOEST, das heißt steirischer Erzberg und Erzbergbau in Österreich zum Hüttenwerk der VOEST Linz. Ich glaube, es ist nicht ein Anliegen, das erst einige Monate im Raum steht, sondern es ist ein Anliegen, das bereits Jahre verfolgt werden kann, und ich glaube — ich kann mich ruhig so ausdrücken, daß ein Spielchen immer wieder aufs neue beginnt, und zwar ist es das Spielchen mit einem Erzliefervertrag, der so kurzfristig ist, daß man auf der einen Seite nach einem solchen Vertrag nicht planen und investieren kann und auf der anderen Seite doch immer wieder Variationen fordert. Ich möchte jetzt zum besseren Überblick über die ganzen Erzlieferungen in Österreich und auch die ausländischen hier Zahlenmaterial auf den Tisch legen, das viele in diesem Haus vielleicht nicht so genau kennen.

Der heimische Erzbergbau besteht aus den Betrieben steirischer Erzberg, Eisensteinbergbau Radmer und dem Hüttenberger Erzberg. Diese drei Bergbaue befinden sich im Besitze der Österreichischen Alpine-Montangesellschaft. Im Durchschnitt der letzten 10 Jahre wurde eine Jahresförderung von 3.561.665 Tonnen erreicht. Das Hüttenwerk Donawitz der Österreichischen Alpine-Montangesellschaft verarbeitet ausschließlich Inlanderze und hat im Berichtszeitraum 54,6% der Inlandförderung abgenommen. Die VOEST hat bei einer durchschnittlichen Roheisen-Jahreserzeugung der letzten 10 Jahre von 1.487.488 Tonnen 1.610.300 Tonnen Inlanderze vom steirischen Erzberg und dem Erzbergbau Radmer, das sind 45,2% der heimischen Erzförderung, bezogen und hat darüber hinaus Fremderze importiert. Der steirische Erzberg ist mit einem Lagerstättenvermögen von etwa 300 Millionen Tonnen der Hauptträger der heimischen Erzbasis und liefert etwa 90% der gesamten heimischen Erzproduktion. Dieser Betrieb beschäftigt derzeit zirka 2900 Arbeitnehmer. Der wirtschaftliche Beschäftigungsgrad liegt auf Grund der vorliegenden Gegebenheiten bei zirka 3,4 Millionen Tonnen Erz pro Jahr. Sehr geehrte Damen und Herren! Ich bitte, sich diese Zahl wirklich auch zu merken, daß der wirtschaftliche Grad der Erzerzeugung in Eisenerz bei 3,4 Millionen Tonnen liegt. Man kann nämlich hier in der Presse die verschiedensten Auffassungen lesen und einige sagen, das ganze Erz, das im Inland verbraucht wird, muß von Eisenerz genommen werden. Es sei auch hier gesagt, das ist eine Unmöglichkeit, das können wir nicht, wobei Überschreitungen lediglich für einen kurzen Zeitraum möglich erscheinen. Die Erhaltung erfolgt zum überwiegenden Teil im Tagbaubetrieb. Der Versand der erzeugten Erze erfolgt sowohl nach Donawitz

als auch nach Linz. Vom Eisensteinbergbau Radmer sowie vom Bergbau Hüttenberg der Österreichischen Alpine-Montangesellschaft wird auf Grund der Lagerstättenverhältnisse ausschließlich im Tiefbaubetrieb abgebaut. Die Jahresproduktion jedes dieser Bergbaue beträgt derzeit etwa 220.000 bis 230.000 Tonnen pro Jahr. Beim Bergbau Radmer sind derzeit 175 Personen und beim Bergbau Hüttenberg 295 Personen beschäftigt. Radmer wurde bis Oktober 1969 ausschließlich für den Bedarf des Hüttenwerkes Linz betrieben, während der Bergbau Hüttenberg seine gesamte Produktion dem Hüttenwerk Donawitz zubahnt. Aus den angeführten Zahlen geht hervor, daß die österreichischen Eisenerzbergbaue eine sichere Basis für die heimische Roheisenproduktion darstellen, wobei der wirtschaftliche Beschäftigungsgrad dieser Bergbaue einem Erzaukommen von insgesamt 3,8 bis 4 Millionen Tonnen im Jahr entspricht. Die derzeit jährlich erzeugten Inlandermengen ermöglichen eine Roheisenproduktion von rund 1,4 Millionen Tonnen pro Jahr, das sind etwa 54% der ursprünglich für 1969 präliminierten österreichischen Roheisenerzeugung. Der heimische Erzbergbau bildet die Existenzgrundlage für rund 3400 Beschäftigte. Die Bedeutung unseres Erzbergbaues ist nicht nur zu normalen Zeiten gegeben, sondern auch in Perioden allfälliger internationaler Spannungen von besonderer Bedeutung. Die Erzimporte der VOEST, die eine Roheisenerzeugung von 1,8 Millionen Tonnen bei einem Inlanderzverbrauch von 1,5 Millionen Tonnen aufweist, stellen etwa einen Faktorenwert von 440 Millionen Schilling dar — frei österreichische Grenze. Für diese Erzimporte werden weder Zoll noch Ausgleichssteuer eingehoben. Durch die Tatsache, daß die Erzimporte auf der Freiliste stehen und somit der Ausgleichssteuer von 6,25% nicht unterliegen, werden die Importerze um 31,25% Millionen Schilling verbilligt nach Österreich eingeführt. Doch durch die Umsatzsteuerbelastung der Erzlieferungen von der Alpine an die VOEST, die bei einer Lietermenge von 1,5 Millionen Tonnen 11,55 Millionen Schilling beträgt, ist das inländische Erz in diesem Ausmaß gegenüber dem Importerz diskriminiert. Es sei deutlich festgestellt, daß das Inlanderz in Österreich diskriminiert ist durch die Ausgleichssteuer und die Zollfreiheit und zugleich durch die verbilligten Frachttarife frei Grenze bis zum Hüttenwerk selbst. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist doch ganz klar, daß ein Hüttenwerk, das so billig etwa ein Vorprodukt zu seiner Erzeugung bekommt, mit dem sogar den heimischen Erzeuger im Preis zu drücken versucht. Und das ist eben die Diskrepanz, die auftritt. Wir fordern nicht in Österreich und in unserem steirischen Gebiet, daß wir einen Raubbau betreiben wollen. Eine Forderung liegt vor, und das sei nicht eine Forderung, die man immer wieder auf den Tisch legt, zu dieser Zeit, wenn die Schwierigkeiten bestehen, daß man dann sagt, jetzt sollen die Betriebsräte einmal verhandeln, dann soll sich die Gewerkschaft einschalten und dann kommen die ganzen Delegationen zum Land und sagen dem Herrn Landeshauptmann, was alles geschieht und dann geht die Angelegenheit weiter zum Bund und dann erklärt der Bundeskanzler, er wird persönlich nach Eisenerz kommen, um das

alles zu regeln, und schließlich muß man feststellen, daß alles eine Rederei ist, weil am Ende die Realität steht, daß sich das Hüttenwerk auf Grund dieser Diskriminierung der Inlanderze lieber die Auslanderze nimmt. Hier sei auch festgestellt, daß selbst der Rechnungshof eingeschaltet wurde, um festzustellen, wieso das Importerz um so viel besser ist. Wir können nicht hier eingreifen und sagen, wir können eine andere Qualität herbringen, was früher an Mangagehalt sehr gut war, ist jetzt durch den großen Mangagehalt sehr schlecht. Es ist das die Möllierzusammensetzung, die man einem Hüttenwerk nicht vorschreiben kann. Doch eines, und damit komme ich zum Kern und zugleich zum Schluß: Es soll sicher so sein, daß im Mittelpunkt der Mensch zu stehen hat, daß er nicht jedes Jahr um seinen Arbeitsplatz bangen muß; es sei festgestellt in diesem Zusammenhange, daß dies nicht eine fest zementierte Sache ist, denn wenn heute wirklich die Abnahme heruntersinkt, dann sind eben 1000 Leute in Eisenerz frei und ich möchte dann denjenigen sehen, der sagt, wir haben für diese 1000 Leute sofort einen Ersatzarbeitsplatz, wir brauchen sie nur umzuschichten. Das wissen auch die Leute und deshalb ihre Angst, die sehr wohl berechtigt ist. Deshalb auch meine Bitte an dieses Hohe Haus, man möge doch alles einmal versuchen und zusammenstehen, daß Verträge zustande kommen, die nicht, weil wir es wollen, den Frachttarif verteuern oder der VOEST Steuern auferlegen für das Importerz, sondern solche, die uns in die gleiche Wettbewerbsslage versetzen, wie das Auslanderz. Noch eines: Ich habe aufgezeigt die Quoten, die wir liefern können. Sind heute Schwankungen in der Roheisenerzeugung, im Verbrauch, dann sollen diese Schwankungen nicht den heimischen Erzbergbau betreffen, dann sollen diese Schwankungen einwandfrei das Importerz betreffen, so wie sie sinken, sinkt auch der Import, so wie sie steigen, kann auch der Import steigen. Das sei meine Bitte an das Hohe Haus und ich glaube, es ist keine vermessene Bitte, es ist die Bitte von rund 3000 Bergarbeitern. (Beifall.)

**Präsident:** Damit unterbreche ich jetzt die Sitzung des Hohen Hauses bis morgen früh, 8.30 Uhr. Erster Redner ist der Abgeordnete Pözl.

Unterbrechung der Sitzung: 21.05 Uhr.

Fortsetzung der Sitzung: 19. Dezember, 8.30 Uhr.

**Präsident Koller:** Ich erteile Herrn Abg. Pözl das Wort.

**Abg. Pözl:** Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Drei Grazer Universitätsprofessoren haben den Gedanken einer „Auffanggesellschaft für auslaufende Betriebe“ untersucht und geprüft und für gut befunden. Was versteht man unter dem Ausdruck „Auffanggesellschaft für auslaufende Betriebe“? Die Statistik zeigt uns, daß über 20 % aller gewerblichen Unternehmer in der Steiermark 60 Jahre und älter sind. Wir wissen, daß es viele Betriebe gibt, die keinen Nachfolger haben, bzw. die vom Unternehmer nicht mehr der heutigen Zeit entsprechend

weitergeführt werden können. Auf der anderen Seite ist es einem jungen Mitarbeiter in einem Betrieb, einem Facharbeiter oder Angestellten, sehr schwer möglich, von einer Bank die Kreditmittel zu bekommen, die für die Übernahme eines derartigen Betriebes erforderlich sind. Bei den heutigen Verhältnissen bei den Geldinstituten ist es doch so, daß man zumindest die zwei- wenn nicht dreifache Sicherheit zu erbringen hat. Die Auffanggesellschaft hat nun die Aufgabe, jungen Arbeitnehmern die Chance zu geben, sich mit Hilfe von Kredithaftungen von dieser Auffanggesellschaft aus irgend einem Institut die Mittel auszuborgen, um so einen Betrieb zu übernehmen und selbständig werden zu können. Es ist selbstverständlich, daß man nur solchen jungen Menschen die Bürgschaft gibt, die bereit sind, zuerst ihr persönliches Vermögen, ihr persönliches Eigentum einzusetzen, damit man auch die Sicherheit hat, daß nicht Leute sich um diese Kredite bemühen, die gar nicht die Absicht haben, Betriebe zu übernehmen und auszubauen. Die Mittel, die im Landesbudget für die Förderung der gewerblichen Wirtschaft eingesetzt sind, sind für das Jahr 1970 aufgestockt worden und aus dieser Aufstockung heraus soll nun die Auffanggesellschaft ein Gründungskapital bekommen und es soll im Jahre 1970 ein neues Beginnen sein für das neue Jahrzehnt, das auch neue Methoden erfordert, und das an uns alle, meine sehr geehrten Damen und Herren, neue bisher noch nicht gekannte Anforderungen stellen wird. Wenn Sie die Zeitung in den letzten Tagen gelesen haben, dann haben sie darin bemerkt, es wird mit irgend einer Verbindung Österreichs zur EWG am Beginn der 70er Jahre zu rechnen sein. Es wird damit mit einer Umstellung unserer bisherigen Wirtschaftsgrenzen zu rechnen sein und aus diesem Grunde ist diese Auffanggesellschaft bzw. die Gründung derselben so begrüßenswert. Ich darf an dieser Stelle auch sagen, das ist Mittelstandspolitik, wie wir sie verstehen. Nicht ein Bündel von Programmen, die finanziell nicht zu verkraften sind (Abg. Pichler: „Du mach keinen Schmä!“ — Abg. Brandl: „Schön bei der Wahrheit bleiben!“), bedeutet Mittelstandspolitik, sondern der Einsatz des Menschen, der Einsatz des Leistungswillens und vor allem der Einsatz des einzelnen, der bereit ist, Risiko auf sich zu nehmen und den Mut aufzubringen, selbständiger Unternehmer zu werden, der den Sprung vom Angestellten, vom Mitarbeiter zum Selbständigen wagt. Aber in dieser Gruppe drängt es mich auch, über den Exportring zu sprechen, der von den Mitgliedern des Steiermärkischen Landtages und der Steiermärkischen Landesregierung gefördert wird. Der Exportring wurde Ende 1967 mit 13 Mitgliedern gegründet und hat heute 168 gewerbliche Unternehmungen als Genossenschaftsmitglieder. Mehr als 3000 Beschäftigte sind in diesen Betrieben. Unsere Aufgabe war es, den Export zu fördern, den Exportgedanken wachzurufen und zu unterstützen. Wir haben dabei bemerkt, daß der einzelne oft nicht in der Lage ist, Exporte durchzuführen. Die Kapazität seines Betriebes reicht nicht aus, um bei einem nur mittleren Abnehmer im Ausland auch die volle Kapazität der Einkaufswünsche zu decken. Daher haben wir den Versuch unternommen, im Tischlerei-

gewerbe aus den Mitgliedern der Genossenschaft eine Gruppe zu bilden. Wir nannten diese Gruppe „Holz“. Wir haben die Tischlereibetriebe zusammengeschlossen und wir haben von der Akademie für angewandte Kunst in Wien von Prof. Niedermoser eine sehr starke Unterstützung erhalten, indem er von den Studenten in den höheren Semestern einen Wettbewerb für neue Möbelformen durchführen ließ. Dieser Wettbewerb wurde von der Steiermärkischen Landesregierung mit Preisen versehen. Wir haben 9 Exponate ausgewählt, sie wurden in den einzelnen Betrieben unserer Mitglieder erzeugt, und wir haben dieses Programm dann in einem gemeinsamen Prospekt zur Schau gestellt auf der Grazer Messe, in Klagenfurt auf der Messe und in Hamburg. Und ich darf heute sagen, daß gerade aus der Bundesrepublik und aus der Schweiz eine sehr rege Nachfrage nach diesen Möbeln kommt. Uns war es eine Lehre, daß man nicht mehr den einzelnen, wenn er nicht die nötige Kapazität hat, für den Export auszurichten hat, sondern aus der Branche einen Zusammenschluß der gleichen Betriebe vorzunehmen hat, um so konzentriert die Werbung bzw. den Absatz durchzuführen. Wir haben in der abgelaufenen Zeit 18 Firmenprospekte betreut. Es sind dies Prospekte, die mehrsprachig sind und die für den Verkauf im Ausland unerlässlich sind. Wir freuen uns, daß gerade diese Prospektaktion — und ich hatte die Ehre, anlässlich eines Berichtes an die Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung einige Beispiele den Herren Regierungsmitgliedern zur Verfügung zu stellen — oft die Grundlage war, daß neue Kunden an unsere Unternehmer herangetreten sind. Der Gedanke der Werbung ist in Österreich leider noch nicht so ausgereift und man ist bei uns noch nicht so überzeugt vom Wert der Werbung, wie es in anderen Ländern des Westens schon sehr lange bekannt ist und mit großem Erfolg durchgeführt wird. Wir haben im abgelaufenen Zeitraum mit einer amerikanischen Firma, die in Chicago ihren Sitz hat, Verbindung aufnehmen können und vier Mitglieder des Exportringes kann man mit absoluter Sicherheit als künftige Lieferanten dieses amerikanischen Großkaufhauskonzerns bezeichnen. In Kanada hatten wir besonders Glück. Ein Weizer, der vor 15 Jahren ausgewandert ist und in Kanada verschiedene Betriebe hat und sich auch auf den Import von Kunstarbeiten eingestellt hat, wurde bei meiner ersten Reise in die Vereinigten Staaten und nach Kanada besucht und aus dieser Verbindung hat sich im heurigen Sommer für unsere Mitglieder eine sehr erfreuliche Zusammenarbeit ergeben. Der Herr aus Kanada ist unter der Betreuung des Exportringes drei Wochen in der Steiermark und in Österreich herumgefahren und hat eine Musterorder von 1.300.000 S gegeben. Das Erfreuliche dabei war, daß er dem Exportring das ganze Geld zur Verfügung gestellt hat, wir verpflichtet wurden, die Auszahlung vorzunehmen und so in der Lage waren, durch Vorauszahlung bzw. durch sofortige Bezahlung nach Überreichung der Exportpapiere unseren Mitgliedern sehr wesentlich zu helfen.

Hohes Haus! Der Gründer des Exportringes, Landesrat Anton Peltzmann, verhandelt derzeit in Wien, daß der gute Gedanke dieses Exportringes

auch in den anderen Bundesländern übernommen und aufgegriffen wird und der Exportring auch in den anderen Bundesländern weitergeführt wird. Wir haben bei unseren Tätigkeiten immer wieder bemerkt, daß, wenn wir allein auf weiter Flur stehen, dieses Werk nicht gelingen kann. Mit großer Freude können wir feststellen, daß unsere Aktion, Werbeprospekte in mehreren Sprachen aufzulegen, vom Wirtschaftsförderungsinstitut der Bundeshandelskammer übernommen wird und daß im Jahre 1970 allen Unternehmern, die bereit sind, einen mehrsprachigen Prospekt aufzulegen, 50 % vom Wirtschaftsförderungsinstitut subventioniert werden. Unser Schritt wurde übernommen und verbessert und wir sind darüber sehr glücklich. Die neuen Probleme, vor denen wir stehen, sind, daß die Weinändler aus der Steiermark, Niederösterreich, Wien und Burgenland an uns herangetreten sind. Es gibt im Ausland keinen österreichischen Wein, der Begriff besteht nicht. Es gibt dort eine Marke „Gumpoldskirchner“ so wie bei uns der „Kalterer“, der in Mengen verkauft wird, wie er höchstwahrscheinlich gar nicht produziert wird; es gibt keinen österreichischen Wein, keinen Spitzenwein. Daher ist es erforderlich, daß man versucht, für unser Heimatland auch den sehr guten Wein, der in Österreich produziert wird, zu verkaufen und zu propagieren. Es soll nun zu einer Gründung der Gruppe „Wein“ kommen, die allerdings nicht in Graz, sondern in Wien ihren Sitz haben müßte. Wir haben erklärt: Wenn die Landesregierungen von Wien, Niederösterreich und Burgenland mit Subventionen dieses Büro stützen, dann sind auch wir bereit, von hier aus die Arbeit zu übernehmen. Das wäre für die nächste Zeit die Arbeit, die uns ins Haus steht.

Ich darf, Hohes Haus, noch folgendes zusammenfassend sagen: Wir haben alles zu unternehmen, um in den nächsten 10 Jahren — und mit dem heutigen Budget treten wir in das nächste Jahrzehnt ein — bestehen zu können. In allen Bereichen unseres Lebens, in allen Bereichen der Wirtschaft wird es sehr große Umstellungen in den Siebzigerjahren geben. Wir haben uns zu rüsten und wir haben alles zu unternehmen, um diese kommenden 10 Jahre gut zu überstehen. Ich darf den Mitgliedern der Landesregierung für die Unterstützung des Exportringes danken. Ich darf den Mitgliedern des Hohen Landtages für die Unterstützung der gewerblichen Wirtschaft herzlich danken. Ich darf aber auch sagen, daß wir in der Steiermark mit der Gründung des Exportringes den ersten Schritt in Österreich getan haben, und ich darf auch sagen, daß wir mit der Gründung der Auffanggesellschaft für auslaufende Betriebe wiederum als erstes Bundesland beispielgebend einen Weg in die Zukunft beschreiten. Für diese Unterstützung der gewerblichen Wirtschaft möchte ich dem Landeshauptmann danken und ihn bitten, er möge auch in Zukunft sich um die Belange der Wirtschaft so wie bisher kümmern. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident:** Als nächster Redner ist Herr Abg. DDr. Götz am Wort, nach ihm Herr Abg. Stöffler.

**Abg. Dipl.-Ing. DDr. Götz:** Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es hat einen „Sturm im Wasserglas“ entfacht, als der Amerikaner Brinkle einen Film gedreht hat mit dem Titel „Unser Mann in Wien“. Die Darstellung des Österreichers als nicht nur aktentaschentragendes Individuum, sondern als froher Bänkelsänger, hat in unseren Landen Empörung hervorgerufen. Und nicht zu Unrecht sind diese Stimmen laut geworden, das entspräche doch nicht der tatsächlichen Arbeitsleistung unserer Bevölkerung, das entspräche doch nicht jenen wirtschaftlichen Erfolgen, die Österreich durch seine Arbeitsleistung erreicht hat. So schön, so gut. Meine Damen und Herren, ich habe im Laufe der Generaldebatte mich dafür eingesetzt, daß der Leistungsanreiz auch im öffentlichen Dienst und im Bereich der Verwaltung in wesentlich höherem Ausmaß gegeben wird, als er bisher verankert ist. In der Gruppe 2, in der Frage Bildung und Schulwesen, wurde allseits von der Mobilität gesprochen, von der Notwendigkeit dazu und gleichzeitig von der Konsequenz dieser Mobilität, die nämlich allein über die Position Österreichs in den kommenden Jahren und Jahrzehnten Aufschluß geben wird. Aber was hier gilt, das gilt doch in erhöhtem und in gleichem Ausmaß für den Bereich der Wirtschaft. Leistung, Wettbewerb, Chancenreiz, Verantwortung, Mobilität, das sind doch jene Grundlagen, die, meine Damen und Herren, gar nicht so sehr angenehm sind, die aber doch letzten Endes in der ganzen weiten Welt die Randbedingungen der wirtschaftlichen Tätigkeit darstellen. Und wenn wir glauben, hier in Österreich auf einer Insel der Seeligen zu sein, an der dieser Wettbewerbswind, an der das Maß der Leistung vorbeigeht, dann ist das ein Irrtum, und zwar ein bitterer Irrtum, wenn wir ihn noch länger da und dort aufrechterhalten wollen. Ich kann mir Einwendungen vorstellen, ja Leistungsforderung und Leistungsförderung sei nicht sozial, weil zugegebenermaßen und völlig unbestritten die Grundvoraussetzungen des einzelnen Menschen different sind, weil eine gar nicht kleine Gruppe beim besten Willen nicht in der Lage ist, jene Leistungen zu erbringen, die wir brauchen. Es gibt wie überall zwei Wege: Entweder Spitzenleistungen zu verhindern, d. h. ein gleichmäßiges Niveau zu schaffen, oder jene sozialen Sicherheiten für jene zu schaffen, die eben ohne ihr Verschulden in einem reinen Leistungswettbewerb nicht Schritt halten können. Ich glaube, das ist der zweite Weg, der der richtige ist, ich glaube aber nicht, daß diesem zweiten Weg etwa jene Entscheidung entspricht, die in der Frage der Arbeitszeitverkürzung vor wenigen Tagen im Parlament gefallen ist. Ich habe im vergangenen Jahr in der Generaldebatte zur Frage der Arbeitszeitverkürzung Stellung genommen und möchte nochmals einen wesentlichen Punkt herausgreifen. Nämlich jenen, daß die Frage einer Kürzung der Arbeitszeit in der fortschreitenden technischen Entwicklung überhaupt nicht behandelt werden braucht, weil es selbstverständlich zu dieser Arbeitszeitverkürzung kommt. (Abg. Leitner: „Warum sind Sie dann dagegen?“) Schauen Sie, Herr Abgeordneter Leitner, hören Sie noch ein bißchen zu, dann werden Sie es wissen.

Ich bin aber der Meinung und habe diese Meinung voriges Jahr vertreten und werde sie solange

vertreten, bis ja die Auswirkungen unserer, der freiheitlichen Auffassung recht geben werden, daß es leider nicht möglich ist, alle österreichischen Betriebe in einer gleichen Form mehr oder minder über einen Kamm zu scheren.

Meine Damen und Herren, wir haben bei den rund 210.000 Betrieben 360 Betriebe, das sind 0,17 %, mit mehr als 500 Arbeitnehmern. Wir haben 871 Betriebe, das sind 0,41 %, mit 200 bis 500 Arbeitnehmern. Wir haben 1480 Betriebe, das sind 0,71 %, mit 100 bis 200 Arbeitnehmern. Wir haben 41.209 Betriebe, das sind 19,71 %, mit 6 bis 100 Arbeitnehmern, und wir haben 165.135 Betriebe, das sind 79 %, mit bis zu 5 Arbeitnehmern. Nun bin ich nicht der Auffassung, daß die Frage Struktur, Rationalisierung, Wettbewerbsfähigkeit, ausschließlich eine Frage der betrieblichen Größenordnung ist. Aber sie ist auch eine Frage und wenn wir daher feststellen, daß beispielsweise in der Steiermark 60 % der Wirtschaft, 60 % der Betriebe strukturschwächen, zum Teil Strukturbedrohungen aufweisen, dann möchte ich nur fragen, ohne Schuld oder Sühne aufzuzeigen, möchte ich nur fragen, wie diese Betriebe bei einer zusätzlichen Belastung die Wettbewerbsfähigkeit erreichen sollen, die zusätzlichen Mittel verdienen sollen, damit sie rationalisieren, umstellen und modernisieren können, der Wille allein dazu genügt nicht, es ist auch Geld erforderlich. Dann möchte ich auch fragen, wie sie diesen Nachholbedarf, den sie bereits heute strukturell haben, in Hinkunft erreichen werden.

Ich glaube daher nochmals zusammengefaßt, daß eine generelle Entscheidung im Bereiche der Wirtschaft schon primär falsch ist, ich glaube aber insbesondere, daß eine generelle Arbeitszeitverkürzung mit jenen Ausnahmen, die der Generalkollektivvertrag vorsieht, zuletzt auf dem Rücken der Arbeitnehmer ausgetragen werden wird. Denn es ist nicht wahr, meine Damen und Herren, wenn man erklärt, die Wirtschaft sei die Sache der Unternehmer, das sei die Sache der Profite, das sei meinetwegen die Angelegenheit jener, die verdienen wollen. Die Frage der Wirtschaft ist eine, die uns alle angeht, Arbeitnehmer und Arbeitgeber im gleichen Ausmaß. Im Gegenteil, wenn ein Betrieb pleite macht, dann wird zwar ein Arbeitgeber brotlos, jedoch eine ganze Reihe von Arbeitnehmern. Daher ist das Problem auf der Arbeitnehmerseite noch wesentlich prekärer als auf der Arbeitgeberseite. Ich bin mir völlig bewußt, meine Damen und Herren, daß es wahnsinnig einfach ist, zu erklären, ja, der freiheitliche Sprecher oder die FPÖ ist gegen die Arbeitnehmerschaft, ich darf Ihnen aber sagen, daß ich selbst und meine Freunde ebenso in einer ganzen Anzahl von Diskussionen mit Arbeitnehmern an den Sitzen großer und größter Betriebe durchaus Bestätigung erfahren haben, so etwa, wenn wir die Frage gestellt haben, was ist eurer Auffassung nach als Arbeitnehmer in diesem Betrieb wichtiger, die Arbeitszeit zu verkürzen, oder die Möglichkeit des Verdienstes zu erhöhen, etwa dadurch, daß die leistungshemmenden Bestimmungen über die . . . (Abg. Klobasa: „Das ist überhaupt nichts Neues!“) . . . da darf ich Ihnen sagen, was ist denn mit der Versteuerung des Überstundenzuschlages, das sind doch leistungshemmende Voraussetzungen, die je-

den im Grunde genommen bestrafen, der arbeiten und natürlich auch mehr verdienen will. Ich glaube aber, daß dieser Leistungsanreiz, mehr zu arbeiten, wenn man will und damit mehr zu verdienen, auch in unserer Steuergesetzgebung zum Ausdruck kommen muß.

Nun könnte man sagen, gut, das ist in Wien passiert, aber hier in der Steiermark liegen ja die Dinge anders, die Uhr hinter dem Semmering hat einen anderen Schlag.

Meine Damen und Herren! Wir haben im Budget-Ausschuß einen Resolutionsantrag eingebracht, der keinen anderen Zweck hatte, als den früher aufgezeigten Grundvoraussetzungen — gleiche Wettbewerbsbedingungen, gleiche Chancen, Leistungsprinzip — Rechnung zu tragen, und zwar Rechnung zu tragen dort, wo heute vielfach und entscheidend Klage geführt wird im Bereiche der Gewerbe- und Handelsbetriebe, die auf der einen Seite Kapitalgenossenschaften — um es so zu nennen, warenführende Landgenossenschaften, Konsum usw. — gegenüber haben und ungleiche Wettbewerbsverhältnisse. Es geht mir nicht darum, einer Bevorzugung des kleinen Gewerbebetriebes das Wort zu reden, sondern es geht mir darum, für diesen kleinen Gewerbetreibenden, für diesen Unternehmer gleiche Wettbewerbsverhältnisse zu schaffen. Dieser Resolutionsantrag hat den Inhalt gehabt: „Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, bei der Bundesregierung nachdrücklich Vorstellungen zu erheben, um gleiche Konkurrenzverhältnisse zwischen privaten gewerblichen Betrieben und warenführenden Landgenossenschaften und ähnlichen herbeizuführen. Dabei sollen gleiche Wettbewerbsverhältnisse vor allem in folgenden Punkten erreicht werden: Befähigungsnachweis — Sie wissen, daß hier eine sehr differenzierte Auslegung ist — Beurteilung des Lokalbedarfs — ebenfalls differenziert — und gleiche Steuerliche Lasten 1,7%, 5,5%.“ Meine Damen und Herren! Dieser Antrag hat keine Unterstützung erfahren Schön. Auch die Herren des Wirtschaftsbundes, wobei ich nicht meine, daß das eine Frage des Wirtschaftsbundes allein ist, sondern der gesamten Wirtschaft, der Wettbewerbsbedingungen in allen Berufssparten, haben ihn nicht unterstützt. Ich nehme das zur Kenntnis. Ich frage mich nur, warum eigentlich sich innerhalb der Österreichischen Volkspartei der Herr Neisser um eine Änderung des Schlüssels bemüht von 1 : 1 : 1 auf 1 : 2 : 3. Das ist ja bei der Verhaltensweise überflüssig. (Beifall bei der FPÖ.) (Landeshauptmann Krainer: „Das wird aber nicht im Landtag entschieden!“)

**Präsident:** Als nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Stöffler am Wort, nach ihm der Herr Abgeordnete Laurich.

**Abg. Stöffler:** Hohes Haus, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Was an Förderungsmaßnahmen durch das Land durchgeführt wird und darüber hinaus eigentlich die finanzielle Bedeckung für alle Vorhaben und Ausgaben, das hängt ja in gerader Linie mit den Einnahmen zusammen. Dabei stellt die Wirtschafts-

förderung ein Bemühen dar, vorteilhafte Strukturförderungen zu unterstützen, die Krisenfestigkeit der Betriebe zu erhöhen, damit auch die Steuerkraft zu vermehren, Arbeitsplätze zu sichern, die Löhne möglichst zu erhöhen, die Arbeitsplätze zu vermehren. Wenn man bei all diesen Maßnahmen das Richtige treffen will, muß man sich mit einer Reihe von wirtschaftlichen, sozialen, soziologischen Fragen auseinandersetzen. Dabei ist auch mancher Blick in das Ausland sicherlich sehr informativ. Aber ich glaube, im Zentrum all der Überlegungen liegt doch die im Inland sich anbahnende Entwicklung und die Prüfung all dessen, was die einzelnen politischen Parteien für die Zukunft sich vornehmen, was sie besprechen oder was sie an Befürchtungen von sich geben. Die Sozialistische Partei hat sich nun, weil sie sich im Bund in Opposition befindet, lange Zeit nur aufs Kritisieren verlegt. Als dann die Sozialisten erkennen mußten und schließlich auch selbst bestätigt haben, daß ihre negativen Verheißungen nicht eintrafen, haben sie, um sich gleichsam als regierungsfähig zu etablieren, sich aufs Programmieren verlegt. (Abg. Zinkanell: „Das ist modern!“) Und sie haben dem österreichischen Volk damit gewisse Alternativen geboten. Ich habe es nun für zweckmäßig gehalten, mich mit einer dieser Alternativen, nämlich vor allem mit dem Finanzierungsprogramm, zu befassen. (Abg. Heidinger: „Damit der Koren seine Schulden bedecken kann!“) Horchen Sie nur genau zu, Herr Kollege Heidinger. Es soll dazu dienen, daß die SPÖ damit ihre sonstigen Programme finanzieren kann, und ich greife nun einige steuerliche Maßnahmen, die sich die SPÖ für die Finanzierung dieses Programms ausgedacht hat, heraus.

1: Steuersenkungswünsche sollen in Zukunft nicht in Betracht gezogen werden. (Abg. Gerhard Heidinger: „Bei dem Schuldenstand wäre das nicht möglich!“) Sicherlich steht die Steuersenkung im Gegensatz zum erhöhten Finanzbedarf der öffentlichen Hand. (Landeshauptmann Krainer: „Was wäre gewesen, wenn nach dem 66er Jahr die ÖVP jeden Tag so gesagt hätte! Was uns alles hinterlassen wurde!“ — Landesrat Gruber: „Das hat der ÖVP ja der Bundeskanzler und der Finanzminister hinterlassen!“)

Die Wünsche an den Bund, die Länder und die Gemeinden steigen, und sie bedingen daher immer höhere Steuereinnahmen. Meine Damen und Herren! Dieser Weg hat dort sein Ende, wo überhöhte Steuern den Leistungswillen zerstören. Unser heutiges Steuersystem hemmt den Leistungswillen im zunehmenden Maß, denn jedes Prozent, um das der Geldwert gleitet, treibt die Progressionsschraube nach. Der Herr Abgeordnete Loidl hat mit beredten Worten darüber geklagt, daß seine Kollegen, die Bauarbeiter, der Meinung sind, es lohnt sich nicht mehr, Überstunden zu machen, weil ohnehin durch die erhöhte Steuerprogression der Fleiß sich als unzweckmäßig herausstellt. Ihre Partei, Herr Abgeordneter Loidl, sagen Sie das Ihren Bauarbeitern, ist dagegen, daß in Zukunft diese Steuerprogression unter Umständen geändert werden soll, denn sie sagen, die Steuersenkungswünsche sollen in Zukunft zurückgestellt werden. (Abg. Pichler: „Wo

steht das?" — Zahlreiche unverständliche Zwischenrufe von der SPO.) Ich hoffe, Sie haben doch Ihr eigenes Programm gelesen, meine Herren, fragen Sie nicht wo es steht. Das werden Sie doch wohl wissen als Abgeordnete dieser Partei. (Landesrat Bammer: „Sie versprechen doch nur vor den Wahlen die Senkungen, machen tun sie sie nicht!“ — Abg. Zinkanell: „Senkungen kommen nur für die ganz Großen bei Euch!“ — Landesrat Bammer: „Nach den Wahlen hört man es anders, auch bei Ihnen!“ — Präsident: „Ich bitte um Ruhe. Der Herr Abgeordnete Stöffler hat das Wort!“) Sie sagen es so vor den Wahlen, steht so drinnen. (Landesrat Bammer: „Wir sind so ehrlich!“) Dann regen Sie sich nicht auf, wenn ich mich nun auf Grund Ihrer „Ehrlichkeit“ mit dem befasse, was Sie geschrieben haben. (Landesrat Bammer: „Sie haben doch vier Jahre Zeit gehabt, das zu ändern in der Alleinregierung!“ — Präsident Afritsch: „Steuersenkungen!“ — Abg. Loidl: „Das ist Polemik!“) Gott sei Dank haben wir die Zeit nicht dazu benützt, um es so zu ändern, wie Sie das jetzt möchten.

Meine Damen und Herren! Es ist kein Wunder, wenn Spitzenkräfte dieses Land verlassen. Da wird von diesem Rednerpult aus geklagt, daß Universitätsprofessoren ins Ausland gehen. Natürlich gehen Spitzenkräfte dorthin, wo sich ihre Spitzenleistung besser lohnt, wenn bei uns Tüchtigkeit und Fleiß über die Steuer bestraft wird. (Allgemeine Zwischenrufe von der SPO — Glockenzeichen des Präsidenten.) Ich sage Ihnen dazu ganz trocken folgenden Satz: Steueränderungen in dieser Hinsicht außer Betracht zu ziehen, halte ich für einen wirtschaftlichen Unsinn, weil damit der Leistungswille zerstört wird. (Abg. Heidinger: „Das war ein Urteil über Dr. Koren!“) Auch die Anhebung der Spitzenbesteuerung, sicher sehr populär, die Reichen sollen zahlen, liegt ja auch auf dieser Ebene. Sie betrifft ja auch in erster Linie die Spitzenkräfte, die Spitzenkräfte (Abg. Leitner: „Die Spitzenverdiener, nicht die Spitzenkräfte!“ — Landesrat Bammer: „Wer soll denn nun zahlen?“), die wir am allermeisten notwendig haben in Österreich. Wir können gar nicht genug Spitzenkräfte haben. Aber mit einer Erhöhung der Steuern der Spitzenverdiener werden Sie sich keine Spitzenkräfte erhalten, meine Damen und Herren. Da werden wir Auftragnehmer sein. Die anderen werden entdecken, was wir machen sollen, und wir werden vielleicht mitarbeiten dürfen. (Abg. Heidinger: „Wer hat bisher regiert in diesem Land?“ — Abg. Leitner: „Der Herr Vizebürgermeister!“ — Glockenzeichen des Präsidenten.) Horchen Sie einmal zu. Daß Sie das so stört! Schmeckt Ihnen denn der Gugelhupf nicht, den Ihnen der Herr Kreisky gebacken hat? (Landesrat Bammer: „Sehr witzig!“)

3. Alle Begünstigungen — heißt es in Ihrem Programm — im Bereiche der direkten Steuern sollen rigoros gestrichen werden. Das heißt mit anderen Worten, es gäbe in Zukunft keine Investitionsbegünstigungen mehr. Denn das sind Begünstigungen, die auf der Basis der direkten Steuerleistung beruhen. Gepaart mit dem Mangel, daß schon das bisherige Steuersystem eine Kapitalsbildung in der Wirtschaft nicht mehr ermöglicht hat, würde damit

die Rationalisierung der heimischen Wirtschaft praktisch lahmgelegt werden. (Abg. Pichler: „Wo steht das?“) Wo das steht, verehrter Herr Kollege Pichler, ich kann verstehen, daß Sie von einer Bilanz nicht viel verstehen und kein großer Fachmann sind. Ich kann das verstehen, ich bin ja auch kein Eisenbahner, ich könnte nicht mitreden bei der Konstruktion einer Lokomotive, und ich würde mich am Schraubstock höchst ungeschickt benehmen, ich bewundere jeden, der das kann. (Abg. Pichler: „Sie brauchen nicht persönlich zu werden, das steht Ihnen nicht zu! So viel wie Sie verstehe ich auch!“ Abg. Zinkanell: „Das steht Ihnen nicht zu! Zensuren austeilen!“ — Präsident: „Ich ersuche, die dauernden Zwischenrufe zu unterlassen und den Sprecher ausreden zu lassen!“) Meine Damen und Herren, es sitzt halt, was ich sage. So schaut die Welt aus, die von Euch verheißen wird! (Landesrat Bammer: „Jetzt sagen Sie einmal, wer soll die Steuern zahlen!“) Unsere Konkurrenzfähigkeit ist aber hoffnungslos beseitigt und die Arbeitsplätze sind damit in größter Gefahr, wenn unsere Produktionsmethoden nicht laufend und stark verbessert werden können (Abg. Loidl: „Das ist doch eine Binsenwahrheit!“), während die uns umgebende Welt in dieser Beziehung enorme Anstiegskurven zeigt. (Landesrat Bammer: „Über den Konsum haben Sie noch nicht geschimpft!“) Das sozialistische Finanzierungsprogramm sieht eine Erhöhung der Vermögenssteuer um 1 % vor, das bedeutet eine Verdoppelung der derzeitigen Vermögenssteuerbelastung.

Dazu muß man wissen, daß 48,5 % der Vermögenssteuer von juristischen Personen und davon wieder bis zu 70 % von Unternehmungen aufgebracht werden, die ohnehin der öffentlichen Hand gehören.

Für den verbleibenden Teil der Vermögenssteuerpflichtigen, also für das in Privathand befindliche Vermögen, käme eine solche Steuererhöhung einer Konfiskation gleich und zwar deshalb, weil zur Steuerleistung auf die Substanz des Vermögens zurückgegriffen werden müßte. Im weiteren wird eine Erhöhung der Erbschafts- und Schenkungssteuer — ebenfalls um 100 % empfohlen; eine solche Erhöhung der Erbschaftssteuer würde in der Klasse V dieser Steuer, also bei Schenkung unter Fremden, eine totale Enteignung darstellen, da in dieser Klasse der Höchstsatz bereits 60 % beträgt,

In der Steuerklasse IV, also Schenkung zwischen Schwiegerkindern und Schwiegereltern und Abkömmlingen ersten Grades, von Geschwistern, also z. B. an den Neffen, beträgt der Höchstsatz jetzt schon 50 %. Auch hier würde in solchen Fällen eine entschädigungslose Enteignung eintreten.

Bei Schenkung an Kinder und Ehegatten, also in der Steuerklasse I, würde z. B. eine Frau nach dem Tode ihres Mannes, wenn sie ein Einfamilienhaus samt Grundstück im Werte von 1 Million Schilling erbt, eine Erbschaftssteuer von 50.000 S zu bezahlen haben. Was das z. B. für eine Pensionistin bedeutet, braucht nicht geschildert zu werden. Wenn man bedenkt, daß die Bewertung des Betriebsvermögens unterstellt wird, so würde die Erhöhung der Erbschaftssteuer im Falle eines Überganges im Erbwege vielfach die Betriebsveräußerung zur Folge

haben, um diese Steuer zahlen zu können. Ein Beispiel: Bei einem Betriebsvermögen von 2 Millionen Schilling in der Steuerklasse I würde die Steuer 14 % betragen, das wären also rund 280.000.— S. (Abg. Gerhard Heidinger: „Sie, das lesen alles Sie hinein! Wo steht das?“) Sie brauchen sich das nur nach der Steuertabelle auszurechnen, Herr Kollege, dann kommen Sie genau auf diese Ziffern. (Abg. Pichler: „Wir machen ja eine neue Tabelle! Das sind Steuermärchen, was Sie da erzählen!“ — Abg. Pözl: „Das ist doch unerhört, das als Steuermärchen zu bezeichnen, wenn Abg. Stöffler das auf Grund der vorliegenden Unterlagen vorträgt!“) Gewerbliche Betriebe würden also im Falle des Todes des Inhabers ruiniert sein.

Oder ein anderes Beispiel: Bei einem Betriebsvermögen von 10 Millionen Schilling, das etwa der Sohn erbt, wären 20 % Erbschaftssteuer zu entrichten, also 2 Millionen Schilling! (Abg. Pichler: „Nach Euren Tabellen!“) Eine solche Steuerbelastung würde eine eklatante Gefährdung der Arbeitsplätze darstellen, weil die Bezahlung der Steuer die Liquidation des Betriebes heraufbeschwören würde. Das liegt doch auf der Hand. Herr Kollege Loidl, da sehe ich wirklich viel größere Gefahren. (Abg. Loidl: „Da kommt mir das Gruseln, was Sie da erzählen!“) Sie brauchen sich keine Sorgen zu machen, ich habe mir das vorher von Steuerfachleuten genau überprüfen lassen, denn ich setze mich nicht dem Vorwurf aus, daß ich mich mit den Ziffern geirrt habe. Außerdem ist nach dem sozialistischen Finanzierungsprogramm vorgesehen, die derzeitige Möglichkeit des Bausparens praktisch abzuschaffen. (Landesrat Bammer: „Das ist doch eine Verdrehung!“ — Landeshauptmann Krainer: „Die haben ihr eigenes Programm gar nicht gelesen!“) Daß dadurch auf der anderen Seite die Schaffung von Wohnraum allein noch der öffentlichen Hand zükäme und somit der Staatshaushalt wesentlich höher belastet sein würde, als durch die Aufrechterhaltung des Bausparens, ist eine zwangsläufige Folge, dies scheint aber übersehen worden zu sein.

Da schließlich die bäuerlichen Betriebe nach dem sozialistischen Wirtschaftsprogramm nur dann zweckmäßig und rentabel erscheinen, wenn eine Mindestgröße von 30 ha vorliegt, würde die Verwirklichung . . . (Abg. Gerhard Heidinger: „Ja, das sagt der Bauernbund auch! 30 ha Mindestgröße!“ — Abg. Zinkanell: „Im Grünen Plan spricht man von 50 ha!“) Nein, das ist nicht wahr, meine Damen und Herren! Es sollen nach Ihrem Programm Kleinbetriebe unter 30 ha wegen ihrer angeblich aussichtslosen Zukunft von der Subventionsverteilung, also damit auch von der Zuteilung der Förderungsmaßnahmen ausgeschlossen werden. (Landeshauptmann Krainer: „Ausgeschlossen!“) Das heißt, es würde die Verwirklichung Ihres Wirtschaftsprogrammes praktisch die Liquidierung von 80 % der bäuerlichen Betriebe bedeuten. (Abg. Pözl: „Das ist also das ‚Humanprogramm‘ der SPÖ!“ — Landesrat Bammer: „Das ist doch wirklich nicht wahr!“ — Abg. Zinkanell: „Da reden wir noch drüber!“ — Landeshauptmann Krainer: „1 l Milch um 70 Groschen weniger!“ — Abg. Ritzinger: „Das Humanprogramm der SPÖ!“ — Abg. Pözl: Was sagt denn das ‚Steirische Landvolk‘ dazu?“ — Abg. Pichler:

„Außer persönlichen Beleidigungen, Herr Stöffler, war nicht viel drinnen!“ — Landeshauptmann Krainer: „Was war das für eine Beleidigung?“ Präsident: „Ich bitte die Damen und Herren, den Redner nicht dauernd zu unterbrechen und die Wortmeldungen einzubringen. Sonst wird das ein loses Gegeneinanderreden!“)

Meine Damen und Herren! Das waren, wenn Sie wollen, zum Frühstück ein paar Kostproben aus der sozialistischen Programmküche. Ich habe sie Ihnen als politischen Frühschoppen serviert. (Landesrat Bammer: „Mit der schwarzen Brille!“) Aber ich sehe schon, Ihnen, die Sie für diese Küche verantwortlich sind, schmeckt ja das gar nicht. (Gelächter und Beifall bei der ÖVP — Landesrat Bammer: „Das war ein Frühstück mit der schwarzen Brille! Stöfflers Gruselstunde!“)

Im übrigen glaube ich fast, es wäre für Sie gescheiter gewesen, meine Damen und Herren von der SPÖ, Sie wären beim Kritisieren geblieben. Beim Programmieren haben Sie nicht viel Glück gehabt, denn die Verwirklichung dieses Programmes würde ja schreckliche Folgen haben. Darüber muß man sich doch im klaren sein.

Vielleicht sind Sie so stark in der Partei, dieses Programmes noch zu ändern, damit es wirklich eine Alternative ist, denn ansonsten, meine Damen und Herren von der linken Seite, muß ich sagen, wenn Sie Ihr Programm kennen und wenn Sie zu dem Programm stehen, dann wäre es doch ehrlicher gewesen, gegen die Förderungsmaßnahmen zu stimmen, die in diesem Budget sind, denn nach Ihrer Programmierung gehen sie ja ins Leere, ist ja hinausgeworfenes Geld. (Abg. Zinkanell und Abg. Gerhard Heidinger: „Nach Ihrer Auslegung!“) Denn wenn Ihr Programm zum Tragen kommt, dann ist die gewerbliche Wirtschaft längst dezimiert, dann haben wir weniger Bauern und haben auch keine Bauwilligen mehr. (Abg. Gerhard Heidinger: „Das ist Pisas totaler Wahlkampf, was Sie hier verzapfen!“ — Präsident: „Das Wort hat der Herr Abg. Stöffler. Ich bitte um Ruhe!“ Mir hat der Herr Bruno Kreisky, den Doktor hat er verschwiegen, auf dem Kuvert steht er, im Brief nimmer, einen Brief geschrieben. Ich finde das sehr nett von ihm. (Heiterkeit bei der ÖVP — Landesrat Bammer: „Und Sie sind so undankbar zu ihm!“) Da schreibt er, daß die Zielsetzung der Bemühungen nach seiner Meinung ein verstärktes Wirtschaftswachstum bringt. Sehr schön, aber das kommt mir so vor, als wenn einer mit Paprika einen süßen Gugelhupf backen will. (Heiterkeit bei der ÖVP.) Welch ein Widerspruch zwischen dem, was er programmiert, und dem, was er verheißt. Am Schluß schreibt er noch: „Ich bitte Sie deshalb, mir bei der Verwirklichung dieses Wirtschaftsprogrammes — es ist ein Teil des SPÖ-Regierungsprogrammes — zu helfen.“ Na, was glauben Sie, was ich tun werde? (Landesrat Bammer: „Dreimal dürfen wir raten!“) Ich werde mich hüten, glauben Sie mir. (Starker Beifall bei der ÖVP.)

**Präsident:** Der Herr Abgeordnete Laurich hat als nächster Redner das Wort, nach ihm der Herr Abgeordnete Maunz.

**Abg. Laurich:** Nach den temperamentvollen Äußerungen des Herrn Abgeordneten Stöffler nun wieder zu einem steirischen Problem.

Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die erfreuliche wirtschaftliche Entwicklung, die aus den Reden einiger Abgeordneter zum Ausdruck kam, ist leider für zwei Betriebe im Ausseer Raum nicht feststellbar. Für Bad Aussee ist die Saline, die eine jahrhundertelange Tradition hat, von größter wirtschaftlicher Bedeutung. Die derzeitige Lage des Betriebes jedoch und die ständige Verringerung der Arbeitskräfte berechtigen zur Sorge um den Weiterbestand dieses Betriebes, da von den zuständigen Stellen in Wien nichts unternommen wird, die Salzerzeugung dort zu modernisieren und dadurch eine wirtschaftliche Führung des Betriebes zu gewährleisten. Es muß bedenklich stimmen, wenn in einer Zeit, in der der Salzverbrauch jährlich steigt, für das Jahr 1969 waren es zum Beispiel 12 %, nichts geschieht, um die Produktion in Bad Aussee zu heben, so daß diese mit rund 23.000 Tonnen im Jahr gleich bleibt. Ich möchte hier aber ausdrücklich anführen, daß im Jänner und Februar dieses Jahres, aber auch im Dezember, Streusalz aus Deutschland und aus Rumänien eingeführt wurde. Dies, obwohl der Ausseer Salzberg den billigsten Gesteinpreis an Sole hat mit einem Preis von S 23.88. Ich gestatte mir, hier zum Vergleich die anderen Gesteinskosten für 1 m<sup>3</sup> Sole anzuführen: Hallstatt S 36.48, Hallein S 47.40, Bad Ischl S 77.58. Im Jahre 1949 hatte der Salzbergbau in Alt Aussee einen Beschäftigtenstand an Arbeitern von 152 und die Kamitzsudhütte — sie ist die 4. in dieser Reihe — 222 Arbeiter. Heute sind es nur mehr 90 bzw. 84. Der letzte Arbeiter wurde 1949 eingestellt, das Durchschnittsalter der Arbeiter beträgt 51 Jahre. So hat die Jugend von Bad Aussee keine Möglichkeit, in diesem Betrieb unterzukommen, (Abg. Pözl: „Sollen wir die Alten hinausschmeißen?“) Nein, modernisieren, damit man mehr produzieren kann, Herr Kollege Pözl.

Befürchtungen werden laut, daß die Saline ein ähnliches Schicksal erleiden könnte, wie etwa die Hüttenbetriebe in Bad Ischl und Hallstatt, die 1966 geschlossen wurden oder auch die Saline in Hall in Tirol, die 1967 ihren Betrieb eingestellt hat.

Ich möchte ferner erwähnen, daß die modernisierten Salinen in Hallein und in Ebensee sich räumlich nicht mehr ausdehnen können, so daß ihre Erzeugungskapazität in vier bis fünf Jahren erschöpft sein wird. Ich bin überzeugt, daß trotz der Modernisierung dieser Betriebe die zwei Salinen nicht in der Lage sein werden, den gesteigerten Salzbedarf in Österreich zu decken. Der Ausbau und die Modernisierung der Saline in Bad Aussee wird nicht nur durch den erhöhten Salzbedarf erforderlich, sondern bietet sich auch deshalb an, weil in Bad Aussee ein staatseigenes Grundstück von etwa 30.000 m<sup>2</sup> vorhanden ist mit Schleppbahnanschluß in Bahnnähe. Außerdem liegt dieses Grundstück unmittelbar an der Bundesstraße und in wenigen Tagen wird die OKA eine Ringleitung anschließen, so daß auch die Stromversorgung auf jeden Fall gesichert erscheint. Nur durch die Errichtung einer

modernen und rationellen Thermokompressionsanlage oder von Vakuumverdampfern an Stelle der vorhandenen fünf Sudpfannen, die bei hohen Energiekosten nur eine kleine Produktionsmenge liefern, kann der Weiterbestand der Saline und damit die Erhaltung der Arbeitsplätze gesichert werden.

Ein zweiter Betrieb, der mit großen Sorgen einer ungewissen Zukunft entgegenseht, sind die Grundlseer Gipswerke. Noch vor 10 Jahren waren dort 270 Arbeiter beschäftigt, 1969 waren es nur mehr 140 und durch den Produktionsrückgang an Gips und Anhydrit ist mit einem weiteren Absinken des Beschäftigtenstandes zu rechnen.

Die Jahresproduktion an Gips betrug 1966 400.000 t, 1968 280.000 t und sank 1969 auf 240.000 t. Die Vorschau für 1970 ergibt nur mehr 170.000 t. Schon vor zwei Jahren haben der Betriebsrat und die Betriebsleitung auf diese negative Entwicklung hingewiesen. Im Herbst 1969 sollten 28 Arbeiter und 4 Angestellte entweder turnusweise als Pendler oder auch für ständig zu den Stickstoffwerken nach Linz überstellt werden. Da im Betrieb nur 4 ledige Beschäftigte sind, wären durch diese Regelung durchwegs Familienväter betroffen worden. (Abg. Dr. Eichtinger: „Und wie war es in der Veitsch?“) Ja, über die Veitscher Verhältnisse, Herr Kollege, bin ich nicht informiert. Ich spreche über die Grundlseer Gips-Werke.

Abgesehen von diesen sozialen Härten besteht die unmittelbare Gefahr, daß ein Betrieb, der für die Erzeugung von 400.000 Jahrestonnen ausgelegt ist, den Zustand einer Minderförderung auf Grund der hohen Fixkosten auf die Dauer nicht verkraften kann.

Ich stelle das dringende Ersuchen, daß die Steiermärkische Landesregierung bei den zuständigen Stellen alle Schritte unternimmt, daß der Salinenbetrieb (Landesrat Bammer: „Wem gehört denn der Betrieb?“) in Bad Aussee modernisiert und eine Weiterführung des Betriebes der Grundlseer Gipswerke gesichert wird. (Landeshauptmann Krainer: „Herr Kollege, das ist längst unternommen worden!“) Herr Landeshauptmann, ich danke für die Bemühungen, dem Landtag ist aber noch nicht darüber berichtet worden, wie die Bemühungen ausgegangen sind. (Landeshauptmann Krainer: „Wenn ein Antrag vorliegt, wird ja berichtet werden vom Finanzreferenten!“) Nein, das ist nicht über den Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner gegangen, sondern über eine Abteilung, die dem Herrn Landeshauptmann direkt unterstellt ist.

**Präsident:** Als nächster Redner hat Herr Abg. Maunz das Wort, nach ihm Herr Abg. Klančnik.

**Abg. Maunz:** Hohes Haus, meine sehr geschätzten Damen und Herren!

Mehrmals in dieser Budgetdebatte ist die Sorge durchgeklungen über die freigewordenen Arbeitskräfte durch die Erdbeerkatastrophe am Karlschacht in Voitsberg. So bedauerlich diese Umstände sind, können wir doch in diesem Unglück auch von einem gewissen Glück sprechen, daß keine Menschenleben in diesem Zusammenhang zu be-

klagen sind. (Zwischenruf von der SPO: „2x Glück wäre zu viel gewesen!“) Im wesentlichen geht es um 80 bis 100 Arbeitskräfte — Herr Landesrat, Sie würden es vielleicht anders lieber sehen, ich weiß es nicht —. Heuer im Sommer entstand durch eine Brandkatastrophe im Homogenwerk in Kalwang eine ähnlich bedauerliche Situation. Auch dort geht es um rund 80 bis 100 Arbeitskräfte, die durch dieses zerstörte Werk nunmehr ihren Arbeitsplatz zu verlieren drohen. Während der vergangenen Monate wurden langwierige Verhandlungen geführt, einerseits mit der Firmenleitung, andererseits mit den zuständigen Stellen der Burgenländischen Landesregierung. Es dürfte Ihnen, meine sehr geschätzten Damen und Herren, durch die Presse bekannt sein, daß der regierende Fürst von Liechtenstein, der zunächst für dieses Werk verantwortlich ist, Bemühungen eingeleitet hat, durch seine Berater, anscheinend auch wegen der scheinbar dort besser vorhandenen Rohstoffe, das Werk ins Burgenland zu transferieren. Den Bemühungen der Landesregierung und besonders den Bemühungen unseres Herrn Landeshauptmannes ist es zu danken, daß nunmehr nach den bisher vorliegenden Entscheidungen wenigstens ein Teil dieses Werkes und zwar eine Fertigungsstätte in Kalwang wieder errichtet werden soll. Es sollen zunächst dort 40 bis 50 Arbeitskräfte untergebracht werden. Wenn die Meldungen stimmen, die hier auch die Firma Funder verlauten ließ, welche auch mitbeschäftigt ist und ein Werk aufbauen will, soll bei Fertigstellung dieses Werkes die Beschäftigungszahl ein Maximum von 80 bis 90 erreichen. Nun geht es noch darum, wo man diese freigewordenen Arbeitskräfte unterbringen kann. Nachdem in diesem Raum keine Ersatzindustrie vorhanden ist, wäre es einfach und billig, zu verlangen, in diesem Gebiet Ersatzarbeitsplätze zu schaffen. Nun, die Alpine in Donawitz, die in keiner so großen Entfernung liegt, nimmt im Augenblick Leute auf, weil sie auf Grund ihres Programmes die Rohstahlerzeugung auf 1,250.000 Tonnen im Jahre 1970 steigern will. Für dieses Vorhaben, diese Produktionsausweitung, ist bereits 1 Milliarde vorgesehen. Im Zuge der Arbeitszeitverkürzung besteht ein echter Bedarf an Arbeitskräften. Um diesem Bedarf nachzukommen, sind von der Alpine bereits Vorkehrungen getroffen worden, um Fremdarbeiter aufzunehmen und auch nach Unterbringungsmöglichkeiten wurde bereits gesucht und es sind auch hier bereits gewisse Vorarbeiten im Gange. Meine Überlegung und mein Vorschlag an die zuständigen Stellen wäre der, daß man an Stelle der Kosten, die man für die Unterbringung der fremden Arbeitskräfte aufbringt, vielleicht doch einen Arbeitsautobus von Donawitz nach Kalwang organisiert. Ich glaube, rein kostenmäßig würde das sicher unterzubringen sein, es wäre für beide Teile eine befriedigende Lösung, vor allem, wenn man daran denkt, daß die Fremdarbeiter auch viele negative Seiten mit sich bringen. In diesem Sinne darf ich noch der Landesregierung für die bisherigen Bemühungen danken und den Herrn Landeshauptmann bitten, daß er für die Verhandlungen mit der Alpine seine Wohlmeinung zur Verfügung stellt. Ich danke Ihnen sehr. (Beifall.)

**Präsident:** Herr Abg. Klancnik hat als nächster Redner das Wort, nach ihm Herr Abg. Leitner.

**Abg. Klancnik:** Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Wenn ich heute für meine Berufsgruppe Stellung nehmen darf. Wir gehören zu jenen, die ein Opfer der Stöfflerischen Theorie (der Konzeptlosigkeit) sind und ich darf in meinen Ausführungen auf einige Dinge hinweisen, wo auch die Bundesregierung von sich aus Programme erstellte, sie aber nicht verwirklicht hat.

Die Beratungen der Gruppe 7 unterscheiden sich heuer gegenüber dem Vorjahr zumindest was den Fragenkomplex Kohle betrifft wesentlich.

Die Nachfrage nach dem Produkt Kohle ist größer geworden, und zwar deshalb, weil verschiedene Umstände mitgewirkt haben, und zwei Tage vor Beginn der Voranschlagsberatungen in diesem Hohen Hause im weststeirischen Revier sich eine Erdbeben ereignet hat, deren Auswirkungen noch nicht ganz abgeschätzt werden kann.

Es haben bereits alle Tageszeitungen davon berichtet, daß ein Weiterfördern von Kohle tagbaumäßig im Tagbau I Köflach nicht mehr möglich sein wird. Wir müssen aber trotz dieses tragischen Ereignisses froh und dankbar sein, daß nicht auch Menschenleben zu beklagen sind. Schäden, die an Material entstanden sind, wenn auch schwer, können ersetzt bzw. gutgemacht werden. Darüber aber, ob auch die erhöhten Aufwendungen, welche entstehen, um die dort lagernde Kohle nun grubenmäßig abzubauen, vom Unternehmen allein getragen werden können, erlaube ich mir heute noch keine Aussage zu machen.

Unser eingebrachter Antrag, die Hohe Landesregierung möge die Möglichkeit einer Hilfe prüfen, ist aus der Sorge heraus entstanden, denn sollten sich durch die grubenmäßige Gewinnung erhöhte Aufwendungen ergeben und diese vom Unternehmen nicht getragen werden können, dürfen nicht voreilige Entscheidungen getroffen werden, die letztendlich eine Verminderung der Belegschaftsstände zur Folge hätten. Denn von seiten der Bundesregierung — und dies aus der Erfahrung der Vergangenheit — kann mit einer ernstlichen Hilfe wohl kaum gerechnet werden. Die Rutschung ist deshalb so tragisch, da sie zu einem Zeitpunkt passierte, wo Abnehmerwünsche nicht voll und schnell genug befriedigt werden können. Im Tagbau I lagern noch ca. 2 bis 2,3 Millionen Tonnen hochwertiger Karlschachter Kohle. Wieweit diese grubenmäßig bzw. in welcher Menge sie noch gewonnen werden können, werden die noch anzustellenden Untersuchungen ergeben. Bezüglich des Belegschaftsstandes kann gesagt werden, daß sich Unternehmensleitung und Zentralbetriebsrat gemeinsam bemühen, keine Reduzierungen desselben vornehmen zu müssen. Nicht einfach wird das Auffangen der dort freiwerdenden 130 bis 140 Belegschaftsmitglieder der Firma Negrelli sein, die durch das Einstellen des Abraumes zwangsläufig frei werden. Denn das Sonder-Unterstützungsgesetz, welches für Bergarbeiter Gültigkeit hat, findet für Beschäftigte der Firma Negrelli bis zum gestrigen Tage noch keine

Anwendung. Das Jahr 1969 und das Ereignis der letzten Tage hat es vielleicht zutage gebracht, welche Folgen entstanden wären, hätte man die vorgesehenen Betriebsschließungen zur Kenntnis genommen. Den Bemühungen der Beschäftigten in den Betrieben und ihrer Interessenvertretungen Gewerkschaft und Kammer hat gerade der Hohe Landtag durch seine einstimmige Meinungsäußerung, daß die Betriebe aufrecht zu erhalten sind, die größte Unterstützung zukommen lassen. Die hohe Landesregierung hat durch die bereitgestellte Hilfe zur Aufschließung des Tagbaues II, bekannt unter dem Namen „Georgifeld“, zur Aufrechterhaltung des weststeirischen Reviers den entscheidendsten Beitrag geleistet. Auch indirekt wurde dadurch der Druck von den Betrieben Fohnsdorf und Bergla genommen. Durch die mögliche Förderungsverlegung auf den Tagbau II können die Kosten der geförderten Tonne Kohle weiter günstig beeinflusst werden. Außerdem kann für den momentanen Fall aus diesem Tagbau den Lieferverpflichtungen nachgekommen werden. Wir als Beschäftigte in den Bergbaubetrieben haben die Meinungsäußerung des Hohen Landtages und die Haltung der Landesregierung dankend zur Kenntnis genommen und wissen dies auch zu schätzen, umso mehr, weil die Bundesregierung als Eigentumsvertreterin dieses Verständnis bis heute nicht immer aufgebracht hat. In den meisten Fällen, wenn es darum gegangen ist, den Betrieben, die eine volkswirtschaftliche Aufgabe zu erfüllen haben, Hilfe angedeihen zu lassen, hat sich der Eigentümer versucht über die Distanz zu reden. Über das Problem Kohle in Österreich wurde schon sehr viel geschrieben und geredet. Ich darf einige Fakten aufzeigen, welche von den Nicht-Kohlenfreunden bewußt oder unbewußt außer acht gelassen werden. Bei der Frage Kohle ja oder nein muß die gesamte Energiewirtschaft ins Auge gefaßt und nicht nur ein Energieträger herausgegriffen werden. Es mag natürlich für manchen sehr aktuell erscheinen, wenn von Steuermillionen die Rede ist und noch dazu, wenn verschwiegen wird, welche Subventionen der Wirtschaft indirekt zum Zeitpunkt ihres Aufbaues durch die günstigen inländischen Kohlenpreise gewährt wurden. Es dürften sicherlich Milliarden gewesen sein. Ein einziger Vergleich veranschaulicht dies schon und rechtfertigt die Annahme der indirekten Subvention. Grubenverkaufspreise bzw. Einfuhrwerte an der Grenze, Preisvergleich 1937 : 1959, denn dort war die Förderung am höchsten. Ausländische Steinkohle ist um das 21-fache gestiegen, ausländische Braunkohle um das 14fache, inländische nur um das 8½fache. Der durchschnittliche Verbrauch pro Jahr — bezogen auf den Vergleichszeitraum — betrug 15 bis 16 Millionen Tonnen, gerechnet auf Braunkohlenbasis. Die Inlandsförderung wurde aus Notwendigkeitsgründen bis 1957 auf 7 Millionen Tonnen angehoben. Würde man die Preisdifferenz rechnen, glaube ich, kann wohl mit ruhigem Gewissen von einer Subventionierung der Wirtschaft durch den Bergbau gesprochen werden. (Abg. Pözl: „Auch der Eisenbahn und all dieser Dinge!“) Ja, die gesamte Wirtschaft.

Die laut Bundesgesetz eingeführte Bergbauförderung, welche zum größten Teil für Betriebsstilllegungen und nicht, wie im Gesetz vorgesehen, als

Förderung ausgegeben wurde, kann nur als kleiner Rückerstattungsbeitrag angesehen werden. Ich darf noch anführen: Die GKB hat bis zur Eingliederung Fohnsdorf aus diesem Titel keinen Groschen erhalten. Im Gegenteil! Gewinne wurden über die Muttergesellschaft an den Eigentümer abgeführt! Außer acht gelassen werden auch immer Vergleichsziffern anderer europäischer Länder bezüglich der Subventionierung Kohle. Darüber wird ja sicherlich mein Freund Vinzenz Lackner mehr sagen. Es wird in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ein Betrag von 41 Milliarden Schilling für solche Zwecke ausgegeben. Dies sicherlich nicht nur aus Liebe zum Bergbau, sondern als Versicherungsprämie für einen Eventualfall. Das gleiche wäre für Österreich gutzuheißen, wenn man die Frage der Energiewirtschaft als Ganzes betrachten würde. Selbst für Österreich ist die Kohle noch nicht uninteressant, denn sie dient noch immer als Preisregulator, und durch die Bedeutung des Tagbaues II in Köflach wird dies noch länger der Fall sein. Wenn auch die heimische Kohle im Prozentsatz zur gesamten Energieaufbringung zurückgegangen ist, so kann dieser Prozentsatz einmal entscheidend sein. Natürlich muß der gute Wille für eine entsprechende Verwendung vorhanden sein. Nicht die Entstellung von Tatsachen oder das Hochspielen der Bergbauförderung löst dieses Problem, sondern ein Energieplan, in dem der Kohle der ihr zustehende Platz eingeräumt wird. (Abg. Pözl: „Das haben seit 20 Jahren die Sozialisten nicht gemacht!“) Aber der Handelsminister war seit 1945 schwarz. (Landesrat Peltzmann: „Wenn Sie mit ‚schwarz‘ anfangen, werden wir Sie nur mehr mit ‚rot‘ betiteln!“ — Abg. Pözl: „Das ist ein sozialistischer Generaldirektor!“) Sie werden es sicherlich fast nicht glauben können, daß der Eigentümer, vertreten durch den Herrn Bundesminister für Verkehr und verstaatlichte Betriebe, mit Schreiben vom 5. Februar 1969 — und ich sage Ihnen jetzt die Geschäftszahl, damit Sie das überprüfen können —, Zl. 73.802/2-IV/7/69, die OIG aufgefordert hat, ihre Stellungnahme zum Ministerratsbeschluß vom 6. Juni 1967 neuerlich zu überprüfen. Außerdem wurde in diesem Schreiben aufmerksam gemacht, daß laut Vorstellung des Bundesministeriums für Handel und Gewerbe, welches auch die oberste Bergbehörde ist, die Höchstförderungsmenge für 1970 nur mehr 3 Millionen Tonnen betragen soll. Welche Auswirkungen dieser Ministerratsbeschluß, welcher anscheinend heute noch besteht, für die Steiermark hätte, darf ich kurz in Erinnerung rufen. Das würde bedeuten: die Schließung Fohnsdorf 1970, die Schließung Zangtal 1970, die Schließung Pöfing-Bergla 1971. Das wäre eine Verminderung der Inlandsaufbringung von 840.000 Jahrestonnen und eine Verminderung des Belegschaftsstandes um ca. 2000. Der momentane Zustand, wie schon erwähnt, daß Abnehmerwünsche nicht ganz und rasch genug befriedigt werden können, soll nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, daß der Einbau der Kohle im ausreichenden Maße in die Stromerzeugung noch aussteht. Trotz großzügiger Versprechungen anlässlich der Regierungserklärung 1966 ist der Einsatz der Kohle für Stromerzeugung noch immer von Zufälligkeiten abhängig. Auch das dem Nationalrat vorgelegte Energiekonzept der Bundes-

regierung, welches im Herbst zur Beratung kommen sollte, beinhaltet nicht sehr viel Neues, sondern begnügt sich mit Bestandsaufnahmen der Vergangenheit.

Nimmt man aus der kargen Vorschau doch die Prozentsätze, um wieviel der Strombedarf in Österreich in den nächsten zehn Jahren steigen wird, und versucht dann eine Unterteilung der Energieträger vorzunehmen, könnte mit einigem guten Willen die Kohle entsprechend eingeplant werden. Die Verbundgesellschaft hat seit langem den Antrag gestellt, daß sie von den Abnahmeverpflichtungen 700.000 Jahrestonnen in Voitsberg befreit wird. Dieser Vertrag soll um 300.000 Tonnen jährlich gekürzt werden (Abg. Pözl: „Der war sauschlecht, aber man kann doch nicht meinen, daß in vier Jahren der Minister das, was die Sozialisten in 20 Jahren verhaut haben, repariert!“), somit würden nur mehr 400.000 Jahrestonnen verbleiben. Eine solche Abnahmeverminderung müßte zwangsläufig zur Schließung des Betriebs Pöfing-Bergla und eines weiteren in der gleichen Größenordnung im Bezirk Voitsberg führen. Aber damit wäre das Problem noch nicht gelöst. Das Fernheizwerk Graz hat in seinem Kohlenabnahmevertrag die Bestimmung enthalten, daß, wenn der Betrieb Pöfing-Bergla geschlossen wird, die Fernheizwerk AG. von ihren Abnahmeverpflichtungen enthoben ist. Somit wäre ein weiterer Betrieb gefährdet oder alle noch verbleibenden müßten die Förderung einschränken, was die Kosten natürlich weiter ungünstig beeinflussen würde. Ein Umlegen der Belegschaften in andere Betriebe ist nicht möglich. Ein solcher Zustand kann auch eintreten, wenn es nicht in absehbarer Zeit gelingt, in Voitsberg einen neuen Maschinensatz zu bauen, da der erste in einigen Jahren nicht mehr wirtschaftlich genug arbeiten wird, oder die Fernheizwerk AG. ihren Vertrag über Kohlenabnahme, welcher bis 1973 befristet ist, nicht verlängert. Wenn nur eines von beiden eintreten würde, könnte es schon eine Katastrophe bedeuten. Sollte die Inlandkohle weiter die Rolle des Preisregulators beibehalten, und, wenn auch extreme Verhältnisse vorherrschen, diese einigermaßen gut überstanden werden sollen, müßte der Eigentümer Möglichkeiten schaffen, daß den Betrieben bei Investitionen von der öffentlichen Hand das nötige Kapital zur Verfügung gestellt wird. Denn nur das Abdecken von Abgängen allein kann auf lange Sicht nicht genügen. Der Kapitalsmangel gestattet den Betrieben nur die teilweise Durchführung von Investitionen und diese können deshalb nicht immer auf den neuesten Stand der Technik gebracht werden, wodurch natürlich die Produktionskosten ungünstig beeinflusst werden.

Dies, meine Damen und Herren des Hohen Hauses, bitte ich, mit zu berücksichtigen, wenn die Frage Kohle einmal stärker und einmal weniger stark in den Vordergrund rückt. Ich ersuche Sie aber auch, in Zukunft den Bergbau Ihr gleiches Verständnis entgegenzubringen, wie in der Vergangenheit es schon einige Male in diesem Hohen Hause der Fall war. (Beifall bei der SPÖ.)

**Präsident:** Als nächster Redner hat sich Herr Abg. Leitner zu Worte gemeldet, ich erteile es ihm. Nach ihm spricht Herr Abg. Meisl.

**Abg. Leitner:** Meine Damen und Herren, Herr Abg. Götz hat es im Zusammenhang mit dem Kapitel Wirtschaftsförderung für notwendig gefunden, hier den Standpunkt der SPÖ zur Arbeitszeitverkürzung darzulegen und er hat ganz deutlich gezeigt, wie die Stellung der FPÖ ist — nämlich gegen die Herabsetzung der Arbeitszeit von derzeit 45 Stunden auf 43 Stunden. (Abg. Scheer: „Nicht gegen, sondern planmäßig!“) Ich weiß, daß Herr Abg. Götz nicht direkt gesagt hat, gegen die Arbeitszeitverkürzung sei er, sondern er hat gesagt, er ist gegen die generelle Herabsetzung und so, wie er es dargestellt hat, würden die Arbeiter und Angestellten einiger Betriebe in den Genuß kommen, jedoch der weitaus größte Teil der Betriebe wäre noch nicht so weit, seiner Ansicht nach. Dazu möchte ich sagen, daß auch wir Kommunisten verschiedenes bei dem Gesetz kritisieren, unter anderem, daß dem Arbeiter und Angestellten in diesem Zusammenhang Pausen gekürzt werden, welche Kürzung nicht notwendig wäre. Wir kritisieren auch, daß diese Arbeitszeitverkürzung nicht schon längst durchgeführt wurde und das ist nicht nur eine Stellungnahme von uns Kommunisten, sondern bekanntlich hat der frühere Sozialminister Proksch in einem Plan schon vorgesehen, wann die Arbeitszeitverkürzung auf 40 Stunden kommt und danach müßten wir diese schon haben. Aber besser als nichts ist doch die Arbeitsverkürzung auf 43 Stunden ab 1. Jänner 1970. Ich möchte mich jetzt aber mit den Argumenten des Abg. Götz auseinandersetzen und beweisen, daß es dennoch möglich ist, und daß hier die FPÖ offensichtlich von einem Standpunkt ausgeht, den einige sehr reaktionäre Unternehmer vertreten und die FPÖ glaubt, diesen Standpunkt unterstützen zu müssen. Bekanntlich haben ja die Unternehmer und ihre Vertreter bei diesen Verhandlungen um die Arbeitszeitverkürzung zugestimmt und sie hätten sicher nicht zugestimmt, wenn das — wie Herr Abg. Götz es dargestellt hat — aus wirtschaftlichen Gründen nicht möglich gewesen wäre. Gerade diese Herren wissen sehr gut, sich um ihre Haut zu wehren und deshalb ist es nicht die Aufgabe der Arbeiter- und Angestelltenvertreter, sich Sorgen zu machen um das Wollen und um das Können der Unternehmer. Ich hätte in diesem Zusammenhänge nur einen Wunsch, daß die Gewerkschaftsvertreter, die die Interessen der Arbeiter und Angestellten zu vertreten haben, mit ebenso einer Vehemenz, mit ebenso einer solchen Ausdauer, mit eben einer solchen Durchschlagskraft diese Interessen vertreten. Dann wäre es so, daß wir jetzt nicht die 43-Stundenwoche, sondern schon die 40-Stundenwoche hätten. (Abg. Scheer: „Die Leute wollen mehr verdienen und nicht weniger arbeiten!“) Das gehört ja auch dazu. Das ist auch eine Form des Anteils am Sozialprodukt. Es ist weiters bekannt, daß durch Lohnerhöhungen und auch durch Arbeitszeitverkürzungen die Unternehmer, auch die österreichischen, gezwungen werden, ihre Betriebe zu modernisieren, zu rationalisieren und gerade das wird österreichischen Unternehmern gegenüber Un-

ternehmern in anderen Ländern vorgeworfen, daß sie das viel zu wenig tun; und wir glauben, daß dies ein Ansporn, ein Zwang auch für eine höhere Leistung sein wird. Wir haben weiters die Erfahrung gemacht, daß alle bisher durchgeführten Arbeitszeitverkürzungen nicht — so wie offensichtlich Herr Vizebürgermeister Götz befürchtet — zu einer Einschränkung oder Kürzung der Produktion und Leistung führt, sondern im Gegenteil. Als seinerzeit die 48-Stundenwoche eingeführt wurde, hat auch der überwiegende Großteil der Unternehmer befürchtet, daß dadurch die Leistung wesentlich zurückgeht. Die Entwicklung in den vergangenen Jahrzehnten hat genau das Gegenteil bewiesen. Auch als die Arbeitszeit von 48 auf 45 Stunden reduziert wurde, ist die Leistung der Arbeiter und Angestellten nicht gefallen, sondern, wie die ganzen Statistiken beweisen, gestiegen. Die Arbeiter und Angestellten haben ein Anrecht, besonders dann, wenn man sieht, daß diese sozialen Rechte nicht nur (Abg. Scheer: „Das ist ja auch ein gewerkschaftlicher Wunsch. Aber weniger arbeiten und mehr verdienen zur gleichen Zeit, das geht nicht!“) . . . wird ja auch! Weil die Leistung durch Modernisierung und bessere Organisation und durch Rationalisierung . . . (Scheer: „Weniger arbeiten und mehr verdienen!“) Nach Ihren Ansichten, die sehr veraltet sind und die Sie sich in diesem Hohen Hause zu vertreten trauen, . . . (Abg. Scheer: „Wir haben den Mut zur Wahrheit!“) Es zeigt sich doch, als die Arbeiter noch gezwungen waren, 60 Stunden zu arbeiten, wurde wesentlich weniger geleistet. (Abg. Brandl: „Da hat er recht!“) Als die Arbeitszeit von 48 auf 45 Stunden herabgesetzt wurde, wurde wieder erneut innerhalb kürzester Zeit die Leistung gehalten und ist in den letzten Jahren wieder gesteigert worden. (Abg. Scheer: „Ja, warum ist sie gehalten worden?“) Durch die Modernisierung, durch die Rationalisierung. Auch die Arbeiter und Angestellten haben ein Recht auf Anteil an dieser Leistung. (Abg. Scheer: „Das ist ja nicht bestritten! Aber das kann man ja nicht an einem Tag machen!“) Und ein Teil dieser Leistungen sind eben die sozialen Rechte. (Abg. Heidinger: „Eine Unternehmerpartei!“ — Abg. Brandl: „Ja, eine ausgesprochene Unternehmerpartei!“) Sie gerade von der FPÖ sprechen immer soviel von Europa. Zu Europa — Herr Abg. Scheer, ich werde nicht hier ein Bekenntnis zum Deutschnationalismus ablegen, was bei Ihnen dahinter steckt — gehört vor allem —, es zeigt sich ja, ich habe das in meiner Generalrede angeführt, der Herr Finanzminister Dr. Koren hat darauf hingewiesen, daß Österreich mit einem Zuwachs des Bruttonationalprodukts von 6% mit an der Spitze steht, wir haben Leistungen, die sich in Europa zeigen lassen — daß die österreichischen Arbeiter und Angestellten für die Europaleistungen, die sie in ihrer großen Masse vollbringen, in Form von höheren Löhnen und auch in Form von vergrößerten sozialen Rechten, wie es die Arbeitszeitverkürzung ist, entlohnt werden. (Abg. Nigl: „So erstrebenswert ist Westeuropa!“) Ich möchte Ihnen sagen, daß in verschiedenen sozialistischen Ländern (Abg. Gerhard Heidinger und Abg. Brandl: „Kommunistischen!“) die Arbeitszeit kürzer ist, so die 40-Stundenwoche eingeführt wurde. (Abg. Gerhard Hei-

dinger: „Dort ist ja auch schon das Paradies ausgebrochen!“) Aber wir sind in Österreich. Es zeigt sich, daß das Image der FPÖ, wie ich schon gesagt habe, in so wesentlichen Fragen reaktionär hinterwäldlerisch, Herr Abgeordneter Scheer, ist. (Abg. Scheer: „Wir sind auf dem richtigen Weg. Wenn Sie uns hinterwäldlerisch benennen, dann sind wir auf dem richtigen Weg. Wir wollen von Ihnen gar nicht anders genannt werden!“) Herr Abgeordneter Scheer, wenn Sie das nur als Phrase so hinwerfen (Abg. Scheer: „Ganz ernst!“), dann muß ich mir gefallen lassen, daß das wirken würde bei verschiedenen Leuten. Aber konkret, wie ich das angeführt habe, rutschen Sie aus. (Abg. Scheer: „Herr Kollege Leitner, ich bin ja froh, daß Sie nicht zufrieden sind mit unserer Partei. Ich bin ja sehr glücklich, daß Sie uns angreifen. Wenn Sie uns loben würden, wäre das das größte Unglück für unsere Partei!“ — Landesrat Wegart: „Herr Abgeordneter Leitner, loben Sie ihn einmal!“) Werde das gleich machen. (Gelächter — Abg. Gerhard Heidinger: „Das geht nicht!“ — Präsident: „Ich bitte, den Redner nicht dauernd zu unterbrechen!“) Der Herr Abgeordnete Götz hat im Zusammenhang mit dem Kapitel Kunst ebenfalls gesprochen und hat zugegeben, daß er für die moderne Kunst keinerlei Verständnis hat und hat sich selbst, ich glaube, richtig gehört zu haben, als Wüstensohn bezeichnet. (Abg. Scheer: „Er hat gesagt „Scheich“!) Das stimmt ziemlich mit der Stellung zur 40-Stundenwoche überein. (Abg. Gerhard Heidinger: „Scheich von Kuwait!“) Ein weiteres wichtiges Kapitel, wo die FPÖ offensichtlich neben der modernen Zeit — für die sie angeblich auch so eintritt — steht. (Abg. Nigl: „Das war ja schon vorgestern!“) Jedenfalls bei der Budgetdebatte. (Abg. Nigl: „Haben Sie nicht zugehört!“) Aber Wüstensohn hat er sich genannt.

Als drittes, das so richtig zum Image der FPÖ paßt, ist die Stellung der FPÖ zur Neutralität anzusehen, die bekanntlich so ist, daß ihnen niemand glaubt, daß sie anständig und richtig zu Österreich stehen (Abg. Scheer: „Da traue ich mich jeden Vergleich mit Ihnen aushalten, was die Neutralität anlangt!“) Das sind Sie nicht imstande. Ich würde Ihnen nur den guten Rat geben, nicht Dinge hier aufzurollen, sonst müßte ich etwas weiter zurückgreifen, und da kommt die FPÖ bekanntlich nicht gut weg. Ich möchte nur sagen, daß die FPÖ und ihre Stellungnahme zeigt, daß sie jedenfalls nicht, wie immer gerne behauptet, eine moderne Partei ist.

Meine Damen und Herren! Mein Vorredner hat schon zur Frage Kohle gesprochen, die hier in diesem Haus schon sehr oft eine Rolle gespielt hat und zu der ich ebenfalls schon öfter und ausführlich Stellung genommen habe. Die Kohle wurde und wird auch immer wieder (Abg. Pichler: „schwarz bleiben!“) abgeschrieben. Die Kohlenbergbaue aufrecht zu erhalten wird als nicht notwendig hingestellt. Und vielleicht bestreiten das einige Damen und Herren in diesem Haus, daß das so ist. Aber richtig ist, daß die Zusperrer, die in der Regierung, in verschiedenen Kammern usw. sitzen, doch in den Jahren auch große Erfolge errungen haben und noch weiter erringen und daß es deswegen wirklich not-

wendig ist, Maßnahmen zu treffen, um das zu verhindern. Ich möchte nur zurückerinnern — Ratten, von heute auf morgen ohne Argumentation zugesperrt. (Landesrat Wegart: „Von heute auf morgen ausgekohlt!“) Ratten? Ist nicht ausgekohlt, das wurde zugemauert. (Landesrat Wegart: „Ja natürlich, wenn nichts drinnen ist. Was sollen sie denn machen?“) Seegraben war angeblich ausgekohlt. Aber alle Leute, die dort gearbeitet haben und die etwas verstehen, sagen, daß noch genügend Kohle drinnen wäre. Natürlich wäre es notwendig gewesen, Verschiedenes aufzuschließen. Aber die ganze Politik, die durchgeführt wird, jedes Argument, wenn zuviel Wasser da ist, das Öl, die Erdgase, die Preise, die sozialen Rechte, alles wird da mit hineingeschmissen, und ich werde dazu noch einiges sagen. Piberstein wurde zugesperrt, faktisch ist den Zusperrern der Dammbruch zu Hilfe gekommen. Aber das ist ja nicht zufällig gewesen, sondern obwohl dieser Damm, was ich mich erinnern kann, nur für sieben oder acht Meter kommissioniert wurde — die Höhe — wurde er über 20 m aufgeführt und die zuständige Bergbehörde und die verschiedenen zuständigen Funktionäre hätten das auch sehen müssen, daß dieser Damm nicht für 20 m oder darüber, sondern nur für sieben oder acht Meter kommissioniert war, daß das eines Tages schiefgehen muß. Die Betroffenen waren damals auch die dort beschäftigten Arbeiter und Angestellten. Gott sei Dank kein Todesopfer, aber das ist trotzdem nicht richtig gewesen:

Jetzt zum Karlschacht. Und da möchte ich meinem Vorredner sagen, er hat sich heute sehr vornehm und sehr vorsichtig ausgedrückt. Ich habe heute die Rede des Herrn Abgeordneten Pay im Nationalrat zu dieser Frage gelesen, und er hat dort offen festgestellt, daß im Zusammenhang mit diesen Rutschungen festgestellt werden muß, daß das nicht — so wie es dargestellt wird — darauf zurückzuführen ist, daß irgendwelche besondere Quellen sich besonders stark entwickelt haben, sondern daß es dort ernste Versäumnisse gibt, und — wie ich informiert wurde — wurde dort abgebaut, ohne die entsprechenden Sicherungsmaßnahmen durchzuführen, nur um möglichst viel und schnell herauszubringen. Das Ergebnis sind jetzt die großen Rutschungen. Man darf nicht nur sehen, daß dort einige hundert Arbeiter um ihren Arbeitsplatz fürchten. Wenn sie auch wo anders unterkommen, das ist immer wieder schwer. Wenn man in irgend einen Betrieb kommt, dann kommt man als Letzter dort hinein und hat nicht diese Voraussetzungen, die man sich in jahrelanger Arbeitszeit im jeweiligen Betrieb geschaffen hat. Aber man muß auch sehen, daß durch diese Erdbeben Millionenwerte von Maschinen verlorengegangen sind, die der österreichischen Volkswirtschaft, dem österreichischen Staat und dadurch allen österreichischen Bevölkerungsschichten gehören, und man muß auch sehen, daß durch diese Arbeitsweise die Schwierigkeiten gerade auf dem Kohlensektor, die jetzt im Zusammenhang mit der geringen Wasserführung unserer Flüsse bestehen, noch vergrößert und verstärkt werden.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch bemerken, wie wichtig der heimische Kohlenbergbau noch immer für die österreichische Wirtschaft und auch

für den Hausbrand besonders in Steiermark ist, zeigt wieder einmal der heurige wasserarme Herbst und der eben erst beginnende Winter, wo infolge langer Wasserknappheit die Kraftwerke viel zu wenig Strom imstande sind zu erzeugen und daher mehr kalorischer Strom erzeugt werden muß. Das ist nur möglich, weil in den letzten Jahren ein größerer Lagerbestand an Feinkohle sich angesammelt hat, der die Möglichkeit gegeben hat, in den Sommermonaten, in den schönen Herbstmonaten genügend Reserven zu bilden, um im Herbst und den ganzen Winter hindurch durchzufahren und damit die Wirtschaft mit elektrischer Energie zu versorgen. Aber trotz dieser Tatsache — und das ist bezeichnend — hat die Bundesregierung auch für 1970 in ihrem Voranschlag die Mittel für die Bergbauförderung reduziert. Das hat der stellvertretende Generaldirektor Dr. Fabrizio bei einer Barbarafeier in den letzten Tagen erklärt, obwohl zur selben Zeit, das hat er richtig angeführt, gerade für bestimmte andere Schichten, für agrarische Schichten und auch für das Militär wesentlich mehr Mittel bereitgestellt wurden. Man will den österreichischen Braunkohlenbergbau nach den Plänen des in- und ausländischen Kapitals, besonders der Erdölmonopole, die im heimischen Braunkohlenbergbau eine Konkurrenz sehen, weiterhin einschränken. Diesen Plänen muß man in die Arme fallen.

In der Generaldebatte habe ich festgestellt, daß es notwendig ist, um einen wirklichen Vorstoß in die Fertigungsindustrie durchzusetzen und unsere Anlagen vor allem in der verstaatlichten Industrie zu modernisieren, soweit das nicht schon geschehen ist, daß dazu ein Aufbauwille gehört und nicht ein Wille, der immer wieder in der Bundesregierung und auch in der OIG zum Durchbruch kommt, der Wille, einzuschränken, zuzusperren und zu verkaufen. Natürlich wissen wir, daß zum Auf- und Ausbauen Geld gehört und wir sind der Ansicht, daß es gut angelegt ist und daß nur der Eigentümer — bei den verstaatlichten Betrieben ist dies der Bund — dieses Geld geben kann und muß. Aber die verstaatlichte Industrie, die so dringend größere Investitionen benötigt, kommt, wie ich schon gesagt habe, in der Budgetrede des Finanzministers Koren, soweit es um Investitionen geht, überhaupt nicht vor, dafür aber andere Schichten und andere Kapitel. Heute habe ich gelesen, daß für die verstaatlichten Betriebe nur rund 130 Millionen Schilling vom Finanzminister zur Verfügung gestellt wurden zum Ausbau der verstaatlichten Industrie und das ist natürlich viel zu wenig. Wie sich diese engstirnige, diese verstaatlichungsfeindliche Politik der Bundesregierung auswirkt, möchte ich am Beispiel des Gußstahlwerkes in Judenburg zeigen. Das Alpine-Werk in Judenburg braucht, um in Zukunft bestehen zu können, um die Arbeitsplätze der 2000 dort beschäftigten Arbeiter und Angestellten zu sichern, für die Modernisierung veralteter Anlagen und für den Ausbau nach den Angaben von Doktor Fabrizio eine kräftige Investitionsspritze in der Höhe von 400 bis 500 Millionen Schilling in den nächsten zehn Jahren. Dadurch könnte die Kapazität der des modernen Walzwerkes, das man vor etlichen Jahren gebaut hat, angepaßt werden. Größere Investitionen wären im Elektrostahlwerk not-

wendig, damit dieses Werk auf die Erzeugung von Spezialprodukten umgestellt wird. Vor allem mit dem Ausbau eines Schmiedebetriebs wäre es möglich, die Zusammenarbeit mit dem dort naheliegenden Alpinewerk Zeltweg herbeizuführen, wie Doktor Fabrizious sagt, ein Montan-Maschinenbauzentrum in Eichfeld zu gründen, an dem angeblich die Direktion der Alpine, der Vorstand der Alpine sehr interessiert sei. Aber der Alpine-Vorstand, und dazu gehört auch der Generaldirektorstellvertreter Dr. Fabrizious, und der Vorstandsdirektor Dr. Stefflitsch — beide Herren der SPO angehörend — haben den Eigentümer Staat nach ihren eigenen Worten, bei einem Gespräch, bei dem auch Dr. Kreisky usw. dabei war, auch Abg. Lackner war, glaube ich, mit dabei, bis heute nur ein Ausbauprogramm für Donawitz in der Gesamthöhe von 1,7 bis 2 Milliarden Schilling vorgelegt. Das ist natürlich richtig und notwendig, daß Donawitz entsprechend ausgebaut wird und es zeigt sich nur, was ein solcher Betrieb wirklich braucht, auf der einen Seite sind das gewaltige Summen, auf der anderen Seite zeigt es sich, wie weit diese Betriebe hinten sind. Das ist auf die unmögliche Politik der Bundesregierung zurückzuführen. Aber für das Gußstahlwerk und die anderen Alpine-Betriebe, für die ebenfalls ein Investitionsbedarf von 1 bis 1,3 Milliarden dringend vorhanden ist, wurde noch nichts konkret geplant nach den Worten dieser zwei Direktoren und den Eigentümern, der Bundesregierung und der OIG, noch nicht einmal ein Plan überreicht. Ein solches Verhalten des Alpine-Vorstandes ist meiner Meinung nach unverantwortlich. Man wird dann den Alpine-Vorstand verantwortlich machen: Ihr habt ja nichts verlangt, deshalb waren wir nicht imstande, etwas zu geben!

Der Vorsitzende der SPO, Dr. Kreisky, fragte bei diesem Judenburger Gespräch, wer sind die Wunderkinder — wie er sich wörtlich ausgedrückt hat — die über das Schicksal Judenburgs und damit über seine Bewohner zu bestimmen haben. Ja, wenn man wartet, wer diese Wunderkinder sind, die das Schicksal des Gußstahlwerkes Judenburg zum Guten wenden, um die Gefahr, die besteht, daß der Betrieb eingeschränkt wird, abzuwenden, daß die Arbeitsplätze der 2000 Beschäftigten dort gesichert werden, dann genügt es nicht, nur zu reden, daß der Aufbau und daß Investitionen notwendig sind, und zu versuchen, wie beim Schwarzer-Peter-Spiel, für diese Schwierigkeiten und für dieses unverantwortliche Verhalten der OVP den Schwarzen Peter zuzuspielen, wie es die SPO immer wieder macht, sondern daß die SPO endlich einmal ihre Kraft, ihren Einfluß ihrer Funktionäre in der OIG, in der Alpine Montan, im Fernsehen, im Radio, in der Gewerkschaft, in der Presse, in der Arbeiterkammer zum Tragen bringt und weiters ihre Vorstandsdirektoren dazu benützt, um eine entsprechende Initiative zu entwickeln und die OVP in Bund und Land zwingt, damit das Gußstahlwerk diese Mittel bekommt, die es wirklich braucht.

**Präsident:** Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, erteile ich gemäß § 37/1 der Geschäftsordnung dem Abgeordneten Scheer das Wort zur tatsächlichen Berichtigung.

**Abg. Scheer:** Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Der kommunistische Abgeordnete Leiter hat hier den Herrn Abgeordneten DDr. Götz wegen eines Ausspruches vollkommen verdreht zitiert. DDr. Götz hat hier festgestellt, wie ein solcher Avantgardist in der Fernsehsendung „Tu felix Austria“ behauptet hat, daß Österreich eine Wüste sei, und der das behauptet hat, daß Österreich eine Wüste sei, war einer jener, die seinerzeit die Wiener Universität für eine andere Anstalt gehalten haben und dort ihre Notdurft verrichtet haben. Und — hat DDr. Götz behauptet — wenn so einer sagt, Österreich sei eine Wüste, dann sei er gern ein Wüstensohn. (Abg. Leitner: „Ich habe auch nichts anderes behauptet. Ich habe gesagt, er sei ein Wüstensohn!“) Entschuldigen Sie, das kann man im stenographischen Protokoll nachlesen, in welchem Zusammenhang Sie das gesagt haben. Im übrigen zur tatsächlichen Berichtigung: Wenn Sie sich hier als westlicher Wirtschaftsexperte aufspielen, dann schauen Sie dorthin, daß die Wirtschaft weitergeht, wo Sie Ihr Vorbild haben. Als westlicher Wirtschaftsexperte — möchte ich zur tatsächlichen Berichtigung sagen — können Sie sich in diesem Haus nicht aufwerfen.

**Präsident:** Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Meisl. Ich erteile ihm das Wort. Nach ihm kommt der Herr Abgeordnete Schrammel.

**Abg. Meisl:** Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Ich gehöre nun seit fünf Jahren dem Steiermärkischen Landtag als Abgeordneter an. In dieser Zeit habe ich in jeder Budgetdebatte darauf hingewiesen, daß trotz einer, wie immer wieder festgestellt wurde, allgemein guten Konjunktur es in Österreich Industriesparten gibt, die von dieser Konjunktur wenig oder gar nichts gespürt haben. Einer dieser Industriezweige innerhalb der Elektroindustrie in Österreich ist die Starkstromindustrie, die wohl am schwersten mit der wirtschaftlichen Situation zu kämpfen hatte und noch hat. Wenn sich auch in den letzten Monaten eine gewisse Stabilisierung abzuzeichnen beginnt, so ist sie noch lange nicht über den Berg. Ja, es haben sich sogar die Auftragsgänge erhöht, die einen steigenden Umsatz erwarten lassen, obwohl die Belegschaft stark reduziert wurde. Die letzten Jahre haben die Elin, in der praktisch fast allein die österreichische Starkstromindustrie vereinigt ist, besonders im Werk Weiz sehr schwer getroffen. Das ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, weil aus erzeugungstechnischen Gründen Schwerpunktverlagerungen im Fertigungsprogramm durchgeführt wurden, die sich zum Nachteil in der Beschäftigungslage des steirischen Betriebes der Elin in Weiz besonders auswirken. Durch Einstellung von sehr lohnintensiven Produktionen — bedingt durch den Kooperationsvertrag mit Siemens-Deutschland — die in Weiz erzeugt wurden, wie zum Beispiel die Dampfturbinen, sowie durch das Fehlen von Aufträgen in anderen Fertigungssparten kam es dazu, daß die Belegschaft in Weiz in den letzten Jahren von rund 3000 auf derzeit rund 2200 reduziert werden mußte. Der heutige Stand soll

laut Vorstandsbericht gehalten und nicht mehr reduziert werden.

Meine Damen und Herren! Personaleinschränkungen, wie sie in der Elin in Weiz, in der Oststeiermark, die zu den industriellen Notstandsgebieten unseres Landes zählt, durchgeführt werden müßten, sind nicht nur eine Existenzfrage der dort Beschäftigten und des betroffenen Betriebes, sondern der Verlust von Arbeitsplätzen hat auch seine wirtschaftlichen Auswirkungen im ganzen Gebiet. Es wurden hier im Hohen Hause schon des öfteren Anträge eingebracht und beschlossen, alles zu unternehmen, um die Arbeitsplätze bei der Elin in Weiz zu erhalten und zu sichern. Leider haben bis heute alle Bemühungen und Interventionen — auch die des Herrn Landeshauptmannes — keinen Erfolg gehabt. Es wurden trotz allem Personalreduzierungen durchgeführt und konnten nicht verhindert werden. In der Budgetdebatte für den Landesvoranschlag 1970 wurde von mehreren Abgeordneten darauf hingewiesen, daß der Forschung zu wenig finanzielle Mittel zur Verfügung stehen, die der österreichischen Industrie die Möglichkeit geben würden, im internationalen Konkurrenzkampf erfolgreicher bestehen zu können. Darum ist es zwangsläufig notwendig, Kooperationsverträge mit ausländischen Unternehmungen, die in der Regel große Härten mit sich bringen, abzuschließen, weil im Inland trotz Fusionierungen einzelner Unternehmungen die Voraussetzungen nicht geschaffen werden können, einen immerhin bestehenden technischen Rückstand aufzuholen, in dem sich zum Beispiel die Starkstromindustrie zum Teil befindet. Das führt letzten Endes dazu, um den internationalen technischen Anschluß nicht zu verlieren, mit ausländischen Lizenzen zu arbeiten, die viel Geld kosten und außerdem die betroffenen Industriezweige teilweise in ein Abhängigkeitsverhältnis bringen, was sich wiederum durch Lizenzgeber auferlegte Bedingungen auf die Geschäftsführung eines Unternehmens erschwerend auswirken muß. In letzter Zeit wurde im Zusammenhang mit der Elin und den Wiener Schwachstromwerken der Namen Siemens-Schuckert, Deutschland, in der Presse oft erwähnt. Ich hatte vor kurzer Zeit Gelegenheit, in Erlangen, Nürnberg, München Siemensbetriebe in Deutschland kennenzulernen. Wenn man sich diese Giganten in der Elektroindustrie in Deutschland mit 256.000 Beschäftigten vor Augen führt, so sieht man erst, wie winzig klein die Elektroindustrie in Österreich ist. Dieses Unternehmen ist rund 35mal so groß wie die Elin und hat in seiner Forschung allein 16.000 Beschäftigte, davon 1500 Wissenschaftler und Techniker. Es wird für die Forschung und Entwicklung ein Betrag von rund 600 Millionen DM jährlich aufgewendet, das entspricht zum Beispiel dem Umsatz, den die Elin in rund zwei Jahren erzielen kann, das ist fast der gleiche Betrag wie das Budget für Steiermark für das Jahr 1970.

Aber eines habe ich noch bei meiner Exkursionsreise festgestellt, daß unsere Fachkräfte, über die wir in Österreich verfügen, nicht schlechter sind als die in Deutschland. Es müßte im Rahmen der Industrieförderung nicht nur in der Steiermark, sondern im ganzen Bundesgebiet versucht werden, die finanziellen Voraussetzungen zu schaffen, daß durch

eigene Forschung eine Abhängigkeit vom Ausland so weit wie möglich verhindert werden kann. Außerdem würden dadurch viele hochqualifizierte Forscher und Techniker in Österreich eine ihrem Wissen und Können entsprechende Beschäftigung haben und in Österreich bleiben, die sonst in das Ausland abwandern und so der österreichischen Wirtschaft verloren gehen. Meine Damen und Herren! Die dazu notwendigen finanziellen Aufwendungen würden sich sicher amortisieren und letzten Endes der österreichischen Wirtschaft zugute kommen. Sie würden auch wesentlich dazu beitragen, Arbeitsplätze in unserer Heimat zu sichern. (Beifall bei der SPO.)

**Präsident:** Als nächster Redner hat sich der Herr Abgeordnete Schrammel zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm. Nachher kommt der Herr Abgeordnete Vinzenz Lackner.

**Abg. Schrammel:** Hoher Landtag, meine Damen und Herren!

Wenn auch die Oststeiermark in ihrer Struktur keine wesentlichen industriellen Charakterzüge zeigt, so sei es mir trotzdem gestattet, auf die industrielle — ich möchte förmlich sagen — auf die echt jungfräuliche Industrieentwicklung in diesem Gebiet hinweisen. Wenn beispielsweise in dem relativ kleinen Bezirk Fürstenfeld während der sechziger Jahre durch die Umsiedlung von Industriebetrieben, wie die EUMIG, die ELWE, die Firma Romako und andere, mehr als 600 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen wurden und wenn beispielsweise durch die Aufstockung der bestehenden gewerblichen Betriebe zu größeren Betrieben auch zusätzlich etwa 500 Arbeitsplätze geschaffen wurden und hier innerhalb dieser wenigen Jahre die strukturelle Entwicklung in diesem Gebiet ein völlig neues Charakterbild erhalten hat, so ist es sehr wesentlich, hier insbesondere unserem verehrten Herrn Landeshauptmann Krainer zu danken. Es wurden Möglichkeiten geschaffen, neben dem kleinbäuerlichen Besitz in der engeren Heimat Arbeit und Verdienst zu finden. Ich möchte aber auch den in diesem Gebiet sehr zielstrebig wirtschaftenden gewerblichen Betrieben danken, daß sie es verstanden haben, in dieser sehr raschlebigen Zeit die Zeichen der Zeit zu erkennen und sich umzustellen. Auch und nicht zuletzt soll den Arbeitern und jenen Menschen gedankt werden, daß sie durch ihre Arbeitsmoral den beispielhaften Beweis erbracht haben, daß es nicht immer nur dort gut sein muß, wo bereits Großbetriebe bestehen, Menschen hinzubringen und noch größere Bevölkerungsbällungen zu schaffen, sondern daß auch das Milieu aus der Landwirtschaft, aus kleinbäuerlichen Betrieben in die industrielle Arbeit in jeder Weise einzustellen ist.

Es sei mir auch gestattet, darauf hinzuweisen, daß beispielsweise im Bezirk Fürstenfeld die Austria-Tabak-Werke seinerzeit etwa 2500 Beschäftigte zählten und derzeit auf Grund der notwendigen Rationalisierungsbestrebungen und Rationalisierungsmaßnahmen trotz größeren Umsatzes derzeit nur

mehr etwa 360 Menschen beschäftigen. Ich möchte versuchen, hier an dieser Stelle mit Hilfe der Journalisten, mit Hilfe der Massenmedien die Wirtschaft und die Wirtschaftsfachmänner darauf aufmerksam zu machen, daß es reichlich möglich wäre, im Bezirk Fürstenfeld Industrien anzusiedeln. In den freistehenden Gebäuden der Austria-Tabak-Werke könnten 1000 Arbeitskräfte untergebracht werden. Auch im nördlichen Teil des Bezirkes Fürstenfeld im Gebiete der Gemeinden Ilz und Ottendorf bestünden ausreichend Möglichkeiten, dort auch Betriebe und Industrien mit Arbeitskräften zu beschicken. Bei einer Erhebung der Bürgermeister in diesem Gebiet haben sich etwa 1000 Menschen für einen Arbeitsplatz interessiert.

Mit dieser Bemerkung möchte ich dokumentieren, daß es sehr zielstrebig wäre, dort die Betriebe zu errichten, wo eben sich auf Grund der Umstrukturierung Arbeitskräfte anbieten und Möglichkeit besteht, dadurch auch jene Gebiete in ihrer wirtschaftlichen Bedeutung zu heben, die bisher zu den unterentwickelten Gebieten gezählt haben. (Beifall).

**Präsident:** Herr Abgeordneter Vinzenz Lackner hat das Wort.

**Abg. Vinzenz Lackner:** Hoher Landtag, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich habe wieder die ehrenvolle Aufgabe, in dieser Gruppe die Bergbauprobleme zu behandeln bzw. weil sie schon erwähnt worden sind, zu ergänzen. Als ich im Vorjahr zu dieser Gruppe sprach, war es späte Nachtstunde und hat mein Beitrag irgendwie, nachdem er fast eine Stunde gedauert hat und die Nerven der Abgeordneten, des Stenographendienstes, der Herrn auf der Regierungsbank bereits auf die Folter gespannt hat, mehr oder weniger Zustimmung gefunden — also der Bergmann im Landtage wurde doch gehört. Es haben sich seit dieser Zeit die Verhältnisse im Bergbau nicht wesentlich geändert. Eines steht aber fest, es hat den Anschein, als wenn es über die Kohle ruhiger geworden wäre — dem ist nicht so. Nur in Bezug auf die Fördermenge und auf die Absatzfrage, die zur Zeit gegeben ist, ist es so, aber finanziell darf man sich nicht täuschen lassen durch die momentane Auftragslage. Es ist doch so, daß der Bergbau noch immer Sorgenkind Nr. 1 ist. Wenn man zu den Bergbauproblemen spricht, so muß man diese von zwei Warten aus betrachten: einmal von der steirischen und einmal von der Wiener Ebene, nachdem ja die Oberste Bergbehörde in Wien ist und dem Handelsministerium untersteht. Nachdem an der Ringstraße wohl Prachtbauten stehen, jedoch keine Fördertürme, ist es wohl wesentlich anders, wie die Wiener den Bergbau sehen und wie wir Steirer ihn sehen, die wir ja mehr als 60 % der inländischen Kohlenförderung aufbringen. Aber immer noch lastet über uns das Damoklesschwert eines Ministerratsbeschlusses, und wäre dieser Beschluß schon erfüllt

worden, so gäbe es 1970 in Fohnsdorf keinen Bergbau mehr.

Aber wir arbeiten und fördern trotzdem. Wäre es 1961 gelungen, den Betrieb Fohnsdorf zuzusperren, dann wäre dies eine Frage, die seit Jahren den Landtag nicht mehr beschäftigen würde und so manch einer unserer Herren in der Regierung hätte um eine beachtliche Sorge weniger. Daß dem nicht so ist, kann die Steiermark nur froh sein. Betrachten Sie nur die Entwicklung als solche, nach der die Zukunft unserer Kohle, wenn wir sie weiter fördern wollen, nur in der Verstromung liegen kann. Gestatten Sie es mir, einige Vergleichsziffern aufzuzählen, wie sich das Bild der Energieversorgung und des Aufbringens gewandelt hat:

1955 war an der gesamten Energieversorgung die Kohle mit 57,7 % beteiligt. 10 Jahre später, 1965, nur mehr 34,1 %. Die Wasserkraft ist nicht wesentlich gestiegen, von 22 % auf 24,8 %. Erdöl hat sich verdoppelt in der Energieversorgung von 16 % auf 32 %, und Erdgas ebenfalls von 4,3 % auf 8,9 %. Die Kohle hatte einen Verlust von 23,6 %. Dieser Verlust hat aber bisher noch angehalten. Dem gegenüber steht etwas, das irgendwie unverständlich ist. 1961 betrug der Steinkohlenanteil 1,7 % und 1966 10,8 %. Wenn man vergleicht, daß wir die Steinkohle einführen müssen für die Stromerzeugung, ist es wohl unverständlich, daß bei den steirischen Gruben die Kohlenberge wachsen und der Anteil der steirischen Kohle an der Stromerzeugung rückläufig ist. (Landesrat Peltzmann: „Woran liegt das?“) Der Braunkohlenanteil betrug 1961 56,7 %, 1966 nur mehr 39,4 %, Heizöl stieg von 9,2 % auf 21,5 %, Erdgas und andere Gase sind nur ein klein wenig zurückgegangen. So ist die Situation in der Stromerzeugung. Ich möchte das, wenn Sie wollen, meine Damen und Herren, auf die Steiermark umlegen. Es ist dazu wohl zu sagen, daß, wie ich schon erwähnt habe, vor allem die Standorte der Kohlengruben von der Kohlengesinnung in Wien auf der Ringstraße abhängig sind. Ich darf dazu sagen, daß sich der Stromverbrauch in 10 Jahren verdoppeln wird, und wenn der Kohlenanteil tonnenmäßig gleich bleibt, wie er heute ist, so sinkt er prozentmäßig auf ungefähr 6 % ab. Wenn man seinerzeit die Bundesbahn elektrifiziert hat, hat man es in erster Linie deshalb gemacht, weil man die Steinkohleneinführen, die ja Devisen gekostet haben, abbauen wollte und dafür natürlich mit der eigenen Kohle, mit der Braunkohle, den Strom erzeugen und die Bahn elektrifizieren wollte. Jeder Feuerungstechniker weiß, daß man mit der Braunkohle, die schwefelhaltig ist, nicht die Lokomotiven heizen kann — in Notzeiten, nach 1945, ist es trotzdem für alles gegangen — weil ja der Schwefel die Kupferboxen in den Lokomotiven angreift. Heute ist es aber so, daß wir elektrisch fahren und es egal ist, wenn das Kraftwerk irgendwo steht und den Strom in das Bahnnetz liefert, ob dort Braunkohle oder Steinkohle verheizt wird und ob sie schwefelhaltig ist, das spielt bei den heutigen Verhältnissen keine Rolle.

Nun zur Kostenfrage. Man kann ja Strom aus verschiedenen Energiequellen beziehen, aus den Laufkraftwerken von der Donau, aus den Speicher-

kraftwerken im Hochgebirge, man kann Strom in kalorischen Werken auf Ölbasis beziehen und dergleichen mehr. Das beeinflusst natürlich die Kostenfrage. Der Wasserstrom aus den Laufkraftwerken ist zur Zeit der billigste, da liegt die Kilowatt-Stunde bei 22 bis 25 Groschen ungefähr. Aus den Speicherwerken, die ja die Spitzen abdecken, kostet die Kilowattstunde bis S 1,20, wenn man die Amortisierung miteinrechnet. Und hier ein Vergleich: Der Strom aus einem modernen kalorischen Kraftwerk, auf Kohlenbasis aufgebaut, liegt bei ca. 35 bis 40 Groschen. Sie alle, die Stromverbraucher sind, wissen, daß Sie nur den Nachtstrom ungefähr um den Preis bekommen. Daher frage ich, das Land ist ja auch E-Werksbesitzer und Energieerzeuger, wo denn eigentlich das Defizit liegen kann, wenn wir den Bergbau in der heutigen Größe zur Stromerzeugung erhalten und in 10 Jahren der Stromanteil, wenn wir die Kilowattstunde mit 45 oder 50 Groschen annehmen, nur mehr 6% beträgt. Das heißt, die steirische Energiewirtschaft wäre ohne weiteres in der Lage, aber auch die gesamtösterreichische, man kann das nicht den Steirern allein aufhalsen, müßte in der Lage sein, den Bergbau in der heutigen Größenordnung zu erhalten und diese 6% Anteil an der Stromerzeugung zu einem höheren Preis leicht zu verkraften. Dies umso mehr, weil Öl eingeführt wird. Die Rohöleinfuhr wird sich, wenn die Raffinerie Lannach in Betrieb ist, auch noch verdoppeln. Dort wird auch noch etwas negatives auf den Bergbau abfallen, aber wir können uns der Zeit nicht entgegenstellen. Wenn man den Bergbau rückschauend betrachtet, so muß man sagen, der Bergbau hat, so wie es in der biblischen Geschichte steht, seine 7 fetten Jahre gehabt, aber auch seine 7 mageren. Zur Zeit der 7 fetten Jahre hat der Bergmann wenig an Sozialleistungen gehabt. Die Unternehmer haben an der Kohle schön verdient. Ein Alpine-Generaldirektor hat einmal den Ausspruch getan anläßlich einer Stahlflaute: Sperren wir die Hütte zu, denn der ganze Reingewinn von der Kohle geht in die Hütte hinein. Heute ist es umgekehrt. Man sieht, daß die Wirtschaft abgestimmt aufeinander, immer wieder miteinander verbunden ist. Die Frage der Kohle heute ist vor allem die Feinkohlenfrage. Natürlich mußte auch der Bergbau mit der Zeit gehen und sich modernisieren, um einigermaßen preismäßig noch mitzukommen, weil ihm auch die Stützungen lange Zeit versagt geblieben sind. Daß natürlich mit der modernen Abbaumethode, mit einem Abbau, der 200 und 300 m und mehr lang ist, wo Walzmaschinen die Kohle herausholen, mehr Feinkohle anfällt und die Grobkohle, die wir als Hausbrandkohle kennen, nicht in dem Ausmaß produziert wird, ist klar. Aber sehen wir uns die Lage an. Wir haben heuer einen schönen Sommer gehabt, einen trockenen Herbst, einen frühen Winter, so daß der Boden gefroren ist, kein Wasser aufgenommen wird, der Schnee liegen bleibt, und schon gehen die Halbenbestände bei den Kraftwerken derart zurück, daß man heute in den verschiedenen Kraftwerken kaum eine Jahresmenge vorrätig hat. Aber durch den niedrigen Wasserstand war auch die Ölversorgung gefährdet über die Donau und die Schlepper auf der Donau konnten keine Kohle bringen. Es ist wohl recht und billig, wenn man daran er-

innert, daß in den Nachkriegsjahren die Kohle der Schlüssel zum Wiederaufbau war.

Nun komme ich zur Bergbauförderung. Die Kohle hat damals preisgünstig gefördert, die Wirtschaft wieder in Schwung gebracht und hat dem österreichischen Staat 4,5 Milliarden Schilling gebracht. Das sind reine Leistungen gewesen durch das billige Zustellen der Kohle und auch steuermäßig. Von diesen 4,5 Milliarden Schilling haben wir nicht einmal 10% bis jetzt noch echt an Bergbauförderung bekommen, weil die gesamte Bergbauförderung auch für die Buntmetallbetriebe aufgeteilt wird. Das heißt, wir haben pro Tonne, wenn es hoch hergeht, 10 Schilling an Stützung bekommen. Was macht aber das übrige Ausland, das mit Kohle weitaus besser gesegnet ist als Österreich und wo auch die Kohle hochwertiger ist? So werden in den westlichen Ländern der Reihe nach wie folgt Stützungen der Kohle durchgeführt: in Belgien pro Tonne 8,9 Dollar, das sind ungefähr 230 S, in Frankreich kommen auf die Tonne Stützung 182 S, in der Bundesrepublik Deutschland 156 S, in Holland 57 S und in Österreich 10 S. In Deutschland hat man auch der Reihe nach Gruben zugesperrt und die Kumpel umgeschult in andere Betriebe. Heute sucht man in Deutschland tausende Bergarbeiter und findet sie nicht mehr. Heute würde man sie wieder brauchen, aber die umgeschulten Kumpel gehen nicht mehr zurück. Das ist der Beweis, daß es nicht so ist, wie es bei uns einmal in der Zeitung gestanden ist: Die verdienen ja so schön, darum wollen sie von ihren Löchern nicht herausgehen, und sehen tut man auch nicht, was sie drinnen leisten.

Ich darf daran anknüpfen, daß ich wiederholt die verschiedenen Landtagsklub eingeladen habe, unsere Grube zu befahren. Der sozialistische Klub hat sich zur Gänze die Grube angeschaut. Vom OVP-Klub waren erfreulicherweise auch ein paar, und die waren Gott sei Dank aus dem Bauernstand, denn der Bauernstand und der Bergmannsstand sind ja doch die ältesten Berufsstände. Ein Bergmann ist eben kein Beruf wie z. B. ein Hüttenmann, sondern ein traditionsgebundener Berufsstand. Ich möchte darauf hinweisen, daß die Eigenbasis der Kohle in schlechten Zeiten doch wieder einmal sehr zum Tragen kommen kann und man nicht einfach über Nacht eine Grube zusperrt. Wir leiden ohnehin bereits genug unter den Katastrophen, die heute schon aufgezeigt wurden. Wenn man die Donau noch weiter für die Energiegewinnung ausbaut und auch andere Kraftwerke noch im Bau sind, muß man sagen, wird der Strombedarf noch weiter steigen und der Anteil der Kohle so weit absinken, wie eingangs erwähnt, so daß man doch gerechtfertigterweise ersuchen kann, daß die Kohle von seiten des Landes so wie bisher weiter gefördert und im Auge behalten wird.

Nun denkt man aber schon daran, ein Kernkraftwerk zu bauen in Österreich, nach dem Beispiel der Bundesrepublik und anderer Länder. Dies erfordert eine bestimmte Größenordnung, wird aber bei weitem nicht unseren ganzen Strombedarf auf Anhieb decken, wird aber sehr wohl auf die Preisbildung einen Einfluß haben. Man hat in Deutschland z. B. errechnet, daß die Kilowattstunde Strom ungefähr 14 Groschen aus dem Kernkraftwerk kosten

wird. Am 24. November wurde bei einem Vortrag über das geplante Kernkraftwerk in Österreich gesprochen von einem Strompreis von 11 Groschen pro Kilowattstunde. Wenn dies der Fall sein sollte, sehe ich darin keine Gefahr für den Bergbau und man kann umso mehr darauf pochen, daß im Interesse unserer Neutralität, unserer Unabhängigkeit gegenüber dem Ausland in ersten Zeiten, der Bergbau erhalten bleiben soll. Dies ist sogar eine Verpflichtung für uns.

Auf dieser Enquete haben namhafte Professoren und Wissenschaftler sich zu Wort gemeldet. Es ist gar nicht notwendig, daß sich ein Bergmann gegen das Kernkraftwerk zur Wehr setzt, denn dagegen haben sich bereits die Biologen und Verhaltensforscher ausgesprochen; es wurde eingehend davor gewarnt, daß unsere ohnehin schon so verseuchte Luft und Natur durch diesen entstehenden Atom Müll noch mehr verseucht wird. Ein Schweizer Wissenschaftler hat auf meine Frage, was die Schweiz mit dem Atom Müll macht, geantwortet: „Ja, Uran müssen wir einführen und den Atom Müll führen wir eben wieder aus“. Es ist hier eben scheinbar auch so wie in der Nachkriegszeit, wo jeder Bürgermeister gleich ein Hochhaus hat haben müssen, daß wir, wo wir unsere Wasserkraft noch gar nicht restlos ausgenützt haben, ein Kernkraftwerk haben müssen, unabhängig davon, wie dadurch die Gesundheit unserer Bevölkerung gefährdet und unabhängig davon, wie damit ein Berufsstand wie der Bergmann in Unsicherheit gebracht wird.

Zu der Sorge bezüglich des Bergrutsches in Köflach glaube ich als Bergmann mit anderen Bergmännern einer Meinung zu sein und sagen zu können, daß hier kein wilder Abbau betrieben wurde. Man hat diesen Hang schon seit längerem mit Sorge beobachtet und mit allen möglichen Mitteln versucht, ihn zum Stehen zu bringen. Doch solange Kohle im Berg ist, wird man versuchen, sie zu fördern und ein Bergrutsch meldet sich ja nicht vorher an, bevor es losgeht, zum Unterschied von einem Tiefbau, wo man es in der Grube knistern hört, die Stempel krachen und dergleichen mehr. Doch zum Glück im Unglück waren keine Todesopfer zu beklagen. Im Bergbau muß man immer mit solchen Dingen rechnen, es kann auch in anderen Betrieben zu einem Unglück kommen.

Erwähnen möchte ich auch noch die Brühung in Fohnsdorf im Herbst vorigen Jahres, worüber die Presse Schlagzeilen gemacht hat „Grubenbrand in Fohnsdorf verheimlicht“, was jedoch nicht den Tatsachen entsprach, wozu man mit Stolz sagen kann, die Bergleute sind im März wieder in dieses Grubenfeld eingefahren und haben das ganze Inventar gerettet. Davon wird jedoch nicht viel geschrieben und geredet. Ich möchte bitten, daß man in den Äußerungen über solche Vorkommnisse etwas vorsichtiger ist. Wenn jemand in einem Walde einen Zigarettenstummel wegwirft und der nächste tritt ihn aus, spricht man ja auch nicht von einem Waldbrand.

Die Bergleute als solche haben eine Institution, die zu den ältesten Sozialversicherungsinstituten der Welt gehört. Diese hat im Laufe der Zeit verschiedene Änderungen erfahren. Bei der Gründung

des Bergbaues, in Fohnsdorf vor rund 300 Jahren — die industrielle Gewinnung liegt bei 100 Jahren — hat man sofort erkannt, wie krankheitsanfällig und unfallsgefährdet der Bergmann wird. Es wurde eine sogenannte „Bruderlade“ gegründet, jedem Bergmann wurde ein bestimmter Betrag vom Gehalt abgezogen. Daraus wurde im Jahre 1938 die Ruhrknappschaft, später die Bergarbeiterversicherung und heute wird diese mit „Versicherungsanstalt des österreichischen Bergbaues“ bezeichnet — immer jedoch war diese Einrichtung das beste soziale Versicherungsinstitut in Österreich. Daß dieses Institut jetzt auch etwas in Not kommt, ist verständlich, denn wenn man nur einen Zeitabschnitt von 10 Jahren nimmt, kann gesagt werden, vor 10 Jahren waren es 30.000 Bergarbeiter und 20.000 Pensionisten, die von der Anstalt betreut wurden, heute gibt es 30.000 Pensionisten und 20.000 aktive Bergarbeiter und das wird wahrscheinlich noch schlechter werden. Diese Versicherung wird aber auch gegenüber anderen benachteiligt, denn man glaubt immer noch, daß man sich in den sieben fetten Jahren befindet. Es wird uns gegenüber anderen Versicherungen der hohe Krankenstand vorgeworfen. Hiezu möchte ich sagen, daß dies doch ganz was anderes ist; wer von anderen Berufsgruppen hat das auszuhalten, was ein Bergmann auszuhalten hat — z. B. den hohen Temperaturunterschied in und außerhalb der Grube und dies zweimal am Tage, Unterdruck, Sauerstoffmangel usw. Daher ist es uns unerklärlich, daß ein Ersuchen der Bergarbeiterversicherung um einen Abschlag der Verpflegskosten um 10 % — wie dies anderen Versicherungsanstalten auch gewährt wird — abgelehnt wird.

Die Bergarbeiterversicherung könnte ohne weiteres noch besser dastehen, wenn man alle jene Betriebe, die der Obersten Bergbehörde unterstehen, auch wirklich der Bergbauversicherung einverleiben würde zur Betreuung. Ich denke hier z. B. an die ÖMV, die bei der Gebietskrankenkasse ist, die ungefähr 5000 durchwegs junge Leute umfaßt und branchenmäßig zur Bergarbeiterversicherung gehört. Wenn das mit dem Bergbau so weitergeht und der Wunsch des Handelsministeriums, Fohnsdorf in einer bestimmten Zahl von Jahren doch zu schließen, muß ich natürlich an den Herrn Landesrat Peltzmann eine Frage richten. Er hat in Judenburg bei der Jubilarehrung gesprochen, daß in Fohnsdorf oder Eichfeld ein großes Umschulungszentrum errichtet wird, wo man mit Millionen die Leute, die da betroffen sind, umschulen wird, und man hat ja auch schon gehört, daß es in Judenburg nicht immer so gehen wird, wie es gegangen ist. Es gibt ja auch noch andere Industrien. Da frage ich mich: Wie umschulen? Wofür umschulen? Wohin? Sollen sie Pendler werden? Soll der Bergmann, der genauso bodenständig ist wie der Bauer, nun auch noch Pendler und Nomade werden, wie es seinerzeit einmal war? In Deutschland haben sie 80.000 bis 100.000 Kumpel umgeschult, die sind auf ewige Zeiten verloren. Man würde sie heute brauchen. Man bekommt sie aber nicht mehr. So ist die Situation des Bergbaues. Ich sage noch einmal von der steirischen Warte dem Landtag und der Regierung den Dank, daß sie die Bergleute bis jetzt nicht im Stich gelassen haben und sie werden